

HANKS WELT:

Corona verdirbt die Sitten

- VON RAINER HANK
- -AKTUALISIERT AM 13.12.2020-12:06



Schleichend gewöhnen wir uns alle an Staatsgeld. Das hat weitreichende Folgen.

Je länger die Pandemie dauert, umso größer werden auch die von ihr angerichteten Kollateralschäden. Dass sich Bürger in der Not kollektiv solidarisch verhielten, hat sich als Illusion erwiesen, womit die vielen positiven Beispiele individuell karitativer Zuwendung nicht geschmälert werden sollen. Nachdem aber dem „Lockdown light“ eine Logik der Verhältnismäßigkeit fehlt – die einen dürfen, die anderen dürfen nicht –, wurde ein Kompensationswettbewerb diverser Opfergruppen um fiskalische Entschädigung für die ungerechtfertigten Freiheitsbeschränkungen losgetreten. Anstelle des Lohns gibt es Kurzarbeitergeld. Anstelle am Markt erwirtschafteter Einkommen gibt es November- und Dezembergeld. Das wird im kommenden Jahr so weitergehen, auch wenn die Berechnungsgrundlagen sind ändern. Die Kanzlerin sagt, man könne nicht bis zum Ultimo zahlen – sie meint, nicht bis zum jüngsten Tag. Das heißt umgekehrt: Staatsgeld wird es noch eine ganze Weile geben.

Ich will gar nicht bestreiten, dass staatliche Kompensationen für Corona-Schäden in dieser vermaledeiten Krise gerechtfertigt sind. Ich will auf die unbeabsichtigten Konsequenzen hinweisen, die verheerend sind: Corona verdirbt die Sitten. Und zwar schleichend. Wir alle bekommen mehr und mehr das Gefühl, in einer Gratiswelt zu leben. Kommt das Geld nicht von der Firma, kommt es halt vom Staat. Wer sich übergangen fühlt, muss nur laut genug schreien, dann kommt Frau Grütters oder Herr Altmaier alimentierend und strukturkonservierend vorbei. Die Corona-Opfer (ob Restaurantbesitzer oder Singer-Songwriter) machen jetzt häufig geltend, sie hätten doch in guten Zeiten viele Steuern bezahlt, woraus sich ein Anrecht begründe, in der Not etwas zurückzubekommen. Es nistet sich das Missverständnis ein, Steuern zahle man als eine Art Sozialversicherung für kollektive Schicksalsschläge. Dabei gibt es bei Steuern gerade kein Äquivalenzprinzip. Steuern sind dazu da, öffentliche Leistungen zu finanzieren und Geld von den Reichen zu den Bedürftigen umzuverteilen.

Dass gerade jetzt die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens viele neue Freunde findet, verwundert nicht. Das wäre die Verstetigung der Corona-Hilfen in seuchenfreie Friedenszeiten. Beunruhigend ist, dass das von einem parteiübergreifenden Bündnis kommt. Bei den Grünen, demnächst voraussichtlich Koalitionspartner einer Bundesregierung, steht das Grundeinkommen sogar im Parteiprogramm. Die FDP liebäugelt schon lange damit, die AfD hegt große Sympathien. Dass Union und SPD nennenswerten Widerstand leisten werden, ist kaum zu erwarten. Wer will schon den Bürgern Gratiszahlungen vorenthalten? Auch die Eliten – von Richard David Precht bis Elon Musk – schwärmen vom bedingungslosen Grundeinkommen. Gemeinsam vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und dem Verein „Mein Grundeinkommen“ gestartete Feldversuche sollen beweisen, dass erst so das Sicherheitsversprechen des Rechtsstaats (nachhaltig, gerecht, sozial ausgeglichen) eingelöst werde.

Psychologen und Mediziner sekundieren: Das Grundeinkommen mache die Menschen gesünder, glücklicher und kreativer. Na dann!

Einzigster Haken einer dauerhaften und bedingungslosen Staatsalimentierung ist bislang ihre Finanzierbarkeit. Irgendjemand muss schließlich den Bürgern ihr Gratiiseinkommen verdienen. Dafür bieten sich die Leistungseliten an, die hohe Einkommen und hohe Vermögen besitzen, wovon sie hohe Steuern zahlen können, die anschließend an die Allgemeinheit bedingungslos umverteilt würden. Doch ob selbst nach drastischen Steuererhöhungen genügend Geld da wäre, ist fraglich. Gute Idee, aber schwer zu finanzieren, so lautete in der Regel der Zwischenstand zur Grundeinkommensidee.

Das Grundeinkommen und seine vielen Freunde

Doch das könnte sich jetzt ändern. Das Zauberwort heißt Staatsverschuldung. Da setzt sich mehr und mehr selbst bei klugen Ökonomen der Glaube durch, ein Leben auf Pump sei unproblematisch, Schulden müssten nicht wie ein normaler Baukredit irgendwann zurückgezahlt werden, sondern verschwinden eines Tages ganz von selbst. So stellt man sich das Schlaraffenland vor: Von nun an bekommt jedermann ohne Bedürftigkeitsprüfung sein Lebtage lang ein garantiertes Monatseinkommen (1000 bis 1200 Euro sind im Gespräch), ohne dass dies irgendjemandem weh tut.

Über die Idee der sich selbst tilgenden Schulden habe ich am vergangenen Sonntag in dieser Kolumne geschrieben. Kurz gesagt, funktioniert es so: Die Realzinsen sind seit geraumer Zeit leicht negativ. Demgegenüber ist das Wachstum entwickelter Volkswirtschaften moderat positiv. Sofern der Zins, den die Staaten für ihre Schulden zahlen, auf längere Sicht niedriger bleibt als das jährliche Wachstum, verschwinden die Staatsschulden von selbst: Die Schuldenquote schmilzt dahin, wir wachsen aus den Schulden raus. Ein Wunder, dass die Anhänger des bedingungslosen Grundeinkommens diese Selbstfinanzierungschance bislang nicht als ihren stärksten Trumpf entdeckt haben.

Warum niedrige Zinsen kein Grund zum Jubeln sind

Ob die Rechnung aufgeht? Man weiß leider wenig über die Zukunft (siehe Corona). Ginge sie aber auf, wäre das aus meiner Sicht verheerend (siehe Sittenverderbnis). Warum die Rechnung riskant ist, hat der Harvard-Ökonom Gregory Mankiw vor ein paar Tagen in der „New York Times“ gezeigt. Dass die Zinsen seit geraumer Zeit so niedrig sind, könnte nämlich daran liegen, dass den Unternehmen nichts mehr einfällt, wie und wo sie investieren könnten. Niedrigzinsen spiegeln niedrige Wachstumserwartungen, so Mankiw. Hätte er recht, hätten wir die Differenz zwischen Zins und Wachstum als Entschuldungsvehikel zu positiv interpretiert. Es wäre keine frohe Verheißung des Schlaraffenlands, sondern gefährliches Signal ausbleibenden Wachstums, womit exakt jene Idee der wundersamen Schuldentilgung gefährdet wäre, die ja gerade auf stetiges Wachstum setzen muss. Wie schnell die Weltwirtschaft sich nach Corona erholen wird und ob die Gläubiger der Staatsschulden immer gelassen bleiben werden, kann niemand sagen. Und wo dann schon wieder die nächste Krise lauert, wissen wir auch nicht. Der Krisenzyklus ist seit der Finanzkrise immer kürzer.

Dabei ist es ein besonderer Witz, dass viele Freunde des Grundeinkommens zugleich auch Freunde der modischen Schrumpfungstheorien („Degrowth“) sind. Sie schwärmen vom einfachen Leben jenseits der Logik von Wachstum und Konsum und verteufeln damit genau jene Bedingungen (Wachstum!), die sie zur automatischen Finanzierung ihres Grundeinkommens dringend brauchten.

Doch nehmen wir an, die Rechnung geht auf, und wir könnten nach Corona alle im sich selbst finanzierenden Schlaraffenland leben? Dann sollten wir uns zweimal überlegen, ob wir das wollen. Guy Kirsch, ein Ökonom aus Luxemburg, hat vor einigen Jahren in der F.A.S. in einer brillanten Bildinterpretation von Pieter Brueghels „Schlaraffenland“ gezeigt: **Glück gibt es für uns Menschen nur als Lohn für Fleiß und Entbehrung. Im gratis gereichten Überfluss verlieren die Menschen den Sinn für Genuss. Schnell stellt sich Überdruß am Überfluss ein. Das Schlaraffenland der Staatsalimentierung bis zum Ultimo – es wäre ein von Corona bewirktes Verhängnis.**

Friedrich Hölderlin: „An Zimmern“

- VON JAN WAGNER

- -AKTUALISIERT AM 11.12.2020-17:00

FRANKFURTER ANTHOLOGIE: Thomas Huber liest „An Zimmern“ von Friedrich Hölderlin [Video: F.A.Z.](#)

Man kann nicht oft genug den Mann preisen, der sich Hölderlins annahm. Bei Schreiner Zimmer verbrachte der Dichter die zweite Hälfte seines Lebens und widmete ihm Zeilen mit subtilem Witz.

Mehrere Jahrzehnte, gut die Hälfte seines Lebens bis zum Tod im Jahr 1843, verbrachte der traurige Sänger Hölderlin im Tübinger Turm am Neckar – und man kann nicht oft genug den Mann preisen, der sich seiner annahm, den Schreiner Zimmer, der Hölderlins „Hyperion“ mit Begeisterung las und sich 1807 entschloss, dem aus der Autenriethschen Klinik entlassenen, gebrochenen Dichter, der selbst Freunden als unrettbar wahnsinnig galt, ein Asyl zu bieten. Fortan war Zimmer Hüter und Vertrauter zugleich – und einer jener, die Hölderlins Zustand zu beurteilen und mit ihm umzugehen verstanden. Niemand wusste besser als Zimmer, dass der aus der Welt gefallene Dichter trotz eines Zustands, der als geistige Umnachtung bezeichnet wurde, Momente von Klarheit hatte. Er sah den Genius im Kranken – und steht mit dieser Sicht uns Heutigen näher als Hölderlins Familie, insbesondere der Mutter. Die zahlte zwar regelmäßig für den Unterhalt des Sohnes, besuchte ihn jedoch nie; Hölderlins Briefe an sie wiederum, die Zimmer ihn zu schreiben drängte, lassen mit jeder kühlen, distanzierten Zeile das schwierige Verhältnis zwischen Mutter und Sohn erkennen.

Wo wir den Hymnendichter bewundern, nahm die Mutter den verlorenen Sohn wahr. Nie war er der Theologe geworden, zu dem die Ausbildung am Tübinger Stift ihn hatte formen sollen; er hatte sich über Jahre geweigert, die einträgliche Pfarrerslaufbahn einzuschlagen und die Zeit stattdessen als Hauslehrer, gescheiterter Herausgeber einer Zeitschrift, Geliebter der Gattin eines Frankfurter Bankiers und, dies vor allem, als Dichter verändelt, er war, kurz gesagt, eine misslungene Investition, eine Enttäuschung. Hölderlin muss gewusst haben, dass er kein einfacher Gast war, litt er doch gerade in den ersten Jahren an Tobsuchtanfällen, verprügelte gar den einen oder anderen Lehrling; er war voller Unruhe, die er bei ausgedehnten Gängen zu lindern suchte, ganze Nächte lang hörte man den Dichter auf und ab schreiten in seiner Turmstube, mit sich selber reden – wenn er nicht am Klavier zur Ruhe fand. Besucher sprach er kratzfüßig mit „Majestät“ oder „Heiligkeit“ an und verstörte sie mit Auftritt und Rede so nachhaltig, dass sie sich schnell verabschiedeten.

Im Turmlabyrinth

Doch schrieb er noch, und wenn ein Gast um ein Gedicht bat, stellte er sich ans Fenster und brachte einige Verse zu Papier, signierte mit „Scardanelli“ oder gar nicht. Seinem Schutzherrn widmete er gleich zwei Gedichte, eines davon in Odenstrophen, das somit an die große Schaffenszeit anknüpft, dazu Themen anklingen lässt, die Hölderlin stets am Herzen lagen, Liebe, Freundschaft, Poesie. Die zwei Strophen sind mehr als eine Gefälligkeit, wie schon der hohe Ton zeigt, sie sind Dank und Freundschaftsgeste an „eine Seele“, einen, der „gut und weise“ ist, auch dem Dichter gegenüber. Welches Vertrauen er dem Schreiner entgegenbrachte, klingt insbesondere in den letzten zwei Zeilen an, in denen dieser („O Teurer“) angesprochen wird. Das Metrum zwingt uns, das „dir“ zu betonen, „dir sag ich die Wahrheit“ – anders als jenen Besuchern also, die mit Höflichkeitsfloskeln vergrault wurden.

Naheliegender als dass Zimmer ganz allgemein mit Offenheit rechnen durfte, scheint es, die Worte als Einleitung zu verstehen, sich den Punkt am Satzende als Doppelpunkt zu denken – und damit die letzte Zeile des Gedichts nicht als weiteres Lob zu begreifen sondern als eben jene angekündigte Wahrheit. „Dädalus Geist und des Walds ist deiner“: Dass der Geist des Walds einem Schreiner nicht fremd ist, versteht sich, hat er doch jahrein, jahraus Umgang mit Holz, gehen ganze Wälder durch seine Werkstatt hindurch. Der Hinweis auf Dädalus ist rätselhafter, auch wenn dank ihm der Bogen zu Hölderlins geliebtem Griechenland, genauer: nach Kreta geschlagen wird. Mörike, der das Gedicht publizierte, sieht mit der „Reb“ der ersten Strophe den Weinbergbesitzer Zimmer angesprochen – und mit Dädalus, dem die Erfindung der Säge und

des Bohrers zugeschrieben wird, einen mythischen Ahnherrn des Handwerkers auftreten. Das mag zutreffen. Mehr noch als mit Werkzeug aber verbinden wir mit dem Vater des Ikarus die Konstruktion jenes Labyrinths, in dem König Minos den Minotaurus, furchtbare Frucht der Liaison seiner Gattin Pasiphae mit einem Stier, vor den Augen der Welt verbarg.

Wenn der alternde Hölderlin nicht nur ein komischer Kauz, sondern, wie Zimmer nahelegt, ein Mann mit Humor war, darf man ihm auch die Gabe der Selbstironie unterstellen? Dann läge der subtile Witz dieser Zeile wie ihre Wahrheit darin, dass Hölderlin sich implizit mit dem Minotaurus vergleicht, den Dädalus verschwinden ließ, der sein unglückliches Leben in einem steinernen Irrgarten fristete, ganz so wie Hölderlin das seine im steinernen, vom Tübinger Dädalus ausgebauten Turm: Zwei missratene Söhne, zwei Chimären, nie besucht von ihren beschämten Müttern, fern der Öffentlichkeit. Niemand sollte den umnachteten Hölderlin ein Monstrum nennen, aber wenn sich der Dichter selbst tatsächlich – im Scherz, im Ernst? – mit einem der berühmtesten vergleicht, sollte man daran denken, dass sich das Wort von „monstrare“ herleitet, und das heißt: Diese erstaunlichen Wesen, gefangen zwischen Licht und Schatten, Himmel und Hölle, Wahnsinn und Klarheit, zeigen uns etwas, das stets auch Teil von uns ist, das wir aber tunlichst im Verborgenen halten – hier in einem Labyrinth, dort in einem Turm.

Friedrich Hölderlin: „An Zimmern“

Von einem Menschen sag' ich, wenn der ist gut
Und weise, was bedarf er? Ist irgend eins
Das einer Seele gnüget? ist ein Halm, ist
Eine gereifte Reb' auf Erden

Gewachsen, die ihn nähre? Der Sinn ist des
Also. Ein Freund ist oft die Geliebte, viel
Die Kunst. O Teurer, dir sag ich die Wahrheit.
Dädalus Geist und des Walds ist deiner.

Friedrich Hölderlin: „Sämtliche Gedichte“. Hrsg. von Jochen Schmidt. Deutscher Klassiker Verlag, Frankfurt am Main 2005. 1152 S., br., 25,- €.

Von **Jan Wagner** ist zuletzt erschienen: „**Die Live Butterfly Show**“. Gedichte. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2020. 96 S., br., 12,- €.

Gedichtlesung: [Thomas Huber](#)

Quelle: F.A.Z.

FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN:

Quoten sind völliger Unsinn

- VON DIETER RICKERT
- -AKTUALISIERT AM 13.12.2020-22:43



Mehr Frauen in den Vorstand, fordert die Politik. Plötzlich sind alle für eine Quote. Wirklich alle? Nein! Hier widerspricht Dieter Rickert, Altmeister der Headhunter. Ein Gastbeitrag.

Die Quote ist Unfug. Mit gleicher Wunschlogik könnte man Quoten für mehr Sonnentage verfügen. Seit 40 Jahren stelle ich als Personalberater bei jeder Suche die Standardfrage: „Darf es auch eine Frau sein?“ Die Antwort lautet stets: „Finden Sie eine! Wir nehmen die Person mit der besten Qualifikation. Geschlecht egal.“ Seit die Quote droht und Selbstverpflichtungen mit Zielgrößen erzwungen wurden, suchen alle händeringend nach qualifizierten Frauen, die es in der gewünschten Anzahl einfach noch nicht gibt – auch wenn das Gegenteil von interessierten Aktivistinnen behauptet wird.

Natürlich gelingt es der Presse zum Thema Karriere immer, einige Dutzend „Powerfrauen“ aufzubieten. Das ist statistisch keine Überraschung. Solche Einzelbetrachtungen vernebeln aber lediglich den Blick aufs Ganze.

Von allen Berufsanfängern mit Hochschulabschluss und dem Karriereziel Management sind im Schnitt aller Branchen etwa 20 Prozent weiblich. Das ist zwangsläufig so, weil zu wenige Frauen die Fächer studieren, die man bei uns für eine Unternehmenskarriere braucht. Zudem scheiden auf dem Weg nach oben viele davon nach einigen Jahren aus dem Rennen. Nachvollziehbare Gründe dafür sind der Vorrang für Familienplanung, oder man hat sich das Berufsleben weniger stressig vorgestellt. Die berühmte „Gläserne Decke“, an die man durchaus stoßen kann, ist allerdings nicht für Frauen exklusiv. Männer spüren sie ebenso, reagieren aber anders.

Differenz in puncto Karriereziel

Eine mir bekannte professionelle Researcherin, die für mehrere Headhunting-Firmen arbeitet, sucht potentielle Kandidaten für die mittlere Management-Etage. Auf der Basis von mehr als 10000 telefonischen Ansprachen hat sie mir bestätigt: Von zehn angesprochenen Männern hören sich acht immerhin an, ob es woanders mit der Karriere schneller gehen könnte. Bei den Damen sagen acht, dass sie grundsätzlich nicht wechseln wollen, egal wie attraktiv die angebotene Position sei. Eine Vorstandsposition als Karriereziel liegt offenbar gar nicht in ihrem Fokus.

Wenn also nur 20 Prozent von 20 Prozent dieses Karriereziel mit all seinen Vor- und Nachteilen verfolgen, müssten unter der Voraussetzung, dass auch alle können, die wollen, etwa vier Prozent als natürliche Quote im Vorstand landen. Da wir im **Dax** bereits rund 14 Prozent haben, kann man nur vermuten, dass bereits einige durch Druck und Wunschdenken dorthin befördert wurden, weil das Geschlecht und nicht die Qualität das entscheidende Auswahlkriterium war. Um eines klarzustellen: Ich liebe es, kompetente Frauen zu

interviewen, und ich war auch nicht ganz unerfolgreich dabei, ihnen beim Erreichen ihrer Karriereziele zu helfen. Die Betonung liegt aber auf kompetent.

Hier noch eine Ehrenrettung für die als besondere Unverschämtheit verdammte „Null-Quote“. Wenn man mit den Leistungen eines Vorstandsgremiums rundum zufrieden und der Älteste 55 Jahre alt ist, gibt es für die nächsten zehn Jahre keine Vakanz, für die man eine Frau einplanen könnte. Eine Zahl größer null würde bedeuten, dass man eine ungewollte Kündigung fest einplant oder einen Todesfall. Tritt der Fall dennoch ein, kann man ja auch bei Quote null eine Frau einstellen, wenn man sie findet.

Wie wird sich das neue Gesetz in der Praxis auswirken? Stellen wir uns einmal eine AG mit mehr als 2000 Mitarbeitern vor, die jetzt betroffen wäre. Der Vorstand besteht aus vier Personen. Der CEO ist Ende 50, seit 25 Jahren in der sehr erfolgreichen Firma und funktional zuständig für alle Stabsabteilungen (Personal, Strategie, Unternehmensentwicklung, M&A, Recht, Öffentlichkeitsarbeit). Dann gibt es den CFO, 45 Jahre, zuständig seit fünf Jahren für Rechnungswesen, Finanzen, Controlling und EDV. Außerdem haben wir den CSO, 60 Jahre, für Marketing & Vertrieb, der seit Jahrzehnten bei den Kunden bestens verdrahtet ist, und schließlich den Technologievorstand, 49 Jahre, acht Jahre dabei und zuständig für Forschung und Entwicklung, Supply-Chain-Management und Produktion. Die Aktionäre sind glücklich, denn die Firma brummt, ist international gut aufgestellt, und der engagierten Mannschaft ist es in der Vergangenheit gelungen, das Produktportfolio im Bereich Hochtechnologie für Luft- und Raumfahrt, Automotive und Spezialmaschinenbau alle fünf Jahre zu 80 Prozent zu erneuern. Dann kommt das Gesetz.

Fall I: Der Vertrag des CEO läuft aus und steht zur Erneuerung an. Man will den Kopf der Firma auf keinen Fall verlieren. Nach dem, was bekannt ist, soll kein Mann von seiner Position entfernt werden, um einer Frau Platz zu machen. Es gäbe Bestandsschutz bei „bestehenden Mandaten“. Das Gesetz sollte folgerichtig klarstellen, dass Vorstände noch während des „bestehenden Mandats“ eine Vertragsverlängerung bekommen können, ohne dass die Quotenregelung greift.

Fall II: Der CTO möchte mit Ende 40 noch einmal ein anderes, größeres Unternehmen sehen und kündigt. Jetzt schlägt die Quotenregelung zu. Die Aufgabe für den beauftragten Headhunter, eine Frau zu finden, die etwas Vergleichbares nach Inhalt, Umfang und Komplexität nachweislich erfolgreich bewältigt hat, ist praktisch unmöglich. Der Markt gibt solche Edelsteine kaum her, und wenn man doch dieses seltene Exemplar fände, müsste es ja auch noch wechseln wollen.

Unternehmen unter Zwang

Während der Headhunter an der Suche nach der perfekten Frau für diesen Job verzweifelt, findet er stattdessen einen sehr guten männlichen CTO-Ersatz. Was wird geschehen? Der Aufsichtsrat engagiert den Mann. Er muss es tun, wenn er der Firma nicht schaden will.

Damit diese Bestellung nicht nach dem neuen Gesetz nichtig ist, erfindet man für eine Frau eine weitere zusätzliche Vorstandsposition, die leichter zu besetzen ist: Der CEO gibt das Personalressort ab, das bislang von einem guten Mann auf der zweiten Ebene gemanagt wurde. Damit man sich nicht fragen muss, was die neue Personalvorstandsfrau den ganzen Tag tut, wenn doch die Arbeit nach wie vor von dem vorhandenen Mann erledigt wird, bekommt sie noch Integrität, Nachhaltigkeit und Ähnliches, damit das ein schönes rundes Ressort mit genügend Abteilungen und Mitarbeitern ergibt. Das ganze kostet zwar ein paar zusätzliche Millionen, aber die Katastrophe im eigentlichen Maschinenraum der Firma, wo sich das Schicksal des Unternehmens entscheidet, wird abgewendet.

Die Quote wird zu mehr Vorstandspositionen für Frauen führen, aber ob dadurch die Produktivität der Unternehmen verbessert wird und das eigentliche Unternehmensziel, der Gewinn, steigt, ist mehr als zweifelhaft. Wenn Politiker eine Meinung haben über Dinge, die sie nur vom Hörensagen kennen, und das in Gesetze gießen, gilt häufig: Gut gemeint ist nicht gut gemacht. Mit der neuen Regelung werden sicher qualifizierte Frauen in die Vorstände kommen, die es auch ohne Quote geschafft hätten. Nun werden sie stattdessen als „Quotenfrauen“ diskriminiert. Es werden jedoch durch die Quote Bestellungen erfolgen, die sinnvoller mit einem qualifizierten Mann besetzt worden wären oder die wegen der Quote erst erfunden werden. Man fragt sich dabei, wie gleichzeitig ein gesetzliches Diskriminierungsverbot für alle Geschlechter

und eine gesetzliche Quote für nur ein Geschlecht Gültigkeit haben können. Da wird das Bundesverfassungsgericht wohl Klarheit schaffen müssen.

Geschlechtergerechtigkeit beginnt in der Schule

Das gängige Narrativ für diese Aktion lautet: „Gemischte Teams fällen bessere Entscheidungen.“ Der generelle Beweis dürfte schwer zu führen sein, denn gegenüber Ländern mit höherer Frauenquote wie Amerika, Schweden oder Frankreich zeigt die deutsche Handelsbilanz, dass sich unsere Unternehmen mit ihrer Leistungsfähigkeit hinter ihren Wettbewerbern nicht zu verstecken zu brauchen. Exportweltmeister wird man nicht zufällig. Also muss für die Politik ein empfundener Mangel an Geschlechtergerechtigkeit als Motiv herhalten.

Wenn man das ändern möchte, darf man das Pferd aber nicht vom Schwanz her aufzäumen und die angestrebten Ergebnisse erzwingen, statt bei den Ursachen anzusetzen. Dazu bedürfte es eines Kulturwandels, der das gängige Bild von Erziehung, Ausbildung, Familie und Mutterschaft evolutionär verändert. Wir müssen den Kindern vom ersten Schultag an Freude und Interesse an Wirtschaft und Technik vermitteln. Dazu braucht man Lehrer, die erklären können und wollen, dass wir unseren Lebensstandard der stetigen Verbesserung technologischer Prozesse verdanken. Nur so gibt es auch mehr Abiturientinnen, die anschließend unternehmensrelevante Fächer studieren und in zehn oder zwanzig Jahren auf natürlichem Weg im Vorstand landen.

Der Autor, 80, ist Personalberater in München.

ENERGIEWENDE:

Land unter Strom

- VON [MARCUS THEURER](#)
- -AKTUALISIERT AM 14.12.2020-07:24



Die Bundesregierung fördert mit Milliarden E-Autos und grünen Wasserstoff. Aber eine entscheidende Frage ignoriert sie: Wo soll der ganze Ökostrom dafür herkommen?

Die Deutschen sollen eine Nation von klimaschonenden Elektroautofahrern werden – und dafür ist der Berliner Regierungskoalition fast nichts zu teuer. Erst vor kurzem haben die Politiker wieder einmal nachgelegt: Nach dem jüngsten „Autogipfel“ Ende November kündigte die Regierung weitere Hilfen von 3 Milliarden Euro an, mit denen unter anderem der Kauf von E-Autos unterstützt wird. Bis zu 9000 Euro je Fahrzeug sind drin. Mit 6 Milliarden Euro soll außerdem in den kommenden Jahren der Bau von Ladesäulen gefördert werden.

Der Geldregen wirkt: Allein im November gingen rund 43.000 Anträge auf den üppigen Staatszuschuss beim Autokauf ein. Es war der fünfte Monatsrekord in Folge. In der Staatsbank KfW kapitulierte sogar kurzzeitig der Computer-Server unter dem Ansturm, weil zu viele Bürger auf einmal die ebenfalls ausgelobte Prämie für die Montage einer privaten Ladestation haben wollten. Rund 420.000 E-Autos sind diesen Herbst auf deutschen Straßen unterwegs, gut doppelt so viele wie noch vor einem Jahr. Bis zum Ende des Jahrzehnts sollen es nach dem Willen der [Bundesregierung](#) bis zu 10 Millionen Fahrzeuge werden.

Die Zahlen sind also gewaltig. Doch sie haben einen entscheidenden Haken. Während Bundeskanzlerin Angela [Merkel](#) und ihre Minister Milliarde um Milliarde in den Aufbau einer E-Autoflotte pumpen, behandeln sie eine entscheidende Frage, die daraus unmittelbar folgt, mit seltsamer Nachlässigkeit: Wo soll eigentlich der ganze grüne Strom für die vielen neuen Elektrovehikel herkommen?

Ein E-Auto, das mit Kohlestrom fährt, bringt nichts

Beim [E-Auto](#) ist es nämlich so: Über die gesamte Lebenszeit gerechnet, also auch unter Einbeziehung der energieintensiven Batterieherstellung, verursacht es insgesamt weniger klimaschädliche CO₂-Emissionen als ein konventionelles Auto mit Verbrennungsmotor. So hat es beispielsweise das Fraunhofer-ISI-Institut in Karlsruhe vorgerechnet. Das gilt allerdings nur dann, wenn die Elektrofahrzeuge zu einem erheblichen und über die Jahre steigenden Teil mit Strom aus erneuerbaren Quellen wie Windkraft und Photovoltaik betrieben werden, schränken die Energieexperten ein. Kurz gesagt: E-Autos nützen dem Klima nichts, wenn der Strom in ihren Akkus aus einem Kohlekraftwerk stammt.

An dieser Stelle kommt ein Gesetzesvorhaben ins Spiel, das für den Klimaschutz in Deutschland eine zentrale Rolle spielt und über das sich die für Energiefragen zuständigen Fachpolitiker in Berlin derzeit die Köpfe heißreden. Es geht um die Neufassung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG), die noch

vor [Weihnachten](#) vom Bundestag beschlossen werden soll. Es soll dafür sorgen, dass der Anteil des Grünstroms, der derzeit rund 40 Prozent der deutschen Stromerzeugung ausmacht, weiter wächst.

Das wiederum ist seit Freitag noch dringlicher geworden, weil sich die europäischen Regierungschefs auf dem EU-Gipfel nach durchverhandelter Nacht und unter Vorsitz der Bundeskanzlerin auf striktere Klimaschutzziele in Europa geeinigt haben. Die CO₂-Emissionen in der [EU](#) sollen bis zum Ende des Jahrzehnts gegenüber 1990 um 55 statt der bislang angestrebten 40 Prozent sinken.

Millionen Elektromobile und trotzdem nicht mehr Stromverbrauch?

Ein wichtiger Parameter für die deutsche EEG-Novelle ist die Prognose für die Entwicklung des Strombedarfs. Hier wird es nun merkwürdig: Der für den Energiesektor zuständige Bundeswirtschaftsminister [Peter Altmaier](#) (CDU) geht in seinen Planungen bislang davon aus, dass der Stromverbrauch in Deutschland bis zum Jahr 2030 mit 580 Terawattstunden gegenüber heute praktisch unverändert bleibt. Und dies, obwohl die Regierung sich nach Kräften bemüht, in den kommenden Jahren Millionen von E-Autos unters Volk und an die Stromladebuchsen zu bringen.

Damit nicht genug: Der deutsche Staat fördert auch die Anschaffung klimaschonender Wärmepumpen als Ersatz für Öl- und Gasheizungen. Diese Anlagen werden ebenfalls mit Strom betrieben. Vor allem aber haben Altmaier und seine Kabinettskollegen im Sommer ihre „nationale Wasserstoffstrategie“ auf den Weg gebracht, die mit enormen staatlichen Hilfen von 9 Milliarden Euro ins Werk gesetzt werden soll und vor allem auf die Dekarbonisierung der Industrie abzielt. Die Crux: Auch für die Erzeugung von klimaneutralem Wasserstoff braucht es große Mengen an [Ökostrom](#).

Wenn wir es mit dem Klimaschutz also ernst meinen, dann werden wir mehr sauberen Strom benötigen als heute – darin sind sich viele Fachleute einig. „In Zukunft ist mit einem erheblich steigenden Strombedarf zu rechnen“, sagt etwa Veronika Grimm, Energiemarktexpertin an der Universität Erlangen und Mitglied im Wirtschafts-Sachverständigenrat der Bundesregierung. Altmaiers Strombedarfsplanung und damit der Ausbau der erneuerbaren Energien müssten „ambitionierter“ werden, mahnt Grimm.

Autoindustrie: Wir brauchen mehr Ökostrom

Das Energiewissenschaftliche Institut der Universität Köln (EWI) schätzt, dass Deutschland im Jahr 2030 in Wahrheit rund 700 Terawattstunden Strom benötigen wird – und damit ein Fünftel mehr als vom Wirtschaftsminister unterstellt. Andere Prognosen schätzen den Bedarf noch weit höher. „Die zunehmende E-Mobilität ist der Hauptgrund für den zu erwartenden größeren Stromverbrauch“, sagt der EWI-Ökonom Max Gierkink.

Die Autoindustrie macht Druck, denn die Hersteller investieren viele Milliarden in die Entwicklung neuer Elektroautos. „Deutschland braucht deutlich ehrgeizigere Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien“, sagt die Präsidentin des Branchenverbands VDA, [Hildegard Müller](#). Es müssten „möglichst bald 100 Prozent Ökostrom“ für das Aufladen von Elektroautos bereitstehen. „Ohne eine entsprechende Stromversorgung wird die Elektromobilität kein Erfolg, nicht fürs Klima und nicht für den Standort Deutschland“, sagt Müller. Sie warnt vor Versorgungsengpässen, wenn zu wenig Windräder und Solarparks gebaut werden: „Es darf nicht zur Abschaltung von Ladestationen kommen.“

Die Angst vor den Windkraftgegnern

Aber warum eigentlich weigert sich Altmaier bislang so standhaft, den absehbar steigenden Strombedarf zur Kenntnis zu nehmen? Patrick Graichen, Direktor der Berliner Denkfabrik Agora Energiewende, hat eine klare Antwort: „Weil im Wirtschaftsministerium und in Teilen der Unionsfraktion die Angst vor den Windkraftgegnern groß ist“, sagt er. Vor allem der Widerstand gegen weitere Onshore-Windräder ist in den vergangenen Jahren gewachsen – und der Bau neuer Windmühlen hat rapide nachgelassen.

Windkraftanlagen an Land sind bisher der mit Abstand wichtigste Lieferant von Ökostrom in Deutschland. Doch bis 2030 müssten, je nach Anlagengröße, jährlich zwischen 1000 und 1500 weitere solche Onshore-

Windräder errichtet werden, kalkuliert der Agora-Chef Graichen. Auch der Bestand an Offshore-Windrädern auf dem Meer und vor allem der Bestand von Solaranlagen müssten deutlich energischer ausgebaut werden als von der Regierung bisher vorgesehen. Zugleich müssten klimaschädliche Kohlekraftwerke früher vom Netz.

Druck auf Altmaier wächst

Der Lohn der Kraftanstrengung: Zum Ende des Jahrzehnts könnte Deutschland rund 70 Prozent seines bis dahin deutlich größeren Stromverbrauchs mit erneuerbarer Energie decken, kalkulieren die Agora-Energiemarktforscher. Nur so werde Deutschland auch die soeben erhöhten anspruchsvolleren Klimaschutzziele in der EU für das Jahr 2030 erfüllen. Der Druck auf Altmaier, bei seiner EEG-Novelle die Ziele nachzubessern, wächst durch den Beschluss in Brüssel jedenfalls. Finanzierbar wäre das durchaus, denn Windräder und Solaranlagen werden immer effizienter, in wenigen Jahren benötigen sie wahrscheinlich gar keine staatliche Förderung mehr.

Nur mit der Akzeptanz in der Bevölkerung hapert es. „Selbst Solarparks sind mittlerweile schon böse“, sagt Agora-Chef Graichen sarkastisch. Die Kaufprämie für das Elektroauto und das Fördergeld für die neue Wärmepumpen-Heizung nehmen die Bürger gerne mit – aber die Windräder und Photovoltaikanlagen, die den Strom dafür erzeugen, werden als Zumutung empfunden.

Wie die „progressiven“ US-Medien den Islamismus verharmlosen

Stand: 13.12.2020 | Lesedauer: 7 Minuten

Von Sarah Pines



Scheinheilig: Für die „New York Times“ scheint Macron der neue Trump zu sein

In Frankreich fiel der Lehrer Samuel Paty einem Mordanschlag zum Opfer, weil er Mohammed-Karikaturen zeigte. In den USA stellen ihn Medien als Schuldigen dar. Ein Grund, auch ihrer innenpolitischen Berichterstattung zu misstrauen.

Eine Presse, die Meinungsfreiheit politisch korrektem Wahn ausliefert, die Opfer und nicht Täter zur Verantwortung zieht, die Probleme nicht benennen will und lieber im Duktus von Trigger-Warnungen schreibt, um „Gefühle“ nicht zu verletzen, die stets „Trump“ wittert, anstatt sich ernsthaft mit Ländern auseinanderzusetzen, die noch nicht einmal dort ansässige Korrespondenten verstehen wollen: Spätestens seit dem islamistischen Mord an dem französischen Lehrer Samuel Paty entwerfen „progressive“ US-Medien für ihre Leser eine Welt, wie sie scheinheiliger nicht sein könnte.

Zahlreiche Berichte und Leitartikel der „New York Times“, „Washington Post“ und „CNN“ zeichnen Paty, der am 16. Oktober durch den Terroristen Abdulla Anzorov mit einem geschärften Fleischermesser enthauptet wurde, weil er seiner Klasse zum Thema Meinungsfreiheit Mohammed-Karikaturen des Satiremagazins Charlie Hebdo zeigte, als fanatischen Handlanger des französischen Präsidenten und dessen säkularem Wahn. Ohne Mitleid, aber mit viel Härte wird Paty als genüsslich Blasphemie betreibender „Märtyrer“, als von Macron zu Unrecht erklärter „Held“ der Nation beschrieben.

Oder aber er wird zur Leerstelle. So im ersten Artikel der NYT „Französische Polizisten erschießen und töten Mann nach fataler Messerattacke auf der Straße“ vom 19. Oktober. Bereits der Titel verkehrte bewusst die Rolle von Täter und Opfer: Anzorov erlag Polizeigewalt, wen und warum er tötete, war unwichtig. Nach massiver Kritik französischer Medien änderte die Zeitung die Überschrift in „Mann enthauptet Lehrer auf der Straße und wird von Polizisten getötet“.

Ist es unethisch, wenn Medien Sympathien und Erwartungshaltungen von Lesern oder Zuschauern derartig kanalisieren, Stimmung machen, falsch darstellen, nicht etwa, indem sie dreist lügen, sondern insinuieren, Worte streuen oder diese auslassen, Sachverhalte betonen oder aussparen?

„New York Times“, „Washington Post“ und „CNN“ haben die letzten Jahre aufgewendet, um Amerika und die Welt zu überzeugen, dass Donald Trump Rassist, Frauenfeind, rücksichtsloser Kapitalist ist, außerdem chronischer Lügner, Waffen- und Polizeifetischist, Steuerhinterzieher, Faschist und *White Supremacist*, insgesamt Betrüger und, Karikaturen nach zu urteilen, ein Schwein im biologischen Sinne von „Eber“.

Brille der Verblendung

Die unterkomplexen Schablonen, die namhafte amerikanische Redakteure und Journalisten der amerikanischen Präsidentschaft überstülpten –, sicherlich nicht die beste, aber auch nicht die schlechteste – sind zu der verblendeten, an Wahrheit desinteressierten Brille geworden, in der das medial-progressive Mainstream-Amerika die Welt zu begreifen gewillt ist, ohne Interesse oder auch nur Verständnis für die Komplexitäten anderer Gesellschaften aufzuwenden. Dies vor allem, wenn es um Themen geht, die die USA in den letzten Jahren umtrieben: Polizeigewalt und Rassismus, der Umgang mit Minderheiten in politisch korrekter Sprache, Identitätsfragen und die diverse Gesellschaft.

Libérale Journalisten treten als gute Soldaten eines neuen *Bon Ton* auf, der sich unter Trump radikalisierte und nun, narzisstisch aufgeplustert, seine Bestätigung in dessen Abwahl fand.

Nach Trump ist Emmanuel Macron dran. Dessen Reaktion auf den Mord an Samuel Paty zeige, dass Frankreich einen Trump in fast nichts nachstehenden Rechtsruck unterlaufe. Dass Macron für die Präsidentschaftswahlen 2022 bereits rechten Slang übe, um mit Marine LePen mitzuhalten. Dass die französische Regierung überdies Polizeigewalt legitimiere, Minderheiten unterdrücke, Karikaturen verteidige, die diese erniedrigten.

Von Beginn an berichten die Paris-Korrespondenten der NYT und anderer Zeitungen desinformiert, insinierend und polarisierend, nicht mehr an der „Wahrheit“ interessiert als Trump und so fokussiert auf den eigenen „Kampf gegen Rassismus“, dass religiöser Fanatismus und Terrorismus als berechtigter Aufstand einer unterdrückten Minderheit gegen eine „weiße Elite“ begriffen werden. Ferner werden Rede- und Meinungsfreiheit politisch korrekter Rede untergeordnet.

Wer ist schuld am Terror?

Nach dem Mord an Paty verkündete Macron die Verteidigung des Laizismus in Frankreich nach dem Motto „jetzt erst recht“, das harte Vorgehen gegenüber gefährdendem religiösem Wahn, das Aufspüren, notfalls Zerschlagen islamistischer Netzwerke. Norimitsu Onishi, Paris-Korrespondent der NYT schreibt hingegen: Macrons Regierung habe „mit einer Sprache, die keinen Unterschied zwischen dem Islam (der Religion) und dem Islamismus (einer Ideologie, die manchmal zu Gewalt geführt hat) macht, ein weitreichendes Vorgehen gegen Islamisten und einige muslimische Organisationen in Gang gesetzt.“

Doppelt falsch. Weit über dreißig islamistische Anschläge wurden in Frankreich allein zwischen den Jahren 2012 und 2020 verübt. In seinen Reden vom 2. und vom 29. Oktober verbat Macron sich außerdem „Amalgame“, Vermischungen von Islam und Islamismus.

Laut amerikanischen Medien führt nicht religiöser Fanatismus zu Terror. Der französische Laizismus (die strenge Trennung von Staat und Religion, die Schule als wertfreier Raum) habe Blut an den Händen, da er Muslime verfolge, indem er exzessive Meinungsfreiheit fördere, die wiederum in perverse Karikaturen des Propheten kulminiere, die Integration entfremdeter muslimischer Kinder hindere.

Die „NYT“ zitiert den malaysischen Premierminister, der auf den Mord an Paty hin tweetet, Muslime hätten das Recht, Millionen Franzosen für ihre kolonialen Verbrechen zu töten, erklärt diese Haltung nonchalant mit Frankreichs laizistischem Wahn und macht Macrons pseudo-militaristische „Razzia“ auf die muslimische Bevölkerung verantwortlich, von der die Zeitung bereits am 19. Oktober berichtete, diese „Razzia“ der Regierung überdies als so „breit“ bezeichnete, dass sie unschuldige Gruppen miteinbezog. „Islamismus“ in Frankreich, implizieren liberale US-Medien, sei weitgehend ein in die Banlieues hineinprojiziertes Fantasma weltlicher Eiferer.

So kommentierte Alexandra Schwartz, Journalistin des Wochenmagazins „New Yorker“ einen Tweet Emmanuel Macrons („Der Laizismus hat noch nie jemanden getötet“) mit einem süffisanten „Erinnerung: Stalin und Mao“.

Denn wer ist schuld? Charlie Hebdo und Samuel Paty. Hätte das Satiremagazin im Andenken an die ermordeten Kollegen im September nicht die Karikaturen wieder abgedruckt, wäre Paty nicht getötet worden, schreibt die NYT am 30. Oktober, zitiert am 23. November überdies die Schülerin Emira Yildirim: „wenn er (Paty) die Karikaturen nicht gezeigt hätte, wäre es nicht passiert.“

Religiöser Extremismus? *N'existe pas*. Netzwerke? Alles Verschwörungstheorie, Anzorov sei ein „einsamer Wolf“. Unisono außer Acht lassen NYT und co. ebenfalls, dass um Anzorov durchaus eine Art radikales Netzwerk bestand, obzwar keines vom IS gesteuertes.

Anzorov ließ sich am Tag des Mordes von einem Komplizen zu Patys Schule fahren. Die „Quelle“, die ihn auf Paty aufmerksam machte, war die auf YouTube verbreitete Falschaussage des Vaters einer Schülerin, dessen Schwester dem IS beitrug.

Die Begriffe „Jihad“, oder „Jihadismus“ fallen in Zusammenhang mit Anzorov in keinem der zahlreichen US-Artikel zu dem Thema, das Wort „Islamismus“ höchstens als unziemliches Zitat Macrons. So bezeichnet die Aktivistin Rokhaya Diallo in einem Artikel der „Washington Post“ vom 30. Oktober Anzorov als „einen jugendlichen Muslim, der sich von den Karikaturen des Propheten Mohammed angegriffen fühlte“.

VOX schießt schließlich den journalistischen Vogel ab und vergleicht Bohnen und Fisch: „Französische Muslime haben womöglich das Gefühl, dass das, was Macrons Regierung tut, gezielt auf sie gerichtet ist. Schließlich wird die Leugnung des Holocaust unter Strafe gestellt, was bedeutet, dass manche Formen der Meinungsfreiheit in Frankreich gesetzlich verboten sind. Aber wenn es um Bilder des Propheten geht, behauptet Macron, dass dies Fair Play ist“, sagt der interviewte Shahed Amanullah, ehemals im US-Außenministerium.

Schließlich veröffentlicht CNN noch eine perfide Reisewarnung: „Amerikanische Muslime, besonders amerikanische Muslime, die erkennbar muslimisch sind, sollten es vermeiden, nach Frankreich zu reisen, bis die französische Regierung aufhört, die Flammen der Islamophobie anzufachen.“

Wie parteiisch dürfen Medien sein?

Dem persönlichen Anruf Emmanuel Macrons bei der „NYT“, um die Berichterstattung der Zeitung als unziemlich und schlichtweg falsch auszuweisen, begegnete der zuständige Medienredakteur Ben Smith interesselos, kritik-resistent und mit einem obsessiv-kompulsiven Trump-Vergleich. Der belehrende Artikel, der das Gespräch der Männer zusammenfasst, beginnt: „Am Donnerstagnachmittag hat mich der

französische Präsident Emmanuel Macron aus seinem vergoldeten Büro im Elysée-Palast angerufen, um mir eine Beschwerde vorzulegen“. Das Adjektiv „vergoldet“ ist in den USA ein vorbelasteter Begriff: Trump wohnt in „vergoldeten Türmen“.

Es ist eine Binsenweisheit, so alt wie der Buchdruck: Medien können milde oder offen propagandistische politische Zugehörigkeiten haben und für diese freimütig eintreten. Sie können politischen Mächten zuarbeiten oder sich ihnen entgegenstellen, manipulativ wirken.

Allerdings präzedenzlos ist die Scheinheiligkeit der Berichterstattung „progressiver“ US-Medien sowie die Selbstgefälligkeit, mit der internationale Medien und deren Korrespondenten die Ansichten, Meinungen und Berichte ersterer unhinterfragt und ungeprüft reproduzieren und dazu beitragen Scheinheiligkeit konsensfähig zu machen.

Warum knöpft sich die Kulturszene immer zuerst Israel vor?

Stand: 13.12.2020 | Lesedauer: 5 Minuten

Von Bernd Stegemann



Bernd Stegemann, Dramaturg am Berliner Ensemble

Quelle: REUTERS

Künftig dürfen keine Steuermittel mehr für Auftritte von radikalen Israelkritikern der BDS-Bewegung ausgegeben werden. Dagegen protestieren namhafte Institutionen. Aber die Meinungsfreiheit, die sie einfordern, praktizieren sie selbst nicht.

Wenn sich das Goethe-Institut, die Berliner Festspiele, das Humboldt Forum und zahlreiche weitere hochsubventionierte Kultureinrichtungen zu einem Aufruf zusammenfinden, muss es wohl ein gewichtiges Problem geben. Die Protestnote mit dem sperrigen Titel „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ erhebt Klage gegen den Beschluss des Bundestages, dass keine Steuergelder mehr für die Einladung von BDS-Unterstützern ausgegeben werden dürfen. BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) ist eine weltweite Vereinigung von Künstlern und Wissenschaftlern, die Israel boykottieren und sein Existenzrecht infrage stellen.

Für den BDS ist Israel eine Kolonialmacht, die ebenso wie das Apartheidsregime in Südafrika durch einen globalen Boykott zu Fall gebracht werden müsse. Es ist also wenig erstaunlich, dass der deutsche Bundestag, der das Existenzrecht Israels für unverhandelbar erklärt, jede Finanzierung des BDS aus Steuermitteln ablehnt.

Warum also meinen zahlreiche, mit Steuern finanzierte Kultureinrichtungen, gegen diesen Beschluss protestieren zu müssen? Die Antwort ist einfach kompliziert. Auf der einfachen Seite argumentieren die Intendanten, dass sie um die Meinungsfreiheit fürchten, wenn besonders radikale israelkritische Stimmen per Gesetz aus der Öffentlichkeit verbannt werden. Sie schreiben: „Weltoffenheit, wie wir sie verstehen, setzt eine politische Ästhetik der Differenz voraus, die Anderssein als demokratische Qualität versteht und Kunst und Bildung als Räume, in denen es darum geht, Ambivalenzen zu ertragen und abweichende Positionen zuzulassen.“

Was auf dem Papier gut klingt, wird aber von den unterzeichnenden Institutionen allzu oft nicht beachtet. Jede Einladung beispielsweise an einen AfD-Politiker oder Denker der Neuen Rechten führt in eben diesen Kultureinrichtungen zu heftigen Diskussionen. Und in den meisten Fällen wird die Frage, ob man solchen Meinungen überhaupt eine Bühne geben dürfe, mit einem „Nein, keine Bühne für Rechts“ beantwortet. Ebenso fiel vor einiger Zeit der Intendant der Berliner Festspiele durch einen Akt der Zensur auf. Bei einer Inszenierung, die beim Theatertreffen gezeigt werden sollte, traten Figuren auf, die als Nazis oft und gerne von „Negern“ gesprochen haben. Der Intendant erließ vor der Aufführung ein Verbot, dass dieses böse Wort nicht auf seiner Bühne ausgesprochen werden dürfe. Wo waren in diesen Fällen die Kunstfreiheit und die „Bereitschaft, Ambivalenzen zu ertragen und abweichende Positionen zuzulassen“?

Moralisch eingehegte Öffentlichkeit

Auch kann ich mich an keine Diskussion erinnern, in der einmal mit derselben Leidenschaft, wie man nun das Recht auf Israelkritik einfordert, Saudi-Arabien, Ägypten oder der Iran kritisiert worden wären. Das Gegenteil ist der Fall: Eine Auseinandersetzung mit dem Islam gilt in Kulturkreisen schnell als islamophob, eine Befragung der deutschen Migrationspolitik als rechtsradikal und eine Beschäftigung mit der Kriminalität von arabischen Clans als rassistisch.

Warum treten also die Repräsentanten einer moralisch eingehegten Öffentlichkeit, die nur einen kleinen Ausschnitt der Realität zulässt, so vehement dafür ein, dass Israel ohne Rücksicht kritisiert werden darf? Damit ist man bei der komplizierten Seite des Aufrufs. Sie betrifft den globalen Verteilungskampf zwischen verschiedenen identitätspolitischen Opfergruppen. Der Streit entzündete sich letztes Jahr an dem postkolonialistischen Theoretiker Achille Mbembe. Er war ein gern gesehener Gast auf vielen Podien, und seine Bücher werden im Suhrkamp-Verlag verlegt. Offenbar hatte sie aber niemand gelesen, denn es brauchte erst journalistische Recherche und eine Intervention des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, um seine israelfeindlichen

Aussagen öffentlich zu machen. Mbembe hatte nicht nur den BDS unterstützt, sondern er ist ein prominenter Vertreter einer anti-westlichen Politik.

Ziel dieser Politik ist es, den Westen in eine kollektive Haftung für die Verbrechen des Kolonialismus zu bringen. In dieser Logik ist der Staat Israel keine Folge von Auschwitz, sondern eine Kolonialmacht, die das Land der Palästinenser besetzt hält. Die Folgen einer solchen neuen Geschichtserzählung sind leicht vorstellbar: Kolonialmächte müssen vertrieben und das Land seinen ursprünglichen Bewohnern zurückgegeben werden. Warum eine solche postkoloniale Politik in Deutschland gerade bei Theaterleuten so viel Anklang findet, ist darum die zentrale Frage. Dazu gibt es in dem Aufruf einen entlarvenden Satz. Es wird gefordert, „einer Vielstimmigkeit Freiräume zu garantieren, die die eigene privilegierte Position als implizite Norm kritisch zur Disposition stellt“.

Leider vermeidet der weitere Text die Erklärung, was mit der „privilegierten Position“ gemeint ist, die als „implizite Norm“ kritisch infrage gestellt werden soll. Ist damit die deutsche Verantwortung für den Holocaust gemeint, und soll die mühsam errungene Konsequenz, das Existenzrecht von Israel zur Staatsraison der Bundesrepublik erklärt zu haben, infrage gestellt werden? Will man diese bedingungslose Solidarität gegenüber Israel aufkündigen, weil man sich der postkolonialen Perspektive anschließt und damit Israel zu einer Spätfolge des Kolonialismus macht? Oder will man die Tür öffnen, um verschiedene Genozide miteinander vergleichen zu können? Der Holocaust und die zahlreichen Verbrechen des Kolonialismus würden dann in einen Wettbewerb treten, welche Schuld in welcher Form gebüßt und mit Reparationszahlungen und Kunstrestitutionsen abgegolten werden muss.

Es mag aus der Perspektive einer postkolonialen Gesellschaft schwerwiegendere Traumata geben als den Holocaust. Doch warum gerade deutsche Kultureinrichtungen diese Perspektive übernehmen wollen, will mir nicht einleuchten. Es müsste doch möglich sein, sich der eigenen Kolonialgeschichte zu stellen, ohne Israel als Kolonialmacht diffamieren zu müssen. So bleibt die Frage, warum den Intendanten immer als erstes Israel einfällt, wenn sie sich in ihrer Kritiker-Freiheit beengt fühlen. An einem akuten Mangel an Israelkritik kann das nicht liegen.

Denn schließlich ist dieses kleine Land nicht nur von feindseligen Staaten umzingelt, sondern auch der am meisten angefeindete Staat der Welt. Wollten die Intendanten für mehr Meinungsfreiheit eintreten, so finden sich vor ihrer Haustür und auf ihren Bühnen viele Baustellen, denen sie sich widmen könnten. Und eine Befragung, warum deutsche Künstler und Intellektuelle so

leidenschaftlich gerne Israel kritisieren, gehört meiner Meinung nach zu den Themen, die dort einmal behandelt werden sollten.

Bernd Stegemann (Jg. 1967) ist ein deutscher Dramaturg und Autor. Er arbeitete u.a. an der Schaubühne am Lehniner Platz in Berlin. Seit 2018 ist er Dramaturg am Berliner Ensemble.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/manche-forscher-halten-corona-lockdown-fuer-die-falsche-strategie-17099323.html?premium>

KRITIK VON FORSCHERN:

Nützt der Lockdown überhaupt?



Im Kampf gegen die Pandemie setzt Deutschland jetzt wieder auf einen Lockdown. Manche Wissenschaftler halten das für den falschen Weg – und fürchten, als „Querdenker“ missverstanden zu werden.

- VON MORTEN FREIDEL
- -AKTUALISIERT AM 14.12.2020-09:59

Die Bundeskanzlerin redete den Deutschen vergangene Woche ins Gewissen. Sie flehte ihre Landsleute geradezu an, auf Kontakte zu verzichten. „Es tut mir leid, es tut mir wirklich im Herzen leid“, sagte Angela Merkel am Mittwoch, aber der Preis von 590 Toten am Tag sei zu hoch für Glühweinstände und Waffelbäckereien. „Wenn wir jetzt vor Weihnachten zu viele Kontakte haben und anschließend es das letzte Weihnachten mit den Großeltern war, dann werden wir etwas versäumt haben. Das sollten wir nicht tun!“ Nicht nur die Kanzlerin, die gesamte Politik redete diese Woche wieder über Maßnahmen gegen das Virus. Am Sonntag beschlossen Bund und Länder einen Lockdown.

Einige Wissenschaftler glauben, dass Deutschland damit immer noch nicht den besten Weg gefunden hat im Umgang mit der Pandemie. Sie halten es für falsch, dass die Regierungen in Bund und Ländern den Eindruck entstehen lassen, es gebe keine Alternative zum Lockdown. Sie fordern einen Kurswechsel, vor allem aber eine offene Diskussion darüber, wie es weitergehen soll.

Mit ihrer Meinung setzen sie sich dem Risiko aus, zwischen die politischen Fronten zu geraten. Viele denken bei Kritikern der Corona-Maßnahmen gleich an Querdenker oder Verschwörungstheoretiker. Nicht alle Wissenschaftler, mit denen wir gesprochen haben, wollen deshalb namentlich genannt werden. Aber sie sind sich einig, dass der Zeitpunkt gekommen ist, um Stellung zu beziehen.

Zu viele Möglichkeiten

Einer von ihnen ist der Virologe Jonas Schmidt-Chanasit von der Universität Hamburg. Er sagt: „Wichtig ist vor allem: Wir brauchen eine nachhaltige Strategie. Eine Abfolge von Lockdowns ist keine langfristige Strategie.“ Schmidt-Chanasit weist darauf hin, dass der Versuch der Gesundheitsämter, die Kontakte von Infizierten nachzuverfolgen, vielerorts gescheitert sei. Nicht nur weil das Personal fehlt, sondern auch weil die Ämter mittlerweile gar nicht mehr genau herausfinden können, wo sich jemand angesteckt hat. Es gibt einfach zu viele Möglichkeiten.



Der Hamburger Virologe Jonas Schmidt-Chanasit :Bild: dpa

Nach Meinung von Schmidt-Chanasit ist das auch nicht weiter schlimm, jedenfalls im Moment noch nicht. Noch könne das Gesundheitssystem mit den Kranken fertig werden. Deshalb sei es keine Lösung, immer wieder alles herunterzufahren. Es komme darauf an, die Älteren vor einer Ansteckung zu schützen. Denn die haben mit Abstand die meisten schweren Verläufe von Covid-19 zu beklagen.

Würden die Gesundheitsämter aufhören, alle Kontakte eines Infizierten anzurufen, könnten sich ihre Mitarbeiter auf den Schutz der Älteren konzentrieren. Sie könnten „Testkonzepte erarbeiten und umsetzen“, sagt Schmidt-Chanasit. Dafür gibt es schon ein Vorbild: Tübingen. „Die Stadt hat für eine hervorragende Ausrüstung mit Schutzkleidung in den Altenheimen gesorgt. Jeder, der zu Besuch kommt, wird getestet, genauso das medizinische Personal in den Krankenhäusern, und zwar zweimal die Woche. Es gibt organisierte Hol- und Bringdienste, damit gefährdete Personen nicht mehr in öffentlichen Verkehrsmitteln fahren müssen.“

Die Idee für einen Strategiewechsel stammt nicht von Schmidt-Chanasit, sondern von der [Bundesregierung](#). In ihren Pandemieplänen war immer von mehreren Phasen die Rede. Erst sollten die Behörden versuchen, die Epidemie einzudämmen, indem Infektionsketten durchbrochen werden. Scheitert das, sollten die Maßnahmen sich auf die Schwächsten konzentrieren, die Alten und Kranken also. Stecken sich immer mehr Menschen an, lautet das Ziel Folgenminderung. Das heißt: das Gesundheitssystem vor der Überlastung zu bewahren.

Der Preis: Zehntausende Tote

Der Medizinstatistiker Gerd Antes ist genau für diesen Strategiewechsel. Er sagt: „Es muss jetzt um den Schutz von Risikogruppen gehen, darauf müssten sich die Gesundheitsämter vor allem konzentrieren.“ Wenn man allerdings versuche, „die Nachverfolgung abzusagen“, gerate man unter Beschuss. „Sie werden verdächtigt, heimlich auf die Herdenimmunität abzielen.“

Das mit der Herdenimmunität fordern manche Wissenschaftler aus Großbritannien und Amerika. Sie wollen in Kauf nehmen, dass sich Millionen Bürger mit [Corona](#) anstecken, bis genügend Menschen immun sind, um die Verbreitung des Virus zu stoppen. Der Preis dafür wären wohl Zehntausende Tote.

Das geht Antes und Schmidt-Chanasit viel zu weit, wie überhaupt fast allen Kritikern ständiger Lockdowns. „Verstehen Sie mich nicht falsch“, sagt Schmidt-Chanasit: „Ich bin trotzdem für zusätzliche Maßnahmen.“ Außerhalb der Pflegeheime so weiterzumachen, als gebe es kein Corona, sei der falsche Weg. „Denn dann wird das Gesundheitssystem trotzdem überlastet. Aber die höchste Priorität muss sein: Schutz der besonders gefährdeten Menschen.“

Schmidt-Chanasit stört sich daran, wie grob die Diskussion in Deutschland geführt wird. Er denkt zum Beispiel an den SPD-Abgeordneten und Epidemiologen [Karl Lauterbach](#). „Das Narrativ war immer, auch

von Herrn Lauterbach: Wir müssen siebzig Prozent der Kontakte reduzieren. Jetzt wird gesagt: Wir haben nur dreißig Prozent der Kontakte reduziert. Aber wir müssen doch mal unterscheiden, was ist ein Risikokontakt, was nicht? Man konzentriert sich nicht auf das Wesentliche. Jetzt sind wir so weit, dass die Leute Angst haben, sie könnten sich im Park anstecken, wenn sie mit dem Hund aneinander vorbeilaufen.“

Lässt sich überhaupt noch was herausholen?

Auch von einer generellen Maskenpflicht im Freien hält der Virologe nichts. Was solle das, „an öffentlichen Plätzen, wenn sie leer sind? Dabei habe ich schon immer gesagt: Die zertifizierte Maske in der richtigen Situation, das ist das Entscheidende, nicht mit einem Schal über den Parkplatz zu laufen.“ Die Maßnahmen führten dazu, „dass die Akzeptanz in der Bevölkerung bröckelt“. Umfragen zeigen zwar, dass noch immer eine große Mehrheit der Deutschen hinter dem Kurs der Bundesregierung steht. Aber sie ist nicht mehr so überwältigend wie noch im letzten Frühjahr.

Die Bundesregierung wird in ihrer Corona-Politik von der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina beraten. Ihr Argument lautet: Nur mit einem Lockdown bekommt Deutschland die Zahl der Infizierten unter Kontrolle. Der Virologe und Epidemiologe Klaus Stöhr hat daran Zweifel. Er hat sich sein Leben lang mit Epidemien beschäftigt, war Jahre lang Leiter des globalen Influenza-Programms der Weltgesundheitsorganisation. Er ist der Meinung, dass der Lockdown die Zahl der Infizierten kaum noch weiter drücken kann. Denn die bisherigen Maßnahmen seien überaus erfolgreich gewesen. Noch mehr lasse sich nicht herausholen.

Eigentlich kann niemand wissen, wie stark sich das Coronavirus ohne Maßnahmen verbreitet hätte. Es weiß also auch niemand so genau, wie gut es durch die Beschränkungen eingedämmt wurde. Es gibt aber noch eine andere Krankheit, die sich jeden Winter aufs Neue ausbreitet: die Influenza. Und zu der gibt es massenhaft Daten. Ihnen lasse sich entnehmen, sagt Stöhr, dass sich die Verbreitung der Influenza in vielen europäischen Staaten mit den gegenwärtigen Maßnahmen um neunzig Prozent reduziert habe, also der Maske, dem Abstandhalten, der Arbeit von zu Hause.

„Das heißt aber auch: Die Ausbreitung des Coronavirus ist mutmaßlich ebenfalls um fast neunzig Prozent reduziert worden“, sagt Stöhr. „Dann muss man sich die Frage stellen: Kriegt man diese Zahlen überhaupt noch weiter runter in Deutschland?“

Das Virus kann sich gut halten

Sollte Stöhr recht haben, bedeutet das nicht nur, dass weitere Einschränkungen ins Leere laufen könnten. Es würde auch die Bürger entlasten. Momentan schieben viele Politiker die steigenden Infektionszahlen auf mangelnde Disziplin. Die Bürger hielten sich eben nicht an die Maßnahmen, deswegen brauche es stärkere Einschränkungen, sagen sie. Stöhr glaubt das nicht.

Nach seiner Auffassung haben die Deutschen die Infektionszahlen durch ihre Disziplin massiv gedrückt. Im Winter werde kaum noch mehr gehen. Es ist kalt und feucht, das Virus kann sich gut halten. Selbst wenn sich nur noch wenige Menschen in dieser Jahreszeit treffen würden, dann meist in Innenräumen, wo die Luft voller Aerosole ist. Ein Virus wie Corona kriege man im Winter nicht tot.

Die Befürworter eines Lockdowns haben aber auch gute Argumente. Sie verweisen auf Länder wie Österreich oder Frankreich. Dort sehe man ja, was ein konsequentes Eingreifen bewirken könne, sagen sie. In Frankreich durften die Bürger spätabends nicht mehr ohne triftigen Grund aus dem Haus.

Seit beide Länder beschlossen haben, das öffentliche Leben herunterzufahren, sind die Infektionszahlen drastisch gesunken. Für Stöhr ist die Ausgangslage allerdings kaum vergleichbar: In beiden Ländern sei die Zahl der Infizierten bezogen auf die Bevölkerung mindestens fünfmal so hoch gewesen wie in Deutschland.

Undeutliche Zielsetzung

Stöhr und die anderen sind nicht grundsätzlich gegen harte Einschränkungen. Sie sagen nur: Es muss das letzte Mittel sein. Und: Wer mit dem Hammer zuschlägt, der muss auch etwas haben, auf das er draufhauen kann. Sonst gingen eine Menge anderer Dinge zu Bruch. Die Kosten für die Bekämpfung seien hoch, von den Schulden, die Deutschland dafür aufnehmen musste, ganz zu schweigen.

Stöhr vermisst eine Balance zwischen Gesundheitsschutz, dem Erhalt gesellschaftlicher Freiheiten und wirtschaftlichen Risiken. Das geht auch Antes so: „Warum man jetzt mit den zu erwartenden immensen Schäden einen völligen Lockdown fordert, das leuchtet mir überhaupt nicht ein. Aus meiner Sicht ist das glatt falsch. Auch politisch, denn dahinter steht keine Strategie.“

Die Kritiker sagen, dass die Zielsetzung der Bundesregierung undeutlich sei. Gehe es nur darum, die Infektionszahlen zu senken? Dann müsste sich die Regierung nach Ansicht der Forscher fragen, wie weit. Das deutsche Gesundheitssystem könne mehr als zehntausend Infizierte am Tag verkraften. Es komme darauf an, wer sich anstecke: Junge, Menschen mit Vorerkrankungen oder Alte in Pflegeheimen.

Geht es darum, den Inzidenzwert auf unter fünfzig Ansteckungen pro hunderttausend Menschen in einer Woche zu drücken? Dieser Wert wurde ursprünglich einmal festgelegt, damit es Gesundheitsämtern gelingt, Infektionsketten nachzuverfolgen. Diese Nachverfolgung wäre bei einem Strategiewechsel aber gar nicht mehr das Ziel.

Die Forscher werden hart kritisiert

Oder soll es täglich weniger Tote geben? Selbst dieses Ziel rechtfertigt für Stöhr nicht jede Maßnahme. Er will die Zahl der Toten ins Verhältnis setzen. Durch Streptokokken und Grippe stürben jedes Jahr rund vierzigtausend Menschen „in vergleichbaren Altersgruppen“, sagt er. Bis zum Ende des Winters könnten es genauso viele Corona-Tote sein. „Neben der Tragik stellt sich hier aber auch die Frage nach der Angemessenheit des Ressourceneinsatzes.“ Für Stöhr ist entscheidend, dass die Ärzte alles in ihrer Macht Stehende für jemanden tun können, der an Covid-19 erkrankt. Der Maßstab müssten die freien Betten in den Krankenhäusern sein und die verfügbaren Ärzte.

Mit ihrer Haltung ziehen diese Wissenschaftler viel Kritik auf sich. Schon im Oktober hatte Schmidt-Chanasit zusammen mit dem Virologen Hendrik Streeck von der Universität Bonn eine Strategieänderung gefordert. Die beiden wurden hart angegangen. So hart, dass sich Streeck ein Stück weit aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hat. Zu dieser Zeit, so schildert es Schmidt-Chanasit, habe ein Vorgesetzter bei ihm angerufen. Er habe sich erkundigt, wie der Virologe seine Vorschläge genau gemeint habe. Zweifel an seiner Person konnte Schmidt-Chanasit ausräumen. Doch er fürchtete um seine Karriere.

Le Figaro, no. 23742

Le Figaro, mercredi 16 décembre 2020 822 mots, p. 23

Opinions

Le jeu dangereux des effaceurs de dette

Bayart, Bertille

C'est beau comme une conversation au café de Flore. Ça a l'esthétique d'une dialectique qui se conclut sur l'évidence. La dette publique nous pèse, supprimons-la. Effaçons cette masse de dette que nous nous devons à nous-mêmes, ces 2 400 milliards d'euros de titres émis par les États de la zone euro, et que la Banque centrale européenne a rachetés sur les marchés et stockés dans son bilan. On supprimerait ainsi par exemple 550 milliards de dette italienne (dont 186 milliards pendant la seule année de cette pandémie, selon Berenberg). Le niveau de la dette publique française - 116,2 % à fin 2020 et 122,4 % prévu fin 2021 - dégonflerait d'un coup de plus de 20 points (596 milliards). Et, personne ne serait spolié puisque l'on ne toucherait pas aux titres d'emprunts détenus par les épargnants, qu'ils soient européens ou internationaux.

Après le temps de l'argent apparemment magique qui a coulé à flots depuis le mois de mars viendrait l'étape du tour de passe-passe. Le raisonnement se tient. Jean-Luc Mélenchon et Arnaud Montebourg se le sont appropriés. Ils mettent leur verve de tribuns au service de cette idée séduisante, qu'ils font limpide. Oui, le raisonnement se tient... pour une expérience en laboratoire, en milieu stérile débarrassé de toutes les contingences de la réalité.

Dans la vraie vie, nous ne sommes pas seuls. Nous sommes dix-neuf pays membres de la zone euro qui ne sont pas tous sensibles à la beauté des démonstrations déroulées par une partie de la gauche française et quelques économistes, tout aussi souvent français.

Dans la vraie vie, la zone euro est encore une construction fragile. N'oublions pas qu'elle a failli exploser, sur le sujet de la dette grecque, il y a huit ans à peine. N'oublions pas non plus combien, au début de la pandémie, le lancement du programme exceptionnel de soutien par la Banque centrale européenne a été difficile. C'était il y a neuf mois seulement. Les pays dits « frugaux », Pays-Bas en tête, ont défié la présidente de la BCE Christine Lagarde comme ils n'avaient jamais osé le faire du temps de son prédécesseur Mario Draghi. Les faucons allemands sont repartis en campagne, et ont obtenu une demi-victoire devant la Cour constitutionnelle de Karlsruhe. Ces pays, nos partenaires dans l'euro, risquent d'avoir peu de mansuétude pour les « effaceurs » de dette français.

Ces derniers veulent avoir raison contre tout le monde. C'est le privilège de l'opposition. Mais c'est aussi une démarche d'enfants gâtés. Dans ce moment de récession historique et de crise sanitaire dramatique, c'est bien l'euro qui donne à la France les armes pour se battre : des taux bas. Nous avons emprunté 260 milliards en 2020, contre 200 milliards en 2019, mais la dette ne nous a coûté « que » 38,1 milliards (contre 40,3 milliards en 2019). Mieux, la facture diminuera encore l'an prochain, à 36 milliards. Annuler la dette au bilan des banques de l'eurosystème ne spolie personne, mais cela ne changerait pas non plus grand-chose à la situation financière du pays. Il faudrait probablement que chaque État recapitalise sa banque centrale, et se passe des dividendes versés par celle-ci (6,1 milliards d'euros payés au budget de l'État en 2019). Cela ne résoudrait rien de nos problèmes de croissance potentielle, ni de déséquilibre structurel de nos finances publiques.

Le gonflement extraordinaire des dettes publiques est une question délicate qui se pose à toutes les grandes zones économiques du monde. Est-il besoin de braquer les projecteurs sur la zone euro dont les investisseurs internationaux ont encore en mémoire les affres de 2010-2012 et de début 2020 ? Le débat lancé en France est dangereux. Il risque de relancer les spéculations sur les divisions européennes, de saper la cohésion à

l'intérieur de la monnaie unique. La conséquence est prévisible : une remontée des taux d'intérêt, et un écartement des « spreads », c'est-à-dire du prix payé pour emprunter par les différents gouvernements. À ce jeu-là, faut-il rappeler qu'à chaque secousse, la France est tout près de basculer dans le camp des pays du Sud, de ceux qui paient le plus cher ?

À seize mois du scrutin présidentiel, certains sont déjà en campagne et ont choisi le traitement de la dette comme marqueur. Vieille habitude, qui exploite à chaque élection le même clivage : sur le traité de Maastricht, puis le référendum de 2005, le traité de discipline budgétaire, et l'appartenance à l'euro. En 2017, Mélenchon proposait déjà un plan A de renégociation des traités qui ne faisait que masquer son plan B, la sortie de l'euro. Lui et ses disciples de cœur ou de fait se préparent à agiter de nouveau leur chiffon rouge à l'approche de 2022. Si les investisseurs y prêtent attention, nous serons de nouveau confrontés à la volatilité des taux d'intérêt. Les « effaceurs » de dette expliqueront alors qu'ils auront eu raison avant tout le monde. Ne soyons pas dupes de cette stratégie. C'est celle du chaos.

181,26

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/la-baisse-du-niveau-en-mathematiques-est-un-echec-national-que-nous-paierons-au-prix-fort-20201215>

Le Figaro (site web)

mardi 15 décembre 2020 - 14:47 UTC +01:00 1358 mots

Actualité ; Société

«La baisse du niveau en mathématiques est un échec national que nous paierons au prix fort»

Ophélie Ostermann

ENTRETIEN - Mathématicienne et ex-enseignante, Laetitia Grail appelle à remédier urgemment à la chute vertigineuse du niveau des écoliers et collégiens français en mathématiques. Une discipline indispensable aux métiers de demain.

Le verdict est sans appel. En mathématiques, les élèves français de CM1 se classent derniers d'Europe et nos collégiens de 4e, avant-derniers. Ces résultats émanent du classement TIMSS 2019, qui sonde - tous les quatre ans - le niveau en mathématiques et en sciences des élèves de l'Union européenne et de l'OCDE dans ces deux classes. Publiés le 8 décembre, ils sont « *plus que préoccupants* » pour Laetitia Grail, mathématicienne et auteure de *Être bon en maths, ça s'apprend !... et ce n'est pas si compliqué* (1). Ancienne enseignante pendant dix ans en France et en Angleterre, elle rappelle que la matière n'est pas compliquée si on l'explique correctement. Un enjeu de taille avertit celle qui souligne le rôle fondamental des mathématiques dans les métiers de demain et l'essor de nos économies modernes.

MADAME FIGARO.- L'enquête TIMSS confirme la chute du niveau des élèves français en mathématiques et en sciences. Les résultats vous étonnent-ils ?

Laetitia GRAIL. - Non, on s'enfoncé un peu plus à chaque fois. En octobre déjà, l'étude Cedre faisait le même constat, et l'état des lieux était identique en 2014... Nous sommes en chute libre. La France était pourtant très réputée auparavant pour les mathématiques. Aujourd'hui, quand vous demandez à des élèves de CM2 quel est le tiers de 66, moins de la moitié répondent juste, et on ne parle pourtant pas ici de problèmes compliqués à résoudre.

Comment expliquer ce phénomène ?

D'abord, on a enlevé des pans entiers des mathématiques dans les programmes scolaires et les changements ont été faits à la baisse. On a édulcoré. Avant, il y avait des exercices de seconde qu'on faisait dès le CM2. Le nombre d'heures de mathématiques a aussi fortement baissé ; en trente ans, nous avons perdu 1h30 par semaine. Les élèves ne naissent pas plus bêtes ou moins intelligents qu'avant, mais on ne peut pas en savoir autant en supprimant des heures d'enseignement. Depuis trente ans, les réformes se sont aussi succédé et les changements sont trop rapprochés pour que l'on évalue un quelconque impact. Enfin, l'école est aussi ce que la société veut qu'elle soit, et nous sommes dans une époque de désamour de la rigueur, nous avons renoncé à l'exigence.

C'est-à-dire ?

Nous n'aimons plus ce qui est complexe et répétitif, comme si l'acquisition d'automatismes en apprenant par cœur était assimilée à une forme de bêtise, mais il est très dangereux de tenir ce discours pour les mathématiques. Un élève qui n'apprend pas les automatismes assez tôt ne pourra pas réfléchir ensuite à des choses complexes. En clair, il est impossible de résoudre un problème de géométrie si le cerveau est encore occupé à se rappeler combien font 6 fois 8. L'apprentissage des maths combine deux activités : les exercices répétitifs, jusqu'à ce qu'on intègre l'automatisme, et les problèmes ouverts. On donne un problème à l'enfant et l'important n'est pas qu'il ait juste ou faux, mais qu'il ait cherché, pris des risques.

Qu'ont de plus que nous les autres pays qui caracolent en tête de classement ?

L'école est intimement liée à la culture d'un pays. La Finlande ou la Corée du Sud par exemple ont d'excellents résultats aux tests internationaux en menant des politiques éducatives très différentes. Il est difficile d'extraire un seul paramètre mais les pays qui réussissent ont en commun d'avoir fait preuve d'une grande continuité dans leurs politiques éducatives. Or en France, depuis plus de trente ans, les réformes se succèdent.

En quoi la situation est-elle inquiétante, selon vous ?

Dans tous les pays développés, on retrouve la même situation : la part des emplois directement liés aux mathématiques dans la population active est en constante progression depuis des années. La baisse du niveau est un échec national que nous paierons au prix fort car la contribution des maths au développement de nos économies modernes est devenue fondamentale. Pour faire des ordinateurs, des cartes à puces, de l'intelligence économique, de l'imagerie médicale, de la biostatistique, de la finance, de l'informatique, des télécommunications... il faut des mathématiques. Même le marketing utilise des outils mathématiques pour évaluer sa stratégie. Sans oublier que les mathématiques forment à l'abstraction, et le futur demande beaucoup d'imaginer, de comprendre, d'inventer des concepts. En clair, le monde et les métiers de demain ne se feront pas sans les maths.

La matière est la bête noire de beaucoup d'élèves. Pour quelles raisons ?

Parce qu'on les voit comme une matière difficile, alors que c'est faux. Bien expliquées, elles ne le sont pas. Certes, la matière demande un effort, du temps de cerveau. À un moment donné, il faut se mettre devant sa feuille et faire des démonstrations. Mais c'est très plaisant intellectuellement.

Que faudrait-il faire pour améliorer le niveau des élèves français ?

Tout est à imaginer. Il faut tout remettre à plat en proportion de la chute de niveau à laquelle on assiste. Qu'un ministre s'attelle à changer les programmes, le volume horaire ou la formation des enseignants ne suffira pas, on ne fera que colmater. Sur le court terme au moins, commençons par arrêter le recrutement des instituteurs à Bac + 3 ou 4. On les choisit post-Bac ou Bac +1, en sélectionnant les excellents profils et en les formant pendant trois ou quatre ans. Que des maîtres et maîtresses aient des profils divers est très intéressant pour les enfants ; mais s'agissant du socle commun, il nous faut des gens qui maîtrisent parfaitement le français et les mathématiques -et qui savent enseigner. Tout cela s'apprend mais pas durant les 40 heures que l'on a en première année d'études. On pourrait aussi envoyer des profs de maths former les instituteurs et institutrices.

Les efforts doivent donc se concentrer sur l'école primaire ?

L'OCDE ne cesse de le répéter dans ses études : l'effort doit porter sur les années de primaire car le système académique ne permet plus ensuite de rattraper ce retard. Beaucoup se rendent compte des difficultés qu'ont leurs enfants en mathématiques en classes de 5e et de 4e, car les notes baissent à ce moment-là. C'est la construction d'un savoir «en gruyère» en primaire qui fait que l'élève décroche au collège. Souvent, des profils d'élèves qui - en façade - n'ont pas de grande difficulté reflètent une acquisition des notions à 75-95%. L'accumulation de lacunes - les 5% à 25% restant - feront chanceler l'édifice plus tard. Les notions étudiées au collège s'appuient sur de nombreux concepts antérieurs (calcul, opérations, résolution de problèmes, etc.). Les failles dans le savoir sont bloquantes à moyen et long terme.

Quel rôle peuvent jouer les parents ?

C'est en travaillant les maths qu'on les comprend. Il faut alors aider son enfant à voir l'effort comme une nécessité pour parvenir à un meilleur résultat, et accepter ses erreurs comme un moyen d'apprendre. Les parents peuvent compenser le temps supprimé à faire des maths en classe, en installant une routine de 10 à 15 minutes par jour du CE1 au CM2. Il n'est pas nécessaire d'être à côté d'eux : un système de grilles de suivi - accrochées dans la cuisine par exemple - avec des cases que les enfants cochent, en fonction de ce qu'ils veulent faire, est amusant et efficace. Ensuite, on combine les exercices répétitifs (pour l'acquisition d'automatismes) à la résolution de problèmes ouverts. Peu importe si l'enfant ne réussit pas, il faut qu'il modélise. Pour les automatismes, on peut s'inspirer de la méthode Kumon ou de l'application que j'ai créée myBlee Math (*pour apprendre les mathématiques à l'école primaire, NDLR*). Pour les problèmes, une pratique d'enseignement de la modélisation existe, donnant des méthodes simples et accessibles à tous les parents.

(1) *Être bon en maths, ça s'apprend !... et ce n'est pas si compliqué*, de Laetitia Grail, (Ed. Dunod), 16,90 euros .

GENDERN IN DER SPRACHE:

Ist das noch gerecht?



Feigenblatt Gendersternchen? Warum nicht einfach mal halbe-halbe machen! Bild: Picture-Alliance

- VON EDO REENTS
- -AKTUALISIERT AM 15.12.2020-17:13

Über das Binnen-I und Gendersternchen lässt sich trefflich streiten. Kann die abwechselnde Benutzung von generischem Maskulinum und Femininum die Lösung bieten? Eine Glosse.

Hätten wir sonst keine Sorgen, dann könnten wir eigentlich mal wieder nachsehen, wie es dem generischen Maskulinum („Arbeiter“, männlich, weiblich und divers) und seinen, früher sagte man: illegitimen oder unehelichen Kindern, dem Innen-Plural („ArbeiterInnen“) und dem Gendersternchen („Arbeiter*innen“), so geht. Schlagen wir einfach eine Zeitung auf und lesen schon auf der ersten Seite: „Es ist der perfekte Zeitpunkt für einen harten Lockdown, den Medizinerinnen und Juristen, Philosophen und Mathematikerinnen in einer Stellungnahme der Leopoldina gerade eindrucksvoll begründen.“

Der Ausdruck fällt weniger entschlossen aus, ihm scheint der Wille zum Kompromiss eingeschrieben zu sein. Dagegen kann im Prinzip niemand etwas haben. Sprache ist, wie die Politik, ja, letztlich das Leben selbst, die Kunst, Kompromisse und mit ihnen irgendwann auch seinen Frieden zu schließen. Kein Wort deswegen an dieser Stelle über die Richtigkeit des Innen-Plurals, der Zug ist abgefahren.

Versuchen wir, sachlich zu bleiben: Wenn der Autor „Medizinerinnen und Juristen, Philosophen und Mathematikerinnen“ erwähnt, dann muss man sich nicht dumm stellen und fragen, ob er nicht vielleicht jemanden vergessen hat, die Juristinnen zum Beispiel. Er signalisiert damit bloß Problembewusstsein. Denn er weiß ja, auch wenn er es nicht ausdrücklich sagt, dass es sehr wohl Juristinnen gibt und dass unter Mathematikerinnen auch männliche sein dürften. Nun könnte man fragen: Ja, aber warum sagt er das dann nicht?

Weil es zu offensichtlich ist und die Sprache irgendwann zu Pötte kommen muss: Jemand, der sich extra die Mühe mit „Medizinerinnen“ und „Mathematikerinnen“ macht, zeigt, dass er es im Grunde immer tut, nur eben in Gedanken. Wer also einmal A sagt, der muss gar nicht mehr B sagen, sondern erst wieder C oder so ähnlich. Man merkt die gute Absicht und ist nicht verstimmt.

Diese Fünfzig-Prozent-Lösung hat etwas Bestechendes, indem sie die recht hoch im Kurs stehende Wokeness auf nicht unbedingt elegante, aber doch immerhin Buchstaben, Platz und obendrein noch das Sternchen einsparende Weise einlöst und damit jenen Vertrauensvorschuss in Bezug aufs Mitmeinen aller, wirklich aller Geschlechter einführt, die dann fast aufreizend (nach)lässig ungenannt bleiben. Dass Letzteres dem Eingeständnis gleichkommt, es wäre am Ende eben doch zu umständlich und sprachlich auch gar nicht vorgesehen, immer alle geschlechtsspezifischen Endungen mitzuschreiben, gehört hier nur am Rande hin. Fifty-fifty ist zweifellos etwas Halbes, aber eben nichts Ganzes.

„Querdenker“ und Klimaradikale eint ihr überheblicher Moralismus

Stand: 15.12.2020 | Lesedauer: 2 Minuten

Von **Ulf Poschardt**

Chefredakteur

Die Unsicherheit des Krisenjahres 2020 macht gerade diejenigen zu Moralaposteln, die sich für immun gegen Populismus halten. Sie propagieren nicht nur den Systemwechsel, sondern auch antisemitische Ideen. Dabei halten sie sich selbst für die einzigen Anständigen.

Moral ist in der Regel in den Händen jener, die damit Handlungsanweisungen für das Leben der anderen verbinden. Moral spaltet die Gesellschaft in Gut und Böse, und deswegen ist sie in einem Zeitalter großer Verschiebungen und Disruption so ein populärer Anker für diejenigen, denen der klassische Populismus zu unfein, aber die Realität zu unsauber ist.

In diesen Tagen staffiert die bourgeoise Elite zu Weihnachten ihr moralisches Schaufenster wieder besonders idyllisch aus. Darin zu sehen: der eigene geläuterte Lebenswandel, Klimapetitionen und ein paar Sachbücher. Der Oberlehrerton zielt vor allem auf Distinktion gegenüber der einfachen, vulgären Mitte der Gesellschaft.

Die moralischen Instanzen verurteilen – wieder und wieder – Israel, klingen in ihrem antisemitischen Aktivismus, mit ihrem „Das wird man ja noch sagen dürfen“ wie der alte, frustrierte Nazi von nebenan. Ob im Iran ein Blogger hingerichtet wird, in Belarus Studenten vom Campus in den Gefangenentransporter geprügelt werden oder junge Aktivistinnen in Hongkong geißelt werden: alles egal. Hauptsache, Israel kritisieren und boykottieren. Und dem Rest der nicht bourgeoisen Welt die Moral erklären.

Ähnliches beim Klima: Polizisten mit Sch***** bewerfen, Enteignungsfantasien und Systemwechsel propagieren, Andersdenkende entwürdigen und vorführen und sich selbst für „anständig“ oder die gute Zukunft halten. „Querdenker“ und Klimaradikale eint die Respektlosigkeit im Geiste einer subjektivistisch überheblichen Moralität, die nichts anderes ist als eine Distinktion von Privilegierten. „Wer moralisiert“, erklärte Bernhard Schlink, „will radikal sein und es zugleich gemütlich haben.“

Moral ist auch eine Ablenkung vom Nichtstun. Innovation geschieht in radikaler Freiheit, während Deutschland viele Felder von Innovation durch Regulierung und auch „moralische“ Vorbehalte ausgegrenzt hat. Auch der Moral-Trumpismus, der ein „Chlorhühnchen“ dämonisiert, anstatt im freien Handel mit Demokratien eine Investition in die Freiheit zu sehen, ist gefährlich. Wer vor Kanada mehr Angst hat als vor China, welche Werte mag der wohl haben?

Die Erfindung des Männerhasses

Stand: 15.12.2020 | Lesedauer: 6 Minuten

Von Marlen Hobrack



Männer sind toxisch und müssen von Frauen eingehegt werden

Quelle: Getty Images/David S. Holloway

Der Mann ist kaputt und macht die Welt kaputt. Das ist die Leitidee von Soziologie, Gender Studies und Feminismus der Gegenwart. Aber wer hat diese Theorie in die Welt gesetzt? Ein Blick in die Geschichte offenbart Überraschendes.

Angeblich ja ist Männerhass eine Sache böser Feministinnen. Aber könnte es sein, dass die negative Sicht auf das männliche Geschlecht viel stärker in unsere kulturelle DNS einprogrammiert ist, als wir glauben? Und dass vor allem Männer selbst ein negatives Männerbild hegen?

Das ist jedenfalls ein Gedanke, der sich mit Blick auf die aktuelle Geschlechterliteratur aufdrängt. Nur drei aktuelle Titel zur Auswahl: Veronika Kracher analysiert in „Incels“ den gleichnamigen Männerkult. Incels sind Männer, die nach eigenen Angaben unfreiwillig zölibatär leben. In ihrem misogynen Weltbild sind Frauen oberflächlich und dumm und werfen sich den jeweils dominantesten Alphamännern an den Hals, was dazu führt, dass sie, die einfachen Kerle, keine Frau mehr abbekommen.

Susanne Kaiser wiederum widmet sich in ihrem Buch „Politische Männlichkeit“ Männern, „die für das Patriarchat mobilmachen“. Auch Kaiser beschäftigt sich ausführlich mit der Incel-Kultur, geht in ihrer Analyse aber noch weiter und betrachtet neue Rechte sowie ultrakonservative Kreise – beispielsweise die Evangelikalen mit ihren Verbindungen zu rechten und rechtsradikalen Parteien in Europa (und der AfD in Deutschland).

Schließlich sei noch Pauline Harmanges Buch „Ich hasse Männer“ erwähnt, das derzeit im Feuilleton all the rage ist: Natürlich empört man(n) sich über den Hass – Hass ist so ein hartes Wort –, aber die Kritik lässt man sich ganz allgemein schon gefallen. Vielleicht weil man sich längst damit abgefunden hat, dass Männlichkeit ein Problem ist?

Die genannten Texte fügen sich einer allgemeinen Logik. Seit etwas mehr als einem Jahrzehnt ist Männlichkeit Chiffre für alles, was schief läuft in der Welt. Hanna Rosin kündigte „Das Ende der Männer“ im Zuge der Finanzmarktkrise an, und meinte damit die Vorstellungen von klassischer, patriarchaler Männlichkeit. Der „alte weiße Mann“ wurde zu einem geflügelten Wort (und spiegelt sich auch im Boomer, der 2019 von sich reden machte). Und dann ist da eben noch die toxische Männlichkeit, die in vielen Publikationen quasi als Pleonasmus erscheint – ist nicht jede Männlichkeit immer schon toxisch?

Die Texte von Kracher und Kaiser scheinen mir besonders interessant, weil sie vor allem das negative Selbstbild der Männer illustrieren. Es stimmt schon, gerade Incels schütten sexistischen Hass über Frauen aus; aber ihr Männerbild ist keinen Deut besser. Den Autorinnen bleibt dieser Aspekt aber verborgen, weil sie, wie ich glaube, einem falschen Narrativ zur Erklärung der Ideologie der Männerkulte anhängen.

Der „patriarchale Backlash“

Die gängige Lesart des „patriarchalen Backlashs“ ist diese: Männer sehen ihre Privilegien durch den Aufstieg der Frau in den letzten Jahrzehnten gefährdet; die Abwehr gegen den Privilegienverlust figuriert als offener Frauenhass; die Frau soll an ihren Platz zurückverwiesen werden: an den Herd. Männer werben Frauen massiv ab, um sich selbst aufwerten zu können. Wie stimmig ist dieses Bild?

Vielleicht müssen wir uns zunächst anschauen, was die Autorinnen Kracher und Kaiser als „Abwertung der Frau“ verstehen. Gemeint ist eine einseitige Verortung der Frau im Bereich der Reproduktion. Bei Incels sind Frauen vor allem Sexualobjekte, die sich den Männern, wenn sie nicht gerade Gewinnertypen sind, jedoch verweigern.

Männer brauchen, gemäß dieser Ideologie, eine Frau, ob nun sexuell oder emotional, ohne sie sind sie zu einem leidvollen, unbefriedigenden Leben verurteilt. Glück ergibt sich für einen Mann nur in einer heterosexuellen Paarbeziehung, in der die Frau als Sexualobjekt und sorgende Mutter auftritt. Klingt das nach männlicher Aufwertung?

Kaiser stellt für die neue Rechte Ähnliches fest: In der Ideologie der neuen Rechten ist die Frau für Reproduktionsarbeit zuständig. Sie ist das nährnde, sorgende, liebende, lebensspendende Zentrum der Familie und Gemeinschaft. Der Mann dagegen glänzt vor allem durch negative Eigenschaften: Härte, Aggression, Dominanz. Diese Eigenschaften prädestinieren den Mann zur Verteidigung von Heim, Frau und – im weiteren Sinne – Nation.

Nur: Gegen wen muss der Mann all das verteidigen? Gegen andere Männer, die – so ja das Bild – in wilden Horden einfallen und sich Frauen zu Reproduktionszwecken sichern wollen. Klingt auch nicht unbedingt nach einem positiven Männerbild. Im Sinne dieser Ideologie befindet sich der Mann in einem permanenten Kriegszustand gegen andere Männer; alle Eigenschaften, die der Mann in sich trägt, sind destruktiver Natur. Zwar werden sie aufgewertet, aber nur auf Basis einer Quasitautologie: Weil Männer (angeblich) aggressiv sind, ist Aggression eine Tugend. Weil alles gut ist, was männlich ist, auch wenn es eigentlich schlecht ist.

Selbst bei den Rechten scheint das Unbehagen gegen die durch und durch destruktiven Tugenden so groß, dass man dem Mann eine permanente Begleiterin zur Seite stellen muss: die liebende Frau, die die „wertvollen“ Männertugenden in Schach hält. Auch hier gilt: Ohne die Frau erscheint der Mann doppelt impotent. Nicht nur kann er seine Nation ohne sie gar nicht gründen; sie würde zwangsläufig in Mord und Totschlag enden ohne den sanftmütigen Einfluss der Frau. Natürlich kann man sagen, dass die der Frau zugestandene Rolle begrenzt ist; aber immerhin ist sie in dieser Logik positiv besetzt.

Das unmoralische Geschlecht

Wie steht es also tatsächlich um die „Aufwertung“ von Männlichkeit im Rahmen des „Backlash“? Hier lohnt sich ein Blick in einen älteren Text zum männlichen Geschlecht: „Das unmoralische Geschlecht“ von Christoph Kucklick. Der Soziologe Kucklick spricht von einer negativen Andrologie, die sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts herausbildet. Der Mann ist darin keineswegs das Vernunftwesen, als das er rückblickend so gern beschrieben wird.

Zwar existiert um 1800 das Ideal des rational denkenden und handelnden Mannes, allein, man zweifelt daran, dass der Mann es einlösen kann. Der Mann wird vielmehr mit Eigenschaften des „Wilden“ versehen,

der durch eine zivilisierende Kraft gezähmt werden muss: die Frau. Gerade weil sie nicht von den Prozessen der Moderne betroffen ist (weil sie außerhalb der Kultur steht), kann sie den Mann gleichsam heilen und zivilisieren.

Kucklick meint, dass sich der feministische Blick auf diesen Diskurs einseitig auf die beschränkte Rolle der Frau richtet – aber nicht erkennt, dass die Rolle des Mannes nicht weniger beschränkt gedacht wurde – und dabei viel negativer besetzt war. Er bestreitet nicht, dass diese negative Andrologie auch Sexismus gegen Frauen erzeugt. Von der Aufwertung des Mannes könne aber keine Rede sein.

Man könnte sagen: In der Sattelzeit um 1800 stellt sich ein Unbehagen gegenüber dem männlichen Geschlecht ein, das bis heute anhält und sowohl im Diskurs von Feministinnen wie von Männerrechtlern und Rechten nachhallt. Dass der Mann als Hassobjekt diskutabel ist, ist demnach keine Folge des Feminismus, sondern eines viel älteren Diskurses. Deswegen erzeugt Pauline Harmanges „Ich hasse Männer“ zwar Aufsehen, disqualifiziert die Autorin aber nicht für Interviews in Feuilletons. Wäre es andersherum vorstellbar?

In Kucklicks Analyse ist die negative Andrologie das Ergebnis eines unzulänglichen Versuchs, die das Subjekt betreffenden Verwerfungen der Moderne mithilfe eines Geschlechterdualismus zu denken und zu heilen. Das Subjekt der Moderne ist zersplittert, und kann nicht mehr heilen. Aber im Mann-Frau-Dualismus ergibt sich eine heilsame Einheit.

Kehren wir zum Anfang zurück, zur Männlichkeit als Chiffre für die Verwerfungen der Gegenwart. Hegen wir nicht noch immer die Hoffnung, dass sich die Welt verbesserte, wenn sich das unverbesserliche Objekt Mann endlich in eine vernünftige Geschlechterordnung einbinden ließe? Die negative Andrologie wirkt fort, nur glauben wir insgeheim, das Problem mit dem Mann ließe sich durch die diskursive Überwindung des biologischen Geschlechts am Ende buchstäblich in Luft auflösen.

Die Sackgasse

Tatsächlich aber stecken wir in einer Sackgasse, die nicht durch Männerhass à la Harmange beseitigt wird. Müssen wir am Ende schlicht lernen, den Mann völlig neu zu denken?

MATHEMATIK DER PANDEMIE:

Ab wann wächst die Zahl der Neuinfektionen exponentiell?

- VON SIBYLLE ANDERL
- -AKTUALISIERT AM 16.12.2020-10:47

Die Zahlen der mit Sars-CoV-2 Neuinfizierten stiegen im Dezember wieder deutlich. Wie dramatisch dieser Anstieg ist und wie er mathematisch zu beschreiben ist, wird kontrovers diskutiert – zu recht?

Das „exponentielle Wachstum“ ist einer dieser Begriffe, von denen viele gehofft haben mögen, dass sie ihnen nach der Schulzeit nie wieder begegnen würden. Das Jahr 2020 hat uns eines Besseren belehrt. Im Kontext eines immer wieder außer Kontrolle geratenden Infektionsgeschehens ist die Exponentialfunktion Teil des politischen Alltags geworden.

Sie beschreibt ein zunehmend explosives Wachstum, das im Gegensatz zu einem gleichmäßigen linearen Wachstum eine verstörende Unanschaulichkeit besitzt: Die Legende vom Schachbrett und dem Reiskorn, bei dem, beginnend mit einem einzigen Korn, die Menge der Körner von Feld zu Feld verdoppelt wird, um damit schließlich die irdischen Reisreserven auf dem Schachbrett zu versammeln, ist eine beliebte Illustration. Im Kontext der **Pandemie** bedeutet exponentielles Wachstum: Man muss schnell handeln, ansonsten kann es schnell zu spät sein.

Es stellt sich allerdings die Frage, inwiefern der Verweis auf die mathematische Funktion im Pandemie-Kontext überhaupt angemessen ist. Tatsächlich wird immer wieder bezweifelt, ob man im Zusammenhang mit Sars-CoV-2 von einem „exponentiellen Wachstum“ sprechen darf, wie es etwa die Kanzlerin immer wieder getan hat.

Woher die Erwartung exponentiellen Wachstums kommt

Dass die mathematische Beschreibung im Seuchenkontext so verbreitet ist, hat ihren Ursprung in Modellen der Infektionsausbreitung. Das einfachste Modell teilt die Bevölkerung in Gruppen ein: die für die Infektion Empfänglichen, die Infizierten und die Genesenen oder Verstorbenen. Die Frage, die das Modell beantwortet, ist: Wie viele Menschen zählen zu jedem Zeitpunkt jeweils zu diesen Kategorien? Wenn man annimmt, dass Ansteckungen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit immer dann geschehen, wenn Infizierte und Empfängliche zusammentreffen, dann folgt die Zahl der Neuinfektionen einem exponentiellen Anstieg, zumindest sofern durchschnittlich jeder Infizierte mehr als eine weitere Person ansteckt und sofern ein sehr großer Anteil der Bevölkerung mit dem Virus noch nicht in Kontakt gekommen ist.

Exponentielles Wachstum ist also nur eine Näherung für den Infektionsverlauf am Anfang einer Epidemie, wenn die Bevölkerung noch weit von einer Herdenimmunität entfernt ist. Das ist ohnehin klar: Nur wenn es unendlich viele Menschen gäbe, könnten die Fallzahlen ungebremst immer weiter wachsen.

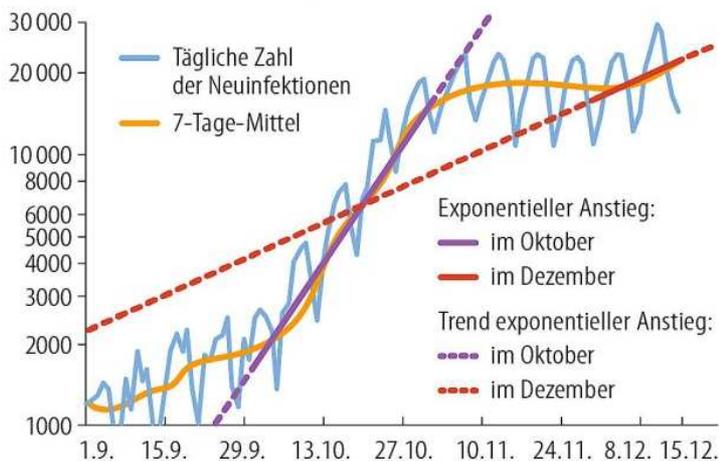
Näherung des wirklichen Verlaufs

Was das konkret heißt, **illustriert eine aktuelle „Science“-Studie**. Im brasilianischen Manaus, wo die Ausbreitung der Pandemie weitgehend ungehindert zugelassen wurde, waren demnach im Oktober 75 Prozent der Bevölkerung von Sars-CoV-2 betroffen. Es müssten also weit mehr Menschen infiziert sein als in optimistischen Analysen gehofft, damit die Infektionskurve von sich aus wieder abflacht. Die exponentielle Näherung für Deutschland wirkt auf dieser Grundlage gerechtfertigt.

Wie steil die Exponentialfunktion ausfällt, hängt von der Reproduktionszahl ab, die sich je nach geltenden Maßnahmen und variierenden Kontaktraten jederzeit ändern kann und deren maximaler Wert für Sars-CoV-2 zwischen zwei und drei liegt. Fällt sie auf Werte unter eins, wird der Exponent negativ, aus Wachstum wird Abflachen. Wenn R positiv ist, gilt immer: Sofern alles bleibt, wie es ist, wird sich das Wachstum immer weiter beschleunigen.

Der exponentielle Anstieg der Neuinfektionen

Logarithmische Darstellung der Covid-19-Neuinfektionen



Quellen: Robert-Koch-Institut; F.A.Z.

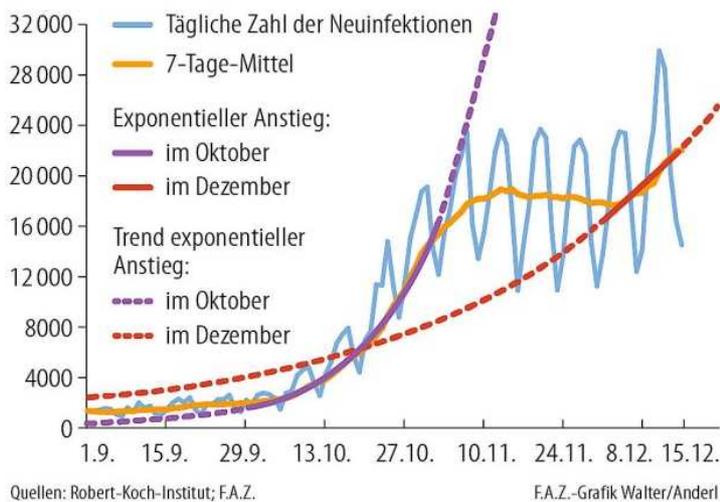
F.A.Z.-Grafik Walter/Anderl

Wenn man die Infektionszahlen mit einer sogenannten logarithmischen Y-Achse aufträgt, kann man exponentielles Wachstum dort erkennen, wo die Kurve einer Geraden folgt. :Bild: RKI, F.A.Z.-Grafik Walter/Anderl

Grafisch sorgt die variierende Reproduktionszahl für Verwirrung. Die Unterschiede führen nämlich dazu, dass die Kurve der Neuinfektionen einer Exponentialfunktion, wie man sie aus dem Lehrbuch kennt, allenfalls abschnittsweise ähnelt. Um solche Abschnitte einfacher zu identifizieren, gibt es einen mathematischen Trick: Man kann die Daten so auftragen, dass die Y-Achse, also die Höhe der Datenpunkte, das exponentielle Wachstum automatisch ausgleicht. In einer solchen logarithmisch-linearen Darstellung ist exponentielles Wachstum dort zu erkennen, wo die von den wöchentlichen Schwankungen bereinigten Datenpunkte auf einer Geraden liegen (Abbildung oben).

Der exponentielle Anstieg der Neuinfektionen

Lineare Darstellung der Covid-19-Neuinfektionen



Gewohnte Darstellung: Im Oktober und Dezember kann die geglättete Kurve der täglichen Neuinfektionen durch Exponentialkurven angenähert werden. :Bild: RKI; F.A.Z.-Grafik Walter/Anderl

Wenn man diese Darstellung für die deutschen Infektionszahlen wählt, sieht man, dass die Zahlen im Oktober in fast perfekter Weise einem exponentiellen Anstieg folgen. Auch im Dezember ist der Ansatz zu einer solchen Geraden zu erkennen – die Anlass für die Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen war. Wenn man aus dieser Darstellung der Daten dann wieder auf die lineare Standarddarstellung wechselt (zweite Abbildung), werden die Zahlen der Neuinfektionen im Oktober und Dezember von Exponentialkurven in gewohnter Gestalt angenähert.

Wann also ist das Wachstum der Zahlen als exponentiell zu bezeichnen? Wenn noch relativ wenige Menschen betroffen sind, besitzt es dazu zumindest das Potential, sobald die Reproduktionszahl größer als eins ist. In strenger Lesart ist das Wachstum exponentiell, wenn in einem bestimmten Zeitraum die Daten einer Exponentialkurve folgen. Und das kann man den Daten glücklicherweise relativ einfach ansehen.

GELDENTWERTUNG:

Kommt die Inflation bald zurück?

- VON PATRICK BERNAU
- -AKTUALISIERT AM 16.12.2020-09:49



Schon oft wurde vorhergesagt, dass das Leben wieder teurer wird. Jetzt aber gibt es eine Prognose, die man ernst nehmen muss.

Dass bald wieder eine Inflation kommt – das ist eine Prognose, an der sich schon viele Leute verhoben haben. Auf die große Inflation wartet die Welt inzwischen wie einst auf den Berliner Flughafen. Einen der größten Wetteinsätze nahm sich Thilo Sarrazin vor: „Wenn wir innerhalb der nächsten zehn Jahre keine starke Inflation bekommen, gebe ich mein Diplom als Bonner Volkswirt zurück und bin bereit, alles neu zu lernen“, sagte er Ende 2012. Zwei Jahre hat er noch. Und in der Corona-Pandemie glaubt niemand so richtig daran, dass ihn das noch rettet.

Aber was danach passiert, scheint nicht mehr so klar. In diesen Wochen redet die Welt der Notenbanken über ein Buch, das eine neue Inflation prophezeit. Nicht für dieses Jahr, nicht für nächstes – aber irgendwann demnächst könnte es wieder nach oben gehen. Geschrieben hat es der Ökonom Charles Goodhart, 84 Jahre, der als einer der originellsten Wirtschaftswissenschaftler der Welt gilt. Nach ihm ist das sogenannte „Goodharts Gesetz“ benannt: Es besagt, dass eine Maßzahl unbrauchbar wird, sobald sie zum politischen Ziel wird.

Das Buch liegt auf dem Schreibtisch der Notenbankchefs

Im August schon hat Goodhart zusammen mit dem britischen Ökonomen Manoj Pradhan ein ziemlich wissenschaftlich-technisches Buch über die Demographie veröffentlicht, das inzwischen bei so manchem Notenbankchef auf dem Schreibtisch lag. Nicht jeder spricht gerne öffentlich über die Lektüre, nicht jeder stimmt den Schlussfolgerungen zu, aber praktisch jeder nimmt das Buch ernst.

„Goodhart legt den Finger in die Wunde. Die Überalterung des Westens und die ökonomischen Folgen ist das wahrscheinlich einzige generationsübergreifend relevante Thema, das derzeit nur sehr schaumgebremst diskutiert wird“, sagt Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank. Der deutsche Wirtschaftsweisen Volker Wieland lobt: „Ich finde die Thesen und vor allem empirischen Analysen sehr interessant und bedenkenswert.“

Bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der Bank der Zentralbanken, sagt Chefökonom Hyun Song Shin: „Es ist ein provokantes Buch. Nicht jeder wird zustimmen, aber es ist auf jeden Fall die Lektüre wert.“ Vor drei Jahren hatte Goodhart Grundzüge der These dort schon präsentiert (damals berichtete auch das F.A.Z.-Wirtschaftsblog „Fazit“ über den Vortrag).

Warum ist die Inflation schon so lange niedrig?

Aber von vorne. Seit mindestens 20 Jahren ist die Inflation niedrig – trotz Spekulationsblasen und deren Platzen, trotz Finanzkrisen und nie dagewesener Geldschöpfungen der Notenbanken: Die Preise für Güter und Dienstleistungen stiegen kaum. Mancher findet, die Inflation werde nicht richtig gemessen. Mehr als ein paar Stellen hinter dem Komma kann das allerdings nicht ausmachen.

Mancher sagt auch, statt der Güterpreise stiegen jetzt die Preise für Vermögensgegenstände – Immobilien, Aktien und Ähnliches. Eines aber bleibt unabweisbar: Die Güterpreis-Inflation bleibt niedrig. Seit Jahren fürchten sich die Notenbanken eher vor der Deflation, also vor fallenden Preisen. Immer neue Maßnahmen denken sie sich aus, um so eine Deflation zu vermeiden. Immer mehr Anleihen kaufen sie. Die Preise steigen trotzdem nicht schneller.

Liegt es daran, dass der technische Fortschritt so vieles billiger macht? Spielen die [Gewerkschaften](#) eine Rolle, weil sie schwach geworden sind und keine Lohnerhöhungen durchsetzen können? Oder haben die Notenbanken die Inflation einfach so konsequent bekämpft, dass niemand mehr mit Preissteigerungen rechnet, also Löhne und Preise erst gar nicht so weit erhöht werden? Die Debatte über solche Fragen tobt seit Jahren, doch eine eindeutige Erklärung hat sich nicht durchgesetzt.

Goodhart bietet eine Erklärung an. Seine Inflationsprognose dreht sich nicht um die vielen Anleihekäufe, wie sie die Europäische Zentralbank erst vergangene Woche wieder beschlossen hat. Sie dreht sich auch nicht um die enormen Schulden, die die Staaten im Kampf gegen die Pandemie aufnehmen – die hält der Ökonom für sehr nötig. Goodhart sieht stattdessen längere Trends am Werk, und zwar gleich mehrere. Sie alle führen dazu, dass es künftig nicht mehr so viele Leute gibt, die die anfallende Arbeit erledigen können.

Charles Goodhart sieht drei Trends

Da wäre erstens: die Demographie. Dass die Menschen in den reichen Staaten immer älter werden und dass immer mehr alte Leute zu versorgen sind, so viel war bisher schon bekannt. Weniger beachtet waren die Kinder. Davon gibt es immer weniger. Wenn man die mitrechnet, stellt man fest: In den vergangenen Jahrzehnten hatten die Menschen im arbeitsfähigen Alter sich um immer weniger junge und alte Menschen zu kümmern – nie waren so große Teile der westlichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter wie im vergangenen Jahrzehnt. Und nie arbeiteten so viele für Geld – das ist Grund zwei: Die Erwerbstätigkeit von Frauen wuchs. Dritter Faktor ist die Globalisierung. In Asien, vor allem in China, kamen viele billige Arbeitskräfte in die Weltwirtschaft.

All das führte dazu, dass immer mehr Menschen einen Arbeitsplatz haben wollten – so argumentiert Goodhart. Die Arbeitskräfte hatten wenig Macht, um hohe Löhne durchzusetzen. Daran konnten auch die Gewerkschaften nichts ändern, sie verloren an Einfluss. Und wenn die Löhne nicht steigen, bleiben auch die Preise unten. Die Ungleichheit innerhalb der reichen Staaten wuchs. Die untere Mittelschicht hierzulande konnte sich wenig leisten, und auch damit schwand die Chance für Unternehmen, große Preiserhöhungen durchzusetzen. Also blieb die Inflation niedrig.

Jetzt ändert sich die Demografie

In diesen Jahren kommen diese Trends an ihr Ende, so glaubt Goodhart. Der Strom der chinesischen Wanderarbeiter beginnt zu tröpfeln, China selbst wird nun zur Konsumgesellschaft, die Löhne steigen. Und auch die Demographie macht sich bemerkbar – in China, aber vor allem im Westen. Nicht nur bleiben die Menschen lange im Rentenalter, sie brauchen auch viel Pflege, weil viele jahrelang an Demenz leiden werden.

Was die Demografie bedeutet, bemerken Arbeitnehmer in Deutschland schon seit einigen Jahren. Nicht nur der fabelhafte Aufschwung war es, der die Arbeitslosigkeit gedrückt hat und den Deutschen allmählich größere Lohnerhöhungen ermöglichte – es waren auch die Geburtenzahlen. Schon seit den zehner Jahren ist in Deutschland spürbar, dass weniger junge Leute nachkommen. Vor Corona wurden die zusätzlichen Stellen vor allem mit Einwanderern besetzt. In den zwanziger Jahren beginnt der Renteneintritt der

Babyboomer: Dann gibt es viele Leute, die ihre Rente genießen wollen, und wenige, die dafür arbeiten können. Schlimmer noch: Goodhart rechnet damit, dass viele Alte der kommenden Jahrzehnte dement werden und viel Pflege brauchen. Und damit, dass dieser Trend viele westliche Länder erfasst.

All das bewegt Goodhart zu seiner **Prognose**: Arbeitskräfte werden in den kommenden Jahren wieder knapper und können höhere Löhne durchsetzen. Ob sie viel davon haben, ist eine andere Frage. Schließlich müssen sie dann auch mehr für ihr Leben ausgeben, denn mit den Löhnen steigen die Preise – die Inflation kommt zurück. Und weil so viele Löhne steigen können, kann auch der weltweite Trend zu wachsender Ungleichheit gestoppt werden.

Hat Goodhart wirklich Recht?

Mit dieser Beschreibung trifft Goodhart eine Weltsicht, die viele Fachleute haben – auch deshalb ist sein Buch so beliebt: China und die Demographie werden in Zukunft nicht mehr dazu beitragen, die Inflation niedrig zu halten. Goodhart ist längst nicht der Einzige, der darauf hinweist. Trotzdem ist nicht jeder überzeugt, denn in der Weltwirtschaft geht es nicht nur um die Demographie.

Hal Varian, der Chefökonom von Google, spricht seit einigen Monaten über „Bots versus Tots“, englisch für „Roboter gegen Kinder“. Varian sieht nicht nur, dass es immer weniger Kinder gibt. Er glaubt auch, dass der technische Fortschritt den einen oder anderen Arbeitsplatz kosten kann. Offen ist, welcher Trend am Ende deutlicher ist: die vielen Roboter oder die wenigen Kinder? In einer groben Schätzung kommt allerdings auch Varian zu dem Schluss, dass die Demographie schneller wirken dürfte als die Automatisierung, die Löhne müssten also steigen. Doch es gibt noch weiteren Grund, an Goodharts These zu zweifeln. In Indien und in Afrika gibt es noch Milliarden armer Menschen, die in die Weltwirtschaft integriert werden könnten und dann einen ähnlichen Lohndruck auslösen könnten wie die Chinesen in den vergangenen Jahrzehnten. In den reichen Staaten könnte der Renteneintritt nach hinten verschoben werden, dann gäbe es mehr Arbeitskräfte.

Und dann ist da die Frage nach dem Timing. Sebastian Dullien, Chef des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, weist darauf hin: Die von Goodhart beschriebenen Trends gebe es zum Teil schon seit ein paar Jahren, die Macht der Gewerkschaften und die Inflation seien bisher aber noch nicht gewachsen. Goodhart ist nicht sehr präzise, was den Zeitrahmen angeht. „Das Timing ist die schwierigste Frage“, sagt er selbst und vermutet: Irgendwann in den Jahren nach der Pandemie werde es so weit sein. Andere Ökonomen rechnen sogar schon mit einem kurzen Aufflackern der Inflation am Ende der Pandemie, wenn die Verbraucher ihr durch ausgefallene Urlaube gespartes Geld dringend wieder ausgeben wollen.

Am Ende bleibt offen, ob die Inflation tatsächlich zurückkommt. „Natürlich geht es da nicht um Prognosen, sondern um eine Einschätzung möglicher längerfristiger Trends“, sagt der Wirtschaftsweise Volker Wieland. „Das ist in gewisser Weise spekulativ. Sorgen machen muss man sich allerdings darüber, dass Geld- und insbesondere Fiskalpolitik vielfach darauf spekulieren, dass Niedrigzinsen noch extrem lange andauern.“

Goodhart hat also eine These vorgelegt, die man auf jeden Fall ernst nehmen muss. Sosehr sich Fachleute schon getäuscht haben, als sie eine hohe Inflation vorhergesagt haben – wer die Inflation für immer abschreibt, könnte sich ebenfalls täuschen.

ERDERWÄRMUNG:

Trügerische Hoffnungen für das Klima

- EIN KOMMENTAR VON [CHRISTIAN GEINITZ](#)
- -AKTUALISIERT AM 16.12.2020-16:03



Erneuerbare Energie und Verzicht allein werden die Erde nicht retten. Es kommt vor allem auf neue Energietechniken an.

Zumindest in einer Hinsicht wird die [Corona-Pandemie](#) gefeiert. Das Virus schaffe, was der Mensch nicht hinbekomme: das Klima zu retten. Tatsächlich sind die Treibhausgasemissionen 2020 um sieben Prozent gefallen, so stark wie nie zuvor. Leider gilt aber auch: Um die Ziele des vor fünf Jahren geschlossenen Pariser Klima-Abkommens zu erreichen, müssten sie jedes Jahr um fast acht Prozent zurückgehen.

In Paris hatten fast 190 Staaten beschlossen, die Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter wenn möglich auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dazu sollten die Unterzeichner nationale Aktionspläne für immer stärkere CO₂-Reduktion vorlegen, sogenannte NDC-Pläne. Mit diesen Selbstverpflichtungen haben sich viele große Länder Zeit gelassen: bis jetzt, bis zum Jahrestag von Paris und dem virtuellen „Climate Ambition Summit“ am Wochenende, der Ersatzveranstaltung für den Weltklimagipfel. Die Lethargie hängt damit zusammen, dass das Abkommen keinerlei Sanktionen für säumige NDCs vorsieht. Daran ändert weder die Ausrufung des Klimanotstands durch UN-Generalsekretär [António Guterres](#) viel noch die halbe Milliarde Euro an Hilfen, die Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auf dem Video-Gipfel den ärmeren Ländern zugesagt hat.

Auch in anderer Hinsicht ist die bisherige Bilanz von Paris dürftig. Weil die Nachfolgekonzferenz in Glasgow wegen der Pandemie abgeblasen wurde, gibt es keine Anschlussvereinbarung zum Mechanismus für umweltfreundliche Entwicklung. Dieser ermöglicht es Unternehmen aus Industrienationen, sich die CO₂-Minderung in Entwicklungsländern anrechnen zu lassen, die sie finanziert haben. Da die Regeln des alten „Kyoto-Regimes“ 2020 jedoch auslaufen, ohne dass es neue aus dem „Paris-Regime“ gibt, hängt das Verfahren in der Luft. Ein missliches Versäumnis, weil sich der Emissionshandel als die schärfste Waffe gegen den [Klimawandel](#) erwiesen hat und weil Investitionen in rückständige Technik besonders große Effekte zeitigen.

Es geht nicht nur um den Verzicht

Zu den Lichtblicken fünf Jahre nach Paris zählen die Verpflichtungen großer Emittenten wie der EU, Chinas, Japans und Südkoreas, bis 2050 oder 2060 klimaneutral werden zu wollen. Selbst die Vereinigten Staaten tanzen nicht länger aus der Reihe; [Joe Biden](#) will ins Pariser Übereinkommen zurückkehren.

Und doch: Trotz manch guter Nachricht sieht es nicht so aus, als ob die Klimavorgaben zu erreichen sein werden. Jedenfalls nicht auf dem bisherigen Weg. Denn auch das zeigt Corona: Nur wenn der Verkehr weitgehend ruht, wenn Wirtschaft, Bildung und Kultur herunterfahren, sinken die Emissionen annähernd so

stark wie nötig. Aber wollen wir das? Wollen wir, dass der Wohlstand verebbt, während Arbeitslosigkeit, Überschuldung und Armut – materiell wie geistig – aus dem Ruder laufen?

Es geht eben nicht nur um den Verzicht auf Luxus, Fliegen und Businesskasperei, sondern um Millionen, wenn nicht Milliarden von Existenzen. Deshalb ist das Argument, Corona zeige, dass die Welt sich ja beschränken könne, wenn sie nur wolle, völlig verdreht. Das Gegenteil ist richtig. Corona zeigt, wohin der Stillstand führt: ganz tief hinein in die Misere. Die Welt zu retten, indem man sie zum Selbstmord zwingt, kann keine Empfehlung einer verantwortungsbewussten (Klima-)Politik sein.

Andere Länder setzen auf neue Kernkraftwerke

Was aber ist die Alternative zum Klima-Lockdown? Eine breite Allianz würde antworten: der Ausbau der erneuerbaren Energien. Aber schon jetzt ist klar, dass weder Deutschland noch die Welt ihren Energiebedarf daraus allein werden decken können, selbst wenn es massive Zuwächse gäbe. Andere Länder haben das erkannt. Sie setzen auch auf die Speicherung von Kohlendioxid (CCS-Technik) oder auf neue Kernkraftwerke. Beides sind CO₂-neutrale Verfahren, die hierzulande leider verpönt sind.

Es wäre gut, wenn in Deutschland wieder Technologieoffenheit einzöge, etwa die Bereitschaft, sich mit Atomkraftwerken der IV. Generation zu beschäftigen. Sie gelten als viel sicherer und erzeugen kaum radioaktiven Abfall. Warum fließt nicht ein Teil der Begeisterung für den neuen Hoffnungsträger Wasserstoff in solche aussichtsreichen Entwicklungen? Es sind nicht nur rücksichtslose Regime wie China oder Russland, die auf die Nuklearenergie setzen, sondern auch Klimavorbilder wie Finnland oder Großbritannien. Frankreich, die Vereinigten Staaten oder Südkorea gehen diesen Weg ohnehin.

Es ist Zeit anzuerkennen, dass Skeptiker gegenüber der Hegemonie von erneuerbaren Energien keine Leugner des Klimawandels sind und schon gar nicht ewig gestrig. Im Gegenteil: Sie wollen den Untergang der Welt ideologiefrei über den Einsatz modernster Technik verhindern – ohne dass Freiheit und Wohlstand irgendwann ähnlich leiden wie während der Corona-Krise.

UMGANG MIT DER PANDEMIE:

China sieht sich als Systemsieger

- EIN KOMMENTAR VON FRIEDERIKE BÖGE, PEKING
- -AKTUALISIERT AM 16.12.2020-21:06



Während Amerika und Europa von einem Lockdown zum nächsten taumeln, ist das Coronavirus in China unter Kontrolle. In der Pandemie hat Xi Jinping seine Macht ausgebaut. Für den Westen ist das keine gute Nachricht.

Die Corona-Pandemie hat die chinesische Führung in Festlaune versetzt. Während Amerika und Europa von einem Lockdown zum nächsten taumeln, ist das Virus im eigenen Land unter Kontrolle, und die chinesische Wirtschaft brummt. Ein führender Funktionär der Kommunistischen Partei hat das vor einigen Tagen auf diese Formel gebracht: „Der Osten steigt auf, der Westen steigt ab.“ China sei dem Zentrum der Weltbühne noch nie so nah gewesen wie heute, jubelte He Yiting, der Vizepräsident der Zentralen Parteischule, der auch dem Kabinett angehört. Die Schadenfreude dürfte verfrüht sein. Doch das an Hybris grenzende Selbstbewusstsein Pekings stellt den Westen schon jetzt vor neue Aufgaben.

Machthaber Xi Jinping konnte die Corona-Krise nutzen, um seine Position weiter zu festigen. Von der wütenden Regimekritik und den Forderungen nach Reformen, die ihm noch vor zehn Monaten entgegenschlugen, ist nichts mehr zu vernehmen. Zumindest in der eigenen Bevölkerung hat die erfolgreiche Eindämmung des Virus einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Das Bild von den eingesperrten Bürgern, die mit Gewalt zum Abstandhalten gezwungen worden seien, trägt. Nach der Erfahrung mit Sars-1 im Jahr 2003 war die Akzeptanz für harte Maßnahmen und die Bereitschaft zu Entbehrungen von Anfang an gegeben.

Die nationalistische Rhetorik der Staatsmedien fällt derweil auf einen fruchtbaren Boden. Das liegt auch an der Gleichschaltung der öffentlichen Meinung. In der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie sehr die Chinesen trotz Integration in die Weltwirtschaft in einem Paralleluniversum leben, was den Zugang zu Informationen betrifft.

Selbst wohlmeinende Chinesen wundern sich über Deutschland

Allerdings lässt sich kaum leugnen, dass Amerika und Europa im Umgang mit der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg keine gute Figur machen. Selbst unter wohlmeinenden Chinesen überwiegen Staunen und Unverständnis über den Verlauf der hiesigen Infektions- und Totenzahlen.

Warum, so fragen sich jene mit engen Verbindungen nach Deutschland, können in China innerhalb weniger Tage Millionen Bürger getestet werden, während es in einem der wohlhabendsten Länder der Welt noch immer an Laborkapazitäten mangelt? Warum kann China den gesamten Staatsapparat mobilisieren, während es in Deutschland schon schwerfällt, nur die Gesundheitsämter personell und technisch besser auszustatten?

Und warum gab es in China die Entschlossenheit, die Reproduktionsrate des Virus auf null zu bringen, während das in Europa von vornherein als illusorisch abgetan wurde?

Nicht vergessen haben viele Chinesen die anfängliche Überheblichkeit gegenüber Masken tragenden Asiaten und die Selbstzufriedenheit, mit der alle Erfahrungen in der Corona-Krise als irrelevant, weil Diktatur, abgetan wurden. So hat sich der Graben zwischen China und dem Westen durch die Pandemie verbreitert.

Pekings Rhetorik der Demütigung

Denn Pekings Gerede vom „Niedergang des Westens“ kommt dort selbstredend nicht gut an. Diplomaten in Peking erinnern sich bis heute daran, wie chinesische Regierungsvertreter sie zu Anfang der Krise bedrängten, über Lieferungen von Masken aus dem Westen zu schweigen, um sich später am Leid der anderen zu weiden.

Manche vergleichen das Verhalten der chinesischen Führung mit dem eines Schlägers, der glaubt, sich mit Gewalt und Einschüchterung Respekt verschaffen zu können. So könnte man beschreiben, wie China derzeit mit Australien umgeht. Mit Handelsbarrieren und Strafzöllen führt Peking dem Land erbarmungslos seine wirtschaftliche Abhängigkeit vom großen chinesischen Markt vor Augen. Hinzu kommt eine Rhetorik, die darauf ausgerichtet ist, Australien zu demütigen.

An Canberra wird ein Exempel statuiert, mit dem Peking allen Verbündeten der Amerikaner deutlich machen will, dass es wirtschaftlich am längeren Hebel sitzt und nicht länger bereit ist, sich von anderen für seine Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang und Hongkong kritisieren zu lassen.

Dass das Land sich damit keine Freunde macht und die Spielräume für die eigene Diplomatie einschränkt, scheint Peking nicht zu stören. Das liegt an einem politischen System, das Diplomaten nicht für Geschick belohnt, sondern für Loyalitätsgesten gegenüber der Parteiführung. Hinzu kommt der Herrschaftsstil Xi Jinpings, der im Streben nach Machterhalt jeder noch so kleinen Widrigkeit mit demonstrativer Stärke begegnet. Während sich dies in den ersten Jahren vor allem gegen Kritiker im Innern richtete, will die Parteiführung nun auch im Ausland bestimmen, wie über China gesprochen werden darf.

Dass dies gerade jetzt geschieht, hat nicht nur mit dem selbsthypnotisierenden Gefühl der Überlegenheit infolge der Corona-Krise zu tun. Es liegt auch am politischen Kalender. In weniger als zwei Jahren will Xi Jinping sich für eine weitere Amtszeit als Parteichef bestätigen lassen. Dafür braucht er eine Aura der Stärke, die ihn auf die gleiche Ebene wie Mao Tse-tung erheben kann.

LEHRE IM WINTERSEMESTER:

Muss man am Bildschirm Gesicht zeigen?

- VON ROLF SCHWARTMANN
- -AKTUALISIERT AM 16.12.2020-09:44



Nicht jede Person fühlt sich im Homeoffice auch bereit, die Kamera für das Onlinemeeting anzuschalten. An Hochschulen und Universitäten kann es aber Probleme geben, wenn Studierende es nicht tun. (Symbolbild) Bild: Reuters

Und wie lässt sich Schummelei bei Fernklausuren in den Griff bekommen? Auskunft auf drängende rechtliche Fragen im Wintersemester.

Die Pandemie lässt auch im Wintersemester kaum Lehrveranstaltungen und Prüfungen in Präsenz zu. Die Hochschulen setzen deshalb fast nur auf digitale Angebote. Videokonferenzen können Präsenzveranstaltungen in gewisser Weise ersetzen. Die digitale Vorlesung bleibt aber eine didaktische und pädagogische Herausforderung.

So wollen Studenten oft ihr Bild nicht zuschalten. Fehlende Kamera, schlechte Internetverbindung und Schutz des häuslichen Rückzugsbereichs sind dafür gute Gründe. Mancher will der Vorlesung auch nicht seine ungeteilte Aufmerksamkeit schenken und sich bei Nebenbeschäftigungen nicht zeigen.

Für Dozenten ist das unbefriedigend. Gestik und Mimik lassen darauf schließen, ob Studenten dem Unterricht folgen können. Aber müssen diese mit negativen Konsequenzen rechnen, wenn sie sich auf Aufforderung nicht zeigen? Davon kann keine Rede sein, wenn das Zuschalten an technischen Gründen oder an fehlender Ausstattung scheitert. Aber auch wenn es möglich ist, muss das Bild einen notwendigen Mehrwert zum bloßen Zuhören oder zur Teilnahme ausschließlich per Ton haben.

Anders als Beschäftigte im Verhältnis zum Arbeitgeber haben Studenten gegenüber der Hochschule keine Treuepflicht. Jedenfalls dann, wenn keine Anwesenheitspflicht besteht, haben sie auch in der Online-Vorlesung einen Anspruch auf Unterricht, wenn sie sich nicht zeigen. Wenn sie nur den Blick auf ein schwarzes Feld anbieten, mag das als unhöflich empfunden werden. Es dürfte aber grundsätzlich kaum sanktioniert werden können.

Nur dann, wenn das Bild zur Aufgabenerfüllung der Hochschule erforderlich ist – etwa bei mündlichen Prüfungen, Präsentationen oder Zusammenarbeit in Kleingruppen mit erforderlichem persönlichen Kontakt – , werden Dozenten darauf bestehen und die Bewertung der Leistung ohne persönlichen optischen Eindruck verweigern können. Der Verzicht auf ein eigenes Bild dürfte Dozenten nicht verboten sein, freilich ist er wenig sinnvoll.

Aufsicht und Datenschutz bei Fernprüfungen

Das größere rechtliche Problem sind die dezentralen Prüfungen. Es beginnt bei den Rechtsgrundlagen. Wo es gut läuft, ermächtigen die Landesgesetzgeber ihre Hochschulen, Prüfungen in elektronischer Form und online – also per Internet – abzunehmen. Die Hochschulen können ihre Prüfungsordnungen um digitale Formate ergänzen. Handelt der Gesetz- oder Verordnungsgeber nicht, müssen die Prüfungsordnungen die Möglichkeit zur Online-Prüfung in eigener Initiative aufnehmen. Wo rechtliche Klärungen fehlen, ist die Durchführung von Prüfungen schon aus formalen Gründen angreifbar.

Wichtig ist der Hinweis in der Hochschulsatzung, dass Prüfungen nur auf der Software und den Lernplattformen, die von der Hochschule zur Verfügung gestellt werden, abgenommen werden dürfen. Denn damit lässt sich die prüfungs- und datenschutzrechtliche Verantwortung der Hochschule begründen. So können Hochschulen die Datenverarbeitung durch Autorisierung der verwendeten Software ebenso vorgeben, wie sie die Einhaltung von Lizenzbestimmungen kontrollieren können.

Ein besonderes Problem sind Online-Klausuren. Wie Hochschulen solche Fernklausuren per Video beaufsichtigen lassen könnten, bemüht sich Bayern zu regeln. Um Täuschungsversuche zu unterbinden, „sind die Studierenden verpflichtet, die Kamera- und Mikrofonfunktion der zur Prüfung eingesetzten Kommunikationseinrichtungen zu aktivieren (Videoaufsicht)“. Die Aufsicht erfolgt durch Hochschulpersonal am jeweiligen Ort und kann sogar automatisiert werden, wenn die elektronische Fernprüfung als Alternative zu einer Präsenzprüfung angeboten werden soll. Weitere Voraussetzungen dafür sind nur, dass es an Aufsichtspersonal für die live durchgeführte Videoaufsicht fehlt und die Studenten eingewilligt haben.

Studenten, die Kontakt scheuen, haben zwar die Wahl zwischen Präsenz- und Online-Prüfung. Es ist aber keine freiwillige Entscheidung. Bei Präsenzprüfungen ist die Aufzeichnung auch bei Personalengpässen keine Option. Es ist nicht ersichtlich, warum das bei Online-Prüfungen anders sein soll. Einwilligungen der Studenten sind darauf zu prüfen, ob sie datenschutzrechtlich hinfällig sind.

Die Fernaufsicht in der Wohnung ist zudem mit dem Grundrecht auf Privatsphäre schwer zu vereinbaren. Spätestens wenn Studenten während der Klausur auf die Toilette müssen, kollabiert der Ansatz. Anders als bei Präsenzprüfungen kann nicht geprüft werden, ob sie sich während ihrer Abwesenheit unzulässig von anderen beraten lassen. Auch prüfungsrechtlich liegt es fern, die hoheitliche Aufsicht in die Wohnungen der Studenten zu verlagern.

In der Regel dürfte es an Aufsichtspersonal mangeln. Die automatisierte Aufsicht kann deshalb zum datenschutzrechtlichen Himmelfahrtskommando werden. Ob der datenschutzrechtliche Fehler auf die Sachentscheidung im Prüfungsverfahren durchschlägt, müssen die Gerichte entscheiden.

Sanktionen für Schummler

Dabei können Online-Prüfungen sowohl an den Standorten der Hochschule als auch außerhalb der Hochschule (Remote-Prüfungen) durchaus durchgeführt werden. Sie müssen aber ohne Aufsicht auskommen. Das ist etwa bei „Open-Book-Ausarbeitungen“ der Fall, also bei Prüfungen, bei denen Bücher und Internetquellen genutzt werden dürfen. Für solche Fälle gibt es keinen Schönheitspreis. Technische Probleme beim Hoch- und Herunterladen der Unterlagen auf den Portalen der Hochschule muss man in den Griff bekommen.

Auch hier muss auf Details geachtet werden. Will man nicht darüber streiten, ob eine mündliche Prüfung als „Open-Book-Ausarbeitung“ per Videokonferenz oder gar Telefon wegen des fehlenden unmittelbaren Kontakts eine mündliche Prüfung oder etwas anderes ist, sollte der Gesetz-, Verordnungs- oder Satzungsgeber das klarstellen. Bei „Open-Book-Ausarbeitungen“ sind viele Hilfsmittel erlaubt, allerdings nicht die Zusammenarbeit mit Dritten.

Vor diesem Hintergrund sind Täuschungsversuche ein Problem. In vielen Fällen lässt sich Schummeln bei „Open-Book-Ausarbeitungen“ durch Gestaltung der Aufgaben und enge zeitliche Vorgaben unattraktiv machen. Die Erfahrung zeigt, dass die Mehrzahl der Studenten rechtstreu ist.

Pfuschen bei „Open-Book-Ausarbeitungen“ hängt häufig damit zusammen, dass Texte unkompliziert aus dem Netz in die Textdateien kopiert werden können. Dem kann man leicht entgegensteuern, **indem man nur das Hochladen fotografiierter handschriftlich geschriebener Texte zulässt**. Es geht aber am Ende nicht ohne Sanktionen. Manche Länder ermöglichen es den Hochschulen, **per eidesstattlicher Versicherung bekräftigen zu lassen, dass die Arbeit regelkonform verfasst sei**. Wer davon Gebrauch macht, kriminalisiert das Pfuschen, denn eine falsche eidesstattliche Versicherung ist eine Straftat, für die bis zu drei Jahre Gefängnis drohen. Die Prüfungsordnungen eröffnen empfindliche Sanktionsmöglichkeiten bei Täuschungen bis hin zum Verlust des Prüfungsanspruchs oder zur Exmatrikulation. Das sind verhältnismäßige Sanktionen für Schummler.

Der Autor leitet die Kölner Forschungsstelle für Medienrecht und ist Professor an der TH Köln. Er ist Vorsitzender des Prüfungsausschusses der dortigen Fakultät für Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, Sachverständiger des Deutschen Hochschulverbandes für IT und Datenrecht und Vorsitzender der Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit.

Partiels à distance à l'université: « C'est trop facile, tout le monde triche »

Par [Wally Bordas](#) • Publié le 17/12/2020 à 06:00

ENQUÊTE - A l'université, de nombreux étudiants avouent avoir recours à la triche pour obtenir de bons résultats. Et mettent en place de nombreuses tactiques pour ne pas se faire prendre.

Avant chaque partiel, Clément* prépare scrupuleusement ses antisèches. Rien n'est laissé au hasard. La veille, il élabore ses «*fiches pratiques*», avec tous les éléments qui pourraient l'aider au cours de l'examen: dates clés, repères historiques, anecdotes, exemples, etc. En fonction des cours et des modes d'évaluation, il s'adapte. Il y a quelques jours, par exemple, le jeune homme, étudiant en histoire, a dû passer un partiel à l'oral, sur Zoom. Là encore, il a trouvé la parade, et cela s'est très bien passé. «*Tricher me demande presque autant d'efforts que réviser*», concède-t-il dans un sourire en racontant ses différentes aventures.

Comme lui, de très nombreux étudiants avouent avoir recours à ce qu'ils appellent de «*petites astuces*» pour réussir leurs épreuves lors des partiels à distance, pour lesquels une grande partie des universités a opté en cette fin de premier semestre. Ils ne s'en cachent d'ailleurs pas, et en sont même parfois plutôt fiers. Certains s'amuse même à faire partager leur expérience sur les réseaux sociaux. «*Je triche depuis le début de l'année, je n'ai aucune connaissance sur mon DUT*», «*Les partiels en distanciel c'est vraiment trop bien, j'ai jamais autant triché*», peut-on par exemple lire sur Twitter.

Contactés par Le Figaro, les fraudeurs n'hésitent d'ailleurs pas à expliciter leur démarche. «*Lors du premier confinement, déjà, j'avais triché comme un malpropre. Ça avait bien marché, alors j'ai décidé de remettre ça*», s'enorgueillit par exemple Vincent*, étudiant dans une université lyonnaise. «*L'école virtuelle, c'est difficile. Nous n'avons pas de cadre, la motivation est en chute libre. Et la masse de travail est démultipliée. Alors oui, on se résout à tricher pour pouvoir maintenir un niveau de résultats similaires à ce qu'on avait avant*», explicite Marine, étudiante dans une grande université parisienne.

Des fiches collées derrière l'ordinateur pour réussir les oraux

Pour réussir, tous les moyens sont bons. Pour les QCM (questionnaire à choix multiple), ce n'est pas compliqué. *«C'est facile. On a tout sous la main. Sur nos cours, sur des fiches, sur Internet, et même, sur notre portable si l'université nous bloque l'accès à d'autres pages web. Il est hyper simple d'obtenir de bonnes notes»*, détaille Audrey, étudiante en langues étrangères appliquées dans une université d'Île-de-France.

« J'avais réglé ma caméra et l'angle de mon ordinateur pour mieux lire les réponses que j'avais affichées en gros sur mon mur. Je levais juste un peu la tête pour regarder » » Audrey, une étudiante

Sur certains sujets, les étudiants s'organisent pour travailler en groupe. Grâce aux réseaux sociaux, ils sont tout à leur aise pour se partager les réponses. Souvent, ils font ça sur Messenger, le système de messagerie instantané de Facebook. *«On se répartit les parties. Untel s'occupe de tel sujet, untel de l'autre. On s'échange ensuite nos réponses et on recopie ce que l'autre a mis en changeant les tournures de phrases pour ne pas se faire prendre»*, raconte Adrien, étudiant à l'université de Bourgogne.

Pour les oraux face caméra, beaucoup ont également trouvé la parade. *«J'affiche les réponses derrière mon ordinateur, sur le mur, je n'ai qu'à lever la tête et faire mine de réfléchir pour voir les réponses»*, raconte Clément. Même technique pour Audrey, qui a également mis en place ce stratagème. *«J'avais réglé ma caméra et l'angle de mon ordinateur pour mieux lire les réponses que j'avais affichées en gros sur mon mur. Je levais juste un peu la tête pour regarder et mon prof ne s'est rendu compte de rien»*, narre-t-elle fièrement.

Les établissements impuissants

Si certaines universités ont essayé de mettre en place des logiciels de vidéo-surveillance pour veiller à ce que leurs étudiants ne fraudent pas, beaucoup y ont renoncé, faute de budget. *«Nous n'avons pas les moyens de mettre un surveillant derrière chaque étudiant. Nous essayons de limiter la triche mais nous savons que certains y parviennent tout de même, nous ne sommes pas naïfs»*, témoigne Yann Mercier Brunel, vice-président formation et vie universitaire à la fac d'Orléans. Dans son université, lors du premier confinement, certains cas de fraudes avérés ont été repérés. *«Des étudiants ont notamment passé les oraux en se faisant souffler les réponses par d'autres jeunes, hors-champ. Dans ce genre de cas, ils passent systématiquement en commission disciplinaire pour fraude»*, prévient Yann Mercier Brunel.

« Nous devons prêter serment avant chaque début d'examen, promettant l'individualité de notre travail. Mais franchement, ce n'est pas bien dissuasif » Une étudiante parisienne

Beaucoup d'universités ayant constaté les excellentes notes de leurs étudiants aux QCM proposés lors du premier confinement, ont changé leur fusil d'épaule. *« Nous avons compris que ce genre de tests pouvaient poser problème. Les équipes pédagogiques l'ont pris en compte et ont adapté les évaluations »*, explique par exemple Guillaume Gellé, le président de l'université de Reims. Même choix à l'université de Bordeaux. *« Nous avons tiré les leçons des premières évaluations à distance et privilégions désormais les travaux de réflexion faits à la maison »*, exprime Sandrine Rui, la vice-présidente en charge de la formation. Et de préciser qu'il y a *« un principe de confiance »* et que les étudiants *« s'engagent moralement au début des épreuves à composer de façon autonome »*.

Mais ce contrat moral est rarement respecté. Cette étudiante parisienne peut d'ailleurs en témoigner. *« Nous devons prêter serment avant chaque début d'examen, promettant l'individualité de notre travail. Mais franchement, ce n'est pas bien dissuasif. Je ne connais pas un étudiant de ma promotion qui n'a pas rompu ce serment »*, jure-t-elle.

Des diplômes dévalués?

Ces très nombreux cas de triche posent une nouvelle fois la question de la valeur de ces examens. Les diplômes obtenus par cette *« génération Covid »* seront-ils dévalués? Si les présidents d'universités jurent que la qualité de l'offre pédagogique est équivalente, ils avouent toutefois que la multiplication des cas de fraude ne plaide pas en leur faveur. *« Ce n'est pas très malin de la part des étudiants, qui se pénalisent eux-mêmes en trichant et en le criant haut et fort »*, regrette un chef d'établissement.

« C'est vrai que notre comportement est un peu absurde en fait. Tout le monde triche, et tout le monde le fait pour ne pas avoir de moins bonnes notes que les autres. Les profs le savent et ne font rien pour nous en empêcher », explique Audrey. Avant de conclure: *« Finalement, c'est vraiment entre nous et notre morale. Personnellement, je ne peux pas me permettre d'avoir des notes moyennes, je dois absolument être excellente partout pour pouvoir me réorienter. Alors, oui, je vais continuer de tricher, même si je m'en veux de le faire. »*

* Tous les prénoms des étudiants cités dans cet article ont été modifiés afin de garantir leur anonymat.

181,50

<https://www.welt.de/finanzen/plus222534174/Aera-der-endlosen-Schulden-Es-gibt-nur-einen-radikalen-Ausweg.html>

DEFIZITÄRES EUROPA

Die Ära der endlosen Schulden kennt nur einen radikalen Ausweg

Stand: 07:27 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Frank Stocker**

Finanz-Redakteur

Deutschland und andere Euro-Länder verschulden sich in gigantischem Ausmaß, um die Pandemiefolgen zu lindern. Selbst unter günstigsten Umständen wird es Jahre dauern, davon runterzukommen. Es gibt mehrere Möglichkeiten, aber eigentlich nur eine Lösung. Und die ist schmerzhaft.

Zehn Milliarden im Monat? 3,5 Milliarden pro Woche? Oder noch mehr? Immer neue Zahlen dazu, was der neuerliche Komplett-Lockdown die Wirtschaft und den Staat kosten werden, machen derzeit die Runde. Genaue Berechnungen sind schwierig. Sicher ist aber jetzt schon: Es wird alle Dimensionen sprengen, und auf den Staat – und damit uns alle – kommt eine gigantische Neuverschuldung zu.

Dabei steht Deutschland im europäischen Vergleich sogar noch gut da. Viele andere Euro-Staaten werden in diesem Jahr mit ihrer Schuldenlast in völlig neue Dimensionen vorstoßen. Um davon wieder runterzukommen, gibt es im Prinzip vier Wege.

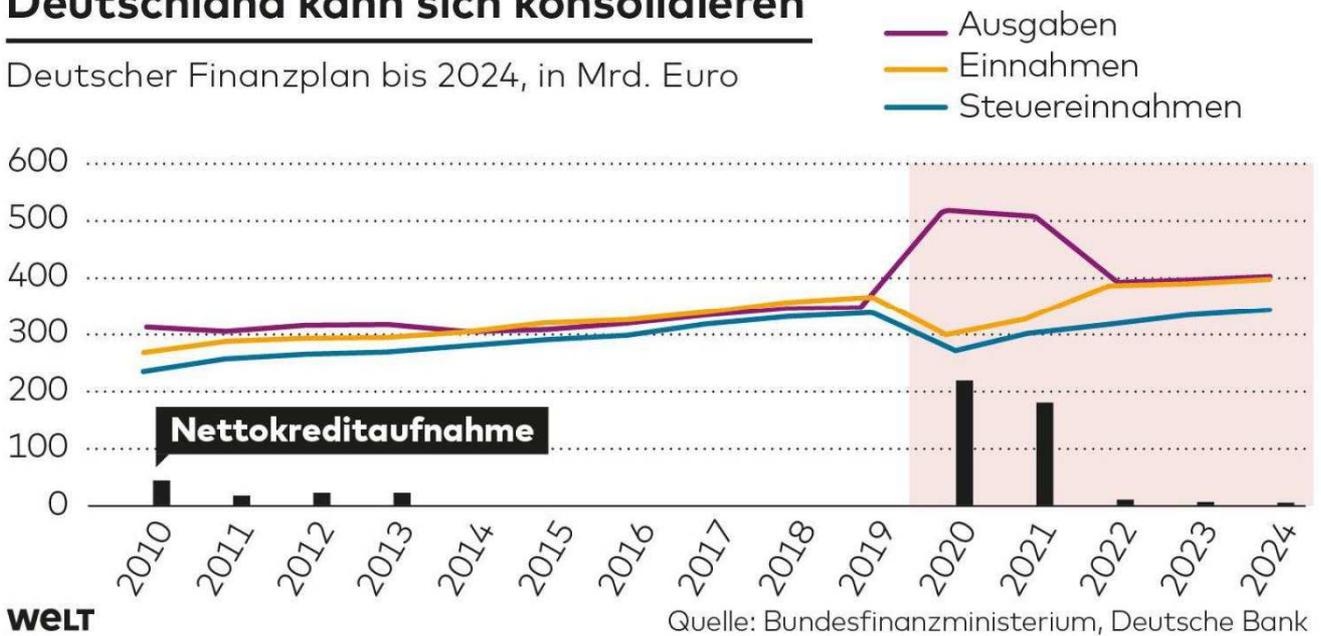
Für Deutschland sind diese auch durchaus Erfolg versprechend. Für einige andere Länder dürfte aber all das nichts nützen. Am Ende bliebe für diese nur ein Ausweg, der in Deutschland zu einem Aufschrei führen dürfte.

Für das kommende Jahr hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz bislang ein Haushaltsdefizit von rund 180 Milliarden Euro eingeplant. Zwar dürfte dann auch die Wirtschaft wieder deutlich wachsen, sodass das Minus, bezogen auf die Wirtschaftsleistung, geringer ausfallen könnte als in diesem Jahr. Nach rund 6,5 Prozent dürfte das Defizit nach Berechnungen von Ökonomen der Deutschen Bank dann noch vier Prozent betragen.

Dennoch würde der Gesamtschuldenstand damit erneut steigen. Für Ende 2021 erwarten sie eine Schuldenquote von 71,7 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung – ein Anstieg um mehr als zehn Prozentpunkte gegenüber der Vorkrisenzeit.

Deutschland kann sich konsolidieren

Deutscher Finanzplan bis 2024, in Mrd. Euro



Quelle: Infografik WELT

Daniel Lenz, Analyst bei der DZ Bank, rechnet sogar mit einem Anstieg auf 74 Prozent. Dennoch hält er das für beherrschbar. „Deutschland droht keine Schuldenspirale“, sagt er. Wenn der Finanzminister nach der Krise zur alten Politik zurückkehre – einem leichten Plus im jährlichen Haushalt –, so werde die Schuldenquote recht schnell wieder zurückgehen.

„Bis 2027 könnte sogar das Schuldenstandsniveau von 2019 unterschritten werden.“ Selbst wenn künftig keine Überschüsse mehr im Etat entstehen, so würde 2027 wieder die Schwelle von 65 Prozent erreicht.

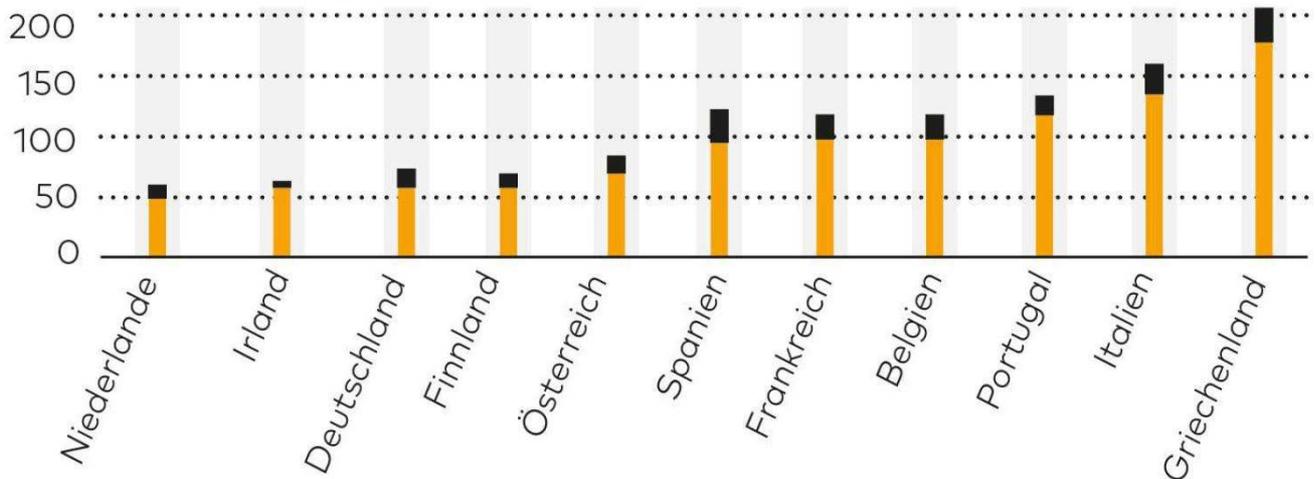
Wesentlicher Treiber dabei seien die niedrigen Zinsen. Diese sorgen bereits seit Jahren dafür, dass der Finanzminister immer weniger aufwenden muss, um die Schulden zu bedienen.

Beliefen sich die Zinsausgaben 2009 noch auf knapp 2,5 Prozent der Wirtschaftsleistung, waren es 2019 gerade noch 0,5 Prozent. Selbst wenn die Zinsen künftig wieder leicht steigen sollten, wäre das für den Bundeshaushalt verkraftbar.

Europa fällt tiefer ins Schuldenloch

2019 ■ Änderung 2020 ■

Schuldenstand europäischer Staaten in Prozent des BIP



WELT

Quelle: DZ Bank Research, Bloomberg

Quelle: Infografik WELT

Die niedrigen Zinsen sind es auch, die den anderen Euro-Staaten zunächst einmal helfen, auch wenn dort die Schuldenquoten in diesem Jahr in schwindelerregende Höhen treiben. In Frankreich klettert die Verschuldung auf knapp 120, in Spanien mehr als 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in Portugal auf knapp 140, in Italien über 160 und in Griechenland sogar mehr als 200 Prozent.

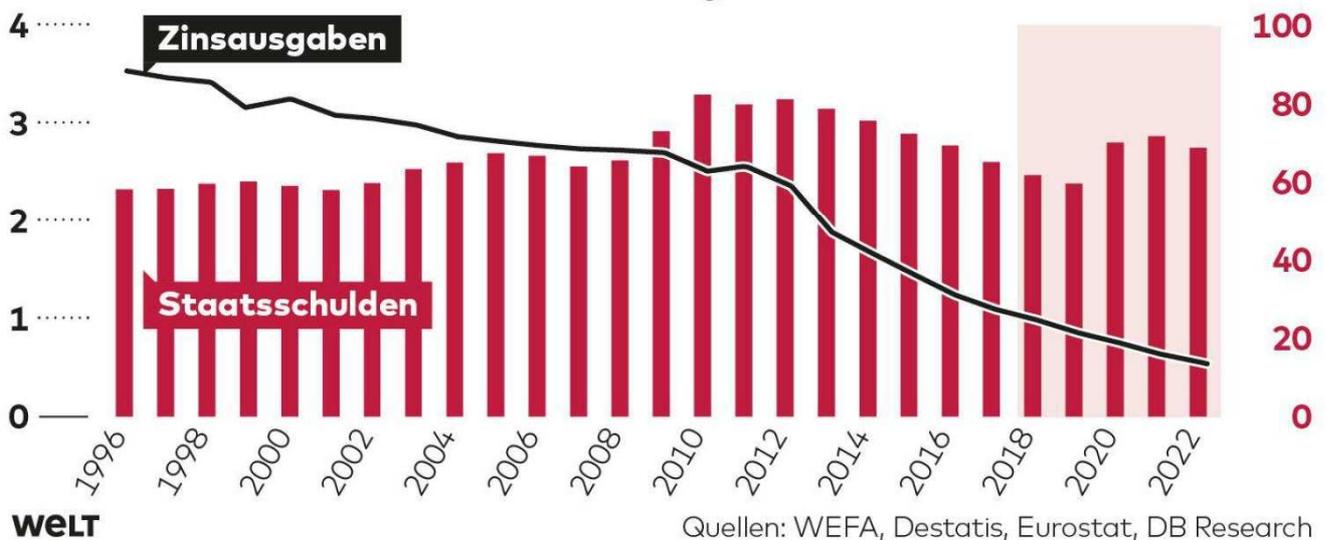
Griechenland macht das jedoch kaum Probleme – die Schulden wurden im Rahmen der Rettungsmaßnahmen größtenteils über Jahrzehnte gestreckt, die Fälligkeiten sind überschaubar. Schwieriger könnte es aber für Italien werden. Mit einem Schuldenstand von 160 Prozent steht es demnächst da, wo auch Griechenland stand, als die Schuldenkrise begann.

Doch noch gibt es Auswege. Italien stehen im Prinzip drei Wege offen, um von den Schulden herunterzukommen, sagt Stefan Kreuzkamp, Chefanlagestratege der Anlagegesellschaft DWS. Einer sei Wachstum: Dazu müsste die Regierung wachstumsfreundliche Reformen beschließen, dann könnte der Staat sogar ein kleines Minus erwirtschaften und auch einen leichten Zinsanstieg verkraften.

Die zweite Möglichkeit wäre eine konsequente Sparpolitik. Das war nach der Finanzkrise versucht worden, doch die Ergebnisse waren verheerend. Schließlich bleibt noch die Möglichkeit der finanziellen Repression, also einer Zinspolitik, die letztlich zu einer Enteignung der Sparer und somit zu einem langsamen Abschmelzen der Schulden über die Inflation führt. Das geschieht im Prinzip derzeit schon, weltweit.

Niedrige Zinsen entlasten den Staat

Deutsche Staatsschulden und Zinszahlungen in Prozent des BIP



Quelle: Infografik WELT

Am wahrscheinlichsten ist für die kommenden Jahre wohl eine Fortsetzung der finanziellen Repression, und vielleicht schafft es Italien auch, zusätzlich noch wachstumsfreundliche Reformen durchzuführen. Doch selbst dann ist noch viel Zeit notwendig. „Es wird elf bis 13 Jahre dauern, um bei der Verschuldung wieder auf den Vorkrisenstand zu kommen“, hat Kreuzkamp errechnet.

Doch selbst dann hätte das Land erst wieder eine Quote von rund 135 Prozent der Wirtschaftsleistung erreicht. Und das gilt auch nur, wenn zwischenzeitlich kein „Unfall“ passiert, also insbesondere über die kommenden elf bis 14 Jahre keine neue Krise eintritt. Zwischen dem Höhepunkt der Euro-Krise und der Corona-Krise lagen jedoch nicht einmal acht Jahre, und davor lagen ebenfalls nur rund acht Jahre zwischen dem Platzen der Internetblase und der Finanzkrise.

Ein Berater des italienischen Premierministers forderte daher schon Ende November einen ganz anderen Weg zu gehen: Die EZB solle einfach jene Schuldscheine, die bei ihr liegen, annullieren. Und diese Idee hat durchaus auch außerhalb Italiens Anhänger.

„Das Beste wäre, wenn man jene Schulden, die bei der EZB liegen, einfach streichen würde“, sagte auch der Vermögensverwalter Jens Ehrhardt im Interview mit WELT. Und auch Lucrezia Reichlin, Ökonomin an der London Business School sagt, dass ein solcher Schritt „aus einer rein ökonomischen Perspektive Sinn ergibt.“

Dabei geht es um gewaltige Summen. Schon vor Beginn der Pandemie hatte die Europäische Zentralbank mehr als 2,5 Billionen Euro an Anleihen in ihrem Bestand. Im Rahmen der Pandemiehilfe will sie nun zusätzlich bis März 2022 europäische Staatsanleihen im Wert von 1,85

Milliarden Euro aufkaufen. Insgesamt wird schon bald mindestens ein Drittel aller Euro-Staatsanleihen in ihren Büchern stehen.

Frankreich macht mehr Sorgen als Italien

Es ist indes höchst unwahrscheinlich, dass die EZB diese riesigen Bestände jemals wieder abstoßen kann – das würde Jahre dauern und die Finanzmärkte zutiefst erschüttern. Das Annullieren der Schulden wäre daher nur konsequent, und ökonomisch hätte das keinen Effekt – der Schuldner, der etwas verliert, ist die EZB, und diese kann den Ausfall in ihren Büchern einfach streichen.

Politisch wäre ein solcher Schritt allerdings extrem gefährlich, warnt Reichlin. Das sehen auch fast alle europäischen Politiker außerhalb Italiens so und wenden sich entschieden dagegen. Denn macht man das einmal, so könnte es auch noch einmal gemacht werden – dem hemmungslosen Schuldenmachen stünde nichts mehr im Wege.

Auch der Chef der französischen Nationalbank, François Villeroy de Galhau, wies diese Idee entschieden zurück. Doch gerade in Frankreich könnte sich die Meinungslage vielleicht bald ändern. Denn vielen erscheint derzeit Italien gar nicht als das größte Problem der Euro-Zone, sondern Frankreich.

Italien hat entgegen der landläufigen Meinung in den vergangenen 20 Jahren stets sehr gut gehaushaltet. Das Defizit lag seit der Einführung des Euro in den meisten Jahren unter der Grenze von drei Prozent der Wirtschaftsleistung. Ganz anders dagegen in Frankreich – dort lag das Defizit fast durchgängig darüber.

Dem Vermögensverwalter Jens Ehrhardt macht daher Frankreich mehr Sorgen als Italien. Und er sieht keinen Weg, wie das Land, aber auch einige andere Euro-Länder, jemals wieder von den Schulden herunterkommen kann – daher sein Plädoyer für das Streichen der Schulden. „Wir sind längst über den Rubikon, auf andere Weise kommen wir von den Schulden nie wieder runter“, sagt Ehrhardt.

Fazit - das Wirtschaftsblog

Für alle, die's genau wissen wollen: In diesem Blog blicken wir tiefer in Börsen und andere Märkte - meist mit wissenschaftlicher Hilfe

Erzeugen hohe Staatsschulden Inflation?

17. Dezember 2020 von [Gerald Braunberger](#) | [8 Lesermeinungen](#)

Diese aktuelle Fragestellung besitzt in der Wirtschaftstheorie und in der Wirtschaftsgeschichte eine lange Tradition. Die Antwort scheint nicht völlig klar: Die Gefahr einer Inflation lässt sich nicht von der Hand weisen. Aber Inflation ist nicht gottgegeben.

Die Bekämpfung der Pandemie hat die Staatsverschuldung in zahlreichen Ländern stark steigen lassen. In manchen Ländern betragen die Staatsschulden deutlich mehr als 100 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP). Anleihekäufe von Zentralbanken in mehreren Ländern sorgen dafür, dass sich die Frage nach der Finanzierung der Staatsverschuldung derzeit nicht stellt. Aber gehen mit der expansiven Geldpolitik Inflationsgefahren einher? Wie die aktuelle Titelgeschichte im "Economist" zeigt, ist dies nicht alleine eine in Deutschland diskutierte Frage. [Eine Arbeit von Michael D. Bordo und Mickey D. Levy](#) begibt sich auf die Suche nach einer Antwort.

1. Was sagt die Theorie?

Bordo/Levy schauen sich das Thema zunächst kurz aus einer theoretischen Sicht an, indem sie vier Theorien – zwei ältere und zwei neuere – kurz anführen. ([Mit einem weiteren Ansatz](#) hatten wir uns vor wenigen Jahren in FAZIT befasst.)

- Der erste theoretische "Dinosaurier" sind die alten keynesianischen Modelle aus der frühen Nachkriegszeit, die in der Forschung schon lange außer Mode gekommen sind, aber nicht selten noch heute zumindest im Grundstudium gelehrt werden. Demnach sorgt expansive Finanzpolitik für eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Ob sich diese Nachfrage eher in Wirtschaftswachstum oder in Inflation niederschlägt, hängt von der gesamtwirtschaftlichen Angebotskurve ab. Eine generelle Aussage lässt sich nicht treffen: Inflation ist möglich, aber nicht zwingend. In diesen Modellen wird zumeist nicht die Finanzierung der Staatsverschuldung durch die Zentralbank angenommen.
- Der zweite theoretische "Dinosaurier" ist der alte Monetarismus, der zwar in der Forschung längst in der Abstellkammer ruht, in Deutschland aber gerade in der Finanzbranche noch Anhänger besitzt. Demnach müsste die mit den Anleihekäufen verbundene Erhöhung der Geldmenge zu Inflation führen. Allerdings ist dieser Zusammenhang in den vergangenen Jahrzehnten sehr brüchig geworden. Finanzpolitik alleine für sich betrachtet galt im Monetarismus ursprünglich nicht als die Inflation fördernd, da Inflation nach dem berühmten Diktum Milton Friedmans "immer und überall" ein monetäres, also ein durch die Geldmenge determiniertes, Phänomen ist. Eine Ausnahme stellen Modelle der Monetaristen Karl Brunner und Allan Meltzer aus den frühen siebziger Jahren dar, in denen expansive Finanzpolitik auch ohne begleitende Geldpolitik langfristig zur Hochinflation führen kann. [Wie wir in FAZIT ausführlich beschrieben haben](#), war dieses Ergebnis allerdings nicht sehr robust; überdies gilt diese Art, Modelle zu bauen, schon lange als überholt.
- Im Unterschied zu den alten Theorien spielen in modernen Ansätzen die Erwartungen der Teilnehmer am Wirtschaftsleben eine bedeutende Rolle. [Einer der berühmtesten Fachaufsätze in dieser Tradition](#) stammt von Thomas Sargent und Neil Wallace – und er ist jetzt auch schon vier Jahrzehnte alt. In ihm beschäftigen sich die beiden Autoren mit einem Thema, das heute viel diskutiert wird: der "Fiskaldominanz". Damit ist eine Situation gemeint, in der die Geldpolitik ihren Handlungsspielraum verliert, weil eine mit Blick auf Inflationsgefahren notwendige restriktive Geldpolitik wegen der hohen Staatsverschuldung nicht mehr

möglich ist. Um die Zahlungsfähigkeit des Staates zu sichern, muss die Zentralbank über eine expansive Geldpolitik Inflation akzeptieren, wenn die Regierung die Staatsfinanzen nicht selbst konsolidiert. Der Mechanismus läuft wie im alten Monetarismus über das Wachstum der Geldmenge. Um dieses Szenario drehen sich viele heutige Inflationsdebatten; für viele Ökonomen ist dieses Thema schon länger vertraut.

- “Fiskaldominanz” ist auch ein Kennzeichen der Fiskaltheorie des Preisniveaus, mit der wir uns in FAZIT [vor acht Jahren ausführlich befasst haben](#). Wir fassen uns daher an dieser Stelle kurz: Anders als bei Sargent/Wallace entsteht die Inflation nicht über eine zu expansive Geldpolitik, sondern über eine durch expansive Finanzpolitik steigende gesamtwirtschaftliche Nachfrage, weil der durch die Ausgabe von Staatsanleihen verbundene Zuwachs der privaten Vermögen, gegebenenfalls verstärkt durch die Furcht vor staatlicher Überschuldung, die Konsumenten zu einer starken Zunahme ihrer Konsumausgaben veranlasst. Dann befinden wir uns im keynesianischen Szenario aus dem ersten Beispiel: Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigt und wenn das gesamtwirtschaftliche Angebot nicht flexibel reagiert, kann es zu Inflation kommen. Diese Inflation ändert zwar nicht die nominale Last der Staatsverschuldung, wohl aber reduziert sie die reale Schuldenlast. Auf diese Weise werden die Staatsfinanzen wieder tragfähig. [Eine moderne Untersuchung](#) gelangt zu dem Schluss, dass die Vereinigten Staaten zur Bekämpfung der Rezession in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts zu einer solchen Strategie gegriffen hatten. In der Sprache der Ökonomen ist von einer “nicht-gedeckten fiskalischen Expansion” die Rede, denn der Staat erhöht seine Schulden ohne Ankündigung, sie durch spätere Steuererhöhungen zurückzahlen zu wollen. Das relativiert zeitgenössische Thesen von Ökonomen, der Staat werde durch Wirtschaftswachstum aus seiner Verschuldung wachsen: Das kann schon sein, es ist jedoch auch möglich, dass der Staat nicht durch reales Wachstum, sondern durch Inflation aus seinen Schulden wächst.

2. Wirtschaftsgeschichte: Kriegszeiten

Der theoretische Befund lässt die Gefahren von Inflation als Folge stark steigender Staatsverschuldung deutlich erkennen, aber Inflation erscheint nicht zwingend. Bordo/Levy schauen daher auch auf die Empirie. Kriege sind häufig Zeiten gewesen, in denen Regierungen sich massiv verschuldeten, und so liegen zahlreiche Episoden vor, in denen Inflation die Folge war. Das gilt für Schweden in der Mitte des 18. Jahrhunderts ebenso (Schweden gilt als erstes Beispiel für eine Monetarisierung von Staatsschulden durch eine Zentralbank) wie für den Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775 bis 1781) oder die Französische Revolution und die sich anschließenden Kriege. Über die mit den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts verbundenen verheerenden Inflationen (nicht nur) in Deutschland müssen nicht viele Worte verloren werden; diese Erfahrungen sollten hinreichend bekannt sein.

Schuldenfinanzierung in Kriegen braucht aber nicht unbedingt zu Inflation zu führen. Das Gegenbeispiel ist das Großbritannien des 18. und frühen 19. Jahrhunderts, das sich in Kriegen verschuldete und gleichzeitig die Steuern erhöhte, nach der Rückkehr des Friedens die Steuern aber hoch hielt und so die Schuldenlast allmählich wieder zurückführte. Dafür benötigen Regierungen aber viel Geduld und die Bereitschaft zu unpopulären Maßnahmen.

3. Wirtschaftsgeschichte: Friedenszeiten

Auch in Friedenszeiten lassen sich Epochen mit einer überdurchschnittlich hohen Inflationsrate identifizieren. Als Beispiele mögen die Jahre 1965 bis 1980 in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien dienen. In beiden Ländern dominierte damals die Überzeugung, Inflation sei vor allem ein durch Kostendruck beeinflusstes Phänomen, dem man im Zweifel mit Lohnpolitik entgegentreten könne. Die wirtschaftspolitische Priorität waren Wirtschaftswachstum und Beschäftigung und hierfür war man auch zu expansiver Finanz- und Geldpolitik bereit. Wenig erstaunlich erhielten gerade in jenen Jahren Ökonomen Aufmerksamkeit, die sich im Gegensatz

zum damals dominierenden Mainstream kritisch mit den Folgen expansiver Geld- und Finanzpolitik für die Inflation befassten. Die teils zweistelligen Inflationsraten, die zu einer Erosion des Vertrauens in die Geldwertstabilität führten, wurden in den beiden Ländern erst nach 1980 mit einer sehr straffen Geldpolitik zurückgeführt.

Aber wiederum fehlt es nicht an einem Gegenbeispiel: In der Großen Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2008 und in der Eurokrise haben sich viele Staaten hoch verschuldet, aber auch wenn es in jenen Jahren nicht an Warnungen vor einer hohen Inflation fehlte, so wurden ganz im Gegenteil in nicht wenigen Ländern die von den Zentralbanken gesetzten Inflationsziele unterschritten – und das trotz, wie das Beispiel Deutschland zeigt, einer langen Reihe von Jahren mit Wirtschaftswachstum und sinkender Arbeitslosigkeit.

4. Was folgt?

Der Wirtschaftshistoriker kann mit der Betrachtung der Gegenwart seine Bücher schließen, aber viele Ökonomen versuchen, auch einen Blick in die Zukunft zu werfen.

Nach einem alten Bonmot wiederholt sich Geschichte nicht, wohl aber reimt sie sich. Heute scheint die Frage, ob es eher zu einer Wiederholung der Episode von 1965 bis 1980 mit steigenden Inflationsraten, aber keiner Hyperinflation, kommt oder ob sich die Erfahrungen aus der Großen Finanzkrise mit sehr niedriger Inflation fortsetzen.

Für eine Wiederholung der Inflationsjahre 1965 bis 1980 in vielen Ländern spricht unter anderem der Zeitgeist. Wie damals gehört die Priorität dem Wirtschaftswachstum und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit und wie damals werden vor allem Vorzüge einer nachhaltig expansiven Geld- und Finanzpolitik betont, während ihre Nebenwirkungen verdrängt werden und Inflation als Thema erledigt erscheint. Wenn Ökonomen anfangen, keine Restriktionen mehr für Politik zu sehen, sollten alle Alarmglocken laut läuten. Parallelen zur damaligen Zeit sind denn auch in einem unkritischen Vertrauen vieler Ökonomen in einen lenkenden Staat, Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft und zunehmenden staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft erkennbar. Aus einem solchen Gebräu kann durchaus Inflation entstehen, zumal die hohen Staatsschulden in vielen Ländern nicht nur ein Szenario der “Fiskaldominanz” begünstigen, in dem die Zentralbanken mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen Inflationsgefahren nicht energisch bekämpfen können. Auch die sogenannte “Finanzdominanz” kann zu einem Problem werden: Gemeint ist die Neigung von Zentralbanken, durch den Verzicht auf restriktive Politik Gefahren für die Stabilität der Finanzmärkte ausschließen zu wollen.

Dem steht die Überzeugung entgegen, dass die sehr niedrigen Inflationsraten der vergangenen Jahrzehnte fundamentale Ursachen besitzen, die unter anderem als Ergebnis demografischen Wandels, der Globalisierung und der allmählichen Transformation kapitalintensiver Industriegesellschaften in primär dienstleistungsbasierte Wissensökonomien daherkommen. Ausdruck dieser fundamentalen Änderungen sind unter anderem eine starke Nachfrage nach sicheren Kapitalanlagen und ein Ersparnisüberschuss, der eine Nachfrage nach Staatsanleihen generiert sowie ein Umfeld strukturell niedriger Raten des Wirtschaftswachstums, der Inflation und des Zinses. In einem solchen, durch ein nachhaltiges Defizit der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gekennzeichnetes Umfeld erscheint Staatsverschuldung manchen Ökonomen als Pflicht, um ein Abgleiten in Deflation und Rezession zu verhindern. Inflation gilt schon wegen der seit Jahren sehr niedrigen Inflationserwartungen als wenig wahrscheinlich. Daher werden sich

Vertreter dieser Auffassungen von historischen Erfahrungen mit Inflation als Folge von Staatsverschuldung nicht beeindrucken lassen. Ihre Antwort lautet: Wir leben in einer anderen Welt. Oder, um den Titel eines bekannten Wirtschaftsbuches zu zitieren: *“This time is different”*. Die Frage bleibt aber, ob nicht auch diese Welt sich ändern kann. Nicht zufällig sorgt gerade [ein Buch von Charles Goodhart und Manoj Pradhan](#) für Aufmerksamkeit, in dem die These vertreten wird, der demografische Wandel in Industrie- und Schwellenländern werde auf die Dauer durch einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften erst den Lohndruck und dann den Inflationsdruck steigen lassen. (Diese These hatten wir [in FAZIT schon vor drei Jahren vorgestellt](#).) Das muss vielleicht nicht so kommen, wenn ein rascher Ersatz menschlicher Arbeit durch Roboter und Künstliche Intelligenz stattfindet. Aber auch das Argument, seit Jahren niedrige Inflationserwartungen verhinderten eine Rückkehr der Inflation, erscheint angesichts des Phänomens [“schlafender Schocks”](#), die unversehens die Erwartung deutlich steigender Inflation mit sich bringen, brüchig.

Es gilt nach wie vor: Das gerade in Deutschland beliebte An-die-Wand-Malen von Hyperinflation ist und bleibt ebenso unseriös wie die Behauptung, man könne über einen langen Zeitraum Inflationsraten prognostizieren. Die gegenwärtige Neigung anderer Ökonomen, Inflation als mögliches Resultat steigender Staatsverschuldung auf mittlere und längere Sicht auszublenden, ist ebenfalls alles andere als seriös, auch wenn die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zunächst noch helfen werden, die Inflation niedrig zu halten. Eine von der Finanzpolitik zumindest beeinflusste Geldpolitik ist keineswegs eine abwegige Vorstellung und die Hoffnung, die Flexibilität des globalen Güterangebots werde schon groß genug bleiben, um Kostenschübe zu verhindern, kann sich als zu optimistisch herausstellen. Und letztlich wird die Versuchung für Regierungen groß sein, durch (moderate) Inflation bei niedrigen Zinsen aus ihren Staatsschulden allmählich herauszuwachsen. Kurzum: Mit Blick auf die Inflation besteht heute kein Grund zur Panik, sehr wohl aber besteht Grund zur Wachsamkeit.

8 LESERMEINUNGEN

1.  *schroe12* sagt:

[17. Dezember 2020 um 16:13 Uhr](#)

Entscheidend ist doch das Vertrauen in die Wertaufbewahrungseigenschaft der Währung..

Wie auch immer man das wissenschaftlich abbildet.

Bis jetzt hat die EZB eben nicht die Geldmenge willkürlich erhöht, sondern Anleihen angekauft und damit Risiken übernommen. Die Bilanz ist noch ausgeglichen. Risiken können zu Verlusten werden.

Im Fall Griechenland konnte die EZB sich noch schnell über einen halb legalen Anleihtausch den Verlusten entziehen. Wenn sie aber Hauptgläubiger bei Staaten und Unternehmen wird, ist ohne Beteiligung der EZB keine Restrukturierung mehr möglich.

Was aber macht die EZB dann? Bucht sie die Verluste einfach aus, lebt sie dann mit negativem Eigenkapital, oder wird sie von den überschuldeten Staaten kapitalisiert? Zutrauen würde ich der EZB alle Möglichkeiten.

Genau dann, wenn die Normalbevölkerung dieses Risiko als real ansieht, gibt es den Kipppunkt, der dann nicht mehr aufzuhalten ist. Das ist doch bei jeder Finanzblase, oder einem anderem Schneeballsystem so. Bevor der Kipppunkt eingetreten ist, ist das System stabil.

[Antworten](#)

2.  *Schlophie* sagt:

[17. Dezember 2020 um 16:11 Uhr](#)

Aber Inflation ist nicht gottgegeben.

Natürlich nicht, da es keine Götter gibt.

3.  Aurego sagt:

17. Dezember 2020 um 15:19 Uhr

Wenn wir als Inflation die Steigerung der Verbraucherpreise definieren,

können, vereinfacht gesagt, nur zwei Dinge zu höherer Inflation führen – meist in Kombination:

1. Höhere zur Verfügung stehende Einkommen,
2. eine Verknappung von Verbrauchsgütern.

Zu Punkt 1 sehe ich nach wie vor nur eine sehr zögerliche bzw. moderate Entwicklung und Punkt 2 ist z. Zt. – insbesondere durch auch durch den hohen Globalisierungsgrad – in den hochentwickelten Ländern kaum gegeben. Natürlich könnte, sollte in Zukunft mehr Protektionismus mit höheren Importhürden stattfinden, eine künstliche Verknappung von importierten Gütern eintreten. Jedoch ist das Risiko einer dadurch getriebenen hohen Inflation (>2%) im Moment eher gering.

Staatsschulden spielen jedoch, solange sie nicht zu einer höheren Steuerquote führen, kaum eine Rolle. Die Preise für Investitionsgüter (z. B. Immobilien) sollte man tunlichst ebenso nicht in die Inflation einbeziehen, da sie anders festgelegt werden.

Antworten

4.  Hartmut-Rencker-Mainz sagt:

17. Dezember 2020 um 14:38 Uhr

Vieles ist richtig, auch das Gegenteil

Ein Fachmann bin ich nicht. Aber noch nie hat ein Staat überbordende Schulden dauerhaft abtragen können. An die Staatspleiten von Mexiko und Argentinien sei erinnert. Und es gibt noch mehr Kandidaten. Die bisherige Niedrigzinspolitik mit billiger Refinanzierung der Altschulden führte zu einer großen Entlastung. Aber wie soll dieses Rezept der aktuellen Schuldenexplosion beikommen? Jeder Häuslebauer aus vergangenen Jahrzehnten weiß, wie trefflich sich Schulden durch (moderate) Inflation entwerten. Dieses einfache Rezept ist verlockend, vor allem weil die gesamten Altschulden auf Jahre hinaus keine nennenswerten Zinslasten verursachen.

Antworten

5.  pspahn sagt:

17. Dezember 2020 um 14:38 Uhr

Inflation, Geldvertrauen und EZB-Bilanz

Hyperinflationen nach fiskalischen oder kriegsbedingten Katastrophen hatten historisch immer mit dem Verlust des Vertrauens in den Geldwert zu tun. Vor diesem Hintergrund ist ein Blick auf die Bilanz des ESZB sinnvoll, dessen Aufgabe ja im Kern darin besteht, Vertrauen in die Währungsstabilität zu sichern. Daten finden sich

hier: <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/wfs/2020/html/ecb.fst201124.de.html>. Ganz grob betrachtet machen die angekauften Wertpapiere 55% der Bilanzsumme aus, Einlagen der Banken 42%, während das Eigenkapital (samt

Neubewertungsausgleichsposten) 9% beträgt. Klassischerweise funktioniert Inflationsbekämpfung über eine zinspolitische Verteuerung der Refinanzierungskredite an die Banken. Wenn diese jedoch über hohe

Notenbankreserven verfügen, muss man diese Einlagen höher verzinsen, um die Banken von einer eigenen Kreditausweitung abzuhalten. Das Problem ist dabei, dass diese Zinskosten den Gewinn der Notenbank zunehmend belasten. Nimmt man zinsbedingte Abschreibungen auf den Wertpapierbestand mit ins Bild (oder gedruckte Verkaufserlöse bei einer Liquiditätsabschöpfung), wäre das Eigenkapital rechnerisch rasch aufgezehrt.

Im Prinzip ist dies unproblematisch, da eine Notenbank ihre Geldpolitik auch mit negativem Eigenkapital durchführen kann; zudem bestehen fiskalpolitische Nachschusspflichten seitens der Euroländer (deren Eintreibung allerdings heikel werden kann). Entscheidend ist aber die Außendarstellung einer solchen Entwicklung in Finanzwelt und -presse. Was passiert, wenn wir Überschriften wie “Die EZB ist bankrott” zu lesen bekommen. Sind wir sicher, dass Eurobanker und Finanzminister dieses Kommunikationsproblem bewältigen?

Antworten

6.  knoehelmann sagt:

17. Dezember 2020 um 11:44 Uhr

Sozioökonomische Erklärung?

Vielleicht bedarf es auch einer sowohl die historischen Erfahrungen und die ökonomische Modellbildung umfassenden Synthese als Theorie, die bestimmte sozioökonomische Konfigurationen hinsichtlich dieser Frage untersucht?

Hiernach gäbe es dann ein Inflationspotential über den ‘Nettoeffekt’ von Verschuldung/Geldschöpfung vs. den

deflatorischen Einflüssen der globalen Wettbewerbsintensität, Demographie etc... und dem gesellschaftlichen Willen, dieses Potential wirksam werden zu lassen? Eine empirische Bestandsaufnahme kann doch zeigen, dass z.B. bei Wegfall von Wettbewerbsintensität und Geldschöpfungshemmung mit folgendem Bonitätsverlust, die Inflation eher zunimmt als zurückgeht? Die französische Regulationstheorie scheint mir diesen Ansatz einmal versucht zu haben...

[Antworten](#)

7.  rum sagt:

[17. Dezember 2020 um 11:19 Uhr](#)

Erzeugen hohe Staatsschulden Inflation?

Die Frage scheint mir falsch gestellt. Man könnte sie ruhig mit "Nein" beantworten. Es sind ja nicht die bestehenden Schulden, was Inflation verursacht, aber sicher der Kredit für Verbrauch (Löhne an Staatsdiener), oder was gemacht oder nicht gemacht wird, um Staatsbankrott abzuwenden.

[Antworten](#)

8.  mikefromffm sagt:

[17. Dezember 2020 um 10:28 Uhr](#)

Lieber Herr Braunberger,

vielen Dank für den Überblick über die aktuelle Diskussion. Wie sie korrekt festgestellt haben, gibt es eigentlich nur noch in Deutschland Gläubiger der "Kirche des Monetarismus". Das dürfte auch ziemlich sicher die Erklärung dafür sein, warum ausgerechnet in Deutschland "mit Blick auf die Inflation Panik besteht". Interessant ist die These von Charles Goodhart und Manoj Pradhan. Wobei allerdings deren Hoffnung, dass der Inflationsdruck durch den "Ersatz menschlicher Arbeit durch Roboter und Künstliche Intelligenz" geschwächt wird, nur der erste Schritt sein kann. Ohne Beteiligung der Bevölkerung am Wohlstandsgewinn wird die Nachfrage trotzdem sinken, denn Roboter gehen nicht zum Frisör und nicht ins Restaurant. Beste Grüße, schöne Feiertage und einen guten Rutsch wü

Bret Weinstein: «Tant qu'on n'affronte pas la gauche "woke", on ignore combien elle est dangereuse»

Le Figaro, no. 23744

Le Figaro, vendredi 18 décembre 2020 2180 mots, p. 19

Mandeville, Laure



Bret Weinstein, professeur de biologie et théoricien de l'évolution américain. *Fabien Clairefond*

GRAND ENTRETIEN

Bret Weinstein est un professeur de biologie et théoricien de l'évolution américain. Il s'est fait connaître lorsque, en 2017, il a dû démissionner de l'université d'Evergreen, où il enseignait, après s'être opposé à une journée « anti-Blancs » organisée par des étudiants militants de la gauche identitaire. Depuis, il a lancé son propre podcast, où il défend la liberté d'expression attaquée sur les campus. Pour la première fois, il s'exprime dans un média français pour alerter sur la gauche « woke », cette gauche américaine adepte de la politique identitaire qui pratique la chasse aux sorcières et veut faire taire toute parole dissidente au nom d'un antiracisme devenu fou. Il dénonce une « dictature en cours de formation » et craint que le président fraîchement élu, Joe Biden, pur produit de l'establishment démocrate, ne puisse endiguer un mouvement de plus en plus puissant.

LE FIGARO. - **Après avoir refusé d'observer une journée « sans Blancs », décrétée par l'administration du campus de l'université Evergreen, où vous enseigniez, dans l'État de Washington, vous avez fait l'objet de harcèlements d'organisations militantes étudiantes antiracistes « woke », puis avez dû démissionner de votre poste avec fracas, ajoutant votre nom à la liste de plus en plus longue de « professeurs annulés » par le mouvement des « justiciers sociaux ». Quelles leçons tirez-vous de ce qui vous est arrivé ?**

Bret WEINSTEIN. - Ma femme et moi avons eu le sentiment d'être aspirés, en mai 2017, par une tornade qui ne nous a toujours pas redéposés au sol ! Cela a changé tous les aspects de notre vie. Les changements ont été très traumatisants sur le moment mais ils nous ont ouvert de nombreuses portes et nous ont transportés dans un monde qu'il est très excitant d'explorer. On a eu le sentiment d'avoir fait face à la tornade trois ans avant les autres. Ce qui veut dire que nous avons vécu une sorte d'avant-première du chaos qui venait. Evergreen est aujourd'hui partout ! Les mêmes dynamiques révolutionnaires sont visibles dans les rues, et pas seulement celles des États-Unis : en Europe, en Australie ! C'est un moment très intéressant, mais j'ai le sentiment que les leçons d'Evergreen ont été gâchées. Si nous avions compris qu'il ne s'agissait pas d'une aberration mais d'un avant-goût du présent, nous n'aurions pas permis que notre civilisation s'amuse à jouer avec de nouvelles formes de racisme, camouflées en lutte contre l'injustice.

Comment comprendre cette « révolution woke » dont vous avez été victime ?

J'ai dit tout de suite que ce n'était pas seulement une crise de la liberté d'expression et que cela ne resterait pas limité aux campus, mais que le phénomène déborderait dans le secteur technologique, dans les structures d'État, dans toutes les institutions. J'avais raison mais j'ai été surpris par la rapidité avec laquelle c'est arrivé. La difficulté, en 2017, était de convaincre les gens qu'il ne s'agissait pas seulement d'étudiants en train de faire du bruit. Certains d'entre nous en étaient conscients. On a essayé de sonner l'alarme. Mais les gens qui n'ont pas été confrontés personnellement à ce défi idéologique, ne voient pas à quel point il est sérieux et le sous-estiment. C'est une erreur. Même si les arguments sont pauvres, le pouvoir stratégique de ce mouvement est extrêmement important.

De quel danger s'agit-il ? Est-ce une atteinte aux principes fondamentaux du libéralisme qui fait de nous des citoyens, et non simplement les porteurs d'identités raciales ou sexuelles ?

C'est tout à fait le cas. Il y a dans ce mouvement, différents types de personnes. Ceux qui le dirigent et orientent la stratégie, et ceux qui y participent sans être tout à fait conscients de ce qu'on demande. L'Occident est très dynamique et productif, mais n'a jamais été à la hauteur de ses idéaux en matière de justice et d'égalité des conditions. Nous avons tendance à ne pas voir tout ce que ce système fait bien et à nous concentrer sur ses manquements. Il faut comprendre qu'il y a aujourd'hui une énorme énergie, tout particulièrement aux États-Unis, qui vise à abattre le système parce qu'il est perçu comme corrompu. Il l'est bien sûr. Mais ce mouvement est très naïf car il a décidé que les réponses étaient très simples. Il veut tout recommencer à partir d'une simple page blanche. Un scénario qui nous emmènerait presque inéluctablement vers un désastre. Malheureusement, le mouvement « woke » regarde toute personne qui pense ainsi comme un simple réformateur, c'est-à-dire quelqu'un qui ne fait que changer les choses à la marge. C'est l'échec chronique de ce mouvement que de tout simplifier. Aucune nuance n'est possible.

N'est-ce pas précisément l'essence des mouvements révolutionnaires ?

C'est juste. Les mouvements révolutionnaires font du trafic de fictions utopiques pour trouver des motifs pour changer l'ordre établi. La bêtise de la vision « woke » est évidente. Mais le caractère contagieux de la stratégie est spectaculaire. Et c'est là le problème. Les gens ne prennent pas ces mouvements au sérieux parce qu'ils sont ridicules. Mais quand ils s'y retrouvent confrontés, ils n'ont plus qu'un choix : soit se soumettre, soit être détruits.

J'ai regardé les images des séances d'autocritique du collège d'Evergreen, où les professeurs doivent battre leur coulpe en public en énumérant leurs privilèges. Elles sont grotesques. Comment un tel théâtre peut-il tenir longtemps ?

Oui, ce sont des séances grotesques. Mais votre question sur le fait de savoir pourquoi cela marche, trouve une réponse intéressante dans la théorie des jeux. Bien que la solution paraisse facile, elle ne l'est pas. A priori, cela a du sens de se défendre, quand on est accusé de crimes qu'on n'a pas commis. Mais le problème est que ce mouvement manie la stigmatisation et comme il suit une forme de fausse logique, il n'y a pas de mécanisme qui vous permette d'établir votre innocence. Chaque personne se retrouve confrontée à la question suivante : vais-je me défendre sans chance de succès et me retrouver avec un stigma féroce attaché à mon nom (et potentiellement des vidéos de ma résistance utilisées comme preuves de ma culpabilité), ou ferais-je mieux d'accepter de dire des choses qui ne sont pas vraies, dans l'espoir que mes accusateurs passent à autre chose, et s'en aillent cibler quelqu'un d'autre ?

Ce que vous décrivez ressemble à la logique de la dictature.

C'est une dictature en cours de formation. On a un problème d'action collective. La société a besoin que les individus fassent front commun pour empêcher ces actions. Mais les incitations à aller dans l'autre sens sont plus fortes pour chaque individu, car il y a une menace sur leur emploi, leur réputation, leur sécurité... Ils ont donc tendance à plier, et à laisser la société vulnérable.

Mais une fois qu'ils ont cédé, ils sont forcés de se regarder dans un miroir et n'ont pas envie de se voir comme des couards. Ils finissent donc par se convaincre qu'ils croient à ce qu'ils ont dit. Ils se disent que s'ils ont dit qu'ils étaient racistes, c'était sans doute parce qu'ils le sont.

Il y a eu tant de procès et d'écrits en URSS, qui décrivaient les mêmes phénomènes d'accusation, de démission et de soumission...

Cette comparaison est juste. Ce que nous voyons ressemble de manière effrayante au bolchevisme ou à la période chinoise précédant le Grand Bond en avant. Ce qu'il est important de noter, c'est que ces mouvements révolutionnaires qui recherchent le pouvoir et ont pour objet de maximiser la justice sociale, évoluent inmanquablement vers ces mécanismes coercitifs, parce qu'ils fonctionnent ! Mais dans le cas présent on est face à une coalition instable, temporaire, dans laquelle les règles d'appartenance à la cause sont basées sur ce qu'on appelle l'intersectionnalité. Si ce mouvement gagne du pouvoir, et qu'il parvient à prendre le contrôle du système, il se fragmentera en factions. Les différents groupes coalisés se mettront à se battre les uns contre les autres.

N'est-ce pas déjà le cas ? Le fait que certains hommes noirs soient maintenant jugés inaptes à soutenir la cause « woke » parce qu'ils sont blancs n'est-il pas un signe ?

Tous ces groupes pourraient en effet potentiellement se fragmenter. La communauté LGBT se fractionne déjà aujourd'hui entre les homosexuels et les transgenres par exemple. Mais cette fragmentation potentielle est aujourd'hui utilisée comme une arme pour forcer les troupes à serrer les rangs. Cela finira par éclater, mais le résultat, dangereux selon moi, c'est que les tribus se recomposeront selon des lignes identitaires raciales.

Votre crainte est que cette révolution identitariste réveille le nationalisme « blanc » qu'elle prétend combattre ?

L'Occident est une expérience unique qui essaie de réduire l'impact de l'identité en favorisant la collaboration au-delà des lignes identitaires, à travers la citoyenneté et le mérite. Mais le problème est que ce système occidental, éminemment supérieur aux autres, et plus juste, est aussi très fragile. Le fait que de larges segments de la population soient obsédés par l'identité mènera ceux qui ne le sont pas, à voir aussi le monde sous ce biais. Ce mouvement « woke » pourrait créer le démon qu'il entendait combattre, et mener le nationalisme blanc des marges vers le « mainstream ». Il pourrait réveiller l'antisémitisme. Si on diabolise les Blancs, ils finiront par se penser en minorité opprimée et réagir.

Beaucoup des libéraux (de gauche, dans le vocabulaire américain, NDLR) qui se rebellent contre l'idéologie « woke » sont juifs. Ils dénoncent l'antisémitisme qui grandit dans ce mouvement ?

Oui, l'antisémitisme est présent dans le mouvement de manière ouverte et en progression. L'antisémitisme grandit toujours quand le centre politique s'affaisse. Le centre disparaît, la polarisation le remplace, l'antisémitisme devient inévitable.

Comment la presse « mainstream » a-t-elle couvert votre histoire en 2017 ?

Le *New York Times* est pénétré par la mentalité des « justiciers sociaux ». Mais en 2017, la réaction a été complexe. Quand mon histoire a éclaté, les pages news n'ont quasiment pas traité le sujet, tandis que les pages éditoriales ont permis à Bari Weiss de la couvrir sans biais. Ce qu'a montré mon histoire est la réalité du journalisme actuel. Dans une presse superpolarisée, les journaux font un très bon travail sur les sujets qui coïncident avec leur vision idéologique des choses, et ne font rien sur les histoires qui ne collent pas avec leur prisme. Pour la presse libérale, l'idée que des sectaires noirs s'en prennent à un professeur blanc aux vues égalitaristes ne faisait pas sens. Ils préféraient que cela n'existe pas et ont refusé d'en parler. Pour la presse de droite, cela a été une affaire nationale.

Que pensez-vous de la défaite cuisante que la gauche identitariste a essuyée aux élections, vu qu'une portion assez spectaculaire du vote des minorités est allée à Donald Trump, et a rejeté l'obsession raciale de la campagne démocrate ?

C'est la partie la plus importante, et la moins couverte, de l'histoire. L'absurdité du portrait que fait la gauche « woke » des défauts de l'Occident, est en fait une insulte terrible pour les minorités qui veulent simplement une chance de réussir. Si vous essayez de réussir dans le système où vous vivez, la dernière chose dont vous avez besoin, est un mouvement qui vous dise que votre succès est impossible parce que toute personne blanche est raciste et vous opprime. L'élection a aussi révélé le nombre impressionnant d'intellectuels noirs qui ont donné de la voix contre ce mouvement « woke ». Je suis en admiration devant leur courage et la force de leurs arguments.

Quelle est votre vision du trumpisme après Trump ?

Il faut comprendre que le système politique est profondément corrompu par les intérêts spéciaux. Cela a plongé les Américains dans la frustration. Il y a donc eu une rébellion sur les deux flancs du spectre politique. Bernie Sanders, qui aurait gagné en 2016 si le Comité national démocrate ne l'en avait pas empêché, a à nouveau failli gagner en 2020 mais s'est vu encore barrer la route par la direction du parti. De l'autre côté, on a eu Donald Trump qui a mené avec succès une rébellion contre la hiérarchie républicaine corrompue. Donald Trump a gagné, mais il n'a pas la capacité, ou peut-être plutôt le tempérament, pour utiliser productivement le pouvoir.

Trump a été une rupture avec l'état que les élites traditionnelles maintenaient sur le pouvoir. Mais cela n'a pas été une rupture très utile. Et aujourd'hui, avec l'élection de Joe Biden, nous revenons à l'ancien système corrompu que décrivait Bernie Sanders. La vérité est qu'on est face à deux familles du « crime », le Parti démocrate et le Parti républicain. Ce sont des réseaux d'influence pour des intérêts privés et de larges corporations.

Joe Biden le centriste pourrait-il aller contre le mouvement identitaire « woke » avec l'aide des républicains, vu le signal encourageant envoyé par les électeurs ?

Je pense qu'il n'essaiera même pas, car c'est un politicien de la machine du parti, une sorte de porte-parole du Comité national démocrate (DNC). Il essaiera d'utiliser le pouvoir et l'énergie de ce mouvement, tout en laissant le DNC gérer les activistes. Mais je pense que la direction démocrate aura du mal à contrôler ce tigre qu'elle a lancé dans l'arène. Elle s'alliera cyniquement avec lui, mais n'aura pas le dessus.

Les gens ne prennent pas ces mouvements au sérieux (...). Mais quand ils s'y retrouvent confrontés, ils n'ont qu'un choix : soit se soumettre, soit être détruits

Après l'attentat de Vienne, l'Autriche veut interdire « l'islam politique »

L'Autriche veut durcir son arsenal législatif contre « l'extrémisme religieux ».

Par [Jean-Baptiste Chastand](#) (Vienne, correspondant régional)

Publié hier à 11h14, mis à jour hier à 11h38

Les ministres autrichiens Karl Nehammer (intérieur) et Susanne Raab (intégration), le 6 novembre à Vienne.
JOE KLAMAR / AFP

L'expression ne figure pas stricto sensu dans le projet de loi qui a été présenté par le gouvernement écolo-conservateur autrichien mercredi 16 décembre. Mais il s'agit « *très clairement* » de « *combattre l'islam politique* », qui est « *le terreau du terrorisme* », a martelé la ministre des femmes et de l'intégration, la conservatrice Susanne Raab, en présentant un « *paquet antiterroriste* » destiné à réagir à l'attentat de Vienne du 2 novembre, qui a fait quatre morts. Présenté un mois et demi après, ce projet est destiné à interdire toute organisation prônant une vision radicale de l'islam, comme l'avait promis le chancelier conservateur Sebastian Kurz.

« *L'extrémisme religieux, et tout d'abord la charia, menace notre démocratie et n'a pas de place en Autriche* », a ainsi expliqué la ministre, avant d'affirmer que « *celui qui essayerait d'établir un tribunal de la charia ou de terroriser les gens dans les rues avec une police de la charia, comme on a pu le voir en Allemagne, devra bientôt en répondre devant les juges* ».

A ses côtés le ministre de l'intérieur, Karl Nehammer, également conservateur, a notamment estimé que le texte pourrait servir contre « *les Frères musulmans qui soutiennent le Hamas* ». A la différence de ce dernier qui figure sur les listes antiterroristes européennes, cette mouvance conservatrice d'origine égyptienne n'est jusqu'ici interdite dans aucun pays du Vieux Continent, mais elle est depuis longtemps sur le radar de la droite et de l'extrême droite européenne.

Création d'un nouveau délit

Si le terroriste austro-macédonien du 2 novembre avait prêté allégeance à l'organisation Etat islamique, il n'avait toutefois aucun lien connu avec les Frères musulmans. Quelques jours après l'attentat, la police autrichienne a bien mené des dizaines de perquisitions dans les milieux liés aux Frères musulmans, mais elles n'ont débouché jusqu'ici sur aucune mise en examen. Concrètement, le projet de loi présenté mercredi prévoit de créer un nouveau délit qui punit jusqu'à deux ans de prison la création d'une « *association extrémiste à motivation religieuse* ». Celle-ci est définie comme « *une association qui vise à remplacer les éléments essentiels de l'ordre constitutionnel démocratique de la République par un ordre social et étatique fondé exclusivement sur la religion* ».

Le texte ne mentionne pas de religion particulière pour éviter le risque d'inconstitutionnalité et faire passer la pilule aux alliés écologistes de M. Kurz. Lors de la conférence de presse, la ministre de la justice, l'écologiste Alma Zadic, a défendu ainsi une solution « *conforme aux droits fondamentaux* », en refusant, elle, de parler une seule fois « *d'islam politique* ». Les Verts insistent pour dire que le paquet antiterroriste prend aussi pour cible l'extrême droite, alors que la police autrichienne a annoncé samedi 12 décembre avoir découvert un arsenal de près de cent armes automatiques et semi-automatiques dans ces milieux. Les symboles du mouvement identitaire seront désormais prohibés en Autriche.

Les Verts ont aussi obtenu que le très contesté projet de détention préventive des terroristes après l'exécution de leur peine soit converti en une simple surveillance électronique. Une mesure similaire adoptée par la France, alliée de l'Autriche dans la lutte contre l'islam radical au niveau européen, avait été censurée en août par le Conseil constitutionnel à Paris.

Le même risque guette la mesure sur l'islam politique en Autriche. La Cour constitutionnelle autrichienne a en effet censuré vendredi 11 décembre l'interdiction du voile à l'école pour les jeunes filles de moins de 10 ans instauré par le précédent gouvernement, alliant alors droite et extrême droite. Les magistrats ont estimé que l'interdiction visait trop spécifiquement le voile musulman, même si ce dernier mot n'était pas explicitement mentionné dans la loi, dans un pays où le crucifix est présent dans la plupart des salles de classe. « *Le terrorisme est déjà interdit, et j'ai du mal à m'imaginer comment on peut interdire juridiquement le seul extrémisme religieux* », avance aussi Thomas Schmidinger, politologue spécialiste du djihadisme à l'université de Vienne, qui s'inquiète par ailleurs de ne plus pouvoir travailler sur son domaine « *car chaque soupçon d'extrémisme va devenir un problème juridique* ».

Fermeture des mosquées radicales

Le président de la communauté islamique d'Autriche, Ümit Vural, s'est dit « *sceptique quant à l'introduction d'une nouvelle infraction pénale qui ne serait pas définie de manière assez précise* », en dénonçant le risque « *d'une justice d'opinion* ». Pour autant, les réactions ont été relativement modérées dans un pays où l'islam est pratiqué par près de 8 % de la population. L'opposition socialiste s'est dispensée de critiquer le projet, tandis que l'extrême droite a dénoncé une « *capitulation sans condition* » en reprochant surtout au gouvernement de ne pas être allé plus loin en visant explicitement « l'islam politique ».

Le projet de loi autrichien prévoit aussi de créer un registre des imams ou de faciliter la fermeture des mosquées radicales, des mesures nettement moins contestées. La réforme des services de renseignements, incapables d'empêcher l'attentat alors qu'ils avaient reçu plusieurs alertes sur la dangerosité du terroriste, a, en revanche, été renvoyée à plus tard.

Calling for pan-European commitment for rapid and sustained reduction in SARS-CoV-2 infections

- [Viola Priesemann](#)
- [Melanie M Brinkmann](#)
- [Sandra Ciesek](#)
- [Sarah Cuschieri](#)
- [Thomas Czypionka](#)
- [Giulia Giordano](#)
- [Deepti Gurdasani](#)
- [Claudia Hanson](#)
- [Niel Hens](#)
- [Emil Iftekhar](#)
- [Michelle Kelly-Irving](#)
- [Peter Klimek](#)
- [Mirjam Kretzschmar](#)
- [Andreas Peichl](#)
- [Matjaž Perc](#)
- [Francesco Sannino](#)
- [Eva Schernhammer](#)
- [Alexander Schmidt](#)
- [Anthony Staines](#)
- [Ewa Szczurek](#)

Published: December 18, 2020 DOI:

Across Europe, the COVID-19 pandemic is causing excess deaths, placing a burden on societies and health systems and harming the economy. European governments have yet to develop a common vision to guide the management of the pandemic. Overwhelming evidence shows that not only public health, but also society and the economy benefit greatly from reducing cases of severe acute respiratory syndrome coronavirus 2 (SARS-CoV-2) infection. Vaccines will help control the virus, but not until late 2021.

If European governments do not act now, further waves of infection are to be expected, with consequential damage to health, society, jobs, and businesses. With open borders across Europe, a single country alone cannot keep the number of COVID-19 cases low; joint action and common goals among countries are therefore essential. We therefore call for a strong, coordinated European response

and clearly defined goals for the medium and long term. Achieving and maintaining low case numbers should be the common, pan-European goal for the following reasons.

First, low case numbers save lives, and fewer people will die or suffer from long-term effects of COVID-19. In addition, medical resources will not be diverted from other patients in need.

Second, low case numbers save jobs and businesses. The economic impact of COVID-19 is driven by viral circulation within the population, and economies can and will recover quickly once the virus is greatly reduced or eliminated. China and Australia have shown this is possible. In contrast, the economic costs of lockdowns increase with their duration.

Third, the control of the spread is most effective at low case numbers. Easing restrictions while accepting higher case numbers is a short-sighted strategy that will lead to another wave, and thus to higher costs for society as a whole. Testing and tracing capacities are limited: only with sufficiently low case numbers can the test–trace–isolate–support strategy quickly and efficiently help mitigate the spread.

Hence, milder and more targeted physical distancing measures are sufficient, and schools and businesses can stay open.

Fourth, contact tracing and quarantine is not feasible at high infection prevalence. Assuming a state with 300 new cases per million per day, ten contacts per case, and 10 days quarantine: then 3% of the population would need to be in quarantine, resulting in strong reductions of the workforce.

Fifth, aiming for naturally acquired population immunity is not an option.

The heavy burden in terms of morbidity and mortality, reflected also in the current excess mortality, and the uncertain duration of immunity should strongly discourage this approach.

Sixth, planning is possible. When case numbers are low, there is no need for rapid policy changes. This reduces the economic damage and the uncertainty and strain on mental health. However, if case numbers rise too high, preventive measures must be taken decisively to bring them down again—and the earlier, the better.

To better manage the COVID-19 pandemic, we propose a strategy with three core elements ([panel](#)).

A joint European strategy for the COVID-19 pandemic

1 Achieve low case numbers

- (i)

Aim for a target of no more than ten new COVID-19 cases per million people per day. This target has been reached in many countries, and can be reached again throughout Europe by spring, 2021, at the latest.

- (ii)

Take firm action to reduce case numbers quickly. Strong interventions have proven efficient and balance the rapid achievement of low case numbers against the strain on mental health and the economy.

- **(iii)**

To avoid a ping-pong effect of importing and reimporting severe acute respiratory syndrome coronavirus 2 infections, the reduction should be synchronised across all European countries and start as soon as possible. This synchronisation will allow European borders to stay open.

2 Keep case numbers low

- **(i)**

When case numbers are low, easing of restrictions is possible but should be carefully monitored. Continue and improve targeted mitigation measures, such as mask wearing, hygiene, moderate contact reduction, testing, and contact tracing.

- **(ii)**

Even if case numbers are low, a strategy for surveillance testing (at the very least 300 tests per million people per day) should be in place so that an increase in case numbers can be detected in time.

- **(iii)**

Local outbreaks require a rapid and rigorous response, including travel restrictions, targeted testing, and possibly regional lockdowns, to achieve a rapid reduction in prevalence.

3 Develop a longer-term common vision

Develop context-sensitive regional and national action plans as well as European-level goals, depending on the COVID-19 prevalence. Devise strategies for elimination, screening, vaccination, protection of those at high risk, and support for those most affected by the COVID-19 pandemic.

8

It is crucial to communicate the goal and the advantage of low case numbers clearly to foster public cooperation. The success of these measures depends crucially on the cooperation and involvement of the public. Making the case for the economic and social benefits of reducing case numbers will, if clearly communicated, greatly foster public cooperation.

Controlling COVID-19 will become easier. In the near future, increased immunisation, more testing, and an improved understanding of mitigation strategies will further facilitate the control of COVID-19.

We urge governments throughout Europe to agree on clearly formulated common goals, coordinate their efforts, develop regionally adapted strategies to reach the goals, and thereby work resolutely towards low case numbers.

This Correspondence was not in any way directly or indirectly supported, funded, or sponsored by any organisation or entity. SCi reports grants from Roche Diagnostics, Euroimmun, and Janssen, unrelated to this Correspondence. NH reports grants from GSK Biologicals, Pfizer, Merck, and Johnson & Johnson, unrelated to this Correspondence. MP reports grants from Slovenian Research Agency, during the writing of this Correspondence. All other authors declare no competing interests.

Signatories are listed in the [appendix](#). The authors' [translations](#) of this Correspondence are available online.

INTERNET-THEORETIKER MOROZOV:

Silicon Valley ohne Quatsch

- VON NIKLAS MAAK
- -AKTUALISIERT AM 18.12.2020-20:39



Mit seinem personalisierten Newsletter „Syllabus“ sollen wir im Netz die wirklich wichtigen Informationen finden: Ein Besuch bei dem Internet-Theoretiker Evgeny Morozov.

Evgeny Morozov kam gegen Mittag. Er tauchte am Fenster eines über dem Steilhang schwebenden Betongebildes auf und verschwand in einem Fahrstuhl, der durch einen tiefen Schacht im Felsen langsam in die Tiefe gleitet und in dem es an diesen letzten warmen Tagen so kochend heiß war, dass man unten am Meer komplett durchgegart ankam. Morozov schien dieser Vertikalgrill nichts auszumachen. Er trat ungerührt aus dem grünen Stahltor am Ende des Betontunnels heraus, der den Fahrstuhlschacht mit dem Strandrestaurant in der Bucht von Cetraro verbindet. Dort wartete seine Frau, Francesca Bria. Dort wartete auch ein holländisches Fernseheteam, drei Herren, denen die Hitze sichtbar zu schaffen machte. Sie waren gekommen, um einen Film über Bria und Morozov zu drehen.

Francesca Bria, 1977 in Rom geboren, ist Präsidentin des italienischen Nationalen Innovationsfonds, Botschafterin der Vereinten Nationen für digitale Städte und digitale Rechte und eine der wichtigsten Vordenkerinnen des Digitalzeitalters. Morozov, 1984 in Weißrussland geboren, ist einer der schärfsten, klügsten und frühesten Kritiker der Entwicklung des Internets. Vor zehn Jahren veröffentlichte er sein Buch „The Net Delusion“, das man rückwirkend als epochemachend bezeichnen muss: Morozov analysierte als einer der Ersten mit einer bisher ungekannten Schärfe und Hellsichtigkeit den aufziehenden Internettotalitarismus der Tech-Konzerne auf der einen und autoritärer Staaten auf der anderen Seite – zu einer Zeit, als solche Warnungen noch dem Reich von Alarmismus und Verschwörungstheorie zugerechnet wurden. Damals hießen die wertvollsten börsennotierten Firmen Petrochina und Exxon. Heute sind die Ölkonzerne von Microsoft, Apple, Amazon, [Facebook](#) und Alibaba verdrängt, was allein schon den Übergang vom fossilen zum digitalen Zeitalter sichtbar macht, vom Automobil zum Mobiltelefon als zentralem kulturellen Objekt, um das alles herumgebaut wird. Morozov kritisierte schon damals den „Cyber-Utopismus“ und die quasireligiöse, evangelikale Erlösungsrhetorik des Silicon Valley, den seifig-scheinheiligen Optimismus der Internetgurus, die den Leuten erzählten, dass Tech, Internet und Digitalisierung die Welt quasi automatisch zu einem „better place“ machen würden.

Von dunklen Mächten gekapert

Dass Morozov damals auch mit der Naivität westlicher Gesellschaften ins Gericht ging, die glaubten, Facebook und Twitter würden in Iran, China und der arabischen Welt neue Formen von demokratischen Revolutionen ermöglichen, wurde ihm von sentimental Tech-Gläubigen übelgenommen. Aber Morozov hatte recht: Vom „Arabischen Frühling“ und seinen Revolutionen ist nichts geblieben; nachdem die per

Twitter- und Facebook organisierten Massen die Autokraten gestürzt hatten, kamen neue Autokraten oder der „Islamische Staat“; in Hongkong ließ die zentralchinesische Regierung alle verhaften, die so unklug waren, Spuren im Netz zu hinterlassen; der Druck von Flugblättern war der weniger riskante, effektivere Weg des Protests und der Aufklärung.

Dem Protest erging es wie dem Internet selbst – er wurde gekapert von noch übleren Mächten, deren Ziel nicht die demokratische Emanzipation und Ermächtigung der Bürger war. Das Internet als Befreiungsmaschine hatte versagt – nicht weil es per se untauglich war, sondern weil die Daten und die Algorithmen schon in den Händen der Falschen lagen. Als Morozov sein erstes Buch schrieb, war er gerade 26 Jahre alt. Jetzt ist er 36 und sitzt an einer monumentalen Kultur- und Ideologiegeschichte des Internets.

Morozov zeigte in den vergangenen Jahren als Forscher, Aktivist, Theoretiker und Blogger, als Autor von Werken wie „To Save Everything, Click Here: The Folly of Technological Solutionism“ und Kolumnist der F.A.Z., wie per Internet und Digitalisierung Machtgefüge gefestigt und Monopolstrukturen ausgebaut werden. Wie neoliberale Akteure mit der Idealisierung digitaler Graswurzelbewegungen die Handlungsfähigkeit des Staates unterminierten. Wie das Internet, das einmal aus der kybernetischen Befreiungstheologie der sechziger Jahre erwuchs und ein Werkzeug für Gegenzählungen, neue Formen von Wissensverbreitung, Solidarität und Machtverteilung sein sollte, immer mehr zu einem System der Überwachung und Netzwerkanalyse durch Unternehmen und Regimes mutierte, die mit Daten der Nutzer Geld machen, sie vorausberechnen, lenken und manipulieren wollen.

Mit „Syllabus“ gegen die großen Suchmaschinen

Mit seiner Frau eint Morozov die Ansicht, dass es verheerend ist, wie die Bürger ihre Daten mehr oder weniger kampflos den Digitalkonzernen überlassen, die damit Billionenwerte generieren – und den Bürgern Services anbieten, die sie nur anbieten können, weil sie ihnen vorher ihre Daten abgenommen und ausgewertet haben. Ob in Zukunft eher das repressive oder das emanzipatorische Potential der neuen Technologien dominieren wird, hängt davon ab, wer die Algorithmen schreibt, wer die Daten besitzt – und wer die Zugänge zu Informationen kontrolliert. Und so gesehen, muss man Morozovs neuestes Projekt „Syllabus“ auch in der Logik seiner von Theoriebildung bis zu politischem Aktivismus umspannenden, monumental angelegten Technologiekritik verstehen.

Man könnte „Syllabus“ formal als Newsletter beschreiben. Man abonniert Syllabus, kann dort unter zahlreichen Schlagworten seine Interessen markieren – etwa „Künstliche Intelligenz“, oder „Covid-19“ – und erhält dann aus Zehntausenden weltweit erscheinender Artikel jede Woche oder, wie im Fall von Corona, jeden Tag eine Auswahl (www.the-syllabus.com). Das Interessante und Weitreichende daran ist die Art, wie die Auswahl zustande kommt: Man könnte es als eine Mensch-Maschinen-Kooperation von Algorithmen und Kuratoren beschreiben; Morozov spricht von „artisanal automation“.

Er und sein siebenköpfiges Kernteam – darunter der Journalist Ekaitz Cancela, die im „Terraforming Project“ des Moskauer Strelka Institute ausgebildete Chiara Di Leone, der Kybernetiker und Datenexperte Fedir Orlov, die Berliner Komponistin und Ästhetik-Theoretikerin Joanna Pope – arbeiten mit einem Dutzend deutlich techaffiner Forscher zusammen, die wöchentlich Tausende von Publikationen, Blogs und Podcasts scannen und Internetforen danach durchkämmen, welche Texte gerade diskutiert werden. Oft findet man Texte, die, wenn man sie googelt, nur fünf Klicks oder Likes bekommen haben und in den großen Suchmaschinen entsprechend weit unten rangieren und in die digitale Vergessenheit sinken.

Syllabus ist eine Maschine, die gegen diese Logik der großen Suchmaschinen antritt. Sie kann Kleines groß machen und stellt das, was man die „attention economy“ nennt, auf den Kopf; eine Fachpublikation, ein Blog aus Peru oder ein Podcast aus Hongkong können größer gespielt werden als ein Artikel der „New York Times“. Nirgendwo fand man in den vergangenen Monaten eine solche Dichte verlässlicher, kluger, internationaler Artikel zu Corona wie hier. Noch ist das inhaltliche Spektrum beschränkt auf sechs Sprachen und sechzig Themen, bald werden es hundert sein, die in „zehn bis fünfzehn granulare Unterthemen“ herunterdifferenziert werden. Syllabus ist, das unterscheidet ihn von allen anderen Newslettern, personalisiert.

Handverlesene Beiträge

Kein Empfänger erhält die gleiche Textauswahl. Man sucht sich Themenfelder aus wie „migration and demography“ oder „education“ und bekommt eine individuell zugeschnittene Auswahl an Texten; dazu liefert Syllabus kuratierte Leselisten wie „best of French content“ oder „best new content in technology“. Die Hoffnung dahinter: Je mehr Menschen für zwölf Euro monatlich Services wie Syllabus abonnieren und die Syllabus-Datenbank mit 58000 handverlesenen Beiträgen nutzen, desto geringer wird irgendwann die Macht von [Google](#) und anderen Suchmaschinen, welche Inhalte nicht nach Relevanz, sondern entsprechend den mit ihnen verbundenen Verdienstmöglichkeiten sortieren.

Die Idee zu Syllabus kam ihm im Zuge der Recherchen zu seiner Dissertation in Harvard, als Morozov die Inhaltsverzeichnisse und Bibliographien zahlloser Publikationen scannte, „um unter den zehn Millionen Büchern die zehntausend zu identifizieren“, die für seine Arbeit von Belang sein könnten. Daraus erwuchs eine Maschine, die relevante Information aus der „sea of shit“ des Internets, wie Morozov es mit der ihm eigenen freundlichen Drastik formuliert, jenseits der Aufmerksamkeitsökonomie von Google und Twitter herausfischt – ein neues „kuratiertes Lesen“, ermöglicht von einem virtuellen Wissenschaftskolleg, das aber eben nicht so subjektiv wie die zahllosen Newsletter einzelner Journalisten und Blogger und vor allem nicht so sehr von den großen Suchmaschinen und der zwiespältigen Form von Informationsverbreitung und Diskursführung via Twitter abhängig ist. Man könnte auch von einer strategischen Deökonomisierung und einer wirklichen Demokratisierung der Informationszugänge sprechen; in einem Zeitalter, das die „Information“ als Epochenkennzeichnung mit sich führt, vielleicht ein entscheidender Schritt.

Jenseits von digitalem Sozialismus

Schon kurz nach dem Start beauftragten zahlreiche internationale Institutionen Syllabus, in Deutschland arbeitet Morozovs Team für die Friedrich-Ebert-Stiftung und für das New Institute in Hamburg. Syllabus hat bereits 23000 Abonnenten, die neue Informationsquellen jenseits dessen erschließen wollen, was Morozov als „Cultural Fatigue on Social Media“ beschreibt – endlich wirklich neue Informationen und aufregende Ideen jenseits der repetitiven, von dominanten Suchalgorithmen gesteuerten Verlagerung der sozialen Medien zu finden.

Wie bei den Dreharbeiten der Holländer zu ihrem Film deutlich wurde, teilt Morozov nicht jede Ansicht seiner Frau, die versucht, im bestehenden System, vor allem in Europa, eine neue Digitalkultur politisch und technologisch durchzusetzen, die es den Bürgern (und dem Staat) ermöglicht, die Datenhoheit und damit die Voraussetzung für politisches Handeln im Digitalzeitalter zurückzugewinnen. „Ich teile ungefähr zehn Prozent ihrer Ansichten“, gibt Morozov im Interview mit den Holländern zu Protokoll; sie nennt ihn einen Marxisten, und er sagt, das sei er nun wirklich nicht.

Unlängst hatte er einen Artikel geschrieben, dessen Titel fragte, ob es einen „digitalen Sozialismus“ geben könne, aber in dem Essay ging es gar nicht um Sozialismus, sondern um eine Kritik an einem „New Deal on Data“, der wie ein halbgarer „New Green Deal“ die bestehende Situation ein wenig erträglicher aussehen lässt und enorme Verdienstmöglichkeiten für die aktuell mächtigen ökonomischen Akteure bietet, aber im Kern nur dem guten alten neoliberalen Kapitalismus und seinen Wachstumskult mit ein paar angegrüneten Partizipationsgirlanden verhübscht. Dagegen entwirft Morozov eine „dezentralisierte, automatisierte und apparatschikfreie“ Form einer „digitalen Feedback-Infrastruktur“, mit der die Produktion direkter und nachhaltiger vom Kunden gesteuert und beeinflusst werden kann – statt umgekehrt, wie es heute etwa bei [Amazon](#) der Fall ist.

Klösterliche Stille

Morozov und Bria stritten sich ein bisschen für die Kamera, dann wollte Morozov schwimmen. Wenig später sank die Sonne, und Francesca Bria verkündete strahlend, man fahre jetzt in ein Restaurant, in dem es den besten Tomatensalat und den besten Käse Kalabriens gebe. Das Restaurant lag eine Stunde südlich von Cetraro. Wir passierten eine Abbiegung, die ins Landesinnere zum Haus von Brias Großvater führt, in das einsame Tal von Rose, wo es aussehe „wie im Silicon Valley ohne den ganzen Quatsch“, sagte Morozov.

Dort verbringt er die meiste Zeit des Jahres in klösterlicher Stille, umgeben nur von Ziegen und Schafen, Oliven und Feigenbäumen. Die Holländer folgten uns in ihrem Kleinbus. Die Straße wurde immer unholländischer und steiler, in jeder Haarnadelkurve wurden ihre hinter der Windschutzscheibe erkennbaren Gesichter blasser; sie fuhren nun wegen der besten Tomaten Kalabriens schon länger, als die Durchquerung ihres eigenen Landes dauert. Als sie eine Stunde später im verwunschenen Bergstädtchen Longobardi ausstiegen, hing alles an ihnen, ihre Kameraausrüstung, ihre Arme, ihre Mundwinkel. Der Tomatensalat in der Degusteria Magnatum an der Piazza Nicola Prete war tatsächlich der beste der Welt. „Und?“, fragte Bria mit der stolzen Zuversicht von jemandem, dessen Familie aus einem Teil der Welt kommt, der kulinarische Offenbarungen wie Pitticelli 'i Milangiani hervorgebracht hat. „Ja“, sagten die Holländer matt und höflich, „gut.“

Morozov schaute sie ungläubig an; man merkte, dass er es auch beim Thema Essen nicht mochte, wenn jemand die Informationen, die er bekommen kann, nicht zu schätzen weiß. „Sie sind aus Holland“, murmelte er, „sie werden gar nicht erkennen, dass das Tomaten sind. Sie werden denken, das sind Granatäpfel. Wir schicken ihnen nachher ein paar Toasts mit Scheibletten aufs Zimmer.“ Aber das hört man in dem Film, der vor kurzem ins Internet gestellt wurde, leider nicht.

Le nombre de fonctionnaires ne baisse plus en France

En 2019, il a augmenté de 17 400 pour dépasser les 5,66 millions. Les contrats aidés ont basculé en contractuels.

Pommier, Anne-Hélène

FONCTION PUBLIQUE Pour ceux qui en douteraient encore, le nombre de fonctionnaires ne baisse pas en France. Il a même tendance à augmenter. Et il ne s'agit pas seulement d'un effet de la crise du coronavirus même si celle-ci a conduit le gouvernement à annoncer, dans son quatrième projet de loi de finances rectificatives pour 2020, la création de 5 350 équivalents temps plein (ETP). Les derniers chiffres de l'Insee, publiés ce vendredi, montrent en réalité que la cure d'amaigrissement promise en début de quinquennat a été oubliée depuis belle lurette.

En 2019, plus de 5,66 millions d'agents publics étaient employés dans l'Hexagone, soit 17 400 de plus qu'un an plus tôt. Une hausse des effectifs de 0,3 % qui efface « *une baisse d'ampleur comparable entre fin 2017 et fin 2018 (-0,4 %)* », relève ainsi l'institut statistique.

La hausse de l'emploi concerne les trois versants de la fonction publique (État, territoriale et hospitalière), en dépit de la poursuite de la baisse généralisée du nombre de contrats aidés. L'année dernière, ils ont encore reculé de 34,4 %, après une chute de 43,3 % en 2018. Plus de 27 000 contrats de moins qui réduisaient le nombre de bénéficiaires à 51 700 fin 2019.

Recul dans les ministères

« *Comme les années précédentes, une partie des anciens bénéficiaires de contrats aidés sont toujours dans la fonction publique en 2019, sous le statut de contractuel de droit public* », indique l'Insee. Ce qui explique en partie la forte hausse des effectifs hors contrats aidés. Après une augmentation de 0,7 % en 2018, ils ont une nouvelle fois crû de 0,8 %, ce qui représente 44 500 agents supplémentaires.

Le nombre de contractuels a particulièrement grimpé dans la fonction publique d'État (+28 600). « *Cette hausse fait plus que compenser la baisse de plus de moitié du nombre de contrats aidés (-18 600)* », note l'Insee. Au final, après deux années de stabilité, l'emploi y est en légère hausse de 0,2 %, porté par la croissance des effectifs dans les établissements publics en charge de l'enseignement. Les effectifs sont en revanche en diminution dans les ministères (-0,3 %) et plus particulièrement à l'Éducation nationale (-5 100, soit -0,5 %), à Bercy (-1 400, soit -1 %) ou encore au ministère chargé de l'Environnement et du Logement (-1 000, soit -2 %).

Mais c'est dans la fonction publique territoriale - qui devait pourtant contribuer le plus fortement à la réduction d'effectifs voulue par Emmanuel Macron (70 000 suppressions de postes promis en 5 ans sur l'objectif total de 120 000) - que la progression est la plus importante.

Rebond dans l'hospitalier

« *Après 3 années de baisse, l'emploi y compris contrats aidés augmente de 0,5 % en 2019* », affirme l'Insee. La croissance est plus élevée dans le secteur communal (+0,5%) que dans les régions et les départements (+0,4%).

Dans la fonction publique hospitalière enfin, l'évolution des effectifs redevient positive (+0,3%) après le recul (-0,2 %) enregistré en 2018. Les hôpitaux, et plus encore les établissements médico-sociaux, ont profité de ce rebond juste avant le déclenchement de la pandémie...

GOOGLE, FACEBOOK, AMAZON:

Europa muss im Netz mitspielen

- EIN KOMMENTAR VON [PATRICK BERNAU](#)
- -AKTUALISIERT AM 19.12.2020-20:55

Europa will Facebook, Google und Co. einhegen. Das ist ein guter Anfang – aber auf diesem Weg kann es trotzdem nicht weitergehen.

Wird jetzt endlich alles gut im Internet? Werden Facebook und [Google](#), Apple und Amazon jetzt endlich die Flügel gestutzt? Vergangene Woche hat die Europäische Kommission [ihre Pläne vorgelegt](#), mit denen sie die Macht der Internetkonzerne brechen will. Doch es sollte sich niemand täuschen: So, wie Europa jetzt begonnen hat, kann es nicht weitermachen.

Dabei steht außer Frage: Die digitale Wirtschaft tendiert dazu, Monopole auszubilden, gegen die kaum noch jemand ankommt. Das gilt besonders für Plattformen wie soziale Netzwerke, Handy-Betriebssysteme und Online-Marktplätze. Die Kunden können zwar darauf hoffen, dass die eine oder andere dieser Plattformen eines Tages durch eine neue Technik abgelöst wird. Doch dann entsteht oft nur ein neues Monopol. Schlimmer noch: Mit dem Geld und den Daten, die dominante Konzerne anhäufen, können sie sich Konkurrenz vom Leib halten. Oft erobern sie damit sogar neue Branchen. Deshalb ist es dringend nötig, das Wettbewerbsrecht an die digitale Welt anzupassen.

Die EU schafft im Internet ein „ebenes Spielfeld“ – jetzt muss Europa auch mitspielen

Die Europäische Kommission hat dazu diese Woche im Großen und Ganzen vernünftige Vorschläge gemacht. Sie umfassen eine ganze Reihe von sinnvollen Regeln: Apple bekommt künftig vielleicht etwas weniger von dem Geld, das Kunden für Apps bezahlen. Google darf seine eigenen Dienste in der Suchmaschine nicht bevorzugen. Amazon kann nicht mehr die Daten der Händler auf seiner Plattform verwenden, um ihnen damit Konkurrenz zu machen. Und [Facebook](#) würde nächstes Mal vielleicht von vornherein daran gehindert, Whatsapp zu übernehmen. Zur größten Not ist es sogar möglich, die Konzerne zu zerschlagen.

Solche Regeln können dazu beitragen, dass andere Unternehmen ihr Geschäft erfolgreich aufbauen – und eines Tages sogar stark genug sind, um den Platzhirschen Konkurrenz zu machen.

Doch damit ist praktisch alles aufgezählt, was Europa auf rechtllichem Weg erreichen kann. Die [EU](#) macht aus dem Internet ein „ebenes Spielfeld“, wie sie es gern nennt. Jetzt muss Europa aber auch selbst darauf mitspielen.

Amerika erfindet, Europa reguliert? So läuft das nicht

Das will nicht jeder einsehen. Schon seit einigen Monaten träumt man in europäischen Hauptstädten von einer Art transatlantischer Arbeitsteilung: Amerika erfindet Digitalkonzerne, Europa reguliert sie. Diese Phantasie rührt daher, dass die vor zwei Jahren in Kraft getretene Datenschutz-Grundverordnung inzwischen zur Blaupause für Regeln in anderen Ländern geworden ist. Diese Verordnung hat aber nicht nur gute Seiten. Sie verlangt den Anbietern eine Menge Entwicklungsaufwand ab, der sich für große Konzerne eher lohnt. Für die kleinen Angreifer ist die Verordnung erst mal eine Hürde.

Es reicht nicht, die Konzerne anderer Länder zu bändigen. Es müssen auch neue Unternehmen ihren Platz einnehmen wollen. Einige kleinere Erfolge hat Europa vorzuweisen: Spotify aus Schweden hat die Musikwelt verändert, Delivery Hero liefert auf der halben Welt Essen aus. Digitales High-Tech hat Europa

ebenfalls zu bieten. In der Roboterentwicklung, in der Kombination von Software mit Mechanik, ist Deutschland gar nicht schlecht dabei.

Corona hat jedoch gezeigt, dass Europa im Ernstfall immer noch von der Infrastruktur aus anderen Erdteilen abhängt. Das zu ändern ist nicht nur eine Frage des Wohlstands, sondern auch eine Frage der Sicherheit. Gerade in diesen Wochen zeigt sich, wie Europa den digitalen Aufbruch viel zu oft ver stolpert: durch Trägheit, durch Bedenkenträgertum, durch das Abschieben von Verantwortung. Dass die deutschen Schulen und die Gesundheitsämter auch in diesem Herbst noch nicht richtig in der digitalen Zeit angekommen sind, das kann man jedenfalls nicht Google und [Amazon](#) anlasten. Daran ist Deutschland ganz alleine schuld. Jeder Leser dieser Zeilen darf sich gern selbst fragen, ob er in seinem Umfeld genug für den Fortschritt tut.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ezb-anleihekaeufe-eugh-und-bgh-sind-sich-weiter-uneins-17109632.html?premium>

NLEIHEKÄUFE DER EZB:

Luxemburg stichelt gegen Karlsruhe

Verfassungswidrig sind die Staatsanleihenkäufe der Europäischen Zentralbank, so der Bundesgerichtshof. Der EuGH sieht das anders. Seine Stichelein sorgen nun dafür, dass sich der Konflikt um das Karlsruher Urteil immer weiter zuspitzt.



- VON CORINNA BUDRAS, WERNER MUSSLER
- -AKTUALISIERT AM 19.12.2020-21:09

Das Stinkbömbchen aus Luxemburg war gut versteckt, für Naserümpfen in Karlsruhe dürfte es dennoch gesorgt haben. Ausgerechnet in einer Stellungnahme zur umstrittenen Justizreform in Polen brachte Evgeni Tanchev, bulgarischer Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof (EuGH), in vier Absätzen bemerkenswerte Aussagen zum umstrittenen EZB-Urteil des Bundesverfassungsgerichts unter. Karlsruhe hatte im Mai gerügt, die Europäische Zentralbank habe ihr Programm zum Ankauf von Staatsanleihen (Public Sector Purchase Programme, PSPP) nicht auf seine Verhältnismäßigkeit geprüft, und der EuGH habe sie in einem Urteil 2018 auf nicht mehr nachvollziehbare Weise gewähren lassen. Das haben die deutschen Verfassungsrichter als „ausbrechenden Rechtsakt“ (ultra vires) gewertet, Deutschland müsse sich deshalb nicht daran halten. Der EuGH ließ schon damals in einer ungewöhnlichen Pressemitteilung durchblicken, was er von diesem rebellischen Akt der Karlsruher Richterkollegen hält: Das letzte Wort hat Luxemburg, stellte er klar.

Tanchev bekräftigt das nun ohne wirklichen Anlass. Europäisches Recht sei kein „ausländisches Recht“, sondern gelte in der gesamten EU und breche nationales Recht, schreibt er. Die Karlsruher Ultra-Vires-Doktrin unterminiere die Herrschaft des Rechts in der EU. Das Bundesverfassungsgericht könne über Kompetenzstreitigkeiten nicht so urteilen, wie es dies in der PSPP-Entscheidung getan habe. „Die EU-Verträge erlauben es keinem nationalen Gericht, sich über ein Urteil des EuGH hinwegzusetzen.“

EU-Kommission müsste Verfahren einleiten

Wenn ein nationales Gericht der Meinung sei, dass das EU-Recht der nationalen Rechtsordnung widerspreche, könne es seiner Regierung dreierlei auferlegen, um Abhilfe zu schaffen. Entweder könne diese die nationale Verfassung ändern oder über den „politischen Prozess in der EU“ auf eine Vertragsänderung dringen – „oder, falls notwendig, aus der Union austreten“. Starker Tobak. Freilich bleibt offen, welche unmittelbaren Folgen die Notiz des Bulgaren hat. Bisher wird über das Karlsruher Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Luxemburg nicht verhandelt. Die Voraussetzung dafür wäre, dass die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einleitet. Kommissionschefin Ursula von der Leyen hatte dies schnell nach dem Urteil angekündigt. Geschehen ist wenig. Ein Kommissionssprecher sagte am Freitag nur, man sei mit der deutschen Seite in Kontakt und habe noch keine Entscheidung getroffen. Ergänzend heißt es in der Behörde, die „Erwägung“ laufe noch.

Schwierig ist diese Erwägung offenbar, weil der Konflikt über das PSPP-Programm in Deutschland mittlerweile entschärft ist. Die [EZB](#) hat im Sommer dargelegt, dass sie die Vorteile und Nachteile des Programms ausreichend abgewogen habe. Manche Juristen glauben deshalb, dass damit die Geschäftsgrundlage für eine Brüsseler Klage in Luxemburg entfallen ist. Sie argumentieren, ein Vertragsverletzungsverfahren allein aufgrund eines Urteils sei nicht möglich. Der Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold, dem von der Leyen die Verfahrenseröffnung versprochen hatte, ist anderer Meinung. Solange das Bundesverfassungsgericht seine Ultra-Vires-Doktrin aufrechterhalte, bestehe der Grundsatzkonflikt um das Rechtsstaatsprinzip fort. „Wenn das jedes nationale Gericht macht, kommen lustige Zeiten auf uns zu.“

Deutschland in Brüssels Visier

Es ist wohl in der Tat kein Zufall, dass Tanchev seine Aussagen ausgerechnet in seiner Stellungnahme zur Berufung polnischer Richter untergebracht hat. Unter deutschen Juristen und Politikern wird schon länger diskutiert, ob auch Deutschland ins Brüsseler Visier geraten könnte. Der Berliner Jurist Matthias Ruffert erwartet das nicht, weil keine „systemische Verletzung des Rechtsstaatsprinzips“ vorliege. Der Vorsitzende des Bundestags-Rechtsausschusses, Heribert Hirte (CDU), ist sich da mit Blick auf die Äußerungen des Generalanwalts nicht so sicher. Er sagt: „Tanchevs Worte haben Gewicht, auch wenn die Ausführungen noch nicht Teil eines Urteils des EuGH sind.“ [Giegold](#) hält eine Klärung auch deshalb für erforderlich, weil in Karlsruhe neue Verfahren gegen das Vorgehen der EZB absehbar seien.

WEGEN BDS-UNTERSTÜTZUNG:

Antisemitismusbeauftragter kritisiert Deutschlandradio

AKTUALISIERT AM 19.12.2020-11:24



Felix Klein ist Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Bild: dpa

Stephan Detjen, Chefkorrespondent des öffentlich-rechtlichen Deutschlandradios, unterstützt eine Initiative, die den Bundestagsbeschluss gegen die BDS-Bewegung, die das Existenzrecht Israels leugnet, kritisiert. Der Antisemitismusbeauftragte Felix Klein findet das fatal.

Der Antisemitismusbeauftragte der **Bundesregierung**, Felix Klein, wirft dem öffentlich-rechtlichen Deutschlandradio parteiische Berichterstattung im Zusammenhang mit der israelkritischen BDS-Bewegung vor. Chefkorrespondent Stephan Detjen habe „eine nicht unproblematische Rollenvermischung“ vorgenommen, sagte Klein dem Magazin „Focus“. Detjen hatte auf Twitter und im Programm des Deutschlandfunks wiederholt einen Bundestagsbeschluss kritisiert, wonach die BDS-Organisation, die zum Boykott israelischer Waren aufruft, nicht mehr finanziell gefördert wird. Der Sender wies den Vorwurf einer „Rollenvermischung“ zurück, wie das Magazin bestätigte.

Vergangene Woche stand Detjens Name auch unter dem Plädoyer der neuen „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“. Das von mehreren Chefs deutscher Kulturinstitutionen unterzeichnete Papier wendet sich ebenfalls gegen den Anti-BDS-Bundestagsbeschluss vom Mai 2019 und behauptet, er führe zu Zensur. Die Unterzeichner danken darin mehreren Personen für „fachlichen Rat und Diskussionsbeiträge“, unter ihnen ist auch der Deutschlandradio-Journalist aufgeführt. „Das unterminiert eine ausgewogene Berichterstattung des Senders“, sagte Klein.

In einer Stellungnahme des Deutschlandradios heißt es: Detjen sei neben anderen Wissenschaftlern und Experten zu Gesprächen in eine Runde großer, öffentlich geförderter Kulturinstitutionen eingeladen worden. Dort habe er in Diskussionen seine persönlichen Positionen erläutert, die er auch öffentlich im Deutschlandradio und in anderen Medien vertreten habe. Detjen sei dort nicht als Vertreter des Deutschlandradios aufgetreten, so der Sender. Sein Name werde in der Danksagung der „Initiative 5.3 GG Weltoffenheit“ für Diskussionsbeiträge deshalb auch ohne Nennung der Institution aufgeführt.

„Der Programmdirektor war darüber informiert“, heißt es weiter. „Eine Vermischung von Rollen können wir daher nicht feststellen.“ Zu den Persönlichkeiten, denen die Initiative für fachliche Beratung dankt, gehören auch die Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann, Andreas Görden vom Auswärtigen Amt und der Rechtsprofessor Christoph Möllers.

Die Initiative BDS („Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“) bestreitet das Existenzrecht Israels. Sie fordert als Protest gegen die Palästinenserpolitik einen Boykott Israels und greift Wissenschaftler, Künstler oder Sportler teils massiv persönlich an, wenn diese in Israel oder gemeinsam mit Israelis auftreten. BDS-Aktivisten rufen insbesondere zum Boykott israelischer Waren auf. In der Bundestagsdebatte wiesen Parlamentarier daher mehrfach auf eine Nähe der BDS-Bewegung zur nationalsozialistischen Hetzkampagne „Kauf nicht beim Juden!“ hin.

ONLINE SPRACHEN LERNEN:

So geht richtiges E-Learning

- VON DEIKE UHTENWOLDT
- -AKTUALISIERT AM 18.12.2020-09:38



Sprachkenntnisse können der Karriere nutzen. Aber Corona macht das Lernen schwieriger, als es ohnehin schon ist. Wie ersetzt man in Online-Formaten die persönliche Kommunikation?

Die Freundschaft gegen eine Fremdsprache ausspielen? Es kommt nicht gut an, als die Chinesin Yahui Miao im ersten Semester ihre Freundin bittet, sich im Hörsaal nicht mehr neben sie zu setzen. Die Landsfrau ist sichtlich beleidigt. Da kann Miao noch so freundlich argumentieren: dass sie so ja nicht weiterkämen, zwei Chinesinnen in einer Magdeburger BWL-Vorlesung, von der beide kaum ein Wort verstünden. Der Plan: Heimatgefühle verbannen, stattdessen Platz schaffen für deutschsprachige Kommilitonen und damit für den Zugang zu Kultur, Sprache und Skripten, die man abfotografieren und zu Hause nacharbeiten könne.

„Immersion“ oder „Sprachbad“ nennen es Fremdsprachendidaktiker, wenn Zweitsprachenlerner, ähnlich wie bei ihrer Muttersprache, Unterricht, Alltag und Umfeld in der Zielsprache verbinden. Aktuell aber nimmt die Pandemie dem Bad die Wanne: Intensivkurse im Ausland wurden storniert, der Präsenzunterricht in der „Business Language School“ ins Virtuelle verlegt, und selbst Belohnungen wie der Besuch einer fremdsprachigen Theateraufführung oder Kultureinrichtung fallen aus.

„Es ist aktuell schwierig, die gleiche Ausbildungsqualität wie vor der Pandemie zu gewährleisten“, sagt Christian Krekeler, Professor für Deutsch als Fremd- und Fachsprache an der Hochschule Konstanz. Bis zu 30 Studierende aus aller Welt unterrichtet Krekeler in einem Deutschkurs, inzwischen online und nicht immer störungsfrei: Stellt er eine Frage, fangen drei seiner Teilnehmer gleichzeitig zu sprechen an, weil sich nicht alle im Blick haben können.

Weiter weg von der Wirklichkeit

Spricht er dagegen diejenigen an, die bisher hinter schwarzen Bildschirmen stumm blieben, muss gelegentlich die gesamte Lerngruppe Geduld beweisen. Nicht nur weil das Mikro noch ausgeschaltet ist, sondern auch, weil der Angesprochene gerade erst aus der Teeküche zurückkehrt und nicht ganz im Film ist. „Man verplempert unheimlich viel Zeit“, sagt Krekeler. Das größte Manko aber: „Der Sprechanteil der Teilnehmer ist stark zurückgegangen.“ Fragen landen im Chat, Simulationen wie ein Verkaufsgespräch werden noch künstlicher und zäher als im Präsenzunterricht: „Online sind wir noch weiter weg von der Wirklichkeit“, sagt der Kollegeleiter.

Online treten Mimik, Gestik und Spontaneität kürzer: „Die Zwischentöne fehlen, und die Technik dominiert“, sagt auch Mediendidaktikerin Antje Neuhoff. Aber damit dürfe noch keine Wertung verbunden werden: „Man kann auf keinen Fall sagen, digital, Präsenz oder der Auslandsaufenthalt ist besser – das ist viel zu pauschal.“ Die Leiterin des Multimedialen Sprachlernzentrums an der TU Dresden macht Fremdsprachenlehrer mit den Vorteilen des computergestützten Lernens vertraut und hatte in diesem Jahr

enormen Zulauf. „Viele haben erst mal versucht, das, was sie sonst im Kurs gemacht haben, auf die Videokonferenz zu übertragen.“ Dabei dürfe es aber nicht bleiben. „Nachzumachen, was in Präsenz gut läuft, ist kein richtiges E-Learning.“

Richtiges E-Learning werde sich der beschriebenen Nachteile bewusst und nutze die Vorteile, etwa die räumliche Unabhängigkeit, freie Zeiteinteilung oder Möglichkeiten der Kooperation. „Ich bin ein großer Fan des kooperativen Schreibens“, sagt Neuhoff. Dabei veröffentlicht der Sprachlehrer die Aufgabe auf einer digitalen Pinnwand und teilt Gruppen ein, die sich gegenseitig korrigieren. Das steigere die Interaktion zwischen den Lernenden. Der Fremdsprachenlehrer dagegen gewinnt Zeit für seine Kernaufgabe: aus der Fülle der Sprachangebote, die das Netz zu bieten hat, das Richtige auszuwählen und es für das Niveau seiner Lerngruppe aufzubereiten. „Es geht darum, fremde Länder und Kulturen kennenzulernen, und das geht durch das Internet mit authentischen Videos viel einfacher.“

„Eine Woche reicht einfach nicht“

Die Mediendidaktikerin empfiehlt nach wie vor: „Geht ins Land!“ Aber das funktioniere oft – und unabhängig von Corona – nicht. Wer im Beruf stehe, könne es sich nicht leisten, für ein paar Monate ins Ausland zu gehen. „Und eine Woche reicht einfach nicht“, sagt Antje Neuhoff. Selbst wenn der Sprachkurs vom Arbeitgeber finanziert wird, liege es am Sprachenschüler, nebenbei und zusätzlich Vokabeln zu lernen.

Bei Yahui Miao liegt der Fall anders: Die 29-Jährige arbeitet inzwischen bei einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und muss nicht nur fließend Deutsch, sondern auch Englisch können. Vor gut einem Jahr hat sie dafür einen Englisch-Sprachkurs belegt, in kleiner Lerngruppe mit nur fünf Leuten und online. Vier Tage die Woche lebt und arbeitet Miao bei Kunden vor Ort, da ist Flexibilität von Vorteil. Allerdings habe die ihren Preis: „Aus meiner Sicht ist man viel zurückhaltender als in einem Präsenzkurs. Man sagt nur die wichtigsten Sachen, der Smalltalk mit den anderen Kursteilnehmern fällt weg.“

Sie erklärt das mit einem Mangel an Körperlichkeit und Gefühlen. Sie baut ihr Englisch aktuell autodidaktisch aus, mit selbstverfassten Texten vor einer Präsentation, englischsprachiger Lektüre und Videos. Für autonome Lerntypen eignen sich Online-Programme besonders, sagt Antje Neuhoff. „Wer bereit ist, Hilfstexte und Anleitungen zu lesen, kommt damit sehr gut zurecht.“ Das funktioniere bis zu einem gewissen Niveau auch ohne Lehrer. „Aber für die Schreibfertigkeit komplexer Texte brauche ich den Austausch und einen Tutor“, so die Didaktikerin.

Das hat auch mit einer typischen Lernkurve zu tun: Bei den ersten 2000 Wörtern lerne man in jeder Unterrichtsstunde etwas Neues, aber wer schon 6000 Wörter beherrsche, müsse für die nächsten, selteneren 200 Wörter motiviert werden, sagt Christian Krekeler. Der Sprachforscher sieht bei den vielen Apps und Sprachprogrammen ein Problem: Die Verbindlichkeit fehle, und so schiebt man die nächste Lerneinheit immer weiter vor sich her – schön flexibel, aber eben nicht effizient. „Sprachen-Input bekommt man, wenn man mit Menschen spricht. Das passiert weniger, wenn man den ganzen Tag zu Hause sitzt.“

SCHWÄCHEN DER RASSISMUSSTUDIEN:

Wer nicht gezählt wird, zählt auch nicht

- VON GERALD WAGNER
- -AKTUALISIERT AM 18.12.2020-20:41



Um rassistische Diskriminierung abzubilden, reicht es nicht, nach dem Migrationshintergrund zu fragen. Denn schwarze Deutsche werden so zu statistischen Weißen.

Gibt es menschliche Rassen? Der Sozialkonstruktivismus würde sagen, solange es Menschen gibt, die davon überzeugt sind, gibt es die. Und solange in amtlichen Dokumenten die Hautfarbe angegeben werden muss. Oder solange es Menschen gibt, denen eine bestimmte Rassenzugehörigkeit zugeschrieben wird und die deshalb rassistisch diskriminiert werden. Aus der Politik heißt es, Rassismus müsse „verlernt“ werden. Streiche man den Begriff Rasse aus dem Grundgesetz, sei das ein starkes Zeichen; die Bundesregierung zeigt sich offen für diesen Vorschlag. Aber wie soll die Gesellschaft Rassismus verlernen, wenn sie gleichzeitig unermüdlich die Wahrnehmung von Rassismus verschärft und darauf aufbauend dessen Bekämpfung fordert?

Vor diesem Dilemma steht auch die soziologische Forschung. Will sie dazu beitragen, Rasse im Sinne eines äußeren menschlichen Merkmals zum Verschwinden zu bringen, dürfte sie die Bevölkerung gar nicht mehr anhand dieses Merkmals beobachten. Will sie aber die Existenz von Rassismus in unserer Gesellschaft nachweisen, muss sie einen Zusammenhang unterstellen etwa zwischen der Wahrnehmung von Menschen als Schwarze und darauf aufbauenden Zuschreibungen von negativen Merkmalen, die sie erst dann als rassistische Stereotype entlarven könnte. Man müsste dazu nicht nur wie üblich nach einem „Migrationshintergrund“ fragen. Es mag hier Überschneidungen geben, aber das für rassistische Diskriminierung entscheidende Merkmal des Aussehens wird dabei nicht abgefragt: Ohne die Frage nach der Hautfarbe oder nach einer ethnischen Herkunft, die einen engen Zusammenhang mit der Hautfarbe nahelegt, wird man einen von äußeren Merkmalen ausgelösten Rassismus nicht nachweisen können. Um das Phänomen von rassistischer Fremdzuschreibung wirklich erfassen zu können, müsste man also streng genommen die Teilnehmer einer Studie fragen, ob jemand davon überzeugt sei, aufgrund seiner Hautfarbe selbst schon einmal diskriminiert worden zu sein.

Abhilfe durch den sogenannten Afrozensus

Solche Forschungsarbeiten gibt es für Deutschland kaum. In einem Beitrag für das WZB-Magazin haben Joshua Kwesi Aikins, Daniel Gyamerah, Josefine Matysiak und Anne Piezunka diese Lücke jetzt auf die griffige Formel gebracht, dass wer nicht gezählt wird, auch nicht zählt. Debatten über antischwarzen Rassismus, so ihr Vorwurf, würden in Deutschland bisher ohne quantitative empirische Befunde auf großer Datengrundlage geführt. Schwarze Menschen erlebten, dass sie „im Alltag permanent sichtbar und damit auch rassistischer Diskriminierung ausgesetzt“ seien, doch diese Erfahrungen schwarzer Menschen blieben soziologisch unsichtbar. Die pauschale Frage nach einem Migrationshintergrund sei dafür schlicht nicht ausreichend. Gyamerahs im Jahr 2017 verfasste Studie über schulische Benachteiligungen von Schülerinnen

und Schülern dunkler Hautfarbe etwa war nur möglich, weil einzig der Mikrozensus seine Teilnehmer mit Migrationshintergrund auch nach ihrer ethnischen Herkunft befragt, bis 2012 fast 600.000 Menschen.

Auch diese Zahl dürfte zu niedrig sein, da schwarze Menschen im Mikrozensus statistisch „weiß“ werden, wenn etwa beide Eltern Deutsche sind. Formal würden diese Menschen ihren Migrationshintergrund verlieren, was sie zu einer „statistisch unsichtbaren, de facto aber sichtbaren Minderheit“ mache, schreibt Gyamerah. Die Autoren konstruieren aus dieser Datenlage den Vorwurf, sie sei das „Ergebnis der Marginalisierung und fehlenden Institutionalisierung von empirischer Forschung zu Schwarzen Lebensrealitäten in Deutschland“. Dem soll nun der sogenannte Afrozensus abhelfen. Für die mittlerweile abgeschlossene Online-Befragung, die von der Organisation „Each One Teach One“ gemeinsam mit „Citizens for Europe“ durchgeführt wurde, hatten sich knapp 6000 Menschen registrieren lassen. Die Ergebnisse sollen im kommenden Frühjahr vorliegen.

Für eine intensive Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus gegen Dunkelhäutige dürfte die Befragung ein Meilenstein sein, die empirische Sozialforschung dürfte dagegen die Nase rümpfen. Die Selbstzurechnung zur schwarzen Community als Teilnahmebedingung schließt eine statistische Repräsentativität der Datengrundlage von vorneherein aus. Schwerwiegender jedoch dürfte sein, dass eine Erhebung, die schon in der Eigenbewerbung ausdrücklich nach Diskriminierungserfahrungen schwarzer Menschen fragt, kaum Menschen ansprechen dürfte, die sich davon gar nicht betroffen fühlen. Zumindest wissenschaftlich darf man aber nicht ignorieren, dass es schwarze Menschen geben könnte, die etwa aufgrund ihrer privilegierten sozialen Stellung keine Diskriminierung erleben. Die Evidenz rassistischer Diskriminierung wird in dieser Studie also aufgrund dieser letztlich politisch motivierten Vorauswahl überwältigend sein, was ja auch die Erwartung der Verantwortlichen ist. Ein Forschungsdesign aber, das sich seine gewünschten Ergebnisse durch seine methodische Herangehensweise sichert, ist unseriös und schadet seinem wichtigen Anliegen am Ende vielleicht mehr, als dass es ihm nützt.

Joshua Kwesi Aikins, Daniel Gyamerah, Josefine Matysiak, Anne Piezunka: Wer nicht gezählt wird, zählt nicht. Empirische Forschung zu Schwarzen Menschen in Deutschland, in: WZB-Mitteilungen, Heft 169, 2020.

Les Etats-Unis, un lieu commun

CHRONIQUE

Une contrée opulente où tout est possible, peuplée d'intellectuels new-yorkais et de grands enfants dévoreurs de hot dogs. Hier comme aujourd'hui, l'Amérique vue de France ressemble à un amoncellement de fantasmes. Qui en disent long sur nous.

Publié le 18 décembre 2020 à 16h00 - Mis à jour le 18 décembre 2020 à



Dans notre Amérique rêvée, on prend la Route 66 et on s'arrête dans des diners à banquettes de moleskine et juke-box. Ici à Albuquerque, dans le Nouveau Mexique, sur la route 66. Eurasia Press / Photononstop via AFP

Tout le monde est riche aux Etats-Unis. C'est ce qu'ont longtemps cru les Français. Si bien qu'exposés aux preuves du contraire, ils restent marqués par ce fantasme d'opulence. La journaliste Ann Hightower [entreprend en 1949 d'expliquer aux lecteurs du *New York Times* l'Amérique telle qu'on la perçoit en France](#). Elle raconte que lorsque l'écrivain Henri Troyat écrit dans *La Case de l'oncle Sam* (Editions de La Table ronde, 1948) qu'outre-Atlantique on jette son matelas tous les deux ans, les Français ne sont pas surpris. « Ça colle avec cette mythologie du vieux millionnaire », commente-t-elle. Notre connaissance des Etats-Unis est aujourd'hui bien plus fine – si on y jette les matelas, ça doit être à cause des *bed bugs*, les punaises de lit. Mais les Américains qui vivent ici continuent de s'amuser de la vision décalée qu'en ont les Français.

Dans cet article de 1949, leur patrie apparaissait comme la terre de l'innovation, une contrée où forcément tout fonctionne. Le fantasme reste vrai ; les pannes d'électricité, la mauvaise couverture de la téléphonie mobile ne semblent pas arriver jusqu'à nous. Mais à l'époque, déjà, les Etats-Unis étaient aussi un miracle économique dont il fallait se méfier. Ann Hightower considérait que le cliché de « *l'effondrement imminent de l'économie américaine* » était entretenu dans l'Hexagone pour des raisons politiques.

De ce côté-ci de l'Atlantique, on aime citer « *la presse anglo-saxonne* ». Interrogé par Brut, Emmanuel Macron, défendant le modèle laïc français, a confié : « *J'ai été frappé que la presse anglo-saxonne a même*

dit : “Ces Français sont étranges, ils ont insulté le prophète, ils n’aiment pas l’islam, ils ont un problème avec cette religion.” » « Qu’est-ce que ça veut dire la presse anglo-saxonne ? La presse en anglais ? », m’a demandé une journaliste américaine. « Est-ce que ça peut s’appliquer par exemple à l’Inde ? A la Nouvelle-Zélande ? » Il me semble que non. Disons que ça doit vouloir dire « un article écrit à Londres, New York ou Washington ».

Le fantasme du romancier américain

La littérature américaine qui arrive jusqu’à nous, en revanche, est rarement qualifiée d’« anglo-saxonne ». Les romans sont « traduits de l’américain ». Une mention qui laisse perplexes ceux qui ne savaient pas qu’ils avaient leur propre langue. Plus étonnants, les Américains n’ont pas l’air de connaître leurs stars de la littérature. « Je n’avais jamais entendu parler de Douglas Kennedy avant d’emménager en France », m’a confié Lauren Collins, la correspondante du *New Yorker* à Paris [à propos d’un auteur qui a vendu plus de 8 millions de livres en France](#).

« Le public français adore la posture du romancier américain, qu’il soit un héritier lointain du cow-boy Marlboro ou la figure chic et snob de l’intellectuel new-yorkais », constate Serge Roué, programmateur de festivals littéraires. Typique de cet engouement, le succès des Editions Gallmeister dont certains auteurs, [comme Benjamin Whitmer](#) (*Evasion*, 2018), sont publiés en français avant de l’être dans leur langue. Ou primés en France sans être publiés dans leur pays d’origine, tels Peter Farris (*Les Mangeurs d’argile*, 2019). Couronné à l’automne par le prix du roman Fnac, *Betty*, de Tiffany McDaniel, l’histoire d’une fille d’Indiens pauvres qui grandit dans les contreforts des Appalaches, a rencontré un succès plus important en France (130 000 exemplaires vendus) qu’aux Etats-Unis.

« Les Français sont forts pour fantasmer sur des éléments que nous, Américains, avons un peu oubliés : la littérature des prairies et des Indiens, comme celle de Jim Harrison », observe l’agent littéraire Mark Kessler. Lequel Jim Harrison passait une bonne partie de son temps dans le Morvan. A contrario, des pans entiers de la littérature américaine ne sont pas arrivés jusqu’à nous, comme l’essentiel de l’œuvre de Mark Twain, classique outre-Atlantique qui se résume chez nous à *Tom Sawyer*.

Des ascenseurs non-mixtes

Même chose pour les mythes de la route. De Johnny Hallyday aux publicités pour le parfum Sauvage de Dior, qui montre un Johnny Depp tatoué traversant le désert américain, l’héritier des Hell’s Angels semble passer plus de temps sur les routes de notre imaginaire que sur l’asphalte américain. Et c’est vrai qu’aux Etats-Unis, exceptées Thelma et Louise, qui consacrerait ses étés à partir en road-trip ? Les Américains n’ont pas assez de vacances pour faire le tour des grands parcs en juillet.

« Ce mépris pour l’inculture américaine a toujours existé. Reagan, le bushisme, le trumpisme nous ont apporté un peu plus la conviction que nous avons affaire à des crétiens. » Philippe Labro, écrivain

Qu’importe, dans notre Amérique rêvée, on prend la Route 66 et on s’arrête dans des *diners* à banquettes de moleskine et juke-box, supposés ressembler à ceux des franchises (Tommy’s Diner, Diners Burger, Franky’s Diner...) qui s’installent en périphérie des villes à la place des Buffalo Grill. Il y en a environ 200 en France, pour moitié des chaînes, dans lesquels on mange des hamburgers et des hot dogs (mais pas trop de *mac and cheese*). Pendant ce temps-là, aux Etats-Unis, les enseignes véganes se multiplient comme des petits *buns*.

Ann Hightower racontait que, dans *La Case de l’oncle Sam*, Henri Troyat s’inquiétait de la « discrimination contre les maris » qui existait aux Etats-Unis, face à des femmes jugées plus agressives. L’idée que les relations hommes-femmes y sont un contre-modèle est toujours là. De même que persiste cette image des Américains en handicapés de la séduction à force de quête égalitariste.

En pleine explosion du mouvement #metoo, le secrétaire d’Etat chargé des relations avec le Parlement, Christophe Castaner, avançait qu’il ne fallait pas non plus qu’on devienne un pays comme les Etats-Unis où

un homme ne peut pas prendre l'ascenseur avec une femme sans s'exposer à des accusations de harcèlement. Rares sont les Américains informés de cet épineux problème.

Un peuple naïf

Dans sa chronique publiée en 1949, Ann Hightower rencontre aussi un Français qui lui explique que les Américains sont des enfants. Aujourd'hui, on préciserait de « grands enfants ». Leur optimisme naïf tiendrait à leur ignorance : ils ne se sont jamais confrontés au reste du monde (d'où la légende selon laquelle seuls 5 % des Américains ont un passeport... quand ce chiffre s'élevait à 42 % en 2018). « *Ce mépris pour l'inculture américaine a toujours existé. Même dans les années 1950, quand j'y étais jeune étudiant et ça s'est amplifié*, estime l'écrivain Philippe Labro. *Reagan, le bushisme, le trumpisme nous ont apporté un peu plus la conviction que nous avons affaire à des crétins.* »

Les Mémoires de Barack Obama, *Une terre promise (Fayard)*, sont perçus en France comme un de ces ouvrages mêlant anecdotes et scènes de coulisses à des réflexions convenues. Alors que « *c'est le livre d'un intellectuel sur le pouvoir, avec ce que cela a d'austère. Mais, avec son image d'empereur du cool, l'ancien président n'est pas considéré chez nous comme un intellectuel froid et distant* », note Philippe Corbé, auteur du podcast « Une lettre d'Amérique ».

Vues de chez nous, les universités américaines semblent peuplées de chercheurs accouchant d'études farfelues (tapez « d'après une étude américaine » dans un moteur de recherche, et vous découvrirez que le vin rouge limite les risques d'obésité ou que la mauvaise humeur au travail est contagieuse) et d'étudiants *woke* confisquant la parole pour dénoncer le sort réservé aux catégories opprimées (caricature partagée avec la droite américaine). Oubliés les flots de diplômés de l'Ivy League recrutés par Goldman Sachs ou d'autres entreprises qui ne sont pas des temples de la contre-culture. Comme en 1949, les fantasmes nourrissent un repoussoir ou un modèle à imiter. Notre Amérique imaginaire en dit finalement bien davantage sur notre propre pays.

GOTT IN FRANKREICH:

Vorgeschobene Laizität

- EIN KOMMENTAR VON [MICHAELA WIEGEL](#)
- -AKTUALISIERT AM 20.12.2020-09:09



Die Laizität in Frankreich wird immer mehr politisch instrumentalisiert. Eine Entkrampfung des Verhältnisses von Staat und Religion ist nicht in Sicht.

Jedes Jahr in der Adventszeit streitet Frankreich darüber, ob Weihnachtskrippen in Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden aufgestellt werden dürfen. Den Verfechtern einer strikten Laizität sind die volkstümlichen Krippenfiguren, die sogenannten Santons, ein Graus. Sie sehen in ihnen christliche Symbole, die in Rathäusern nichts zu suchen haben. Immer wieder müssen sich Gerichte mit der Frage befassen, ob Weihnachtskrippen mit dem 1905 beschlossenen Gesetz über die Trennung von [Kirche](#) und Staat in Einklang zu bringen seien. Einige urteilten, dass es sich um Kulturgüter handele, die „konform“ seien, andere wiederum verlangten, die figürliche Darstellung der Geburt Jesu abzubauen. Der rechtsnationale Bürgermeister von Béziers hat eigens einen Rollwagen für die Weihnachtskrippe bauen lassen, um sie im Falle des Falles wegschieben zu können.

Der alljährliche Krippenstreit ist symptomatisch für das verkrampte Verhältnis zu den Religionen in Frankreich. Das Pandemie-Krisenmanagement bleibt davon nicht ausgenommen. Gegen die Aufhebung der nächtlichen Ausgangssperre an [Heiligabend](#), nicht aber in der Silvesternacht regt sich Protest. Die Entscheidung zugunsten des christlichen Festes sei „schwer diskriminierend“, schrieb die Politologin Françoise Dreyfus in einem Zeitungsbeitrag. Sie berücksichtige die Interessen der Muslime, Juden und Ungläubigen nicht.

Die katholische Kirche wiederum wöhnt die Religionsfreiheit in Gefahr, weil die Regierung sich unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung immer mehr in Kultusentscheidungen einmische. Der Bischof von Lille beklagte, die Regierung stelle eine Rangordnung auf, wenn sie bei Beerdigungen 30, bei Eheschließungen sechs und bei Taufen keine Gläubigen zulasse. Auch die vom höchsten Verwaltungsgericht annullierte Obergrenze von 30 Besuchern beim Gottesdienst selbst in Kathedralen sei ein Versuch gewesen, die Kultusfreiheit zu beschneiden. „Wer die Religionen so behandelt, der betrachtet den Glauben von Millionen Franzosen als nebensächlich“, schrieb der Vorsitzende der Französischen Bischofskonferenz.

Macrons Kehrtwende

Präsident [Emmanuel Macron](#) hatte im April 2018 in einer Grundsatzrede im Collège des Bernardins eingestanden, „dass die Beziehung zwischen Kirche und Staat Schaden genommen hat“ und dass es wichtig sei, diesen Schaden zu reparieren. Aber seinen Versuch, Religionen staatlicherseits mit mehr Toleranz zu begegnen und das Jahrhundertgesetzeswerk zu reformieren, gab er nach ersten Widerständen wieder auf. Sein Gesetzentwurf zur „Stärkung der republikanischen Prinzipien“ könnte eine gegenteilige Wirkung

entfalten. Denn das vordergründig gegen den islamistischen Separatismus gerichtete Gesetzesvorhaben kommt einer administrativen Gleichschaltung aller Religionen gefährlich nahe.

Insbesondere die stärkere Kontrolle der Finanzen und die Überwachung der Kultstätten drohen die freie Religionsausübung unter die Kuratel des Staates zu stellen. Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass alle religiösen Vereinigungen alle fünf Jahre überprüft werden und eine administrative Zulassung brauchen. Auch die Kirchen und die jüdischen Gemeinden werden davon betroffen sein, sollte das Parlament dem Gesetz zustimmen. Der Historiker Jean Baubérot, einer der besten Fachleute der Geschichte der Laizität, warnt mittlerweile vor dem „republikanischen Fundamentalismus“. Es könne sich als kontraproduktiv erweisen, wenn der Staat nach Kontrolle über die Religionen strebe. Der Gesetzentwurf sei von der Sehnsucht nach der puren Laizität getragen, die es in dieser Form nie gegeben habe.

Im europäischen Vergleich ein Ausnahmefall

Frankreichs radikales Verständnis von der Laizität ist im europäischen Vergleich ein Ausnahmefall. Es geht zurück auf die Französische Revolution, als der jahrhundertalten Allianz aus Thron und Altar die politische Legitimität abgesprochen wurde. Der brutale Bruch mit der absoluten Monarchie leitete das Ende des politischen Herrschaftsanspruchs der katholischen Kirche ein. Erst die 1905 beschlossenen Gesetze befriedeten das Land. Die Trennung von Staat und Religion ist bis heute eine wesentliche Dimension der Demokratie. Doch die Laizität wird immer mehr politisch instrumentalisiert, insbesondere von Marine Le Pen, die sie gegen den Islam in Stellung bringt. Die Not der Muslime, deren Gebetsräume oftmals zu klein sind, nutzt sie zu Tiraden gegen die „Straßengebete“.

Le Pen heizte auch die Debatte an, ob Mütter mit Kopftüchern Schulklassen bei Ausflügen begleiten dürfen. Das alles befördert ein gesellschaftliches Klima, in dem die friedliche Religionsausübung verdächtig wirkt. Es darf bezweifelt werden, dass die verstärkten Kontrollen und die geplante „Laizitätscharta“ dazu beitragen, die Identifikation von Muslimen mit der Französischen Republik zu erleichtern. Macrons Kampfansage an islamistische Extremisten ist angesichts der anhaltenden Terrorbedrohung wichtig. Glaubwürdig wird dieses Vorgehen aber erst dann, wenn es die Mehrheit der Muslime einbindet. Mit einer administrativen Bevormundung der Religionen kann dieses Ziel nicht erreicht werden.

181,90

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wie-raghuram-rajn-die-schuldenentwicklung-bewertet-17111879.html?premium>

INTERVIEW MIT ÖKONOM: „Das hohe Schuldenniveau ist gefährlich“

- VON WINAND VON PETERSDORFF
- -AKTUALISIERT AM 21.12.2020-07:35



Der frühere indische Notenbankchef Raghuram Rajan warnt vor Kreditillusionen, Schulden und Inflation. Das Wachstum sei zu schwach, um aus dieser Lage herauszukommen.

Professor Rajan, sollte Janet Yellen als Amerikas künftige Finanzministerin die auf 21 Billionen Dollar angeschwollenen Staatsschulden unverzüglich angehen?

Ich bin froh, dass ich nicht an ihrer Stelle bin. Sie ist sehr kompetent. Aber die Herausforderungen sind enorm. Die wichtigste Aufgabe ist für sie, die Wirtschaft wieder auf die Spur zu bringen. Die Pandemie hinterlässt tiefe Narben, die Infektionszahlen steigen auf neue Rekordhöhen.

Das bedeutet zunächst zusätzliche Staatsausgaben.

Ja, sie wird mehr Geld ausgeben wollen, aber bitte effektiv: zum einen, um größere Schäden zu verhindern, aber auch, um die Wirtschaft auf die Zeit nach der Pandemie vorzubereiten.

Was meinen Sie konkret?

Da geht es zum Beispiel um die Frage, ob der öffentliche Personenverkehr in den großen Städten gestützt werden soll. Werden die Leute in Zukunft immer noch in die Stadtzentren zum Arbeiten pendeln? 15 bis 20 Prozent weniger Fahrgäste können die Profitabilität von Bus- und Bahnlinien gefährden. Soll die Bundesregierung den Städten beispringen? Solche komplizierten Fragen stellen sich jetzt.

Wie wichtig sind unter diesen Umständen die Staatsschulden?

Sie bleiben ein limitierender Faktor. Die Finanzmärkte wollen sehen, dass die amerikanische Regierung das Geld nicht blind ausgibt ohne Rücksicht auf Rückzahlungsverpflichtungen. Amerika kann sich zweifelsohne ein neues Rettungspaket leisten, muss aber vorsichtig sein. Eine Billion hier, eine Billion da, und plötzlich hat man hohe Schulden. Deshalb hoffe ich, dass die neuen Hilfen besser zugeschnitten sein werden, nachdem mit dem ersten Rettungspaket jedem geholfen werden sollte.

Es gibt also gute und schlechte Staatsausgaben.

Ganz klar. Kleine und mittelgroße Unternehmen, die dank ihres Angebots in normalen Zeiten gute Geschäfte machen, nur jetzt klamm sind, sollten mit Hilfen für zwei, drei Monate über Wasser gehalten werden, bis die Covid-Impfung das Leben normalisiert. Die Unterscheidung zwischen lebensfähigen und anderen Betrieben ist aber nicht trivial. Wie viele Gaststätten brauchen wir noch in der Stadt, wenn die Leute von zu Hause aus arbeiten? Die Unterscheidung ist aber wichtig, weil die Förderung sehr teuer ist.

Ganz praktisch gefragt: Würden Sie Fluggesellschaften weitere Staatshilfen geben, wenn doch die Prognose lautet, dass Geschäftsreisen selten werden?

Ich wäre sehr vorsichtig. Erst mal sollten vielleicht die Kreditgeber der Airlines einen Schnitt hinnehmen. Zudem muss die Branche vielleicht Flugzeuge verkaufen, um sich gesundzuschumpfen. Ich halte eine bedingungslose Finanzspritze für fragwürdig.

Der Ökonom [Olivier Blanchard](#) hat dazu aufgefordert, Staatsschulden nicht so wichtig zu nehmen. Sind Zinsen auf Schulden niedriger als die Wachstumsrate wie meistens in der Geschichte, seien Schulden kein Problem. Hat er recht?

Ja und nein. Um das Beispiel auf die Spitze zu treiben: Deutschland kann sich sogar Geld zu negativen [Zinsen](#) leisten. Warum nicht unbegrenzt Geld aufnehmen und damit sogar noch die Zinslast senken? Warum schenkt die deutsche Regierung nicht einfach jedem ihrer Bürger 100.000 Euro?

Genau. Warum nicht?

Dabei wird übersehen, dass die Kredite zurückgezahlt werden müssen. Es gibt einen Punkt, an dem Märkte anfangen, sich zu fragen, ob die jeweilige Regierung Kredite zurückzahlen kann. Schwellenländer kennen das Problem besonders gut, speziell, wenn sie Kredite in ausländischer Währung aufgenommen haben. Wenn Märkte sich die Frage stellen, haben die Schwellenländer Probleme, ihre Kredite in ausländischer Währung zu erneuern.

Einverstanden. Aber was ist, wenn Regierungen wie die amerikanische Kredite in eigener Währung aufnehmen? Die Modern Monetary Policy sagt, dann gäbe es kein Problem. Die Fed könnte einspringen und Anleihen übernehmen.

Das ist ein Trugschluss. Wenn die Staaten ihre Anleihen nicht zurückzahlen können und stattdessen fortgesetzt neue Anleihen begeben, dann verlieren die Anleihen an Wert. Staaten, die ihre Rückzahlungsfähigkeit nicht ernst nehmen, produzieren Inflation. Das ist ihr Ausweg.

Wirklich? Die Anhänger der MMT sagen, Inflation kann nur bei Vollbeschäftigung und einer voll ausgelasteten Volkswirtschaft entstehen, wenn also die Nachfrage das Angebot übersteigt.

Ja. Das Gegenbeispiel liefert Zimbabwe, das seine wachsenden Defizite finanziert hat, indem es Geld druckte. Von einem bestimmten Zeitpunkt an glaubt niemand mehr, dass das Geld noch etwas wert ist. So entsteht Inflation. Ich sage nicht, dass die Industrienationen Hyperinflation haben werden. Aber der Trend geht sicherlich in Richtung höherer Inflation.

Das ist schwer zu verstehen. Warum kann die Federal Reserve nicht einfach amerikanische Staatsanleihen kaufen und damit die Finanzierung des Staates sichern?

Wir sollten uns nicht durch Blendwerk darin täuschen lassen, was die Rolle der Fed betrifft. Die Zentralbank ist als Tochtergesellschaft Teil der Regierung. Die einzige relevante Frage lautet, wie viele Schuldtitel Staat und Fed kollektiv begeben können. Um das mit einem Beispiel zu verdeutlichen: Die Zentralbank könnte entscheiden, Geld zu drucken, um Staatsanleihen zu kaufen. Die Regierung überweist das Geld an seine Bürger. Wer als Bürger schon genug Geld zur Hand hat, lässt das Geld auf seinem Bankkonto. Die Bank deponiert das Geld auf ihrem Reserven-Konto bei der Zentralbank. De facto begibt die Fed Reserven an die Geschäftsbanken, wenn sie Geld druckt und damit Staatsanleihen kauft.

Wo ist das Problem?

Solange Geschäftsbanken glücklich sind, hohe Beträge zu null Zinsen bei der Zentralbank zu halten, können Staaten munter Staatsanleihen ausgeben. Allerdings könnte die Regierung dann auch gleich direkt von den Geschäftsbanken leihen, der Umweg über die Zentralbank ist unnötig. Sobald Geschäftsbanken aber anfangen, lieber Unternehmen für 2 Prozent Geld zu leihen, statt es zinslos auf Zentralbankkonten zu geben,

müssen die Zentralbanken auf die Reserven Zinsen zahlen. Die Vorstellung, dass man irgendwie Geld unentgeltlich bekommt, ist nicht haltbar.

Im Moment signalisieren die niedrigen Zinsen allerdings, dass die Lage ungefährlich ist, oder?

Von den Finanzmärkten kommen ganz unterschiedliche Signale. Die Aktienbörsen feiern. An nahezu allen Märkten steigen die Kurse. Das legt beste Aussichten nahe. Dann können aber die niedrigen Zinsen auf Staatsanleihen eigentlich nicht möglich sein. Woher die Entkopplung kommt, ist nicht klar. Viele Experten glauben nicht umsonst, dass einige Faktoren Inflation wahrscheinlicher machen als nach der Finanzkrise.

Die Zentralbanken sind aggressiver, die Inflation anzuheben. Die Fed verkündete, sie will länger höhere Inflation tolerieren, bevor sie mit Zinsanhebungen gegensteuert. Dazu kommt wachsender Protektionismus. Die Konkurrenz mit China und Osteuropa hat die Inflation lange niedrig gehalten. Das könnte sich ändern mit populistischer Politik. Zudem hat gerade in Amerika die Politik gegen Ungleichheit großen Zulauf. Diese dürfte noch höhere Staatsdefizite produzieren, nachdem sie wegen der Pandemie ohnehin schon hoch sind. Die Schulden des Staates und der Unternehmen steigen. Das klassische Gegengift ist Inflation. Ich sage nicht, dass sie sehr hoch sein wird. Aber sie wird anziehen, vielleicht Ende nächsten Jahres.

Wie viel Staatsschulden sind denn zu viel? Vor knapp zehn Jahren haben berühmte Ökonomen wie Kenneth Rogoff erklärt, mehr als 90 Prozent Schulden vom Bruttoinlandsprodukt ließen das Wachstum schrumpfen.

Die Aussage ist von der Realität eingeholt worden. Langfriststudien belegen, dass der Realzins seit langem kleiner wird. Wenn sich das bestätigt, heißt das, dass sich Staaten mehr Schulden leisten können als früher gedacht, aber nur bis zu einer bestimmten Grenze, die man besser nicht austesten will.

Japan scheint ziemlich gut zu leben mit dramatisch höheren Staatsschulden als andere Industrieländer. Und selbst Amerika hatte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg das gleiche Schuldenniveau wie jetzt und konnte sich davon befreien.

Japan ist ein interessanter Fall, den keiner versteht, richtig? Nichts scheint das Land zu erschüttern, aber es gibt auch wenig Wachstumsdynamik. Die Schulden wachsen, die Bevölkerung altert, irgendwann könnte es bedrohlich werden. Man könnte sich bequemer zurücklehnen, wenn es mehrere Japans gäbe. Stattdessen gibt es Italien, dessen Schuldenlage Zweifel weckt, dass sie ohne europäische Garantien nachhaltig sind. Amerika ist, wie Sie richtig sagen, tatsächlich auf einem Schuldenniveau von 100 Prozent der Wirtschaftsleistung wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber erinnern Sie sich bitte daran, wie die Schulden gesenkt wurden: mit extremem Wachstum, hoher Inflation und Repression. Banken wurden gezwungen, Anleihen zu Niedrigzinsen zu übernehmen. Jetzt ist die Lage völlig anders mit seinen armseligen Wachstumsraten. Das hohe Schuldenniveau ist gefährlich.

Sie werben aber nicht für Sparmaßnahmen in der Pandemiekrise.

Nein, wir sollten aber nicht so tun, als ob wir ein unlimitiertes Scheckbuch hätten. Es lohnt sich, bestimmte Unternehmen am Leben zu halten und Arbeitsplätze zu retten.

Le Figaro, no. 23746

Le Figaro, lundi 21 décembre 2020 3856 mots, p. 17

Enquête

« Cancel culture », « woke »**Quand la gauche américaine devient folle**

Le mouvement parti des campus américains pratique une censure agressive au nom du droit à ne pas être offensé. Enquête sur une guerre idéologique qui ne fait que commencer.

Mandeville, Laure, Bastié, Eugénie

SOCIÉTÉ

La scène, filmée par un téléphone portable, est surréaliste. Nous sommes au printemps 2017 et, dans les couloirs du collège universitaire Evergreen State, dans l'État de Washington, un professeur est encerclé par une horde hurlante d'étudiants. Tee-shirt noir, barbiche poivre et sel, Bret Weinstein, 48 ans, se démène pour essayer de dialoguer avec la foule déchaînée. Peine perdue. Alors que l'enseignant tente de s'expliquer, les jeunes gens s'esclaffent et chantent « *Hey Hey Ho Ho, Bret Weinstein has to go* » (« Bret Weinstein doit démissionner »). Qu'a donc fait ce professeur de biologie pour mériter un tel opprobre ? Juif démocrate, supporteur de Bernie Sanders et du mouvement Occupy Wall Street, se définissant comme « *profondément progressiste* », Bret Weinstein n'est pas conservateur. Il n'a pas manifesté son soutien à Trump ou dérapé sur Twitter. Il n'a même pas, comme son alter ego littéraire Coleman Silk, le héros de *La Tache* de Philip Roth, utilisé un mot vexant. Non, le crime de ce professeur est de s'être opposé à l'organisation d'un « Jour d'absence » dans son établissement, où les « Blancs » de l'université étaient invités à rester chez eux pour laisser les « personnes de couleur » seules sur le campus. Ce jour de ségrégation raciale imposé relevait selon lui d'une forme de racisme antiblancs. Victime d'une campagne virale, Brett Weinstein a fini par démissionner, après que le chef d'établissement, prenant le parti des étudiants, lui eut affirmé qu'il ne pouvait plus assurer sa sécurité. « *Ma femme et moi avons vécu une véritable tornade personnelle qui était annonciatrice de la tornade qui a balayé tout le pays. Evergreen est maintenant partout* », confie-t-il trois ans plus tard.

Contrairement à une presse généraliste à l'époque très silencieuse sur l'événement, l'éditorialiste du *New York Times* Bari Weiss avait pressenti l'importance de l'affaire Evergreen. « Quand la gauche se retourne contre les siens », titrait-elle sa tribune pour décrire cette invraisemblable purge, menée par une nouvelle génération progressiste obsédée par la question des discriminations, envers un professeur issu des rangs de la gauche libérale. « *Faire taire les conservateurs était devenu une habitude. Mais, maintenant, voilà que les militants anti-liberté d'expression tournent leur colère de plus en plus vers les progressistes libéraux* », notait Bari Weiss. Elle ne croyait pas si bien dire : moins de trois ans plus tard, cette rédactrice en chef adjointe des pages opinion, qui avait été débauchée du *Wall Street Journal* pour apporter davantage de pluralisme dans le prestigieux quotidien libéral new-yorkais, dut, elle aussi, démissionner dans le sillage de son patron, James Bennett. Ce dernier avait été licencié pour avoir laissé passer une tribune du sénateur républicain Tom Cotton, qui appelait à envoyer l'armée contre les émeutiers après la mort de George Floyd, un point de vue alors partagé par une majorité d'Américains, mais qui avait choqué ses jeunes collègues. Son cas rappelle celui de Ian Buruma, ex-directeur de la prestigieuse *New York Review of Books*, poussé à la démission à l'automne 2018 parce qu'il avait osé publier la tribune d'un homme accusé d'agressions sexuelles, puis relaxé, qui témoignait de la difficulté à refaire sa vie.

Comme Bari Weiss, une journaliste du quotidien britannique *The Guardian*, Suzanne Moore, a claqué la porte de son journal, poussée à bout après avoir été harcelée par ses propres collègues pour avoir publié un article supposément « transphobe ». La romancière britannique J. K. Rowling a elle aussi été traitée de Terf (trans-exclusionary radical feminist), c'est-à-dire de féministe anti-trans pour avoir affirmé sur Twitter que la différence des sexes était une réalité biologique. La créatrice de *Harry Potter*, admirée et connue dans le monde entier pour sa saga, fut brutalement jetée à bas de son piédestal par une frange minoritaire d'activistes inondant les réseaux sociaux de messages haineux à son encontre. L'acteur Daniel Radcliffe, qui doit sa carrière au rôle du jeune sorcier qu'il a incarné au cinéma, a cru bon de présenter ses excuses pour « *la souffrance que ces commentaires (ceux de J. K. Rowling) [avaient] causée* ».

Une forme moderne d'ostracisme

La liste des personnalités victimes de la censure progressiste ne cesse de s'allonger, surtout en terre anglo-saxonne. Ce processus de désintégration sociale menée au nom du bien porte un nom : la « cancel culture » ou « culture de l'annulation », qui consiste à appeler explicitement au boycott et à l'effacement de l'espace public de personnes jugées racistes, homophobes ou sexistes. On pourrait croire que cette fièvre dénonciatrice n'est pas nouvelle et considérer avec Philip Roth dans son célèbre incipit de *La Tache*, que « *le vertige de l'indignation hypocrite* » est « *la plus vieille passion fédératrice de l'Amérique* ». Cependant, la cancel culture, si elle reprend les codes du « politiquement correct » tel qu'il a émergé sur les campus américains dès les années 1960, modernise l'ostracisme qui s'adosse désormais à la puissance des réseaux sociaux et à une nouvelle mentalité militante. Dans leur livre *The Coddling of the American Mind : How Good Intentions and Bad Ideas Are Setting Up a Generation for Failure* (« Le chouchoutage de l'âme américaine : comment de bonnes intentions et de mauvaises idées préparent une génération à l'échec »), Jonathan Haidt et Gregory Lukianoff qualifient de « *culture of safetyism* » (que l'on pourrait traduire par « culture de l'obsession d'être protégé ») cette mentalité d'une nouvelle génération qui ne supporte plus d'être offensée et pour laquelle le moindre propos caricatural et le scepticisme quant au bienfait illimité du progressisme multiculturaliste sont considérés comme autant de « micro-agressions » exigeant la création d'espaces sécurisés (*safe spaces*) où aucune parole blessante ne puisse les atteindre. Cette nouvelle censure est différente du vieux sectarisme marxiste en ce qu'elle repose quasi exclusivement sur le « ressenti » victimaire. « *Je me sens blessé* » : tel est désormais l'argument qui justifie toutes les excommunications. Avoir conscience que l'on est blessé ou que l'on blesse, c'est être « éveillé », « woke ». Ce terme d'argot, « woke », s'est généralisé après les premières émeutes de Black Lives Matter (« les vies noires comptent ») en 2014, et notamment le film *Stay Woke : The Black Lives Matter Movement*, de l'acteur Jesse Williams. Être « woke », pour un Afro-Américain qui adhère à la cause, c'est être en permanence vigilant quant au racisme et aux discriminations que l'on peut subir. L'être pour un Blanc, c'est avoir conscience de ses privilèges. Ainsi, à l'université d'Evergreen, les professeurs étaient-ils conviés à énumérer leurs « privilèges » (blanc, mâle, « validiste », c'est-à-dire non handicapé, etc.), avec une étiquette collée sur leur torse déclinant les pronoms qu'il fallait utiliser en s'adressant à eux (*him/her/she/he*), pratique mise en place pour ne pas risquer de « mégenrer » certaines personnes - et que la nouvelle vice-présidente, Kamala Harris, emploie elle-même sur son compte twitter. Ces séances d'« autocritique », dont le grotesque n'a curieusement pas encore été vraiment exploité par les humoristes (« *parce qu'ils sont terrifiés* », estime le rédacteur en chef de *Tablet*, Jacob Siegel), sont désormais obligatoires ou fortement recommandées au corps professoral dans un nombre croissant d'universités. « *La woke culture est devenue le fléau de la liberté de pensée. Elle pose comme principe la vision du monde identitaire que le libéralisme avait tenté d'éradiquer, l'idée que nous ne sommes pas fondamentalement définis par la communauté dans laquelle nous sommes nés, notre orientation sexuelle, notre couleur de peau. Elle nie le libre arbitre et la complexité de la morale. Elle est l'ennemie de la créativité* », affirme l'écrivain Seth Greenland, auteur de *Mécanique de la chute*, un roman où il raconte le lynchage d'un milliardaire accusé de racisme. « *Le wokisme refuse l'idée fondamentale du libéralisme selon laquelle deux valeurs incompatibles peuvent être autorisées à cohabiter. Pour les justiciers sociaux, cette tolérance des désaccords n'est qu'un instrument brandi par l'opresseur pour soumettre l'opprimé !* », renchérit Jacob Siegel, auteur d'un article de *Tablet* sur le sujet qui a fait grand bruit.

Parfois, le lynchage psychologique conduit à la mort physique, comme dans le cas de Mike Adams. Ce professeur de l'université de Caroline du Nord très critique du mouvement identitariste, « *qui avait eu le malheur de publier un tweet dénonçant les mesures prises par le gouverneur démocrate de son État en*

matière de Covid, n'a pas résisté à la pression », raconte Greg Lukianoff. « *Laissez mon peuple aller* », avait-il écrit, parlant « *de l'État esclavagiste de Caroline du Nord* ». Une formule jugée inacceptable par la meute antiraciste. Harcelé et menacé, il a fini par se suicider en juillet. « *On lui a dit qu'il était le Mal* », note, horrifié, Lukianoff, qui était son ami.

De la French Theory à la bureaucratie d'État

Le succès stupéfiant de cette culture de la contestation, fondée sur la revendication d'un sectarisme effréné qui peut aller jusqu'à tuer dans l'indifférence générale, reste en partie une énigme au pays de la libre parole, même si Tocqueville avait averti dans son opus *De la démocratie en Amérique* sur la propension de l'opinion publique américaine à « *tracer un cercle de la pensée* » au-delà duquel il est très dangereux de s'aventurer. Lukianoff, un libéral de gauche de 48 ans, qui milita longtemps au sein du bastion progressiste de la puissante Union américaine pour les libertés civiques (Aclu) mais dirige aujourd'hui une fondation qui se bat pour la liberté d'expression sur les campus (Fire), juge indispensable de remonter à l'attitude des écoles de pensée postmodernistes des années 1960 pour comprendre la situation actuelle. « *Il est devenu possible, à partir de ces années-là, de disqualifier d'entrée de jeu toute pensée conservatrice, c'est-à-dire la moitié de la population du pays et la majorité du reste du monde !* », explique-t-il, reconnaissant qu'il lui a fallu « *du temps* » pour comprendre « *à quel point cet ostracisme était dangereux* ». « *S'est mise en place une sorte de forteresse théorique parfaite qui se défend en accusant toute personne qui exprime un désaccord d'être conservatrice* », poursuit-il. « *Tant que la proportion des libéraux et des conservateurs était de 3 pour 1, il restait des garde-fous, mais on en est aujourd'hui à quelque 30 pour 1 !* », note Lukianoff, précisant que les conservateurs ont peu à peu quitté la place « *parce qu'ils estimaient que l'université devait rester à l'extérieur de la politique* ». Une fois l'exclusion pratiquée à l'encontre des conservateurs, il a été facile de l'étendre à d'autres groupes, au fur et à mesure qu'il devenait légitime de disqualifier les hommes, les Blancs, les hétéros..., explique-t-il, parlant d'un « *trou sans fond engloutissant de plus en plus de monde* ». « *Au final, dans cette logique d'exclusion qui s'auto-nourrit, 100 % de la population finira par être excommuniée !* », dit Lukianoff, soulignant qu'« *on commence à voir des hommes noirs menacés de disqualification parce qu'ils sont hommes* ».

Sam Abrams, 40 ans, professeur de science politique au collège Sarah Lawrence de New York, un établissement connu pour son progressisme, est devenu l'une des cibles du mouvement woke pour avoir milité pour « *la diversité de valeurs* » au lieu de réserver ce terme à la diversité ethnique ou raciale. Spécialiste d'enquêtes d'opinion et hostile aux labels politiques, cet amoureux « *des faits* » est depuis deux ans sur son campus l'objet de campagnes de harcèlement et d'une démarche administrative visant à le priver de sa chaire. « *Jamais je n'aurais pu monter au créneau si je n'avais pas eu de chaire* », note-t-il, soulignant qu'il avait attendu cette sécurité de l'emploi pour s'engager. Pour lui, si le mouvement woke, né dans les départements d'études critiques énamourés du philosophe Michel Foucault et de la théoricienne du genre Judith Butler, vient de loin, comme le raconte Lukianoff, « *les dix dernières années ont été cruciales* ».

Sam Abrams se souvient encore de ses propres années d'étudiant, il y a vingt ans, époque « *révolue* », quand « *dans les dortoirs universitaires, on pouvait encore avoir des discussions contradictoires sur tous les sujets sensibles liés à la race, l'identité ou le genre* ». Tout a changé pendant la présidence Obama, avec la montée en puissance des efforts de l'administration des universités pour lutter contre les discriminations sexuelles, avec la mise en place du fameux Titre IX (un amendement interdisant toute discrimination sur la base du sexe et obligeant à la création de bureaux de lutte contre le harcèlement sexuel dans chaque université), un processus supervisé par un certain vice-président... Joe Biden. « *Parallèlement, une armada de personnels administratifs destinés à gérer les questions de discrimination et d'inclusivité s'est installée au coeur des dortoirs, avec les étudiants* », raconte Abrams. Arrivés avec des diplômes en études raciales ou de genre, ils ont instauré un mélange de règles bureaucratiques et d'interdits idéologiques qui représentent « *un véritable lavage de cerveau* » et leur permettent de faire la pluie et le beau temps sur les campus, en liaison avec certaines associations étudiantes communautaristes ultrapolitisées, dénonce l'enseignant. Le rédacteur en chef de la revue *Tablet*, Jacob Siegel, souligne lui aussi cette alliance de la bureaucratie d'État et d'une idéologie qui se dit révolutionnaire mais « *fait corps avec le pouvoir* ». « *Le wokisme a commencé avec le deuxième mandat de la présidence Obama, au confluent de deux causes : la première, c'est le progressisme technocratique du président lui-même, qui pensait que la bureaucratie de l'État pouvait contribuer à la perfectibilité morale, comme le montre la bataille des discriminations*

menée sous le Titre IX. L'autre est le courant idéologique identitariste qui souffle sur les universités. Le danger, c'est la fusion des deux en une forme de bureaucratie qui s'autoradicalise sans cesse », explique-t-il. « *Le corps professoral est dans son écrasante majorité libéral et reste attaché à la méthode du débat contradictoire. Mais il a peur de s'interposer* », ajoute Sam Abrams. Pour lui, c'est aussi le cas de la majorité des étudiants, qui seraient largement « centristes », selon ses enquêtes d'opinion. On est donc dans le cas d'une sorte de kidnapping du débat par un groupe minoritaire issu de l'administration des campus. Beaucoup de professeurs ont peur d'être mis au ban ou de perdre leur travail, surtout s'ils n'ont pas de chaire, affirme Abrams. Le fait de vivre à New York, une mégapole, lui permet d'échapper à la pression, mais « *c'est beaucoup plus difficile dans les petites villes universitaires de Nouvelle-Angleterre, où les risques de harcèlement sont bien supérieurs* ».

À ces inquiétudes très concrètes s'ajoute « *la peur des anciens de ne pas être aimés des plus jeunes* » et d'être moralement condamnés, ajoute Greg Lukianoff. Une volonté d'échapper à la culpabilité occidentale en se mettant du côté des « purs », que le professeur de théorie politique Joshua Mitchell décrit dans son nouveau livre, *American Awakening* (« réveil américain »), consacré à la nature religieuse de cette idéologie des « identités » qui donne des « bons points » aux différents groupes humains en faveur de leur degré d'« innocence » sociale.

Les réseaux sociaux, en permettant la mobilisation immédiate d'activistes sur des causes ponctuelles et en facilitant l'organisation communautaire, ont par ailleurs donné une vigueur nouvelle aux revendications identitaires présentes dans la gauche radicale depuis les années 1960. « *Ils ont tout changé, car c'est là que se cristallise le lien entre la meute idéologique, les élites et l'ensemble des institutions. Les réseaux sociaux dictent le ton à tous, y compris aux journaux, pas l'inverse* », analyse Jacob Siegel. Comme le souligne Lisa Nakamura, professeur à l'université du Michigan, la cancel culture est rendue possible par une nouvelle « *économie de l'attention* », où « *priver quelqu'un d'audience, c'est le priver d'existence* ». Elle est portée par un repli individualiste sur l'identité plutôt que par l'héritage commun ou l'universalisme. Et également par une culture d'emballage suiviste, qui fait partie de l'essence des réseaux sociaux. « *La prétendue culture woke est cool. C'est à la mode, et, soyons honnêtes, le libéralisme est difficile. Tolérer des idées inconfortables est plus dur que de rejoindre la horde pour s'enfermer dans une bulle d'opinions et de pensées tout à fait agréables* », explique Thomas Chatterton Williams, auteur d'*Autoportrait en noir et blanc*, un essai qui sortira en janvier en français, où ce métis afro-américain exprime sa dissidence envers les obsédés de la race.

La gauche libérale se rebiffe

Comme lui, de nombreux intellectuels de la gauche libérale commencent à se rebeller contre cette idéologie étouffante, « *qui ressemble à un nouveau bolchevisme ou à une forme de révolution culturelle à la chinoise* », guettant tous les « traîtres » potentiels à la cause, nous confie Bret Weinstein. L'université de Chicago a pris la tête de la fronde, mettant noir sur blanc son engagement à défendre la liberté d'expression en 2015, un « serment » repris par plus de 50 autres établissements universitaires. Le très libéral Wellesley College a également réagi avec vigueur en créant un « projet liberté » destiné à encourager un débat d'idées libre et contradictoire. Et l'université de Berkeley, pourtant très progressiste, a créé un Centre pour la liberté d'expression. On voit aussi apparaître de nouveaux îlots de liberté intellectuelle, comme le magazine en ligne *Quillette* ou la revue *Tablet*, au fur et à mesure que les journaux mainstream comme le *New York Times* basculent dans le camp de la « justice sociale ». « *Le seul fait que nous n'ayons pas peur a fait énormément pour le succès de Tablet* », affirme Siegel. Sam Abrams dit recevoir des dizaines de lettres, montrant que « *beaucoup de gens en ont assez* ». « *J'aime à penser que nous sommes nombreux* », dit aussi Greg Lukianoff. En juillet 2020, un collectif de plus de 150 écrivains, artistes et journalistes, parmi lesquels J. K. Rowling, mais aussi la romancière Margaret Atwood, auteur du best-seller *La Servante écarlate*, le linguiste et psychologue Steven Pinker, la féministe Gloria Steinem, a signé une tribune dans *Harper's Magazine* pour dénoncer « *une intolérance à l'égard d'opinions opposées, une vogue pour la dénonciation publique et l'ostracisme, et la tendance à dissoudre des questions politiques complexes dans une certitude morale aveugle* ».

En réaction à cette tribune, Alexandria Ocasio-Cortez (AOC) l'égérie woke du Parti démocrate, a aussitôt relativisé sur Twitter : « *Ceux qui se plaignent de la cancel culture pensent que tout leur est dû - comme si*

on avait le droit à un large public captif et que l'on deviendrait victime si les gens choisissaient de nous écarter. Il y a de fortes chances que vous ne soyez pas réellement annulé, que vous soyez simplement mis au défi, tenu pour responsable ou peu apprécié. » Même Obama, qui avait rêvé d'une présidence postraciale avant de participer à la montée woke en installant la question de la moralisation des discriminations au sein du processus bureaucratique, a eu droit à des tirs de barrage intenses de la frange radicale quand il s'est mêlé du débat. « *Si tout ce que vous faites, c'est jeter des pierres, vous n'irez pas très loin* », avait déclaré l'ex-président en octobre 2019. « *Le monde est en désordre, il y a des ambiguïtés. Les gens qui font de bonnes choses ont des défauts. Les gens que vous combattez aiment leurs enfants, ils partagent certaines choses avec vous* », a rappelé l'ancien président, blâmant « *cette idée de la pureté, de n'être jamais compromis, d'être toujours politiquement « éveillé » (woke)* ». Tout autre que lui aurait sans doute été agoni d'injures après de tels propos. Le président conserve d'ailleurs une position ambiguë sur tous ces sujets sociétaux et n'a nullement condamné les excès révolutionnaires de Black Lives Matter quand, après la mort de George Floyd, cette organisation a vite abandonné le thème des violences policières pour appeler à mettre à bas le capitalisme et à démanteler tout l'héritage américain, jusqu'à ses Pères fondateurs.

« Une tache qui se répand »

En réalité, les voix dissidentes restent très isolées, un peu comme « *un samizdat du XXIe siècle* », affirme le géographe Joel Kotkin, résumant le point de vue des autres « rebelles ». Le fait que la vague woke ait quitté le champ strictement universitaire pour déborder dans les médias grand public, le monde des affaires et les institutions de l'État a laissé les libéraux de la vieille école largement désemparés. « *Je commence à penser que nous avons besoin d'une nouvelle métaphore pour décrire le « Great Awakening » . Ce n'est pas tant un mouvement qui avance qu'une tache qui se répand. Une fois que ce processus a commencé, il est très difficile de l'inverser, tout ce qu'on peut espérer, c'est d'empêcher qu'il ne se propage davantage et de protéger les choses précieuses. Non, il n'y a pas de mouvement d'opposition de quelque importance à ce phénomène, et, s'il y en avait un, il ne réussirait pas* », s'inquiète Mark Lika, un libéral de gauche qui a été l'un des premiers à sonner l'alarme. « *Nous sommes face à des passions morales très puissantes qui inspirent en particulier les jeunes. Nous devons attendre qu'elles se dissipent avant d'espérer pouvoir réparer une partie des dégâts* », ajoute-t-il. Social-démocrate à l'ancienne et opposé à la vague identitariste montante, Joel Kotkin s'alarme tout particulièrement de l'alliance des campus avec l'industrie de la tech, cette nouvelle oligarchie omniprésente qui prête allégeance au mouvement woke en forçant notamment ses employés à organiser des séminaires d'inclusivité et à signer avec les fameux « pronoms » - « *manière pour elle d'é luder les sujets plus embarrassants d'inégalité, de classe et de positions monopolistiques* ». Pour lui, cette alliance rend quasiment impossible une rébellion des démocrates centristes contre les radicaux. Si certains observateurs continuent d'espérer que les modérés, comme l'élue du Congrès Elissa Slotkin, relèveront la tête, la plupart sont très sceptiques. Le fait que Trump ait porté le combat contre l'idéologie woke, dénonçant « *un poison toxique* » et antipatriotique qui veut jeter l'opprobre sur « *tout le projet américain* », empêche les démocrates centristes de bouger activement sur cette question, regrette Greg Lukianoff. « *Même si Trump a eu raison sur ces thèmes, son comportement et son style inacceptables sur le reste vont au contraire retarder la mobilisation du centre* », pronostique-t-il. Un point de vue que partage le professeur Bret Weinstein, persuadé que l'équipe Biden utilisera « *cyniquement l'énergie révolutionnaire née sur les campus* », mais finira par perdre le contrôle du « tigre » woke. « *Ils ont déjà gagné, pense Jacob Siegel. Toutes les institutions cèdent les unes après les autres.* »

Dans ce tableau bien sombre, Sam Abrams voit une lueur d'espoir venir potentiellement de la nouvelle « *génération Z* » (nés entre 1997 et 2000), « *beaucoup moins idéologue que les millennials* » (nés entre 1980 et 2000), fatiguée de la polarisation et peu convaincue par la racialisation galopante. « *Quand je me promène dans les campus pour des tournées de conférences, les salles sont bondées, surtout dans les petites villes de province, où l'on a soif de vérité et de nouvelles approches.* » Sam n'en reste pas moins très envieux de « *l'approche française* », qui résiste tant bien que mal à la vague woke anglo-saxonne. « *Ça fait tellement de bien de savoir que chez vous les parents peuvent encore dire à leurs enfants qu'ils sont « un petit garçon ou une petite fille » . Chez nous, on dirait : comment osez-vous assigner un genre? »*

Mais la différence est-elle si grande que Sam le pense ? L'Amérique et la France ont beau plaider pour deux modèles radicalement opposés de république, sur le plan des idées, les chassés-croisés entre nos deux pays sont incessants. Ainsi avons-nous exporté la French Theory sur les campus d'Amérique dans les années

1960, semence qui allait faire fleurir le politiquement correct. Aujourd'hui, celui-ci nous revient en boomerang sous les nouveaux habits de la cancel culture et du wokisme qui s'implantent dans nos universités. Et, là-bas comme ici, l'intelligentsia libérale se réveille face aux excès et au déni d'une révolution qui dévore ses enfants. Aux États-Unis comme en France, cette guerre idéologique ne fait que commencer.

Le Figaro, no. 23746

Le Figaro et vous, lundi 21 décembre 2020 955 mots, p. 34

Ugur Sahin et Özlem Tureci les Curie du Covid

rebond Ce couple de chercheurs allemands d'origine turque a fondé le laboratoire BioNTech, qui, en association avec le géant américain Pfizer, est le premier laboratoire à recevoir l'approbation de l'Agence européenne des médicaments pour son vaccin anti-Covid.

Avril, Pierre

Ils incarnent à eux deux le visage triomphant de l'Allemagne, au moment où le gouvernement Merkel se débat dans la gestion de la pandémie du coronavirus. Ugur Sahin et Özlem Tureci sont les patrons fondateurs de BioNTech, la société de biotechnologie qui, en association avec le géant américain Pfizer, est le premier laboratoire à recevoir l'approbation de l'Agence européenne du médicament pour délivrer son vaccin anti-Covid dans l'Union européenne.

Couple à la ville et devant les paillasses, la réussite de ce duo magique issu de l'immigration turque trouble et fascine un pays, converti sur le tard, et discrètement, à la diversité culturelle. Ugur, le mari, 55 ans, est directeur général, fils d'un ouvrier de l'industrie automobile (Ford), né à Alexandrette sur la côte méditerranéenne, arrivé à Cologne à l'âge de 4 ans.

Son épouse, Özlem, directrice médicale, 53 ans, est la fille d'un chirurgien d'Istanbul, née pour sa part à Alstrup. Dans ce bourg de Basse-Saxe, la petite fille accompagnait son père dans la clinique catholique du canton où il exerçait et songea même à devenir bonne soeur, sans égard pour sa confession musulmane. Avec une fortune évaluée début octobre à 2,4 milliards d'euros par le *Welt am Sonntag* - quadruplée en l'espace d'un an -, ils font aujourd'hui partie des cent Allemands les plus riches.

Un conte de fées scientifique

Le rappel de leurs origines et la mention de leur réussite financière ne font pourtant pas partie des informations privilégiées par le couple. Après avoir expliqué, en riant, dans un magazine scientifique, en juin dernier, qu'il avait pris plus de « *risques* » dans sa carrière parce qu'il n'était pas né en Allemagne, Ugur Sahin préfère désormais esquisser ce sujet piège et refuse de servir de caution dans un quelconque débat national sur l'intégration. « *Je suis un exemple accidentel de personne issue de l'immigration. J'aurais pu aussi bien être allemand ou espagnol* », a-t-il corrigé dans le *Guardian*. Quant à sa soudaine fortune, elle semble laisser de marbre le couple, sauf s'il peut la mettre au service de la recherche. « *Ugur a toujours vécu pour la recherche et je ne crois pas qu'il ait ni le temps ni l'envie de dépenser son argent* », confirme au *Figaro* Christophe Huber, cofondateur de BioNTech.

Le conte de fées de ces deux-là est donc avant tout scientifique. Il a débuté à l'hôpital universitaire de la Sarre, à Hombourg, dans le sud du pays, où les deux étudiants en médecine se sont rencontrés dans les années 1990. Leur spécialité commune est l'oncologie, à une époque où la chimiothérapie et les rayons permettaient seulement de retarder la survenue des décès. Leur champ de recherche est le développement de codes génétiques de protéines, permettant de générer une réponse immunitaire. Cette technique, dite de l'ARN messenger, étudiée depuis plus de vingt ans, est susceptible d'être utilisée dans de futurs vaccins anticancéreux.

C'est elle qui présidera à la création en 2008 de BioNTech, à Mayence. Auparavant, Ugur Sahin et Özlem Tureci étaient déjà devenus entrepreneurs, en fondant, en 2001, en guise de coupe-faim, une start-up baptisée Ganymed, spécialisée dans les immunothérapies ciblées contre les cancers. À l'époque, Özlem Tureci était aux commandes de l'entreprise, où elle supervisa le développement d'un anticorps indiqué dans le traitement des cancers de l'oesophage. « *Une femme incroyablement intelligente et très structurée, capable d'expliquer des choses compliquées en des termes extrêmement clairs* », décrit au *Figaro* Hans Engartner, professeur émérite à l'université de Zurich et également conseiller scientifique, qui supervisa les travaux du couple en 2000.

Ganymed sera vendu en 2016 pour près de 1,3 milliard d'euros. Chez BioNTech, en revanche, c'est Ugur Sahin qui est directeur général, « *un chercheur génial et un leader capable en particulier de stimuler les jeunes et de les faire travailler en équipe* », décrit Christophe Huber, le cofondateur de l'entreprise.

En réalité, mari et femme sont complémentaires. « *Ce sont comme des joueurs de ping-pong. Avant d'être mari et femme, ils sont d'abord des partenaires scientifiques l'un pour l'autre* », poursuit Hans Engartner. Leurs qualités de pédagogue et d'animateurs ne sont pas étrangères au fait qu'ils aient réussi à trouver des partenaires solides dans un pays comme l'Allemagne où le financement des biotechnologies est difficile. Pour Ganymed (le mot turc *ganimet* signifie « butin ») ou BioNTech (prononcer *buy on tech*, « achetez les technologies »), l'argent est le nerf de la guerre. En octobre 2019, la société de Mayence avait déjà pu lever près de 150 millions de dollars (126 millions d'euros) sur le Nasdaq, le marché américain des hautes technologies, portant sa valeur à près de 2,8 millions d'euros.

« Vitesse de la lumière »

Quand le Covid-19 a gagné l'Europe à la fin de l'hiver 2020, les modèles vaccinaux développés par l'entreprise contre les cancers ont pu être convertis dans la lutte contre l'épidémie. « *J'ai été convaincu très tôt, à la fin du mois de janvier, que ça deviendrait une pandémie, et, après avoir lu un article du Lancet (revue médicale de référence, NDLR), il m'est apparu clairement qu'il fallait quelque chose* », se souvient Ugur Sahin dans le *New York Times*.

Dès le mois de mars, BioNTech noue un partenariat avec le géant pharmaceutique Pfizer, permettant de mener rapidement des essais cliniques de grande ampleur. À Mayence, le projet anti-Covid-19 a été baptisé « Vitesse de la lumière », mais, alors que l'Agence européenne des médicaments se prépare, ce lundi 21 décembre, à donner son feu vert au vaccin de Pfizer/BioNTech, le couple n'oublie pas qu'une vie de chercheur est faite de patience.

UMFRAGE ZUR INTEGRATION:

In erster Linie Türke

- VON RAINER HERMANN
- -AKTUALISIERT AM 21.12.2020-13:14



Zweimal Heimat: Deutsch-türkischer Festumzug im hessischen Obertshausen Bild: Rainer Wohlfahrt
Türkischstämmige sind in Europa zu Hause, pflegen aber vor allem ihre Identität. Das ist das Ergebnis einer Umfrage in vier westeuropäischen Staaten. Doch je nach Land gibt es bei anderen Fragen erstaunliche Unterschiede.

Die in Europa lebenden Türken fühlen sich in ihren Ländern zu Hause. Sie sind mit der Lebensqualität zufrieden, und sie nutzen die Möglichkeiten, die sich ihnen bieten, etwa im Bildungswesen. Zufrieden sind sie, weil die Länder in Europa wohlhabender, freier und stabiler sind als die Türkei. Dennoch halten sie unverändert an einer starken türkischen Identität fest.

Das ist das Ergebnis einer jetzt erschienenen repräsentativen Umfrage, die die amerikanische Denkfabrik Center for American Progress in Deutschland, Frankreich, Österreich und den Niederlanden vom November 2019 bis Januar 2020 unter 2357 Türkischstämmigen vorgenommen hat. An der Umfrage waren drei europäische Organisationen beteiligt.

In die Türkei wollen lediglich 20,6 Prozent der Befragten zurückkehren, vor allem Ältere. Hingegen geben 71,8 Prozent an, dass sie in ihren jeweiligen Ländern bleiben wollen. In den Niederlanden ist der Anteil mit 77 Prozent am größten, in Deutschland mit 68 Prozent am niedrigsten.

Wahrgenommen als gleichwertig?

Auch bei anderen Fragen sind erhebliche Unterschiede in den Einstellungen zwischen den Befragten in Deutschland und Österreich auf der einen Seite sowie in Frankreich und den Niederlanden auf der anderen Seite zu erkennen. So geben bei der Frage nach der primären Identität in Deutschland und in Österreich jeweils gut 77 Prozent die Türkei an, in Frankreich sind es jedoch nur 51 Prozent. Eine primär europäische Identität beanspruchen für sich in Frankreich immerhin 14,6 Prozent der Türkischstämmigen, in Deutschland aber lediglich 6,6 Prozent, in Österreich sogar nur 3,4 Prozent.

Die drei Autoren Max Hoffman, Alan Makovsky und Michael Werz sehen einen Zusammenhang zwischen dem Grad der Integration und der Identität der Befragten mit ihrer Staatsangehörigkeit. Im Durchschnitt geben 43,3 Prozent an, sie besäßen lediglich die türkische Staatsbürgerschaft. Am höchsten ist der Anteil mit 54,8 Prozent in Deutschland, am niedrigsten mit nur 20,2 Prozent in den Niederlanden. Da Frankreich und die Niederlande doppelte Staatsbürgerschaften großzügig zulassen, ist in beiden Ländern der Anteil derer, die beide Staatsbürgerschaften besitzen oder nur noch die ihres Landes mit 57 Prozent und 78,6 Prozent, weit höher als in Deutschland, wo 35 Prozent lediglich die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und nur 8,9 Prozent zwei Pässe haben.

Der Anteil der Staatsangehörigen korreliert mit den Zahlen, wie sehr die Befragten in ihren jeweiligen Ländern sich als gleichwertige Bevölkerungsgruppe sehen. Im Durchschnitt geben 46 Prozent an, dass die einheimische Bevölkerung sie als gleichwertig wahrnimmt; die Niederlande liegen mit 54,4 Prozent an der Spitze, bei den Türkischstämmigen in Österreich sagten dies aber lediglich 38,8 Prozent.

Akzeptanz ist hoch

„Rassistische Gefühle“ gegen sich nehmen in Frankreich nur 33,8 Prozent der Befragten wahr, in Deutschland aber 46,3 Prozent, in Österreich 49,8 Prozent. Die Studie zeigt jedoch, dass in allen vier Ländern den Türkischstämmigen ihre türkische Identität unverändert wichtig ist. Auf einer Skala, die bei null beginnt und bis zum höchsten Wert zehn reicht, bewerten die Befragten die Wichtigkeit ihrer türkischen oder kurdischen Identität im Durchschnitt mit dem Wert 8,7; die Wichtigkeit der Religion geben sie mit 7,84 an. Bei beiden Fragen liegen die Werte in Deutschland und Österreich über dem Durchschnitt, während sie in Frankreich mit 7,94 beziehungsweise 6,2 am niedrigsten sind.

Für die in Frankreich Befragten hat die neue französische Identität mit 6,54 einen relativ hohen Wert, für die in Deutschland Befragten die neue deutsche Identität mit 5,37 jedoch den niedrigsten Wert in allen vier Ländern. Auch bei diesem Themenkomplex gilt die Beobachtung, dass die Identifizierung mit dem neuen Land und die Entfernung von der Türkei umso größer sind, je jünger die Befragten sind.

Höher, als man aufgrund der häufigen Klagen vermuten könnte, ist das Gefühl der Akzeptanz der Türkischstämmigen in den jeweiligen Ländern. Auf die Frage „Wie sehr fühlen Sie sich akzeptiert?“ geben sie auf der Zehnerskala einen durchschnittlichen Wert von 8,83 an. Die Zahl in Deutschland liegt leicht darunter, die in Österreich mit dem höchsten Wert nur leicht darüber. Eine „allgemeine Diskriminierung“ wird mit dem Wert 6,17 wahrgenommen, mit dem niedrigsten Wert in Frankreich (4,71) und dem höchsten in Deutschland (6,75) und Österreich (6,78). Bei der Frage nach persönlich erfahrener Diskriminierung liegen die Werte erheblich darunter. Während die durchschnittliche Bedeutung mit 3,89 angegeben wird, liegt er in den Niederlanden (2,97) am niedrigsten und in Deutschland (4,48) am höchsten. Bei dieser Frage beschwerten sich Jüngere, die im jeweiligen Land aufgewachsen sind und die Sprache beherrschen, mehr als Ältere.

Trotz allem fühlen sich die Türkischstämmigen in ihren Ländern „zu Hause“, in den Niederlanden (8,1) mehr als in Deutschland (7,43). Eine hohe Zufriedenheit besteht mit dem Bildungswesen (8,05), so seien die Schulen besser als in der Türkei, und mit der demokratischen Ordnung (7,07). In allen vier Ländern verfolgen die Befragten in etwa gleichem Maße die Nachrichten aus der Türkei (7,87). Erheblich weniger interessieren sie sich für die Nachrichten in ihrem jeweiligen Aufenthaltsland. Am niedrigsten ist der Wert in Österreich (6,2), am höchsten in Frankreich (7,37).

Noch geringer ist der Grad, mit dem sich die Befragten politisch vertreten fühlen (4,09). Nicht überrascht daher, dass davon unter den türkischen Politikern Präsident [Recep Tayyip Erdogan](#) am meisten profitiert (5,46), gefolgt vom Istanbuler Oberbürgermeister Ekrem Imamoglu (5,04). Unter den deutschen Politikern ist Bundeskanzlerin Angela Merkel bei den Türkischstämmigen mit 5,32 am beliebtesten, gefolgt von Olaf Scholz (3,65).

Le Figaro (site web)

mercredi 23 décembre 2020 - 19:52 UTC +01:00 889 mots

Luc Ferry:**«Climat, un référendum inutile ou liberticide»****CHRONIQUE - Pilotée par des guides verts chargés d'aiguiller les braves gens vers la décroissance, la Convention citoyenne sur le climat a rejoint des thèses fondamentalistes et antihumanistes.**

Face à une Convention citoyenne sur le climat (CCC) qui tourne au désastre, Emmanuel Macron s'est imaginé pouvoir sortir par le haut du piège dans lequel il s'était lui-même fourré en proposant un référendum qui sera, selon la formulation adoptée, soit totalement vain, soit affreusement liberticide. Je m'explique.

Que la CCC ait été tout sauf un modèle de démocratie participative est une évidence: pour commencer, contrairement à ce qui a lieu dans un jury d'assises, les personnes tirées au sort ont eu le droit de refuser d'y prendre part sans motif. Or, plus de la moitié d'entre elles ont décliné l'offre, ce qui signifie que celles qui ont accepté étaient intéressées par le sujet ; or, pour que cette assemblée soit représentative, il aurait fallu écouter tout le monde, y compris ceux qui sont indifférents ou hostiles.

Ensuite, la question posée (en gros: que faire pour le climat?) était d'une infinie complexité, à l'opposé de ce qui a eu lieu dans cette Irlande qu'Emmanuel Macron cite en modèle où les jurés populaires devaient répondre à une question simple du type «pour ou contre» (le mariage gay).

Troisième biais: aucun expert critique de la décroissance ne figure parmi les personnes auditionnées tandis que les «garants» de la CCC, en particulier Cyril Dion, militent pour un fondamentalisme vert à la limite du fanatisme. Enfin, la question du nucléaire, cruciale entre toutes sur ce sujet, a été soigneusement écartée comme «*trop complexe*».

Quant au référendum envisagé par Emmanuel Macron pour mieux prendre en compte l'environnement dans la Constitution, il sera soit tout à fait inutile, soit à la limite d'un totalitarisme vert. En effet, si le texte n'ajoute rien d'essentiel par rapport à la charte de 2005 hormis quelques précisions indolores touchant le climat et la biodiversité, ce ne sera pas bien grave. Certes, il n'est jamais bon de se servir du droit dans le seul but de rattraper une erreur, mais la poudre aux yeux n'a jamais tué personne. En revanche, si la formulation va dans le sens souhaité par la CCC, ce sont des risques majeurs qui se profilent à l'horizon.

Pilotée par des guides verts chargés d'aiguiller les braves gens vers la décroissance, la CCC a rejoint des thèses fondamentalistes et antihumanistes. Il suffit pour s'en convaincre de réfléchir un instant à ce que signifie la formule que les conventionnels voulaient inscrire dans la Constitution: «*La conciliation des droits, libertés et principes ne saurait compromettre la préservation de l'environnement.*» Comme l'explique excellemment le constitutionnaliste Denys de Béchillon, cela revient à mettre les droits de la nature au-dessus des droits de l'homme, ce qui «*relève de la pure folie, car hiérarchiser a priori les droits constitutionnels est démentiel attendu qu'aucun droit n'est illimité, la seule question qui vaille étant de savoir si la limitation qu'on apporte à l'un pour en respecter un autre est excessive ou non*» !

Le problème, c'est que cette idéologie fanatique, qui fait dépendre tous nos droits fondamentaux de la seule exigence de lutter contre le changement climatique, alimente de nombreuses mesures dignes d'«Amish arriérés», comme dit notre président, depuis le crime d'écocide jusqu'au moratoire sur la 5G en passant par la taxation d'un trafic aérien déjà au bord de la faillite. Si la formulation devait être celle qu'Emmanuel Macron veut imposer («La république garantit la préservation de la biodiversité, de l'environnement, et lutte

contre le dérèglement climatique»), si le verbe «garantir» était inscrit dans l'article 1er, ce sont des pans entiers de nos libertés qui seraient menacés tant sur le plan individuel qu'économique.

Des associations militantes pourraient exiger qu'on limite l'achat de livres papier, le temps passé sur le net, les déplacements en voiture, le droit de prendre l'avion plutôt que le train, de se chauffer à sa convenance, d'assécher un marais pour construire une route ou un complexe hospitalier, etc. Les décroissants applaudiront, mais c'est le principe même de l'État de droit qui serait dynamité, car il exige que les libertés fondamentales soient mises à égalité afin qu'elles s'équilibrent en cas de conflit. Dans la pratique, c'est finalement au Sénat, puisque la droite y est majoritaire, qu'il reviendra d'avoir le courage d'éviter que ce projet ne tourne à la catastrophe, ce qui permettra à Emmanuel Macron de lui faire porter le chapeau en cas d'échec, une demi-habileté si cousue de fil blanc qu'elle n'a guère de chance de tromper longtemps son monde.

Le Figaro (site web)

jeudi 24 décembre 2020 - 12:30 UTC +01:00 786 mots

Vox ; Vox Société

Le naufrage de la Ligue des droits de l'homme

Waintraub, Judith

ANALYSE - Passée de la défense du capitaine Dreyfus à celle du Collectif contre l'islamophobie en France (CCIF), l'association est devenue une alliée des promoteurs de l'islam politique.

Le dernier fait d'armes de la Ligue des droits de l'homme résume à lui seul sa dérive: elle a porté plainte contre une prof d'université menacée de mort sur les réseaux sociaux pour avoir qualifié sur le ton de l'humour l'islam et le judaïsme de «*religions sexuellement transmissibles*» - on naît musulman par son père et juif par sa mère. «*S'en prendre aux religions n'est pas punissable, et c'est heureux, mais là, vu la brutalité du propos, on passe à un autre stade*», a expliqué le président d'honneur de la LDH, Michel Tubiana. Lors de la dissolution du Collectif contre l'islamophobie en France (CCIF), début décembre, la Ligue s'était déjà distinguée en accusant le gouvernement de «*conforter l'idée que ce sont bien toutes les personnes musulmanes qui sont ici mises en cause*» .

Sa dérive a commencé au début des années 1990, quand l'historienne Madeleine Rebérioux en a pris la présidence. L'association fondée un siècle plus tôt pour défendre Dreyfus, après bien des conflits internes, a alors mis toute son autorité morale au service de mouvements d'extrême gauche dont elle a épousé les combats anticapitalistes, anticolonialistes ou pro-palestiniens.

Une «guerre aux musulmans»

La conversion à l'islamo-gauchisme n'est que la suite logique de cette évolution. Dès 1995, quand Jean-Louis Debré, à l'époque ministre de l'Intérieur, a interdit Tariq Ramadan de séjour pour «*menace à l'ordre public*», la LDH a pris fait et cause pour le prédicateur suisse. Vingt ans plus tard, Michel Tubiana a partagé avec lui la tribune d'un meeting organisé à Saint-Denis contre l'état d'urgence, décrété après les attentats islamistes du 13 Novembre. «*Le 13 Novembre est un prétexte pour engager la guerre*», y a affirmé Ramadan - pas encore accusé de viol.

Cette thèse d'une «*guerre aux musulmans*» que mènerait la France a servi de fil conducteur aux principaux engagements de la LDH ces dernières années, jusqu'à devenir son obsession quasi unique. En 2006, si elle reconnaît que l'enseignant Robert Redeker ne doit pas être menacé de mort pour avoir pris la plume - dans *Le Figaro* - contre les «*intimidations islamistes*», elle lui reproche surtout «*un discours haineux et de nature à porter atteinte à la paix civile*» . En 2010, elle s'oppose à la loi d'interdiction de la burqa dans l'espace public. En 2016, quand les burkinis font leur apparition dans les piscines municipales, la LDH invoque la défense des «*libertés publiques*» pour attaquer devant le Conseil d'État les élus qui veulent les en chasser.

Le 16 octobre dernier, jour de l'assassinat de Samuel Paty, le journaliste Mohamed Sifaoui, auteur de nombreuses enquêtes sur les Frères musulmans et sur al-Qaïda, révèle sur son compte Twitter une proposition de tribune envoyée par la LDH à plusieurs associations. Emmanuel Macron y est accusé d'ouvrir la voie «*à la stigmatisation d'une partie de la population*» avec son projet de loi pour lutter contre les séparatismes, qui risquerait de «*faire d'une partie de la population, celle de culture et de religion musulmane, ou perçue comme telle, les potentiels porteurs des pires dérives allant jusqu'aux plus mortifères d'entre elles*» . Les signataires ont l'intention de demander au président de renoncer à son projet, mais ils

remballent leur texte quand ils apprennent la décapitation de l'enseignant et appellent à la place à manifester contre l' «*obscurantisme*» et le «*terrorisme*»

Marche contre l'islamophobie

La LDH ne nomme l'islamisme que pour regretter que «*l'assimilation de la pratique de l'islam à ce qu'il est convenu d'appeler "l'islamisme politique" laisse croire à un lien indissoluble entre la religion musulmane et une norme politique qui nierait la séparation entre les Églises et l'État*». En revanche, les responsables de l'association usent volontiers du concept d' «*islamophobie*» quand il s'agit de défilier pour la dénoncer, comme lors de la «*Marche contre l'islamophobie*» de novembre 2019. La LDH a même éprouvé le besoin d'exprimer sa réprobation contre la *Lettre aux escrocs de l'islamophobie* écrite par Charb, en expliquant qu'elle ne partageait «*en rien les thèses sur l'antiracisme et la laïcité de l'ex-directeur de la publication de Charlie Hebdo*», mort en 2015 dans l'attentat islamiste contre son journal. Au cas où une ambiguïté aurait subsisté...

Le Figaro (site web)

jeudi 24 décembre 2020 - 08:34 UTC +01:00 3414 mots

Histoire

Quand les Turcs envahissaient l'Europe

Séville, Jean

GRAND RÉCIT - De la conquête de Constantinople (1453) au traité de Sèvres (1920), chronique de cet Empire ottoman qui, né en Asie, n'aura eu de cesse d'étendre ses ambitions - politiques, religieuses et artistiques - jusqu'au cœur du continent européen.

Il y a cent ans, le 10 août 1920, le traité de Sèvres marquait le démantèlement de l'Empire ottoman. Les Turcs, engagés dès 1914 aux côtés des Puissances centrales, avaient repoussé Anglais et Français en 1916 lors de la bataille des Dardanelles, puis subi, en 1917, la révolte arabe attisée par les Britanniques. Après avoir perdu la Palestine, la Syrie et le Liban, ils avaient capitulé sans condition le 30 octobre 1918. Mehmed VI, le dernier sultan, avait dû assister, impuissant, à l'occupation d'Istanbul par les Alliés, ainsi qu'à la signature de ce traité de Sèvres qui, réduisant la Turquie au plateau anatolien, signifiait la mort de l'empire fondé plus de six siècles auparavant par ses aïeux. En 1922, Mustafa Kemal abolirait le sultanat, prélude à la proclamation, en 1923, de la République de Turquie.

Le tsar Nicolas Ier, s'adressant en 1853 à sir G. H. Seymour, l'ambassadeur britannique à Saint-Pétersbourg, avait qualifié l'Empire ottoman d' «*homme malade de l'Europe*». L'expression était restée. Longtemps, longtemps, pourtant les Européens avaient tremblé devant cet empire.

» **LIRE AUSSI - Jean-François Colosimo: «La Turquie d'Erdogan, ce laboratoire belliciste aux portes de l'Europe»**

C'est au début du XI^e siècle que les Turcs, partis de l'Asie centrale, apparaissent en Anatolie. En 1071, les Seldjoukides, une tribu turque islamisée, sortent victorieux de la bataille de Manzikert contre l'empereur byzantin Romain IV Diogène, succès qui leur permet de se fixer en Asie mineure. En 1176, l'empereur Manuel I^{er} Comnène veut reprendre le terrain perdu cent ans plus tôt par Byzance, mais il est mis en déroute par les Turcs lors de la bataille de Myriokephalon. S'enracinant définitivement en Anatolie, les Seldjoukides fondent le sultanat de Roum, dénomination tirée de l'Empire romain d'Orient, dont les habitants chrétiens passent sous la coupe du sultan avec le statut de dhimmis. En 1204, le sac de Constantinople par les Occidentaux, lors de la quatrième croisade, affaiblit brutalement l'Empire byzantin, même si l'empereur Michel VIII reprend la ville soixante ans plus tard.

À la fin du XIII^e siècle, le sultanat seldjoukide est divisé par des conflits internes. Osman, le chef de clan d'un beylik (territoire) du nord de l'Anatolie, en profite pour prendre son indépendance, fort de la légitimité qu'il a acquise en combattant Byzance. Sans le savoir, il fonde une dynastie dont le nom dérivera du sien: les Ottomans. Au XIV^e siècle, Orhan, le fils d'Osman, s'empare de Brousse et de Nicée (deux villes aujourd'hui situées en Turquie). Mais, en 1345, sollicités par Jean VI Cantacuzène qui cherche à s'emparer du trône impérial, les Ottomans traversent les Dardanelles et soumettent la Thrace au nom de l'empereur byzantin. Ils en profitent, toutefois, pour fonder à Gallipoli, en 1353, le premier établissement turc sur le continent européen.

La décisive bataille de Kosovo

À la fin du XIV^e siècle, avec Murad I^{er}, les Ottomans poursuivent leur lente et sûre ascension. Le sultan crée les janissaires, un corps de fantassins d'élite qui sont recrutés parmi des chrétiens qui, enfants, ont été enlevés à leurs familles et convertis de force à l'islam, soit en tant que prisonniers de guerre, soit en application d'un décret obligeant les familles chrétiennes des territoires conquis par les Turcs à donner un de leurs fils sur cinq au sultan. Sous le règne de Murad I^{er}, les Ottomans attaquent les Balkans. Après avoir conquis la partie orientale de la Thrace et installé leur capitale, en 1365, à Andrinople (aujourd'hui Edirne, en Turquie d'Europe), ils pénètrent en Bulgarie. En 1389, Murad I^{er} est tué lors de la bataille de Kosovo, mais les Serbes ont été vaincus et ce peuple chrétien passe sous domination ottomane. En 1396, c'est au tour des Bulgares, battus à la bataille de Nicopolis (aujourd'hui Nikopol, en Bulgarie) de passer sous le joug des Turcs.

Le sultan est alors Bayezid (Bajazet) Ier, qui étend l'État ottoman en Anatolie, termine de conquérir la Serbie et la Thessalie, puis entreprend le siège de Constantinople. La capitale byzantine, cependant, est sauvée par l'irruption des Mongols de Tamerlan sur les arrières des Ottomans. Vaincu et fait prisonnier lors de la bataille d'Ankara, en 1402, Bayezid meurt en captivité. Mais Tamerlan, après avoir atteint Brousse, retourne vers l'Asie après avoir pillé le territoire ottoman.

Et Sainte-Sophie devint une mosquée...

Une vingtaine d'années plus tard, un autre sultan, Murad II, assiège de nouveau Constantinople. S'il échoue à prendre la ville, il contraint l'empereur à lui payer un tribut. Murad II, par ailleurs, s'empare en 1430 de Thessalonique, ville du nord de la Grèce que détenaient les Vénitiens. En 1440, il met le siège devant Belgrade, mais la ville résiste. Ladislas III Jagellon, roi de Pologne et de Hongrie, organise une croisade contre les Turcs avec le soutien du pape Eugène IV, mais il est vaincu, en 1444, par les troupes de Murad II, à la bataille de Varna (aujourd'hui en Bulgarie). Le sultan annexe encore la Morée (le Péloponnèse grec), puis écrase les Hongrois lors de la deuxième bataille de Kosovo, en 1448. À cette date, l'ensemble des Balkans est sous contrôle ottoman.

Il appartiendra au fils de Murad II, Mehmed II, d'en finir avec l'Empire byzantin, alors circonscrit à la ville de Constantinople. En avril 1453, le jeune sultan assiège la cité dont les murailles sont bombardées, tandis que la flotte ottomane attaque par le Bosphore et la mer de Marmara, et pénètre aussi dans le chenal de la Corne d'Or. Le 29 mai 1453, la petite garnison de la capitale byzantine cède: des dizaines de milliers de soldats turcs investissent la ville dans laquelle l'empereur Constantin XI, réfugié dans la basilique Sainte-Sophie, meurt les armes à la main. Après trois jours de massacre, la prière musulmane retentit dans Sainte-Sophie, transformée en mosquée. Si lettrés et savants ont pu fuir, emportant avec eux les trésors de la culture grecque, les habitants qui ont survécu sont réduits en esclavage. Dans tout l'Occident, la chute de Constantinople constitue un choc, puisque c'est une ville à la fois grecque, romaine et chrétienne qui tombe aux mains des Barbares. Soudain, les Européens mesurent pleinement que les Turcs forment une grande puissance du monde de leur époque.

» LIRE AUSSI - Sainte-Sophie, la reconquête turque d'un symbole chrétien

En 1458, Mehmed II s'installe à Constantinople. Renommée Istanbul, la cité devient la capitale de ce qu'il faut bien appeler l'Empire ottoman. Car, après s'être emparé de la Bosnie et de l'Albanie, le sultan conquiert l'Anatolie orientale jusqu'à l'Euphrate, met la main sur Trébizonde, principauté grecque qui s'était maintenue après la chute de l'Empire byzantin, puis occupe Athènes et les places génoises et vénitiennes de la mer Égée. Il enlève enfin la Crimée aux Génois, et prend pied en Italie en installant un comptoir à Otrante.

Au tournant du XVe et du XVIe siècle, Matthias Corvin, roi de Hongrie, contient la poussée ottomane sur le continent européen. Mais sur mer, les Turcs remportent une victoire contre les Vénitiens lors de la première bataille de Lépante, en Grèce, en 1499. Là encore, c'est un choc pour les Européens qui comprennent que les Turcs peuvent être également des marins redoutables.

Sur terre, l'expansion ottomane se poursuit, mais vers l'Orient. Entre 1516 et 1517, Selim Ier, qui rêve de réunir sous son autorité tous les peuples musulmans, enlève la Syrie et l'Égypte aux Mamelouks, ce qui équivaut à doubler l'étendue de l'Empire ottoman. Étant maître de l'Égypte, Selim Ier est reconnu comme le protecteur de La Mecque et de Médine, les deux villes saintes de l'islam, et endosse le titre califal dont les Mamelouks avaient hérité des Abbassides. Désormais, les Ottomans sont à la fois sultans, titre de souveraineté temporelle assorti d'une dimension sacrée, et califes, dignité religieuse et temporelle de chef des croyants. Peu après, les Turcs s'implantent indirectement en Afrique du Nord: proclamé sultan d'Alger en 1519, le corsaire Khayr ad-Din Barberousse demande à Selim Ier de reconnaître son pouvoir et de lui accorder sa tutelle et une aide militaire, qu'il obtient l'année suivante. Jusqu'au débarquement des Français, en 1830, la régence d'Alger sera une dépendance de l'Empire ottoman. En 1534, en outre, Barberousse prend Tunis. Et, en 1551, les Ottomans s'empareront de Tripoli.

Alliance franco-turque contre Charles Quint

C'est sous le règne de Soliman Ier le Magnifique que l'État ottoman atteint son apogée. Le sultan prend Belgrade (1521) et Rhodes (arrachée aux Vénitiens en 1522), écrase les Magyars lors de la première bataille de Mohács (Hongrie), au cours de laquelle Louis II Jagellon, roi de Hongrie et de Bohême, périt noyé (1526), échoue devant Vienne (1529), prend Bagdad aux Perses (1534), signe la paix avec les Vénitiens qui lui abandonnent définitivement le Péloponnèse (1540), annexe enfin Buda (Budapest) et le centre de la Hongrie (1541). À la mort de Soliman, en 1566, l'Empire ottoman recouvre l'Anatolie, l'Arménie, une partie de la Géorgie et de l'Azerbaïdjan, le Kurdistan, la Mésopotamie, la Syrie et le Hedjaz, l'Égypte et les États barbaresques d'Alger, de Tunis et de Tripoli. La flotte du sultan contrôle la majeure partie des côtes méditerranéennes et met en péril les navires qui naviguent sous pavillon chrétien. Sur le continent européen, la péninsule balkanique et la Grèce, les provinces danubiennes, la Transylvanie, la

Hongrie orientale et la Crimée sont sous domination ottomane. Cependant, l'Europe chrétienne n'est plus unie face aux Turcs: en 1536, le roi de France François Ier, en quête d'une alliance de revers contre Charles Quint, a fait alliance avec Soliman, obtenant pour les Français un régime commercial privilégié dans l'Empire ottoman, ainsi qu'un rôle de protection des populations catholiques du Moyen-Orient qui vivent sous la tutelle turque.

Chef temporel et chef spirituel, le souverain ottoman dispose d'un pouvoir absolu. Si le sultanat est héréditaire, sa transmission, du fait de la polygamie entraînant la multiplicité des épouses et des descendants, est complexe: le droit turc ignorant la primogéniture, tout descendant mâle par les hommes - oncles, frères, fils et petits-fils, neveux ou petits-neveux - peut concourir pour le trône, ce qui provoque des rivalités et des drames sanglants à chaque succession.

Des élites coupées du peuple

Le gouvernement est dirigé par le grand vizir, nommé par le sultan et souvent choisi parmi les janissaires. Le palais où siège le gouvernement, à Istanbul, est doté d'une porte d'entrée monumentale qui laissera son nom par métonymie, dans le langage diplomatique, à la puissance ottomane: la Sublime-Porte. Assisté de quatre vizirs, le grand vizir préside le Conseil impérial, le Divan, dont font partie le gouverneur d'Anatolie, celui de la Roumélie (la partie des Balkans sous domination ottomane), le grand amiral de la flotte et l'agha, le chef des janissaires. L'Empire ottoman est divisé en provinces (sandjaks), toutes dotées d'un gouverneur (bey ou pacha) nommé par le sultan et relevant de lui. La grande faiblesse de ce système, qui se révélera plus tard, est que la classe dirigeante et la haute administration ne sont pas issues de la population. Elles se constituent d'individus qui se sont mis au service du sultan parce qu'ils avaient tout à y gagner sur le plan personnel: aventuriers, renégats chrétiens, anciens esclaves affranchis. Quand viendront les temps démocratiques et le réveil des nations, au XIXe siècle, les élites ottomanes seront totalement coupées du peuple.

» LIRE AUSSI - Grèce-Turquie: la guerre de mille ans

Si l'islam est la religion de l'État, les territoires les plus récemment conquis disposent d'une certaine autonomie qui leur permet de conserver leur langue, leur culture et même leur foi dans le cadre des millets, qui représentent les communautés non musulmanes - chrétiens orthodoxes, catholiques, Arméniens, juifs - auprès des autorités. Les millets possèdent des tribunaux séparés qui statuent en matière de droit personnel, et leurs membres sont soumis à des impôts que les musulmans ne doivent pas payer, selon le principe en vigueur dans l'aire islamique. Il est donc impossible de réduire la politique religieuse de l'Empire ottoman à un modèle unique: selon les époques et les territoires, il aura manifesté une forme de coexistence relativement libérale ou alors l'intolérance et la violence extrême à l'égard des minorités religieuses.

À la suite de la prise de Chypre, possession vénitienne, par les Turcs, en 1570, le pape Pie V constitue la Sainte Ligue, une alliance d'États chrétiens prêts à former une force maritime destinée à combattre la Sublime Porte. Après plusieurs mois de tractations, la coalition réunit la République de Venise, l'Espagne, les États pontificaux, la République de Gênes, le duché de Savoie et l'ordre de Saint-Jean de Jérusalem. La France, toujours alliée à la Porte, et qui sort, à ce moment, de la troisième guerre de Religion, ne s'associe pas à cette entreprise. Le 7 octobre 1571, la flotte de la Ligue, dont le commandement a été confié à don Juan d'Autriche, demi-frère du roi d'Espagne Philippe II, anéantit la flotte turque lors de la seconde (et célèbre) bataille de Lépante. Cette victoire chrétienne aura un retentissement considérable, même en France, mais n'entame pas fondamentalement la puissance ottomane sur mer: don Juan d'Autriche s'empare de Tunis en 1573, mais les Turcs reprennent la ville un an plus tard.

En Europe centrale, les Habsbourg, rempart de la chrétienté, mènent entre le XVIIe et le XVIIIe siècle une série de guerres contre les Turcs, conflits au cours desquels se forge l'identité autrichienne de l'ère baroque. En 1664, les Impériaux infligent une sévère défaite aux Ottomans lors la bataille du Saint-Gothard, en Hongrie, avec cette fois le concours d'un contingent français envoyé par Louis XIV. En 1683, les Turcs assiègent Vienne une seconde fois, de nouveau en vain. Les Habsbourg reprennent Buda en 1686, puis battent les Turcs, en 1687, lors de la deuxième bataille de Mohács, affrontement qui porte un coup d'arrêt définitif à l'expansion ottomane dans le bassin danubien. En 1697, le prince Eugène de Savoie, génial stratège entré au service de l'Autriche, remporte une immense victoire à Zenta, en Hongrie, succès qui contraint la Porte à signer la paix de Karlowitz en 1699 et à abandonner la Hongrie et la Transylvanie aux Habsbourg. Au traité de Passarowitz, en 1718, l'Empire ottoman doit céder le Banat et la Serbie septentrionale, y compris Belgrade, aux Autrichiens, qui devront toutefois les restituer, à l'exception du Banat, au traité de Belgrade de 1739. Ce n'est qu'en 1791 que prendront fin les hostilités entre les Habsbourg et la Turquie.

Mais, à la fin du XVIIIe siècle, aux adversaires traditionnels de la Turquie s'en ajoute un nouveau, qui est en passe de devenir le principal: la Russie. Car l'empire des Romanov, qui se considère comme l'héritier moral et spirituel de Byzance, veut déboucher vers les mers chaudes et les Détroits, point de rencontre avec le monde ottoman et théâtre d'une confrontation que le XIXe siècle appellera «la question d'Orient». Entre 1768 et 1829, quatre guerres russo-turques se déroulent dans une zone englobant la

Bessarabie, la mer Noire, la Crimée et la Géorgie. Au traité de Kutchuk-Kaïnardji (aujourd'hui en Bulgarie), en 1774, la Russie devient la protectrice des chrétiens orthodoxes de l'Empire ottoman et remplace la Turquie comme puissance suzeraine en Crimée, prélude à l'annexion de la péninsule par Catherine II en 1783.

Le début de la fin

Au XIXe siècle, la monarchie ottomane est une institution épuisée, avec des sultans décadents, une administration indolente et corrompue, et un corps de janissaires devenu une caste héréditaire sans efficacité militaire. En 1807, ceux-ci assassinent le jeune sultan Selim III, qui tente de réformer son empire et son armée. Vingt ans plus tard, le sultan Mahmud II, qui lui aussi veut moderniser l'État ottoman, organise au préalable, instruit par l'exemple, le massacre des janissaires.

Le démembrement de l'empire, toutefois, a commencé. En 1804, sous la houlette d'un éleveur de cochons nommé George Petrovic, dit Georges le Noir (Karageorges), des paysans, des notables et des prêtres se sont réunis et ont soulevé la Serbie du sud contre l'occupant, libérant même Belgrade pour quelques années. En 1821, les Grecs se sont révoltés et ont proclamé leur indépendance. Le sultan Mahmud II a demandé l'aide des Égyptiens, qui ont reconquis la Morée (le Péloponnèse) en massacrant la population grecque. Les Européens, soumis à la pression de leurs opinions publiques favorables aux Grecs, ont décidé d'intervenir, mais pour des raisons différentes. En 1827, une flotte anglo-franco-russe impose une défaite aux navires ottomans dans la baie de Navarin, dans le Péloponnèse. La France, de son côté, envoie un corps expéditionnaire terrestre en Morée en 1828, avant que la Russie déclare la guerre à la Porte. Au traité d'Andrinople, en 1829, la Turquie reconnaît l'indépendance de la Grèce ainsi que l'autonomie de la Serbie, de la Moldavie et de la Valachie.

Alors que l'État ottoman est sous le coup de la perte de ces territoires, et s'apprête à perdre la guerre de Crimée, malgré l'alliance russe, contre les Français et les Anglais (1853-1856), le sultan Abdülmejid Ier, qui règne au cours des années 1840 et 1850, publie une charte inaugurant un train de réformes, le tanzimat, inspirées du modèle occidental: égalité civile sans distinction de religion, égalité devant la loi, liberté des cultes, création du service militaire. Le mouvement se poursuivra après Abdülmejid Ier avec l'institution d'un code pénal (1868) et la promulgation d'une Constitution (1876).

Un empire contre l'Europe, tout contre...

Mais l'Empire ottoman se trouve sur une pente descendante dont il ne parvient pas à s'extraire. Au traité de Berlin, en 1878, Abdülhamid II, au terme d'une nouvelle guerre russo-turque, doit reconnaître l'indépendance de la Roumanie, de la Serbie et du Monténégro, tandis qu'une partie de la Bulgarie reste vassale de la Porte mais que l'autre devient autonome, et accédera à la pleine indépendance en 1908. En 1881, les Français occupent la Tunisie, dont ils font un protectorat. En 1882, les Anglais débarquent en Égypte et placent son gouvernement sous tutelle. Près de trente ans plus tard, en 1908, l'Autriche-Hongrie annexera la Bosnie-Herzégovine.

Apparu dans les années 1880, le courant nationaliste des Jeunes-Turcs attire ceux qui veulent sortir l'Empire ottoman de son obsolescence. En 1909, les Jeunes-Turcs déposent le sultan Abdülhamid II et le remplacent par son frère Mehmed V, qui est toutefois dénué de tout pouvoir. En 1912-1913, l'État ottoman subit l'humiliation d'une défaite dans les deux guerres balkaniques, au terme desquelles la Turquie d'Europe est réduite à Istanbul. Les nationalistes s'appliquent à renforcer le caractère turc et musulman de l'Empire. Celui-ci a conduit en 1894-1896 à un massacre des Arméniens, qui se réitérera en 1915. Pour moderniser leur armée, les Jeunes-Turcs se tournent vers l'Allemagne. En 1914, cet engrenage les entraîne aux côtés du Reich et de l'Autriche-Hongrie dans la Première Guerre mondiale. Outre l'usure du sultanat, c'est ce conflit, par sa durée et par son coût humain et matériel, qui précipitera la chute de l'État ottoman. Né de la rencontre de la foi musulmane avec l'idée impériale héritée de Rome et de Byzance, cet empire aura été un des grands acteurs de l'Histoire. Contre l'Europe, mais tout contre.

Sources: *Histoire des Turcs*, de Jean-Paul Roux, Fayard, 2000 ; *Le Turban et la Stamboulina. L'Empire ottoman et l'Europe, XIVe - XXe siècle, affrontement et fascination réciproques*, de Jean-François Solnon, Perrin, 2009 ; *Dictionnaire de l'Empire ottoman*, de François Georgeon, Nicolas Vatin et Gilles Veinstein (dir.), Fayard, 2015.

BÜCHER ÜBER KAFFEEKULTUR:

Wie das Kaffeehaus zur Lebensform wurde

- VON HUBERT SPIEGEL
- -AKTUALISIERT AM 26.12.2020-17:14



Wo sich Außenseiter, Heimatlose und Künstler sehen lassen konnten: Zwei Bücher laden ein auf einen Kleinen Schwarzen in Berlin und Wien.

Wer glaubt, ein Kaffeehaus sei so gut wie das andere, weiß nicht, wie schlecht Kaffee schmecken kann. Wer glaubt, es gehe im Kaffeehaus vor allem darum, wie der hier servierte Kaffee mundet, hat vermutlich noch nie eines von innen gesehen. Wer glaubt, das Kaffeehaus sei eine Angelegenheit von gestern, befindet sich im Irrtum: Es ist eine Angelegenheit von vorgestern. Deshalb kann man hier so gut auf eine bessere Zukunft warten. Das Kaffeehaus war, ist und wird immer sein: der „Wartesaal der Talente“, wie Erich Kästner einst schrieb – „es gibt Leute, die hier seit zwanzig Jahren, Tag für Tag, aufs Talent warten“.

Aber zwanzig Jahre können schnell vorüber sein. Zwischen 1915 und 1933 war das Romanische Café in Berlin der wichtigste Treffpunkt der Künstler und Intellektuellen, das „Hauptquartier der Bohème“, wie Walter Benjamin schrieb. Dann bezog die Gestapo dort einen festen Tisch. Denn das Kaffeehaus war immer auch ein politischer Ort: „Wenn man durch die Drehtür, die unentwegt in Bewegung blieb, das Café betrat, stand man vor der Entscheidung: links oder rechts. Das war kein politisches Problem; im ‚Romanischen‘ war man immer links, in welche Richtung man auch ging.“ So Géza von Cziffra, in Ungarn geborener Filmregisseur, Drehbuch- und Theaterautor, der wie viele Künstler damals ein Vielreisender war. Das heißt, er wechselte von den Wiener Kaffeehäusern ins Romanische Café und wieder zurück.

Das „Industriegebiet der Intelligenz“

In Berlin und nicht in Wien lernte er Joseph Roth kennen, den großen Schriftsteller, Journalisten und Trinker aus Galizien. Roth, genial, enturzelt, immer in Geldnot und mit dem kostbaren Talent gesegnet, sich noch im größten Tumult mühelos aufs eigene Schreiben konzentrieren zu können, führte eine klassische Kaffeehausexistenz, an die Egon Erwin Kisch gedacht haben mag, als er schrieb, man müsse nicht unbedingt eine Wohnung haben – „wenn man ein Kaffeehaus hat“.



Das Bild zeigt einen Kaffeehaus-Gast um 1910 in Wien. :Bild: IMAGNO/Austrian Archives

In diesen Wochen, in denen der Kaffee im Pappbecher zum Mitnehmen pandemiebedingt erstmals eine halbwegs akzeptable Daseinsberechtigung erfährt, sind zwei reizvolle, höchst lesenswerte Bücher erschienen, die vom Kaffeehaus erzählen: schmal, konzentriert, hochliterarisch und frei von Abbildungen das eine; opulent, großformatig, dreihundert Seiten dick und reich bebildert das andere. „Im Romanischen Café“, ein von Brigitte Landes in der Insel-Bücherei herausgegebenes „Gästebuch“ der alten Berliner, 1943 ausgebombten Institution an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, ist eine Sammlung von Miniaturen und Textauszügen, während Christian Brandstätter in seinem Prachtband „Das Wiener Kaffeehaus“ auf eine dreihundertjährige Tradition zurückblickt: Bereits um 1730 soll es mehr als dreißig Kaffeehäuser in der Stadt gegeben haben. Im März 1938 waren es etwa zwölfhundert.

All die Texte, die in diesen beiden Büchern zum Kulturgut Kaffeehaus versammelt sind – von Else Lasker-Schüler, Klabund, Irmgard Keun und Sylvia von Harden bis Alfred Polgar, Hans Weigel, Heimito von Doderer und Thomas Bernhard –, machen eines sehr schnell deutlich: Das Kaffeehaus gibt es, damit man im Kaffeehaus übers Kaffeehaus schreiben kann. Ein anderer Aspekt hingegen findet kaum Erwähnung: Was unterscheidet eigentlich das Berliner Kaffeehaus von seinem Wiener Pendant?

Die Unterschiede sind rar, die Gemeinsamkeiten zahlreich. In Wien nicht anders als in Berlin ist das Kaffeehaus das „Industriegebiet der Intelligenz“ (Erich Mühsam), das höchst unzuverlässig federnde Sprungbrett der ewig Aussichtslosen, der Tummelplatz der Schnorrer, Versprengten und Verunglückten: Sie ersetzen den „mangelnden Erfolg durch Gehabe und Getue“ (Erich Kästner). Für Siegfried Kracauer war es eine Börse für Spekulanten vornehmlich aus der Operetten- und Filmbranche („Offenbar werden an ihr nur Werte gehandelt, die niedrig im Kurs stehen“), während Wolfgang Koeppen jeden Tag als verloren betrachtete, den er nicht an jenem „unvergleichlichen Ort der Träume“ verbrachte. Das Kaffeehaus war den Außenseitern ein Zufluchtsort und den Heimatlosen eine Heimat. Deshalb blieb ihm nichts anderes übrig, als über sich hinauszuwachsen: Unweigerlich wurde das Kaffeehaus zur Lebensform.

„Wer nicht vergessen werden wollte, musste sich sehen lassen“

Aber das Leben in Berlin war ein anderes als in Wien. „Berlin ist ein Vorort des Nordostens, wie Wien des Südostens“, heißt es bei Gabriele Tergit. „Man mochte aus einer alten Hauptstadt wie Wien kommen, hier fühlte man sich als Provinzler und riss die Augen weit auf, bis sie sich daran gewöhnten, offen zu bleiben. Es war etwas Scharfes, Ätzendes in der Atmosphäre, das einen reizte und belebte“, schrieb Elias Canetti über Berlin. Bündiger formulierte es Carl Zuckmayer: „Berlin schmeckt nach Zukunft, und dafür nimmt man den Dreck und die Kälte gern in Kauf.“ In Wien hingegen stand das Zukunftsaroma nie so hoch in Kurs, nicht einmal bei der Avantgarde, die ja immer mit einem Auge in die Vergangenheit schießt. Der Kritiker Hans Weigel war sogar der Überzeugung, der Wiener kenne vier Vergangenheitsformen: „die Mitvergangenheit, die Vergangenheit, die Vorvergangenheit und die Blütezeit“.

Das Kaffeehaus war zwar ein Ort, an dem über Demokratie diskutiert und gestritten wurde, aber praktiziert wurde sie hier nicht. Vor allem im Romanischen Café war die Kaffeehausgesellschaft eine Klassengesellschaft. Es gab das „Nichtschwimmerbassin“ und das wesentlich kleinere „Schwimmerbassin“, in dem die Stammtische all derer standen, die es zu etwas gebracht hatten. Hier saßen Verleger, Galeristen, Feuilletonchefs und Bühnenstars, aber auch jener eher kleine Teil der Künstlerschaft, der aus eigener Kraft finanziell über die Runden kam. Es war Erich Kästner, der darauf hinwies, dass Erfolg bei Künstlern oft einen unangenehmen Nebeneffekt mit sich bringe: „Sie müssen arbeiten. Berühmtheit ist, aus der Nähe gesehen, Arbeit und nichts weiter.“

In Wien hätte Kästner mit solchen Weisheiten wenig Sympathien errungen. Canetti hatte in Berlin die „Selbst-Manifestation“ als immer auch ökonomisch motivierte Notwendigkeit erfahren: „Wer nicht vergessen werden wollte, musste sich sehen lassen.“ In Wien, wo Sigmund Freud seine später als Cäcilie M. berühmt gewordene Patientin Anna von Lieben im Café Landtmann kennengelernt hatte, gehörte man subtileren, jedenfalls in ungleich tieferen Schichten angesiedelten Zwängen. Da konnte es nicht ausbleiben, dass auch der Gang ins Kaffeehaus pathologisiert wurde. Thomas Bernhard spricht in „Wittgensteins Neffe“ von der „Kaffeehausaufsuchkrankheit“ als einer Zwangsstörung: „Ich habe die Wiener Kaffeehäuser immer gehasst, weil ich in ihnen immer mit meinesgleichen konfrontiert gewesen bin, das ist die Wahrheit, und ich will ja nicht ununterbrochen mit mir konfrontiert sein, schon gar nicht im Kaffeehaus, in das ich ja gehe, damit ich mir entkomme.“

STAATSHAUSHALT:

Wie Corona den Staat schwächt

- EIN KOMMENTAR VON RALPH BOLLMANN
- -AKTUALISIERT AM 27.12.2020-12:03



Bringt die Corona-Krise die Stärken des Staates zur Geltung? Nicht ganz – denn wer nach der Krise regieren soll, sieht sich mit dem größten Schuldenberg der BRD konfrontiert.

Corona, heißt es jetzt allenthalben, hat den Staat zurückgebracht. In großer Not zeigt die Politik, was sie alles kann, wenn es wirklich sein muss: Läden schließen, Reisen beschränken, Impfstoffe verteilen. Und sehr viel Geld dafür bezahlen. Das alles, so sagen es die Optimisten, könnte doch ein schönes Vorbild sein: für den Kampf gegen den Klimawandel, für den Ausbau der Infrastruktur, für mehr soziale Gerechtigkeit. Wenn sie sich da mal nicht täuschen.

Denn vieles deutet darauf hin, dass der Staat nach der Pandemie, die im Übrigen noch lange nicht ausgestanden ist, wesentlich schwächer dasteht als heute. Und das schlicht und einfach, weil ihm das Geld ausgeht. In Deutschland könnte der Bund 2020 mit einer Neuverschuldung von rund 160 Milliarden Euro zwar noch glimpflicher wegkommen als erwartet, weil viele Hilfgelder nur langsam abfließen. Für 2021 gilt das nicht. Selbst wenn mit dem Impfen alles klappt wie erhofft, was keineswegs gewiss ist, werden die nächsten Monate schwierig bleiben.

Es ist sogar unsicher, ob es ab Mai wieder so locker zugeht wie im Vorjahr: Dafür wird der noch immer eher lässige Shutdown, der die Mobilität im Vergleich zum Vorjahr nur um elf Prozent gedrückt hat, die Infektionen womöglich nicht ausreichend begrenzen. Kaum ein Land leistet sich derzeit so wenig Kontaktreduzierung für so viel Geld wie Deutschland. Gemessen an der Einwohnerzahl, zählt die Bundesrepublik an manchen Tagen so viele Corona-Tote wie die Vereinigten Staaten Donald Trumps.

Irgendjemand muss bezahlen

Die Kanzlerin weist schon seit Wochen darauf hin, dass die Ressourcen des Staates endlich sind, und auch der Finanzminister signalisiert mit seinem Ruf nach einer Vermögensteuer: Am Ende wird es irgendjemand bezahlen müssen. Kaum einer der verantwortlichen Politiker mag jenen Ökonomen folgen, die sagen, dass die Nullzins-Ära niemals enden werde und die öffentliche Hand deshalb unbegrenzten Kredit genieße. Dafür haben sich die Experten zu oft geirrt, und dafür steckt den Akteuren der Schock der europäischen Staatsschuldenkrise noch zu tief in den Knochen: Auch damals hatte es zunächst geheißt, ein Land der Eurozone könne niemals pleitegehen – bis der Staatsbankrott unmittelbar vor der Tür stand und die Geldautomaten in Griechenland keine Scheine mehr ausgaben.

Inzwischen gilt noch nicht mal mehr als sicher, dass die Bundesrepublik aus den Corona-Schulden wieder so problemlos herauswachsen kann wie einst aus den Verbindlichkeiten, die sie nach dem Bankencrash vom

Herbst 2008 aufgetürmt hatte. Dafür fällt das Wachstum in Europa möglicherweise zu schwach aus, geringer als in Asien und sogar als in Amerika. Die Gesundheitskrise hat zwar den Zusammenhalt des Kontinents gestärkt, nicht aber seine Wettbewerbsfähigkeit.

Ausgerechnet Merkel hinterlässt Rekordschulden

Es hat eine bittere Ironie, dass nun ausgerechnet Angela [Merkel](#) das Land mit einer Rekordverschuldung hinterlässt, die Frau, die einst das Maßhalten der „schwäbischen Hausfrau“ gepredigt hatte. In der Finanzkrise berief sie sich gern auf den Soziologen Ralf Dahrendorf und dessen Kritik am „Pumpkapitalismus“, der Wachstum durch private und öffentliche Verschuldung kaufen wollte. Die Gefahren der Kreditschwemme sah Merkel vielleicht früher als andere, die kommenden Krisen konnte sie trotzdem nicht von vornherein verhindern, allenfalls im Nachhinein bändigen. Politische Entscheidungen sind meist immer erst dann durchsetzbar, wenn die Not bereits für alle offensichtlich ist.

Der Zeitpunkt dafür kommt vermutlich nach der Bundestagswahl im kommenden Jahr. Wenn die Virus-Krise – hoffentlich – irgendwann endet, wird sie aller Voraussicht nach von einer Haushaltskrise abgelöst. In gewisser Weise ist das ein Déjà-vu: Auf den New-Economy-Crash und die Wahl 2002 folgte die „Agenda 2010“, auf die Finanzkrise und die Wahl 2009 jene Sparklausur, der unter anderem die Wehrpflicht zum Opfer fiel. Angenehmer wird das Regieren für die Nachfolger nicht werden, wer auch immer ins Kanzleramt einzieht. Eine Position der Stärke sieht anders aus.

DEBATTE UM BDS-BEWEGUNG:

Wechselseitige Verdächtigungen

- VON DORON RABINOVICI
- -AKTUALISIERT AM 27.12.2020-12:05



Das Plädoyer der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ hat recht damit, dass es kulturelle Freiheiten zu verteidigen gilt. Das geht aber sicher nicht im Einklang mit der BDS-Bewegung. Ein Gastbeitrag.

Bei manchen Themen fällt es in Deutschland schwer, zurückhaltend und ausgewogen zu bleiben. Alle Seiten sind um Maßlosigkeit bemüht, denn die Debatte rührt an den Kern des gesellschaftlichen Selbstverständnisses nach 1945. Die Rede ist nicht von Lohnkämpfen und nicht von einem neuen Lockdown. Es geht nicht um Innenpolitik, sondern vielmehr um den Umgang mit dem Staat Israel. In einem offenen Brief fordern über tausend Intellektuelle und Persönlichkeiten aus Kunst und Wissenschaft die Rücknahme des Bundestagsbeschlusses gegen die BDS-Bewegung, die dazu aufruft, das ganze Land Israel und alle jüdischen Israelis zu boykottieren.

Der Bundestagsbeschluss, so hieß es hier, bewirke die „übereifrige Überwachung der politischen Ansichten von Kulturschaffenden aus dem Nahen Osten und dem globalen Süden“, betreibe „Racial Profiling durch die Hintertür“ und schade „auch dem anhaltenden Kampf gegen den virulenten Anstieg von Antisemitismus weltweit sowie innerhalb des deutschen Parlaments, der Polizei, der Bundeswehr und der Geheimdienste“. Zudem werde durch den Beschluss ein „Klima der Zensur“ geschaffen, und darüber hinaus werde die Kritik an Israel und an dessen Politik in Deutschland so zum Schweigen gebracht.

Im schroffen Gegensatz zu diesem Befund klagen andere, Deutschland, ja die ganze **EU** seien eine Bastion israelfeindlicher Hetze, die da jetzt der letzte Schrei sei, wobei auch auf manch einschlägige UN-Resolution gegen die Jerusalemer Politik und gegen die Besatzung verwiesen wird, die von der Bundesregierung unterstützt werde. Tatsächlich ist das Wort Israel-Kritik im Deutschen ein stehender Begriff. Zum Vergleich: Von einer sogenannten China-Kritik oder Russland-Kritik weiß niemand.

Der Brief der über tausend Intellektuellen beruft sich auf die Erklärung der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“, in der namhafte kulturelle, wissenschaftliche und künstlerische Einrichtungen vor der Anwendung des Bundestagsbeschlusses warnen, ihn zugleich nicht vollkommen verwerfen, sondern auch den Boykott Israels ablehnen. Der offene Brief wiederum verzichtet vollkommen auf diese Differenzierung, und er vereint alle hier: „unabhängig davon, ob wir BDS unterstützen oder nicht“.

Das Ganze entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Hier unterschreiben Leute, die gegen BDS sind, gemeinsam mit Leuten, die für BDS sind, dagegen, dass Leute, die für BDS sind, boykottiert werden, wobei die eigentliche Grundlage von BDS ist, Leute, ja ein ganzes Volk pauschal zu boykottieren.

Die Bewegung unterscheidet nicht prinzipiell zwischen dem Israel von 1948 und den 1967 besetzten Gebieten, auch nicht zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Selbst linke Oppositionelle aus Kunst und Wissenschaft werden von der Kampagne nicht ausgenommen. Nicht nur alle jüdischen Israelis sollen international isoliert werden. Nein, sogar zum Boykott von jüdischen Kulturwochen in Berlin, in Wien oder Paris wird zuweilen aufgerufen, wenn hier israelische Bücher, Filme oder Musik dargeboten werden. Auf diese Weise geraten alle jüdischen Gemeinden automatisch ins Visier der BDS-Kampagnen. Bei einer Wiener migrantischen Gedenkkundgebung für die Opfer des rechtsextremen Terroranschlags in Hanau forderte etwa BDS-Austria, eine Vertreterin der „Jüdischen Österreichischen HochschülerInnen“ nicht sprechen zu lassen, weil die jüdische Organisation rassistisch sei. Vor dem Hintergrund europäischer Vergangenheit weckt die Boykottbewegung deshalb bei vielen die Erinnerung an die antijüdischen Parolen: „Kauft nicht bei Juden!“

Zu Recht käme niemand auf die Idee, bei aller Kritik etwa am Kreml, an Washington, an Warschau, an Budapest oder Istanbul ein pauschales Embargo von russischen, amerikanischen, polnischen, ungarischen oder türkischen Künstlern oder Wissenschaftlern zu fordern. Ganz im Gegenteil ... Überall geht es um die Stärkung unabhängiger Kräfte. Nur nicht beim Judenstaat.

Kein Text ohne Kontext

Aber kein Text ohne Kontext. In Ramallah oder Gaza ist der Boykottaufruf einfach nur ein Ausdruck des nationalen Konflikts und des palästinensischen Kampfes. In Südafrika weckt ein Boykott Reminiszenzen an den Widerstand gegen die Apartheid. Anders ausgedrückt: Derselbe Satz kann an einem Ort etwas anderes als an einem anderen bedeuten. Wenn Rechtsextreme in Charlottesville rufen: „Jews will not replace us“, ist das eine antisemitische Parole, doch in Hebron wäre es nur ein Slogan gegen die Siedlungspolitik.

Dennoch muss es nicht verwundern, wenn sich BDS in Berlin nur allzu gut einfügt in den antisemitischen Diskurs. Die Bewegung negiert die historische Komplexität jüdischer Geschichte, indem Israel und der Zionismus von Anfang an bloß als rassistisches Unternehmen wahrgenommen werden. Mit keinem Wort distanzieren sich übrigens je irgendwelche BDS-Gruppen von islamistischen Attentaten auf jüdische Einrichtungen, ob nun in Europa oder in Israel.



Der Schriftsteller und Historiker Doron Rabinovici wurde 1961 in Tel Aviv geboren und lebt in Wien. Zusammen mit Christian Heilbronn und Natan Sznajder hat er 2019 den Band „Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte“ im Suhrkamp Verlag herausgegeben (494 Seiten, 20 Euro). :Bild: Peter Peitsch / peitschphoto.com

Aber selbst wenn die Argumentationslinien und Methoden dieser Bewegung vielen suspekt scheinen, ist es nicht dennoch vollkommen überzogen, zu erklären, alle, die den Boykott aus unterschiedlichen Gründen unterstützten, seien deshalb gleich Antisemiten? Der Bundestagsbeschluss behauptet das im Text auch gar

nicht, aber dennoch wird – von nicht wenigen, die für ihn, doch auch von vielen, die gegen ihn sind – so getan, als fände sich in der Resolution ein Zwang zur Ächtung aller Persönlichkeiten, die den BDS je unterstützten.

Es geht nicht um den Ausschluss von Einzelpersonen

Die Auseinandersetzung rund um den postkolonialen Theoretiker Achille Mbembe zeigt, wie verworren die Debatte abläuft. Die Leiterin der Ruhrtriennale war aufgefordert worden, Mbembe nicht den Eröffnungsvortrag halten zu lassen, da er die BDS unterstützte. Tatsächlich bestand Mbembe etwa 2018 darauf, die Psychologieprofessorin und Konfliktforscherin Shifra Sagy möge von einer akademischen Konferenz in Südafrika entfernt werden – weil sie eine jüdische Israelin ist. Letztlich wurde Mbembe nicht eingeladen, sondern das Festival der Pandemie wegen abgesagt. Die „Süddeutsche Zeitung“ druckte Mbembes Rede ab, und er bekam in mehreren deutschen Medien Gelegenheit, seine Position darzulegen.

Mbembe werden problematische Stellen in seinem Werk vorgeworfen, doch genügt das schon, um ihn zum ausgesprochenen Antisemiten zu machen? Er erklärt nun, er unterstütze die Boykottbewegung nicht. Aber selbst wenn er es noch täte, wäre das schon ein Grund, ihn deshalb überhaupt nicht mehr auftreten und bei keiner Eröffnung mehr reden zu lassen? Sollen alle, die aus verschiedenen Erwägungen den Boykott befürworten, in keinen staatlichen Institutionen sprechen dürfen? Im Bundestagsbeschluss wird das doch gar nicht gefordert. Die Resolution richtet sich gegen die BDS-Kampagne, und der [Bundestag](#) verkündet, keiner Organisation, die Israels Existenzrecht in Frage stellt, seine Unterstützung zu gewähren. Der Ausschluss von Einzelpersonen wird überhaupt nicht erwähnt.

Exzessive Auslegungen

Aber im Plädoyer der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ beklagen kulturelle und wissenschaftliche Institutionen, dass unter Berufung auf den Bundestagsbeschluss kritische Stimmen allein aufgrund ihrer politischen Positionen zu Israel des Antisemitismus bezichtigt werden, um sie so in Misskredit zu bringen.

Wir sind mitten in einer Inszenierung der exzessiven Auslegungen und der wechselseitigen Verdächtigungen. Es wird davon ausgegangen, das Gesagte sei nicht das Gemeinte. Die einen sehen in der Kritik an Israel nur einen Vorwand, um antisemitische Ressentiments zu artikulieren, bewusst oder auch unbewusst. Die anderen hingegen argwöhnen, der Antisemitismusvorwurf soll nur die legitime Kritik zum Schweigen bringen. Zuweilen liegen wohl beide Seiten mit ihren Verdächtigungen nicht ganz daneben.

Darf der Bundestag etwa die Boykottbewegung nicht mehr verurteilen, weil dann so eine Resolution missbraucht werden könnte? Nicht die parlamentarische Ablehnung der Boykottkampagne an sich ist das Problem, sondern ihre exzessive Auslegung. Aber es gibt die Diffamierung von Kritik an israelischer Politik als Ressentiment doch nicht erst seit dem Bundestagsbeschluss gegen die BDS-Bewegung. Dazu brauchte es nicht eine eigene Resolution.

Neuer Antisemitismus?

Bereits seit langem werden kritische Stimmen des Antisemitismus oder des jüdischen Selbsthasses bezichtigt. Ebenso werden Forschungen zu Parallelen und Unterschieden zwischen antijüdischer und antimuslimischer Hetze gerne diskreditiert. Seit Jahren wurde zudem immer wieder protestiert, wenn etwa Judith Butler geehrt werden sollte. Gerade deshalb war es Christoph Heilbronn, Natan Sznaider und mir wichtig, im 2019 erschienenen Band „Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte“ auch einen Beitrag von Butler zu publizieren, in dem sie die Unterstützung für die BDS-Kampagne als Strategie gegen den Judenhass propagierte. Wir wollten die widersprüchlichen Positionen abbilden.

Die offene Streitkultur ist in Gefahr, und das nicht nur, wenn es um die Boykottbewegung geht. Wir erleben eine Krise der liberalen Demokratie. Nicht bloß in Bezug auf Israel. Die Frage, wo die Grenze der Toleranz verlaufen muss, wird angesichts des Aufstiegs autoritärer Populisten und im Widerhall der sozialen Medien neu verhandelt. Grenzen braucht es – darin stimmen die meisten Befürworter und Gegner von BDS-

Kampagne und Bundestagsbeschluss vollkommen überein; Grenzen gegenüber Rassismus und Antisemitismus. Umstritten ist indes, wo sie zu ziehen sind.

Wer die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde verteidigen will, darf die intellektuelle Auseinandersetzung nicht einengen. Dem Plädoyer der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ ist zuzustimmen, dass es die kulturellen und akademischen Freiheiten zu verteidigen und Ambivalenzen auszuhalten gilt – nur sicher nicht im Einklang mit der BDS-Bewegung, denn das kann wohl kaum gelingen.

STAATSAUSGABEN:

Wer kommt für die Rekordschulden auf?

- VON CHRISTIAN BAYER UND PHILIP JUNG
- -AKTUALISIERT AM 27.12.2020-11:47



Die Methode klingt gerade in Krisenzeiten verlockend: Aktuelle Ausgaben mit Steuern oder langfristigen Schulden zu finanzieren. Doch das ist komplizierter als selbst viele Ökonomen es sich vorstellen.

Der Staat hat zur Finanzierung der Corona-Krise gewaltige Summen in die Hand genommen. Das Haushaltsdefizit für dieses Jahr dürfte für den Bund bei fast 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Die Defizite der Länder kommen noch hinzu, und im nächsten Jahr plant allein der Bund weitere Defizite in Höhe von 180 Milliarden Euro, rund 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Bei solchen Summen kann einem schnell mulmig werden, und mancher fragt sich, ob wir zukünftigen Generationen dadurch nicht eine hohe Bürde auferlegen, an der gegebenenfalls noch „unsere Kindeskinde“ zu knabbern haben.

Tatsächlich war das Argument der Belastung zukünftiger Generationen politisch vor einer Dekade so konsensfähig, dass der **Bundestag** mit Zweidrittelmehrheit das Grundgesetz um eine „Schuldenbremse“ erweitert hat. Doch in den vergangenen Jahren mehren sich nicht nur politisch, sondern auch wissenschaftlich die Stimmen, die sagen, dass dieser Fokus auf Generationengerechtigkeit unbegründet und nur ein Scheinargument sei, mit dem notwendige Investitionen behindert würden. Vor allem zwei Argumente werden vorgebracht: Erstens ein theoretisches, das die intergenerationale Umverteilungswirkung von Schulden grundsätzlich verneint. Zweitens ein praktisches, das auf die derzeit extrem günstigen Finanzierungskonditionen des Staates zurückgreift.

So schrieben exemplarisch für die erste Sichtweise kürzlich die Ökonomen Holger Sandte und Adalbert Winkler in ihrem Artikel „Die Mär von der Belastung der jungen Generation“ in der „Zeit“, dass Staatsschulden überhaupt nicht zwischen Generationen, sondern nur innerhalb ein und derselben Generation umverteilt, denn „die Schulden des Staates sind die Vermögen der Haushalte und Unternehmen. Beides wird vererbt, nicht nur die Schulden.“

Diffiziler Mechanismus

Dieses Argument basiert auf zwei einfachen saldenmechanischen Einsichten. Erstens müssen den Schulden des Staates rein buchhalterisch Vermögenswerte der Privaten in gleicher Höhe gegenüberstehen. Versteht man unter einer Generation die Menge aller zu einem Zeitpunkt lebenden Haushalte, so ist die so definierte Generation trivialerweise sowohl Eigentümerin aller Staatsschulden als auch Adressat aller Steuerforderungen. Ihr Nettovermögen ändert sich nicht in der Höhe der Staatsschulden. Zweitens müssen die vom Staat nachgefragten Güter und Dienstleistungen von den heute lebenden Haushalten produziert und erwirtschaftet werden und stehen diesen nicht für Investition oder Konsum zur Verfügung, völlig unabhängig von der Art der Finanzierung. In diesem Sinne erscheint es irrelevant, ob Haushalte Verzicht

üben, weil der Staat sie durch Steuern dazu zwingt, oder sie freiwillig verzichten, weil sie Staatsschulden kaufen.

Dabei macht diese Art der Argumentation zwei kritische Vereinfachungen. Erstens verwendet sie einen groben Generationenbegriff, der Hundertjährige und Neugeborene in einen Generationentopf wirft, und zweitens vergisst sie, dass der Erwerb von Staatsschulden im Gegensatz zum Zahlen von Steuern freiwillig erfolgt. Das heißt, dass Haushalte sich durch den Kauf von Staatsschulden besserstellen müssen, als wenn sie sich nicht an der Finanzierung der Staatsausgaben beteiligt hätten.

Will man wirklich über generationenübergreifende Umverteilung nachdenken, braucht man einen differenzierteren Generationenbegriff, der zu jedem Zeitpunkt zumindest eine Unterscheidung zwischen Jungen und Alten erlaubt. Werden Staatsausgaben durch Steuern finanziert, so beteiligen sich heute Junge und Alte entsprechend ihrem Anteil am Steueraufkommen. Werden Staatsausgaben durch neue langfristige Schulden finanziert, so haben die Alten, jedenfalls aus egoistischem Motiv, keine Veranlassung, sich an der Finanzierung zu beteiligen, da sie mit großer Wahrscheinlichkeit die Rückzahlung nicht erleben und die meisten Menschen ohnehin im Alter kein weiteres Vermögen aufbauen. Vielmehr sind es die Jungen, die Staatsanleihen in der Absicht kaufen, für ihr Alter und für Risiken vorzusorgen.

Der Spezialfall der „Ricardianischen Äquivalenz“

Die Jungen sind es also, die heute mit Konsum- und Investitionsverzicht die Staatsausgaben in der Erwartung finanzieren, dafür in der Zukunft kompensiert zu werden, wenn sie selbst alt sind. Werden in der Zukunft Staatsschulden oder Zinszahlungen fällig und müssen durch Steuern finanziert werden, erleben dies die heute Alten nicht mehr. Die heute Jungen sind alt, und es gibt eine neue Generation von Jungen, welche die fälligen Steuern zusammen mit den dann alten heutigen Jungen tragen müssen. Relativ zur Steuerfinanzierung stellen sich die heute Alten besser und die zukünftige Generation schlechter. So führt Schuldenfinanzierung zu einer Umverteilung zwischen den Generationen.

Vereinfacht gesagt, kommt es bei Staatsschuldenfinanzierung nur dann nicht zu einer intergenerationalen Umverteilung, wenn auch die heutigen Alten Staatsschulden aufkaufen, in der Absicht, sie an die morgen lebende Generation zu vererben, und zwar exakt in der Höhe, in der diese dann zusätzliche Steuern zahlen müssen. In diesem Spezialfall, den Ökonomen nach seinem Entdecker David Ricardo (1820) „Ricardianische Äquivalenz“ nennen, gibt es zwischen Schulden- und Steuerfinanzierung tatsächlich keinen Unterschied und auch keine intergenerationale Umverteilung.

An dieser Stelle sei die Nebenbemerkung erlaubt, dass es im historischen Kontext nicht ohne Ironie ist, wenn heute manche Vertreter einer sonst eher keynesianisch geprägten Wirtschaftspolitik implizit auf das ricardianische Argument zurückgreifen. Denn Ricardianische Äquivalenz gilt seit den Arbeiten des Ökonomen Robert Barro in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts als wichtigstes Argument gegen die Wirksamkeit schuldenfinanzierter keynesianischer Konjunkturpolitik. Wenn nämlich Steuer- und Schuldenfinanzierung äquivalent sind, dann kann es keinen Vorteil darin geben, in Rezessionen „deficit spending“ zu betreiben.

Aus Sicht der heutigen Forschung erscheint Ricardianische Äquivalenz eher als theoretisch interessantes Konstrukt, denn als empirisch relevanter Fall. Selbst wenn einige Alte die zu erwartende höhere Steuerlast der nachfolgenden Generationen aus selbstlosen Motiven ausgleichen und mehr vererben wollen, sind diese Motive sicherlich in der Bevölkerung ungleichmäßig ausgeprägt. Man kann wohl gefahrlos unterstellen, dass insbesondere Kinderlose im Alter selten in Vererbungsabsicht sparen.

Überraschende Mehrausgaben

Anhänger der These, dass Schulden keine intergenerationale Wirkung hätten, ignorieren aber nicht nur die beschriebene Umverteilung durch das Verschieben von Steuerlasten zwischen Generationen, sondern auch die sogenannte Zusatzlast der Besteuerung. Steigt zum Beispiel die Steuer auf Arbeit, wird sich mancher entscheiden, weniger zu arbeiten. Dadurch geht das Einkommen um mehr zurück als den Betrag der fälligen Steuern. Diese Zusatzlast von Steuern kann durch Schulden ebenfalls über die Zeit verschoben und somit

auch über Generationen verteilt werden. Damit eröffnet die Möglichkeit der Schuldenfinanzierung die Frage, zu welchem Zeitpunkt man die Zusatzlast der Steuern anfallen lassen möchte?



Christian Bayer (42) ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Makroökonomik und Ökonometrie an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. :Bild: privat

Typischerweise steigt die Zusatzlast überproportional mit der Höhe der Steuer, weshalb es ratsam ist, überraschende Mehrausgaben wie für eine Pandemie möglichst gleichmäßig über die Zeit zu strecken, also tatsächlich über Schulden zu finanzieren. Dies heißt aber im Umkehrschluss, dass dadurch eben auch zukünftige Generationen an den Kosten der heutigen Krise beteiligt werden. Mit anderen Worten: Wir vererben nicht nur Schulden und Vermögen, sondern auch möglicherweise kostspielige Verteilungskonflikte.

Wie sehr die Zusatzlast der Besteuerung tatsächlich auf zukünftige Generationen verschoben wird, hängt zentral am Zins und an der Wachstumsrate der Volkswirtschaft, so dass das gegenwärtig niedrige Zinsniveau, wie erwähnt, ein zweites Argument für Schuldenfinanzierung liefern kann. Typischerweise tilgen Staaten nämlich ihre Schulden nie, sondern lösen stets alte durch neue Schulden ab. Ist der Zins größer als die Wachstumsrate, würde die Staatsschuld relativ zum Bruttoinlandsprodukt explodieren, wenn auch die jährlich anfallenden **Zinsen** mit neuen Schulden beglichen würden. Um es in der Terminologie unserer „neuen Normalität“ auszudrücken: das Verhältnis von Zins zur Wachstumsrate legt quasi den „R-Wert“ der Staatsschulden fest. Liegt R über eins, wachsen die Schulden exponentiell an. Irgendwann muss man dann „einen Lockdown machen“, also Steuern erheben, um zumindest die Zinsen auf die Schulden zu bedienen – zu dann deutlich höheren steuerlichen Zusatzlasten. In dieser Konstellation erscheint es also ratsam, den Schuldendienst nicht auf ultimo zu verschieben.

In den vergangenen zehn Jahren aber waren die Zinsen auf Staatsschulden deutlich unterhalb der Wachstumsrate. In diesem Fall reduziert sich das Verhältnis von Schulden zum Bruttoinlandsprodukt über die Zeit von allein, selbst wenn wir Zinszahlungen mit neuen Schulden begleichen. Um in epidemiologischer Terminologie zu bleiben: R ist so stark unter eins, dass wir keinen Schulden-Lockdown brauchen.

Kann man Risiken einpreisen?

Auf den zweiten Blick kann dieser Schluss aber trügen, da – vielleicht überraschenderweise – der Zins auf Staatsschulden hier nicht der einzig relevante Zins ist. Er beinhaltet nämlich keine Risikoprämie. Staatsschulden versprechen unabhängig vom wirtschaftlichen Umfeld sichere Zahlungen.



Philip Jung (44) hat einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Dortmund. :Bild: privat

Die Zusatzlast der Besteuerung hängt hingegen von den Unwägbarkeiten der Zukunft ab. So galt Deutschland noch vor zwanzig Jahren als „kranker Mann Europas“, und von den zwei verlorenen Dekaden Italiens war noch wenig zu spüren. Die Sparanstrengungen Italiens erschienen ob seiner Aussichten als völlig hinreichend. Zwanzig Jahre später, nach anhaltend niedrigem Wachstum, erscheinen die italienischen Staatsschulden heute schwer tragbar, und die mit dem Zins verbundene Zusatzlast der Besteuerung schränkt die Fähigkeit des italienischen Staates ein, mit der pandemischen Krise umzugehen. Auch wenn Deutschland in den vergangenen zwei Dekaden eine relativ günstige wirtschaftliche Entwicklung genommen hat, darf man diese nicht zwingend extrapolieren. Man erinnere sich nur mit Demut, wie günstig wir, im Vergleich zu Italien, durch die erste pandemische Welle gekommen sind und wie falsch die Erwartungen von so manchem in Bezug auf die zweite Welle deshalb waren.

Wie kann man aus ökonomischer Sicht Risiko sinnvoll einpreisen? Eine Möglichkeit, die Risikoprämie angemessen abzuschätzen, kann darin bestehen, nicht auf den Zins von sicheren Staatsanleihen, sondern auf die Rendite von Aktienmärkten zu schauen. Die Erträge dort sind schließlich mit der gleichen Art von Unsicherheit verbunden wie Aussagen über die zukünftige Zusatzlast der Besteuerung. Anders als Zinsen auf Staatsanleihen sind die Aktienrenditen über die vergangenen Dekaden kaum gefallen und liegen noch immer über der Wachstumsrate der Volkswirtschaft. Dieses aus fiskalischer Sicht ungünstigere Verhältnis von risikoangepasstem Zins zur Wachstumsrate würde nahelegen, dass der Staat aus Vorsichtsgründen die in der Pandemie aufgelaufenen Schulden zügig abbaut, weil unter marktgerechter Bewertung der Risiken die Zusatzlasten der Besteuerung doch nicht verschwinden, wenn man sie in die Zukunft schiebt.

Allerdings überschätzt der gemessene Renditeunterschied zwischen Staatsanleihen und Kapitalanlagen, was eine angemessene Risikoprämie wäre. Staatsanleihen und Kapitalanlagen sind aus Sicht der Haushalte auch jenseits des gesamtwirtschaftlichen Risikos keine perfekten Substitute. Ihr Renditeabstand ergibt sich auch daraus, dass Staatsanleihen wesentlich flüssiger (liquider) sind als viele andere Kapitalanlagen wie zum Beispiel Häuser. Daher sind Anleger bereit, Staatsanleihen trotz niedrigerer Rendite in ihre Portfolios aufzunehmen. Dies führt dazu, dass der Staat, nicht nur weil er Risiken trägt, mit niedrigeren Zinsen kompensiert wird, sondern auch dafür, dass er dem Markt Liquidität bereitstellt. Die so vom Staat erzielte Liquiditätsprämie vergütet einen echten Mehrwert, das vom Staat produziert Gut „Liquidität“.

Je mehr Liquidität durch die Ausweitung des Angebotes an Staatsanleihen zur Verfügung gestellt wird, desto höher wären zunächst die Einnahmen, fiel nicht gleichzeitig die Liquiditätsprämie. Dementsprechend gibt es ein Volumen an Staatsschulden, das die Einnahmen aus der Bereitstellung von Liquidität maximiert. Es gibt also im Vergleich zu dieser Menge ein Zuviel und ein Zuwenig an Staatsschulden. Werden zu wenige Staatsschulden angeboten, fehlen dem privaten Sektor Liquidität und dem Staat Einnahmen. Als Dauerzustand belastet so eine starke Verknappung von Staatsanleihen alle Generationen. Bis zu dem die

Einnahmen maximierenden Punkt gibt es keinen intergenerationalen Konflikt. Werden hingegen deutlich mehr Staatsschulden angeboten, sinkt die Liquiditätsprämie, und die Zinsen steigen, so dass die Zusatzlast aus der Finanzierung der Staatsschulden zunimmt.

Wo genau dieser Punkt liegt, ist schwer zu schätzen. Sicherlich stieg seit der Finanzkrise 2008 die Nachfrage nach staatlich bereitgestellter Liquidität sprunghaft an, so dass die kritische Menge an Staatsschulden angestiegen ist, unter die zu gehen alle Generationen belastet. Aktuelle Schätzungen legen nahe, dass Deutschlands gegenwärtige Staatsschuldenquote dicht an dieser kritischen Menge ist. Daraus würde folgen, die Rückzahlung der Pandemieschulden sehr langfristig zu strecken.

Helpen die niedrigen Zinsen?

Während die Liquiditätsprämie, die der Staat erzielen kann, eine spezielle Eigenschaft von Staatsschulden ist, lassen sich die zuvor skizzierten Verteilungswirkungen zwischen den Generationen auf die gesamte Nettovermögensposition des Staates ausdehnen, also auf die Summe aller Vermögensgegenstände im Staatsbesitz abzüglich seiner Schulden. Es macht offensichtlich einen Unterschied, ob sich der Staat verschuldet, um, wie in der Krise geschehen, Unternehmen Geld zu leihen oder um ihnen direkte Transfers zu geben. Im ersten Fall sinkt die Nettovermögensposition weit weniger als im zweiten Fall, mit entsprechend geringeren intergenerationalen Auswirkungen, auch wenn das gleiche Volumen an Staatsschulden begeben wird.

Diese Überlegung steht hinter der Forderung, eine Schuldenfinanzierung nicht nur für Finanzinvestitionen, sondern für alle Investitionen des Staates zu ermöglichen. Gerade weil die Zinsen auf Staatsschulden heute so niedrig sind, erscheinen dann viele mögliche Investitionsprojekte des Staates als lohnend und gegebenenfalls sogar trotz Schuldenfinanzierung als eine Entlastung zukünftiger Generationen. Aber auch hier gelten die zuvor gemachten Punkte: Der risikolose Zinssatz auf Staatsschulden ist nicht der richtige Zinssatz, um Investitionen des Staates zu bewerten, die auch mit Risiken verbunden sind und meist noch viel illiquider sind als private Investitionen.

Wachstumsrisiken gilt es ebenfalls zu berücksichtigen. Auch wenn wir heute notwendige Investitionen durchführen müssen, um den Klimawandel zu verlangsamen, kann es gut sein, dass die nachfolgenden Generationen noch höhere Investitionssummen stemmen müssen, weil sie gleichzeitig den CO₂-Ausstoß weiter senken und die Folgen der Erderwärmung abfedern müssen. Dann will man ihnen vielleicht nicht noch die Zusatzlast der Besteuerung aufbürden und eben deshalb die heutigen Investitionen nicht mit Schulden finanzieren.

Anders ausgedrückt: Die Entscheidung, heutige Ausgaben mit Steuern oder Schulden zu finanzieren, ist auch bei niedrigen Zinsen nicht trivial, da eine Schuldenfinanzierung sowohl zwischen heute lebenden Generationen als auch über Generationengrenzen hinweg umverteilt. Es macht in der Gesamtschau weder Sinn, Staatsschulden zu verteufeln und sie aus dem Spektrum sinnvoller Politikoptionen zu nehmen, noch ist es hilfreich, diese Verteilungswirkungen zu verneinen oder als vernachlässigbar darzustellen.

Die Autoren

Christian Bayer (42) ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Makroökonomik und Ökonometrie an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Der Essener gehört zu einer Reihe jüngerer Ökonomen, die – noch – keine öffentlich sichtbaren Ämter als Politikberater haben. Die Frage, wie Deutschland auch wirtschaftlich gut aus der Pandemie kommt, hat sie aus dem Elfenbeinturm gelockt. Über Podcasts und Twitter gewinnen ihre Argumente zunehmend Einfluss.

Philip Jung (44) hat einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Dortmund. Zu den Forschungsschwerpunkten des in Freiburg (Diplom) und Frankfurt (Promotion) ausgebildeten Makroökonom gehören Arbeitsmärkte und Öffentliche Finanzen. Wie Ko-Autor Bayer wendet sich Jung nicht nur zu Fragen der Staatsverschuldung über Twitter engagiert, aber sachlich an ein breiteres Publikum, um für seine Erkenntnisse zu werben.

Warum Hegel kein Rassist war

Stand: 04:03 Uhr | Lesedauer: 9 Minuten

Von Klaus Vieweg



Schädellehre verspottete er als "Schädel-Leere": Hegel

Hat Hegel Afrikaner als „Noch-nicht-Menschen“ bezeichnet? Das behaupteten Kritiker im Hegeljahr. Sein Biograf Klaus Vieweg weist die Vorwürfe zurück – und erklärt, was Hegel wirklich über Rassismus dachte.

Um es vorweg unmissverständlich zu fixieren: Rassistische Auffassungen jeglicher Art und von wem auch immer vertreten, richten sich massiv gegen die Menschlichkeit und entbehren jeglicher Berechtigung und Begründung. Eine extreme, militante Form des Rassismus war ein Baustein der nationalsozialistischen Ideologie – die Herrschaft einer höheren ‚nordischen‘ Rasse wurde propagiert und praktiziert bis hin zu Vernichtungslagern und Völkermord.

Einer der Chefideologen des Dritten Reiches, Alfred Rosenberg – der ‚geistige Priester der Herrenrasse‘ (Robert H. Jackson) –, verkündigte in seiner typischen Nazi-Sprache den ‚Volkstod der Juden‘, den Holocaust. Hitler soll in seinen Tischgesprächen von 1940 Hegel attackiert haben, weil dieser die ‚Judenfrage‘ nicht als Problem der Rasse begriffen hätte. Bezeichnenderweise sah Rosenberg in Hegel einen höchst gefährlichen Feind der nationalsozialistischen Ideologie, nämlich einen ‚unvölkischen‘,

kosmopolitischen Denker, welcher der ‚wahren‘ völkisch-rassistischen Weltanschauung die idealistische Abstraktion des Menschen, den Gedanken der Gleichheit der Individuen entgegenstelle.

Hegels universalistisches Dogma einer allgemeinen Entwicklung der Menschheit müsse laut Rosenberg als ‚undeutsch‘ klassifiziert und scharf bekämpft werden. Der mit dem Nazi-Ungeist sympathisierende Carl Schmitt bemerkte triumphierend, dass Hegel mit Hitlers Machtübernahme endlich gestorben sei. Beide, Rosenberg wie Schmitt, hatten in Hegel einen bedrohlichen Feind ihres höchst gefährlichen, faschistischen Wahnwitzes identifiziert.

Im nationalsozialistischen Rassismus verbindet sich das Geschwätz von einer Herrenrasse und den anderen minderwertigen Rassen und Völkern mit einem militanten, barbarischen Antisemitismus und biologistischen, sogenannten rassentheoretischen Begründungsversuchen. Bemerkenswert ist nun, dass Rosenberg und Co. unter anderem auf drei Vorformen dieses Ungeistes aus der Zeit um 1800 zurückgreifen, auf drei Positionen, die ein damaliger Kritiker schon scharf attackiert hatte, nämlich Hegel.

Die Rasse-Urahnern der Nazis

Rosenberg bezieht sich auf den Restaurationsideologen Karl Ludwig von Haller, ‚Rassenkundler‘ vom Schlage eines Hans F. K. Günther (‚Rasse-Günther‘) und seiner Mitstreiterin Sophie Erhardt bedienen sich bei der alten Schädellehre, der Phrenologie und der Physiognomik (Franz Joseph Gall, Johann Caspar Lavater) und der fanatische Antisemitismus kann im Antijudaismus des Philosophen Jakob Friedrich Fries Anleihen aufnehmen. In seinem unsäglichen Machwerk „Ueber die Gefährdung des Wohlstandes und Charakters der Deutschen durch die Juden“ (1816) verlangte der ‚Heerführer der philosophischen Seichtigkeit‘ Fries, dass die Judenkaſte „mit Stumpf und Stiel ausgerottet werde“, man müsse sich „von dieser Pest befreien“, die Juden sollten wieder ein Abzeichen an der Kleidung tragen.

Jedenfalls hatte Hegel gegen die drei genannten Strömungen um 1800 rigorose, unmissverständliche Angriffe geführt und eben nicht nur energisch polemisiert, sondern – was hier entscheidend ist – fundamental wichtige und überzeugende philosophische Argumentationen vorgelegt. (Allein wegen seiner vehementen Ablehnung des Anti-Judaismus und seiner Hochschätzung der jüdischen Mitbürger und Freunde wie Heine, Gans und Mendelssohn-Bartholdy wäre er nach 1933 ins Exil gezwungen worden oder im KZ gelandet.)

Hegels Philosophie kommt aus europäischer Tradition, aber repräsentiert kein eurozentrisches Denken. Wahrheit im hegelschen Sinn ist nicht westlich oder östlich, weder europäisch noch asiatisch, nicht abend-

oder morgenländisch. Als Ausgangspunkt soll der Universalitäts-Paragraf 209 der „Rechtsphilosophie“ dienen: „Es gehört der Bildung, dem *Denken* als Bewußtsein des Einzelnen in Form der Allgemeinheit, daß Ich als *allgemeine* Person aufgefaßt werde, worin *Alle* identisch sind. *Der Mensch gilt so, weil er Mensch ist*, nicht weil er Jude, Katholik, Protestant, Deutscher, Italiener usf. ist.“

An anderen Stellen in Hegels „Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften“ heißt es: „Aus der Abstammung kann aber kein Grund für die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Menschen zur Freiheit und zur Herrschaft geschöpft werden. Der Mensch ist an sich vernünftig; darin liegt die Möglichkeit der Gleichheit des Rechts aller Menschen – die Nichtigkeit einer starren Unterscheidung in berechtigte oder rechtslose Menschengattungen.“ Man kann aus der Abstammung keine Überlegenheit oder Herrschaft ‚der einen Menschengattung über die andere‘ herleiten. Der Mensch ist als solcher, als dieses allgemeine Ich, zur Freiheit berechtigt, darin liege die Anerkennung der ewigen Menschenrechte.

Im Zentrum steht die Frage nach der Gleichheit des Rechts aller Menschen. Jedenfalls betont Hegel, dass aus der Abstammung kein Grund für eine Berechtigung oder Nichtberechtigung von Menschen hervorgehe. Hegels Ablehnung jeglichen Unrechts ist keineswegs kulturell, ethnisch oder durch andere natürliche Unterschiede bedingt. Unrecht und Inhumanität werden unabhängig vom „Ort“ des Geschehens bekämpft. Verfassung Thüringens: „Niemand darf wegen seiner Herkunft, seiner Abstammung, seiner ethnischen Zugehörigkeit [...] bevorzugt oder benachteiligt werden.“

Hegel betont die Nichtigkeit einer Differenz zwischen Berechtigten und Rechtlosen, entscheidend ist das Prinzip der Rechte *aller* aufgrund ihres Menschseins. Die Berechtigung, das *absolute, unantastbare* Recht, Rechte zu haben, ist unabhängig davon, ob man Grieche, Römer, Jude, Chinese, Inder, Afrikaner, Inka oder Azteke ist, unabhängig von Geschlecht, Alter, Hautfarbe etc. etc.

Darwinismus war für Hegel Fanatismus

Karl Ludwig von Haller verlangte um 1820 die Befolgung des ‚natürlichen Gesetzes‘, Verfassung und Gesetzgebung seien überflüssig. Sein Hauptgrundsatz zur ‚unabänderlichen Ordnung Gottes‘ lautete, dass, wie im Unbelebten das Größere das Kleinere, das Mächtigere das Schwache verdränge, so auch unter den Tieren und unter den Menschen dasselbe Gesetz wiederkomme‘. Hegel sieht darin den völligen Mangel an Gedanken und gefährlichen Fanatismus: Statt Denken und Vernunft, statt der Macht des Gerechten und Sittlichen propagiert Haller die Fundierung auf die ‚zufällige Naturgewalt‘, auf zufällige Naturbestimmtheit.

Bei Rosenberg hört sich dies ähnlich an: ‚Das Gesetz der Natur will, dass der Bedeutendere über den Geringeren herrsche‘. Diese Bedeutenderen und Größeren sind die Angehörigen einer angeblichen Herrenrasse, der ‚nordischen Rasse‘, die sich dann laut der Rassenlehren durch *zufällige, willkürlich angenommene Naturbestimmungen* wie z. B. Gesicht, Schädel, Hautfarbe, Augen oder Figur gegenüber den ‚Untermenschen‘ auszeichnen. Die ‚Rasse-Kopf-Schädel‘-Systematik hält phänotypische (äußerliche) Kennzeichen verschiedener Menschengruppen fest und versucht darauf eine von höheren und niederen Rassen zu behaupten.

Die Jenaer Erklärung von 2019 („Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung“) betont ebenfalls, dass die Rassenlehre auf willkürlich herausgegriffene Merkmale basiert, woraus ohne jegliches Argument auf ‚biologisch höher und tiefer stehende Menschengruppen‘ geschlossen wird. In diesem Zusammenhang nehmen die Rassenideologen Anleihen bei Haller und den früheren Schädellehrern, Phrenologen und Physiognomikern wie Gall, Lavater oder Peter Camper – es ging um Phänotypen der Menschen, um ‚Schädelform und Antlitzbildung‘.

Das ‚rassenpolitische‘ Amt der NSDAP konfrontiert dann ‚nordische‘ Gesichter mit denen von anderen – mit der biologistischen, auf die Differenz von Schädel- und Gesichtsformen bezogenen These: „Sollten in diesen verschiedenen Körpern die gleiche Seele und der gleiche Geist wohnen?“

Nun hatte Hegel gerade dieses pseudotheoretische Gebräu heftig in die Schranken gewiesen und treffend die Schädellehre als ‚Schädel-Leere‘ karikiert und attackiert. Entscheidend hier das bekannte Lehrstück in Hegels Jenaer „Phänomenologie des Geistes“ über *Physiognomik und Schädellehre*. Die Protagonisten der letzteren fassen vorschnelle, unzulässige Urteile über den Zusammenhang des Natürlichen und des Charakters des Menschen. Der Versuch diese natürliche Physiognomik zum Wissen zu erheben, bleibt unhaltbar und ‚bodenlos‘.

Gegen Biologismus

Der Kausalzusammenhang von Schädel und Geist – so Hegel diametral gegen die genannte NSDAP-Propaganda-These – muss zwingend wegfallen, ähnlich wie aus der Form der Weinbeere nicht auf den Geschmack des Weines geschlossen werden kann. Hegel vergleicht das Urteilen dieser Schädel- und Gesichts-Beobachterei spöttisch mit der Feststellung: „Es regnet allemal, wenn wir Jahrmarkt haben.“

Das wahre Sein des Menschen zeigt nicht sein Schädel oder sein Gesicht, sein natürliches Aussehen, sondern besteht in der Ganzheit seines Tuns, seiner Handlungen, eben nicht in einer *zufälligen, willkürlich benannten* Naturbestimmtheit, die Willkür ist laut Hegel ‚die Zufälligkeit in Gestalt des Willens‘.

Hegels Argumentation bietet so die ‚stärkste und vernichtende Barriere‘ gegen diese biologistischen Positionen, gegen die Physiognomiker. „Hegel will make the most persuasive arguments“, konstatiert der amerikanische Germanist Richard T. Gray in seiner Studie „About Face. German Physiognomic Thought from Lavater to Auschwitz“.

Hegels Begriff von Rasse

Wenn Hegel in eigenen Papieren von Rasse spricht, ist von ‚sogenannten Rassen‘ die Rede – ‚was die Rassenverschiedenheit der Menschen genannt worden ist‘. Diese Differenzen betreffen ausdrücklich ‚nicht die Vernünftigkeit der Individuen selbst‘, sie begründen keinesfalls ‚eine ursprüngliche Verschiedenheit *in Ansehung der Freiheit und Berechtigung*‘. Die Unterschiede gehen auf die Mannigfaltigkeit natürlicher und kultureller Entwicklungsprozesse in verschiedenen Regionen zurück, auf Anpassungen an bestimmte Lebensorte zurück (‚Natur der geographischen Weltteile‘).

Diese Vielfalt der ‚besonderen Natur des Menschen‘, der ‚geographisch getrennten Populationen‘, ist niemals Grund für *unterschiedliche Rechte* der Betreffenden. Die Jenaer Erklärung von 2019 verweist bezüglich der Unterschiede von Populationen und deren Klassifikation auf die ‚wandelbare biologische Anpassung an die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten‘ die ‚keine genetisch (biologisch) fixierten Persönlichkeitsmerkmale‘ hervorrufen.

Hegel konstatiert die sehr unterschiedlichen Entwicklungsprozesse der Regionen mit ihren erheblichen Differenzen in der Art und ‚Geschwindigkeit‘ der Entfaltung von Rechts- und Staatsstrukturen, im Fortschreiten von Freiheit (Freiheit als dem Innersten des Menschen) hin zur *Freiheit aller*, unabhängig von ihrer zufälligen Naturbestimmtheit. Sein universalistischer Grundgedanke der *allgemeinen* Freiheit, der sich gegen Judenhass, gegen die Entrechtung ethnischer Gruppen, gegen die Diskriminierung aufgrund natürlicher Differenzen richtet, kann Argumente für den berechtigten Kampf gegen jede noch bestehende Spielart des Rassismus bereitstellen.

Als moderne Gesellschaft kann im Sinne Hegels nur eine solche Gemeinschaft gelten, welche die Freiheit und das Recht *aller* Individuen garantiert. Für heutige Rassisten würde Hegels beißende Diagnose wohl lauten: Völliger Mangel an Vernunft, Abwesenheit des Denkens – gefährliche *Schädel-Leere*.

Klaus Vieweg ist Professor für klassische deutsche Philosophie in Jena und einer der weltweit führenden Hegel-Experten. Zum Jubiläum erschien seine Biografie „Hegel. Der Philosoph der Freiheit“ (C. H. Beck).



Hegel als Held der Freiheit: Philosophieprofessor Klaus Vieweg

Quelle: picture alliance / dpa

Zum Hintergrund der Debatte

Gleich drei neue Biografien und zahlreiche Feuilletonartikel haben im Jahr 2020 den 250. Geburtstag des Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel gefeiert. Im Kontext des Jubiläums machte aber auch der Zeitgeist der „Cancel Culture“ vor Hegel nicht halt. Dabei wurden seit Karl R. Popper einschlägige Rassismuskorrekturen gegen Hegel reanimiert.

„Es gibt Äußerungen aus den Vorlesungen von Hegel, in denen er sich durchaus rassistisch äußert“, sagte die FU-Philosophin Dina Emundts, zugleich Präsidentin der Internationalen Hegel-Vereinigung, beim offiziellen Hegel-Festakt in Stuttgart. Sie erklärte: „Rassist sein und gleichzeitig Menschenrechte für alle Menschen fordern ist kein Widerspruch. Sowohl Kant als auch Hegel haben das gemacht.“

Auch der Sozialphilosoph Axel Honneth und die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann bemerkten im Hegel-Jahr kritisch, dass Hegel die im 19. Jahrhundert gängige kolonialistische Vorstellung teile, wonach die Afrikaner durch die Europäer zivilisiert werden müssten. „Für ihn ist der Afrikaner ein Noch-nicht-Mensch“, schrieb Assmann in der „Süddeutschen Zeitung“ über Hegel. Der Jenaer Philosophie-Professor und Hegel-Experte **Klaus Vieweg** widerspricht diesen Rassismuskorrekturen. Hegel habe den geistigen Ahnen der NS-Rassentheoretiker schon um 1800 vehement Paroli geboten.

<https://www.atlantico.fr/decryptage/3594981/2020-1-annee-du-nauffrage-de-l-universite-francaise-education-enseignants-ideologie-samuel-paty-sciences-po-lille-universite-d-aix-marseille-vincent-tournier#comment-wrapper>

BILAN DE L'ANNÉE 2020

2020, l'année du naufrage de l'université française

A l'occasion de la fin de l'année, Atlantico a demandé à ses contributeurs les plus fidèles de dresser un bilan de cette année 2020. Vincent Tournier revient sur les différentes polémiques et sur les enjeux idéologiques au cœur du monde universitaire.

Avec Vincent Tournier

L'année 2020 se termine par un fait divers aussi consternant que celui par lequel elle a commencé. Le 8 décembre, le site *Mediapart* a diffusé l'extrait d'un cours de droit diffusé en visioconférence le 27 octobre, soit onze jours après l'assassinat de Samuel Paty. Dans cet extrait, une enseignante de la faculté de droit d'Aix-Marseille tient le discours suivant à des étudiants de Master : « *L'un des plus grands problèmes qu'on a avec l'islam, et ce n'est pas le seul malheureusement, c'est que l'islam ne reconnaît pas la liberté de conscience. C'est quand même absolument terrifiant* ». L'enseignante poursuit : « *La décapitation d'un professeur d'histoire-géographie qui a dit et fait ce qu'il avait le droit et le devoir de faire, vient de là. On n'a aucune liberté de conscience en islam ! Donc, si on naît d'un père musulman, on est musulman à vie. Une sorte de religion sexuellement transmissible, je n'ai jamais compris. On dirait du judaïsme, c'est pareil, c'est par la mère. Une sorte de MST, de RST, de religion sexuellement transmissible* ».

Lorsqu'Edwy Plenel, le directeur de *Mediapart*, a diffusé cette vidéo sur twitter, il n'a pas fait dans la dentelle : « *une prof de droit a tenu des propos islamophobes (...) comparant l'islam à une MST puis à une RST religion sexuellement transmissible* ». Cette présentation déformée et fallacieuse a sonné le début de la curée. Les médias ont relayé sans scrupules l'accusation d'islamophobie, faisant mine d'oublier que cette étiquette transforme aujourd'hui une personne en cible humaine, surtout lorsque son nom est rendu public, ce qui a été fait par plusieurs médias, dont au moins une chaîne publique.

Pour se donner bonne conscience, les médias ont précisé que l'enseignante en question s'était jadis opposée au mariage gay, preuve supplémentaire de sa perfidie. Pas de pitié, donc. La Ligue des droits de l'homme a porté plainte pour « *injure raciale* » et le parquet d'Aix-Marseille a ouvert une enquête préliminaire pour le même motif.

Durant cette déferlante médiatique, le monde universitaire a été fidèle à sa réputation : il est resté désespérément silencieux. Silence radio de la part des syndicats ou des institutions telles la Conférences des présidents d'université (CPU). Pas un mot pour défendre la liberté de l'enseignement, le droit à l'image ou le droit de critiquer les religions. Personne ne s'est risqué à faire remarquer que l'enseignante avait soulevé un vrai problème sur la liberté de conscience dans l'islam et le judaïsme, voire sur la manière dont ces religions conçoivent la transmission des identités culturelles. Dans la France de 2020, ce n'est plus seulement le blasphème qui est condamné, c'est la vérité elle-même. L'enseignante vit désormais sous protection policière.

Revenons maintenant au début de l'année. Le 20 janvier, le directeur de Science Po Lille décidé d'annuler une conférence qui devait se tenir deux jours plus tard sur le thème « *A droite, où en sont les idées* ». Deux personnalités étaient au programme : l'avocat Charles Consigny (qui fut un temps animateur dans l'émission « *On n'est pas couché* » de Laurent Ruquier) et le journaliste Geoffroy Lejeune, directeur de la rédaction de *Valeurs actuelles*. Le directeur de l'IEP de Lille justifie sa décision en expliquant que la participation de Geoffroy Lejeune n'est « *pas souhaitable* ». « *Il ne s'agit pas pour moi de juger ou*

d'évaluer les idées de cette personne mais simplement de partir d'un constat : le journal pour lequel elle travaille a été condamné en 2015 pour des faits particulièrement graves après la publication d'un dossier dont il avait été l'un des auteurs ». Cette posture juridico-morale est bien commode mais elle soulève de nombreux problèmes. Le directeur de l'IEP entend-il agir de la même façon avec tous les journaux qui ont été condamnés un jour par la justice, ce qui a dû arriver à la plupart d'entre eux, à commencer évidemment par Charlie Hebdo ? Depuis quand une condamnation judiciaire signifie-t-elle qu'un journal doit être interdit, et a fortiori que ses journalistes sont définitivement privés du droit de s'exprimer ? Que l'on sache, les condamnations judiciaires ne marquent pas une mort civique, surtout à une époque où l'on plaide pour le maintien du droit de vote des détenus. On se gardera aussi de rappeler que la Cour de cassation a relaxé Valeurs actuelles pour une condamnation prononcée en 2013 dans un autre dossier, sur l'islam cette fois, ce qui montre que le droit peut donner lieu à diverses interprétations, surtout en matière de liberté d'expression. Enfin, on aimerait savoir quelle attitude le directeur de l'IEP de Lille entend adopter à l'égard des journaux tels que Télérama, Le Monde, Libération ou Mediapart, qui ont fait la promotion de Medhi Meklat, de Tariq Ramadan ou du CCIF, dont le rapport au droit est pour le moins discutable. Dans l'affaire de la conférence annulée à science po, le trouble est d'autant plus grand que le directeur de l'IEP a été amené à participer à plusieurs reprises au congrès de l'UOIF à Lille, où il a dû croiser Tariq Ramadan et les sbires du CCIF. Etrange dissymétrie : d'un côté, contribuer à banaliser les Frères musulmans ne pose aucun problème mais de l'autre donner la parole à Valeurs actuelles est inenvisageable.

Ces deux affaires ne sont pas anodines. Elles constituent des révélateurs qui donnent un aperçu de l'ampleur du désastre dans lequel a sombré une partie de l'université française. Avec un temps de retard sur les Etats-Unis, les mêmes problèmes sont désormais parmi nous. De nouvelles idéologies ont prospéré et se sont installées. Portées par une virulence qui rappelle les heures sombres de la Guerre froide, ces idéologies donnent le ton et règnent en maîtres. Les départements de sciences sociales et politiques consacrent désormais une grande partie de leur énergie et de leurs moyens à des sujets très connotés : le genre, l'intersectionnalité, le décolonial, le « racisme systémique », les violences policières, les discriminations. Seuls ces sujets sont jugés dignes d'intérêt car ils permettent de dénoncer les travers dont est censé souffrir notre pays, tout en passant sous silence ceux qui concernent les minorités.

Pour tous ces sujets, on est très loin d'un simple débat critique : on est dans le procès permanent, celui de la France, de son histoire, de ses valeurs, de ses mœurs. Les analyses objectives sont phagocytées par une entreprise de dénonciation dont les résultats sont courus d'avance. Nombre de chercheurs sont devenus des militants et des inquisiteurs. Ils se croient en lutte contre l'intolérance et le racisme mais ils deviennent parfois les maîtres de l'intolérance ; ils croient éclairer la société, ils ne font que l'aveugler. La pensée déviante est impitoyablement traquée et vilipendée, si bien que la masse des enseignants se tait, par peur ou par complicité tacite. Les voix discordantes sont écrasées sous des tombereaux d'injures par une foule de procureurs au petit pied. Au vocabulaire abscons et ésotérique qu'ils se complaisent à employer vient s'ajouter une écriture inclusive devenue la norme, y compris dans les documents administratifs : elle incarne à elle seule la victoire du camp autodésigné progressiste.

Face à ce rouleau compresseur idéologique, une réaction courageuse s'est esquissée après la mort de Samuel Paty. Une tribune a été signée dans le journal *Le Monde* par une centaine d'universitaires pour dénoncer le déni et la complaisance à l'égard d'une [réalité aussi terrifiante que dérangeante qu'est l'islamisme](#). Un site a été créé dans la foulée [pour organiser une timide résistance](#). Mais cette tribune a vite été balayée par une puissante réaction. Les contre-tribunes et les contre-pétitions se sont enchaînées, animées par une haine tenace à l'égard de ce qui est perçu comme du déviationnisme. Par un effet classique d'inversion des rôles, les rois de la chasse aux sorcières se sont présentés comme les victimes d'un nouveau maccarthysme. L'histoire ne leur a rien appris : ils se voient comme le rempart contre le fascisme mais ils sont incapables d'identifier les vrais ressorts du totalitarisme et, faute de voir celui-ci à l'œuvre sous leur propre nez, ils lui offrent un boulevard.

Certes, ce naufrage de l'université française n'a pas commencé en 2020, mais l'histoire retiendra sans doute que c'est en 2020 qu'il s'est révélé dans toute son ampleur. L'assassinat de Samuel Paty, qui a traumatisé les enseignants du secondaire, a laissé les universités dans une profonde indifférence, comme l'annonçait Michel Houellebecq dans son livre *Soumission* publié le 7 janvier 2015, jour des attaques contre Charlie Hebdo. Après l'assassinat de Samuel Paty, les hommages ont eu lieu, mais ils étaient convenus et

minimalistes, se contentant généralement de vanter la liberté d'expression, celle-là même que l'affaire de l'université d'Aix-Marseille vient de fouler consciencieusement aux pieds. Dans ces hommages, il n'a nulle part été question de sursaut civique, de mobilisation collective, de lutte contre ce nouveau fanatisme qui se déploie dans notre pays et dans le monde. Le communiqué de la CPU évoque succinctement la laïcité mais se garde bien d'évoquer les mots qui fâchent [comme l'islamisme, le fanatisme ou le blasphème](#). La CPU aura un communiqué bien plus ferme et plus prolix pour dénoncer l'accusation lancée par Jean-Michel Blanquer [concernant la diffusion de l'islamo-gauchisme sur les campus](#). Dans le meilleur des cas, les universitaires entendent rester loin de tout ceci, comme on a pu le voir avec le refus d'être [associés de quelque manière que ce soit à la détection de la radicalisation](#).

La mort de Samuel Paty n'a donc rien changé. Ce drame sanglant se clôt par une triste réalité : les Lumières, l'esprit scientifique, le progrès et, surtout, le combat contre le fanatisme et l'obscurantisme désertent progressivement les amphes au profit des idéologies post-modernes fondées sur le respect de toutes les croyances. Assurément, c'est un long et difficile travail qui attend les républicains du XXIème siècle. Mais pour mener à bien ce travail, il ne faudra pas compter sur les universitaires.

HANKS WELT:

Der Brexit ist kein Betriebsunfall

- VON RAINER HANK
- -AKTUALISIERT AM 28.12.2020-11:03



Der Austritt der Briten aus der EU hat seinen Ursprung nicht einfach im erstarkten Populismus. Er hat viel mit uns Deutschen und der Geschichte der Gemeinschaft zu tun.

Was geschah am 16. September 1992 in London? Hilft die Information, dass der Tag als „Schwarzer Mittwoch“ in die Geschichte eingegangen ist? Bei mir fiel kein Groschen, als ich zum ersten Mal auf dieses Datum hingewiesen wurde. Ich fürchte, in Deutschland geht das vielen Zeitgenossen so. Dabei gilt dieser Tag für die Briten als „die schwerste Demütigung seit Suez“. Die Suez-Krise 1956/57, dies erinnern wir aus der Serie „The Crown“, ist ein zentrales Datum des Niedergangs des britischen Empires. Aber der „Schwarze Mittwoch“?

An diesem Tag wurde England von der Europäischen Gemeinschaft gezwungen, aus dem Europäischen Wechselkursmechanismus auszuschneiden – was technisch klingt, dem Land aber eine Abwertung seiner Währung und Verluste von rund 3,3 Milliarden Pfund bescherte. Die Zustimmung zur Regierung der Konservativen und zu Premierminister John Major schrumpfte von 42 auf 29 Prozent. Die Schuld für diese Demütigung gab man der Deutschen Bundesbank, die nicht bereit war, den Briten mit einer Zinssenkung zu Hilfe zu kommen, und der Bundesregierung, die sich seit der Wiedervereinigung nach Ansicht vieler Briten als verantwortungsloser Hegemon in Europa aufspielte. Der Spekulant George Soros hatte früh den richtigen Riecher und erfolgreich gegen das Pfund gewettet.

Aus der Geschichte des „Schwarzen Mittwochs“ lässt sich einiges lernen. Zunächst, dass Traumata länger im kollektiven Gedächtnis haften bleiben als Siege. Damit könnte es zusammenhängen, dass wir Deutschen große Schwierigkeiten haben, Verständnis für den Austritt der Briten aus der EU aufzubringen. Vorwurfsvoll tönt es bis heute, wie man nur so töricht sein könne, aus falsch verstandenem Nationalstolz auf all die Segnungen der EU zu verzichten. Konsequenterweise stieß die beleidigt-unnachgiebige Position Brüssels bei den Brexit-Verhandlungen bei uns auf große Zustimmung: Nachahmer Großbritanniens seien gewarnt!

Der Schwarze Mittwoch war eine Wende

Der „Schwarze Mittwoch“ war eine Wende; seither haben die Euroskeptiker in England Oberwasser. So lese ich es bei dem Politikwissenschaftler Vernon Bogdanor, einem Professor am King's College in London. In den Jahren vor 1992 war es der britischen Regierung mühsam gelungen, für den 1972 vollzogenen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft im Volk Rückhalt zu bekommen. Bogdanors gerade erschienenen Buch „Britannien und Europa in einer unruhigen Welt“ (Yale University Press) empfiehlt sich als Begleitlektüre zum derzeit ablaufenden letzten Akt des Brexit. Für mich ist es eines der besten Europa-Bücher seit langem.

Am Ende bringt der Leser viel Verständnis für den Brexit auf – obwohl oder gerade weil der Autor kein Brexiteer ist, sondern findet, sein Land hätte besser daran getan, in der EU zu bleiben.

Die These des Buches: Der Brexit ist kein Betriebsunfall der Geschichte, sondern Ergebnis eines immer schon ambivalenten Verhältnisses der Briten zum Kontinent. Großbritannien hat sich dem Gemeinsamen Markt, der Europäischen Gemeinschaft und zuletzt der EU stets nur zögerlich beigesellt, den Euro gemieden und sich auch in den Jahrzehnten seiner EU-Mitgliedschaft nie vorbehaltlos nach Europa orientiert. Das hat viele Gründe. Einer davon ist die jahrhundertelange Dominanz über ein globales Imperium. Wer wollte sich da plötzlich von Frankreich oder Deutschland reinreden lassen? Man denke an Neville Chamberlains Radioansprache zum Münchner Abkommen 1938: Der Premier sagte, es sei „unglaublich“, dass England gezwungen werde, sich um einen Konflikt „in einem weit entfernten Land zwischen Völkern, von denen wir nichts wissen“ zu kümmern. Von London nach München sind es gut tausend Kilometer. Chamberlain hätte kaum so verständnislos geredet, wäre es um einen Konflikt in Sydney gegangen, von London mehr als 10.000 Kilometer entfernt.

Es fehlte denn auch bei [Labour](#) wie bei Torys nie an gewichtigen Stimmen, die mahnten, sich der Vergemeinschaftung Europas zu widersetzen. Bogdanor zitiert den hübschen Ausspruch eines Labour-Politikers aus den späten vierziger Jahren: „Wer die Büchse der Pandora öffnet, kann nie wissen, welche trojanischen Pferde herausfliegen.“ Es waren vor allem sehr konträre ökonomische Konzepte, die Festlandeuropäer und Briten mit der Gemeinschaft verbanden. Das begann mit der Landwirtschaft: Großbritannien profitierte von den günstigen Importen aus dem Commonwealth. Die eigene Landwirtschaft, nie wirklich systemrelevant, unterstützte man mit Steuermitteln.

Frankreich und Deutschland hingegen garantierten ihren Landwirten feste Abnahmepreise. Der Unterschied ist erheblich: Einmal zahlen die Steuerzahler für die Landwirtschaft, das andere Mal die Verbraucher – zum Schaden der Importeure aus außereuropäischen Ländern. Das zeigt, dass die Europäische Gemeinschaft seit ihren Anfängen selbst ein ambivalentes Konstrukt ist: nach innen liberal, nach außen eine illiberale Festung.

Europäischer Super-Staat

Niemand hat diesen Charakter der EU besser gesehen als [Margaret Thatcher](#), die je älter, umso europaskeptischer wurde. Habe am Ursprung der Gemeinschaft ein Programm wirtschaftlicher Freiheit für alle Mitglieder gestanden, so werde dies immer mehr unterlaufen von Vergemeinschaftungs-Aktionen in der Geld- und Sozialpolitik, die den Marktmechanismus aushebeln, fand sie. „Wir haben nicht bei uns erfolgreich den Staat geschrumpft, um uns am Ende einem von Brüssel dominierten europäischen Super-Staat zu unterwerfen“, sagte die Eiserne Lady in einer berühmten Europa-Vorlesung in Brügge 1988.

Paradoxerweise trieben die Sozialisten im Königreich völlig entgegengesetzte Sorgen um: Während Thatcher Europa als marktfeindlich schalt, wählte Labour die EU als Projekt kalter Deregulierung und Privatisierung, welches ihrem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft zuwiderlief. So unterschiedlich die Vorbehalte waren, das Ergebnis war identisch: Lasst uns auf der Insel mit der Europäischen Gemeinschaft in Ruhe. Ob nach dem Brexit das Königreich isolationistisch-protektionistisch oder womöglich doch wirtschaftlich offener dasteht als die EU und ein „Singapur an der Themse“ wird, ist im Übrigen noch nicht entschieden.

Es war nicht erst die Finanz- und Flüchtlingskrise nach der Jahrtausendwende und erst recht nicht bloß das Aufkommen eines irrationalen Populismus, das zur Brexit-Mehrheit des Referendums von 2016 führte. Die Briten hatten immer schon Gründe, sich in der EU unwohl zu fühlen. Vernon Bogdanor gibt den Völkern der EU den guten Rat, auch ihrerseits diese Sorgen ernst zu nehmen: Lernen ist besser als sich entrüsten.

Was das heißt? Abschied nehmen vom Pathos einer „ever closer union“ mit immer größerem Souveränitätsverlust für die Nationalstaaten unter einem supranationalen Brüsseler Regime. Besser wäre es, die EU als engen Verbund nationaler souveräner Regierungen weiterzuentwickeln. Es ist nicht alternativlos, die Sicherung des Völkerfriedens von den Vereinigten Staaten von Europa erzwingen zu wollen. Dass auch Vielvölkerstaaten am Ende kriegerisch scheitern können ist die Lehre von 1914 und die Botschaft aus dem Zerfall Jugoslawiens 1992.

Die Weltbevölkerung entwickelt sich mit Wucht

Von MARK FEHR, Grafiken: JENS GIESEL · 28. Dezember 2020

Asien wird schrumpfen, während Afrika weiter stark wächst. Das hat gravierende Folgen für die Lebensverhältnisse auf allen Kontinenten.

Der schlagfertige Entertainer Harald Schmidt hat die Demographie mit Blick auf die rasante Alterung in Deutschland mal als sein Lieblingsthema bezeichnet. Kein Wunder, muss doch jede noch so abgehobene Diskussion blitzschnell auf den Boden der Tatsachen zurückfallen, sobald demographische Fakten berücksichtigt werden. Der dabei entstehende intellektuelle Aufprall kann ziemlich schmerzhaft sein, was ein Satire-Profi wie Schmidt natürlich auskostet. Tatsächlich ist es schwindelerregend, sich die Zahlen zur Entwicklung der Weltbevölkerung vor Augen zu führen: Schon die Daten der jüngeren Vergangenheit sind atemberaubend, aber auch der Blick in die nicht ganz so ferne Zukunft zeigt kaum vorstellbare Dimensionen. In der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Weltbevölkerung mehr als verdreifacht – von damals 2,5 Milliarden auf aktuell 7,8 Milliarden Menschen. Dieses unvorstellbare Wachstum fand innerhalb von 70 Jahren statt, also gerade mal während eines Menschenlebens.

Mit ihrem rasanten Wachstum ist die Menschheit gleichzeitig stark gealtert. So hat sich der Altersmedian, die statistische Mitte zwischen der älteren und der jüngeren Hälfte der Weltbevölkerung, auf aktuell mehr als 30 Jahre erhöht und könnte sich bis zum Jahr 2100 gegenüber 1950 fast verdoppeln.

Die Alterung der Weltbevölkerung ist ein Zeichen für den steigenden Wohlstand der Mittelschicht, der immer mehr Menschen ein langes Leben ermöglicht. Zu verdanken haben wir das dem technischen, medizinischen und wirtschaftlichen Fortschritt. Dessen Früchte sind allerdings international sehr unregelmäßig verteilt: Afrikaner haben eine weit niedrigere Lebenserwartung als etwa Europäer, obwohl sich die Kennzahl während der Nachkriegszeit nicht nur für Europa deutlich verbessert hat, sondern auch für Afrika.

Laut Prognosen wird die Weltbevölkerung in den kommenden Jahrzehnten weiter stark wachsen, wenn auch mit deutlich geringerem Tempo als in den zurückliegenden Nachkriegsjahrzehnten. Trieben in der Vergangenheit der asiatische und der afrikanische Kontinent das Bevölkerungswachstum an, zeichnet sich für die Zukunft eine Trendwende ab: Während Asien als Wachstumstreiber ausfällt und sogar schrumpfen wird, wächst Afrika immer weiter. Im Jahr 2100, wenn gemäß dem Basis-Szenario der Vereinten Nationen rund 10,9 Milliarden Menschen auf der Erde leben, werden die Afrikaner ihren Anteil an der Weltbevölkerung von 17 auf 39 Prozent mehr als verdoppelt haben. Der Anteil der Asiaten dagegen wird von aktuell knapp 60 Prozent auf 43 Prozent kräftig schrumpfen. Damit wird Asien seine Position als bevölkerungsreichster Kontinent nur noch knapp vor Afrika behaupten.

Diese Zukunft scheint weit weg, doch ein im gerade angebrochenen Jahrzehnt der 2020er-Jahre geborener Europäer hat angesichts seiner Lebenserwartung gute Chancen, das noch zu erleben. Die UN-Prognosen geben also eine Vorstellung von dem, was schon auf unsere Enkel zukommt. Die demographische Dynamik in Afrika ist so brisant, weil die meisten Länder des Kontinents wirtschaftlich weit hinter Amerika, China, Japan und Europa zurückfallen und daher nicht in der Lage sind, einer immer größeren Zahl von Menschen eine Lebensgrundlage zu bieten. Die dadurch entstehenden Spannungen könnten sich durch weitere Kriege oder Massenauswanderung zu entladen versuchen. Bis jetzt haben weder Afrika noch der Westen dagegen ein wirkungsvolles Rezept gefunden, trotz – oder vielleicht sogar wegen – jahrzehntelanger Entwicklungszusammenarbeit.

Die wohlhabenden Industrieländer haben mit eigenen Problemen zu kämpfen, etwa mit dem steigenden Anteil älterer Menschen, durch den sich der hohe Arbeitsaufwand für die Versorgung von Rentnern und Pflegebedürftigen auf immer weniger Schultern verteilt. Dagegen ist gut die Hälfte der Afrikaner unter 20 Jahre alt. Eine junge Bevölkerung gilt als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum, doch können viele „junge“ Völker ihren demographischen Trumpf nicht ausspielen. Besonders hohe Anteile junger Menschen liegen nämlich oft schlicht daran, dass Kriege und Krankheiten in den betroffenen Ländern die Chancen verringern, alt zu werden.

Der Westen altert schneller

Das lässt sich etwa an folgenden Kennzahlen ablesen: Eine Frau in Afghanistan bringt knapp viermal so viele Kinder auf die Welt wie eine Japanerin, doch lebt der Nachwuchs in dem besonders kinderreichen Staat gefährlich. Das vergleichsweise kleine Afghanistan konnte auch wegen seiner offenbar risikobereiten jungen Bevölkerung gleich zwei Supermächten militärisch die Stirn bieten: Erst der Sowjetunion, die sich 1989 nach einer gescheiterten Intervention zurückziehen musste, dann den Vereinigten Staaten, die seit den Anschlägen vom 11. September 2001 mit mäßigem Erfolg versuchen, Afghanistan zu stabilisieren.

Wie hart der Kampf ums Überleben gerade für die Schwächsten ist, zeigt die hohe Kindersterblichkeit in den Entwicklungsländern. Rund 10 Prozent der Nigerianer oder der Einwohner der Demokratischen Republik Kongo sterben, bevor sie das Alter von 5 Jahren erreichen – und diese Zahlen klammern Todesfälle während der Geburt aus. Die zahlreichen Geburten übersteigen jedoch die Todesfälle bei weitem, so dass die Bevölkerung in den armen Ländern Afrikas und Südasiens trotz der hohen Sterblichkeit stark wächst. Laut einer Prognose des Instituts für Gesundheitsdaten der Universität von Washington (IHME) werden bis zum Jahr 2100 mehrere Stabwechsel zwischen den bevölkerungsreichsten Nationen stattfinden. Die Bevölkerung Chinas wird sich demnach halbieren, während sich die Zahl der Nigerianer mehr als verdreifacht. Nigeria wird daher von Rang sieben auf Rang zwei der bevölkerungsreichsten Nationen aufsteigen – knapp vor Indien. Die Volksrepublik China, derzeit das Land mit den meisten Einwohnern, wird dann nur noch an dritter Stelle stehen.

Opinions

A-t-on encore le droit de choisir un gouvernement conservateur en Europe ?

Le Pourhiet, Anne-Marie *Vice-présidente de l'Association française de droit constitutionnel.*

L'animosité des juges et des dirigeants européens envers la Hongrie et la Pologne participe d'une démarche idéologique déguisée en défense de l'État de droit, argumente le professeur de droit public à l'université Rennes-1*.

Les accusations de violation de « l'État de droit » portées contre certains États de l'Union européenne, membres de ce que l'on appelle le groupe de Visegrad (Hongrie, Pologne, République tchèque et Slovaquie), soulèvent la très grave question de la manipulation des concepts juridiques opérée dans le but de refuser aux nations européennes leur droit à l'autodétermination démocratique.

La notion d'État de droit (*Rechtsstaat*), forgée par les juristes allemands du XIXe siècle, recouvrait deux significations différentes selon les auteurs. Certains voyaient dans l'idée de soumission de l'État au droit un moyen d'assurer un gouvernement libéral et modéré, les autres seulement une technique d'organisation hiérarchisée de l'administration destinée à éviter l'arbitraire et à garantir la sécurité juridique en obligeant fonctionnaires et juges à décider en fonction de lois générales préétablies, connues de tous et égales pour tous. La première conception visait le contenu de la décision publique, la seconde était neutre sur le fond. Les deux, fort imprécises, se rejoignaient cependant sur deux points : la nécessité d'une hiérarchie des normes appliquées - mais non créées - par une justice indépendante.

L'idéal démocratique qui domine nos conceptions occidentales impose en effet que les normes applicables dans l'État soient elles-mêmes issues du suffrage universel puisqu'il est admis que la loi doit être l'expression de la volonté générale et doit recevoir le consentement de la majorité des citoyens. Si le « droit » que l'on prétend appliquer n'a pas sa source dans la démocratie et la souveraineté populaire et ne reflète que les diktats d'une oligarchie technocratique ou judiciaire voulant imposer ses propres choix idéologiques aux nations, contre leur volonté collective, alors ce droit n'est pas légitime et doit être refusé. Les juges ont pour mission d'appliquer les Constitutions et les lois votées par les peuples ou leurs représentants, ils n'ont pas à faire prévaloir leurs propres idéologies ou celles des groupes de pression, comme les ONG, qui les instrumentalisent.

La Cour constitutionnelle allemande rappelle cet impératif démocratique lorsqu'elle est confrontée aux traités européens : « *Le droit, qui revient à chaque citoyen, de participation égale à l'autodétermination démocratique peut être violé par une modification de l'organisation du pouvoir d'État telle que la volonté du peuple ne peut plus se former efficacement et que les citoyens ne sont plus en mesure de gouverner par la volonté majoritaire.* » C'est ce qu'affirmait déjà Thucydide en 431 av. JC : « *Notre Constitution est appelée démocratie parce qu'elle est l'oeuvre, non d'une minorité, mais du plus grand nombre.* » Ce postulat fondamental a trouvé sa confirmation dans l'article 3 de la Déclaration française des droits de l'homme et du citoyen : « *Le principe de toute souveraineté réside essentiellement dans la nation. Nul corps, nul individu ne peut exercer d'autorité qui n'en émane expressément.* »

Il n'est cependant pas besoin d'être grand clerc pour observer la déformation sémantique délibérée de la notion d'État de droit à laquelle se livrent les dirigeants et les juges européens. D'une part ils la coupent de toute base démocratique pour lui faire désigner la confiscation du pouvoir normatif par une gouvernance aristocratique. D'autre part ils lui donnent un contenu idéologique précis, celui du « progressisme » sociétal que ces oligarchies veulent imposer à tous les peuples d'Europe au nom de « valeurs » revisitées par le multiculturalisme anglo-saxon.

Il suffit de lire les mises en accusation de la Hongrie et de la Pologne par le Parlement ou les juges européens pour constater les détournements de procédure ainsi réalisés. Les principaux reproches s'adressent aux Constitutions mêmes des États concernés

auxquels est donc refusée la première des libertés, celle de s'autodéterminer par l'exercice souverain du pouvoir constituant. Ainsi est-il par exemple reproché à la Constitution hongroise de retenir une « *conception obsolète de la famille* ». Cette ingérence se fait au mépris de l'article 4 du traité sur l'Union européenne : « *L'Union respecte l'égalité des États membres devant les traités ainsi que leur identité nationale, inhérente à leurs structures fondamentales politiques et constitutionnelles, y compris en ce qui concerne l'autonomie locale et régionale.* » Les institutions européennes se permettent aussi d'ignorer le protocole no 30 au traité de Lisbonne sur l'application de la Charte des droits fondamentaux à la Pologne et au Royaume-Uni, qui stipule : « *La Charte n'étend pas la faculté de la Cour de justice de l'Union européenne, ou de toute juridiction de la Pologne ou du Royaume-Uni, d'estimer que les lois, règlements ou dispositions, pratiques ou actions administratives de ces États sont incompatibles avec les droits, les libertés et les principes fondamentaux qu'elle réaffirme.* »

S'agissant de l'indépendance des juges, le deux poids, deux mesures est encore flagrant. Il est reproché à la Pologne d'avoir avancé l'âge de départ à la retraite de ses juges à 65 ans. La belle affaire ! Fort étrangement, nul ne songe à dénoncer le mode de désignation, sans nul doute exemplaire, du Conseil d'État ou du Conseil constitutionnel français. Et lorsque, aux États-Unis, les démocrates envisagent d'augmenter le nombre de juges à la Cour suprême ou de leur fixer une limite d'âge, dans le but avoué de faire basculer la majorité en leur faveur, l'on n'entend aucune grande conscience progressiste s'élever contre la violation du *rule of law*.

Si la « conditionnalité » des aides européennes du plan de relance post-Covid avait été limitée à l'adoption par tous les États membres de dispositions et mécanismes anticorruption destinés à éviter que certaines maffias à l'affût de fonds européens ne les captent à leur profit, la contrepartie aurait été acceptée sans difficulté. Mais ce n'est pas du tout de cela qu'il s'agit. Ce que l'Union désigne sous le terme d'« État de droit », c'est l'idéologie progressiste et multiculturaliste anglo-saxonne, importée des campus américains, concernant, notamment, les minorités ethniques, religieuses et sexuelles, l'immigration, les ONG et les droits dits « sexuels et reproductifs ». Tout ce corpus idéologique de fond deviendrait donc désormais obligatoire pour les vingt-sept États membres sous peine de sanctions juridiques et financières.

Il reste alors à se poser les questions majeures auxquelles il va falloir honnêtement répondre. Oui ou non, les peuples des États membres de l'UE ont-ils encore le droit de s'autodéterminer par des élections et des référendums libres ? Oui ou non, le choix d'un bulletin de vote « conservateur » est-il encore possible en Europe ou seuls sont-ils acceptés les bulletins estampillés « progressiste » ? Oui ou non, sommes-nous tous tenus d'adhérer à une « société ouverte », toute autre option étant « fermée » par de lourdes sanctions ? Si c'est la dernière proposition qui est vraie, selon la Commission, le Parlement et la Cour de justice, alors nous ne sommes plus en démocratie et il ne sert plus à rien d'ouvrir des bureaux de vote puisqu'il n'y a rien à choisir. Si tel est le cas, nous pourrions délaissier les urnes pour rester lire Orwell dans la « Pléiade », avant qu'il ne soit aussi censuré.

„CHARLIE HEBDO“-MORDE

„Wir müssen mit den Entschuldigungen für Islamismus aufhören“

Stand: 28.12.2020 | Lesedauer: 6 Minuten

Von Martina Meister



Ein Bild mit den Opfern erinnert in Paris an den Anschlag im Januar 2015 auf die Satirezeitschrift Charlie Hebdo – vor Gericht standen nur die Hintermänner

Quelle: AFP

Die „Charlie Hebdo“-Morde und weitere islamistische Anschläge haben zum Umdenken in Frankreich geführt, sagt Richard Malka, Comiczeichner und Anwalt. Aber es gehe nicht mehr um Karikaturen, sondern um Freiheit. Eine 16-jährige Islam-Kritikerin ist nicht mal beim Militär sicher.

Irgendetwas stimmte von Anfang an nicht an diesem Prozess, der als historisch galt, bevor er überhaupt begonnen hatte. Es war dieses sagenhafte Missverhältnis: Auf der einen Seite unerhörte Taten, auf der anderen niemand, der dafür geradestehen kann. Die Täter der Pariser Attentate von Januar 2015 sind allesamt tot. Vor Gericht standen nur Hintermänner.

Nach 55 Prozesstagen fiel Ende vergangener Woche das Urteil im Prozess gegen die mutmaßlichen Mithelfer des Attentats gegen die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“, die Geiselnahme im jüdischen Supermarkt Hyper Cacher und mehrere Polizistenmorde. Die elf anwesenden Angeklagten wurden zu vier bis 30 Jahren Haft verurteilt. Zumindest Letzteres wirkt wie ein hartes Urteil für jemanden, der keine Waffe in der Hand hatte. Der Staatsanwalt hatte noch mehr gefordert.

Die drei Hauptangeklagten sind in Abwesenheit zu teils lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt worden. Doch auch sie sind entweder tot oder auf der Flucht. Der mutmaßliche Auftraggeber des Anschlags auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“, Peter Cherif, wurde erst Ende 2018 in Djibouti verhaftet, zu spät für diesen Prozess, zu dem er nur als Zeuge aus der Haftanstalt zugeschaltet werden konnte.

All das hinterlässt ein unbefriedigendes Gefühl. Von einem „Puzzle mit zu vielen fehlenden Teilen“ spricht der Schriftsteller Yannik Haenel, der den Prozess von Anfang bis Ende beobachtet hat. „Alles bleibt dunkel, erschreckend“, sagt Haenel, „als wäre der Terrorismus ein nicht zu fassendes Unheil, an dem jede Rechtsprechung zerschellt.“ In Erinnerung bleiben werden die Aussagen der Opfer und ihrer Angehörigen, die Beschreibungen des Grauens, die oft für Stille im Gerichtssaal sorgten. Manchmal war nur noch ein Schluchzen zu vernehmen.

Wenn dieser Prozess dennoch als ein historischer in die Annalen eingeht, dann ist dies vor allem einem Mann zu verdanken: Richard Malka, seit mehr als zwei Jahrzehnten Anwalt von „Charlie Hebdo“. Zum Treffen in eine Pariser Zeitungsredaktion kommt er mit Polizeischutz.

Längst ist auch er Zielscheibe der Islamisten. Das Treffen findet statt am Tag nach der Urteilsverkündung. Der 52-Jährige ist erschöpft, leer, er fühlt sich ausgelaugt. Er empfindet er eine Art Depression, wie nach jedem großen Prozess. Bei diesem Prozess war alles in einem: Anwalt, Zeuge, Kläger, Betroffener.



Richard Malka ist seit mehr als zwei Jahrzehnten Anwalt von „Charlie Hebdo“

Quelle: AFP

Denn Malka hat mit „Charlie Hebdo“ sein halbes Leben verbracht. Er kannte sie alle, die Toten, manche sehr gut. Vor 13 Jahren verteidigte er die Satirezeitschrift erstmals wegen der Mohamed-Karikaturen. Der

Prozess hatte etwas „Unbeschwertes und Lustiges“, erinnert er sich. Damals habe er sich nicht im Traum vorstellen können, welchen dramatischen Verlauf das Ganze eines Tages nehmen würde.

Malka ist ein kleiner, schwächlicher Mann, der mit Worten wettmacht, was ihm an physischer Statur fehlt. Er wuchs als jüngster von drei Söhnen in einem Pariser Arbeiterviertel auf. Der Vater war Damenschneider, die Mutter Hausfrau, beide liberale Juden, Sefarden, aus Marokko eingewandert. Sie wollten, dass die Söhne „französischer als die Franzosen“ werden. Bei Malka ist das gelungen.

Aus dem Urteil kann er weder Genugtuung noch Linderung ziehen. Seine Weggefährten sind tot, und sein Kampf für die Meinungsfreiheit endet nicht mit diesem Gerichtsverfahren. In seinem Abschlussplädoyer hat er aber versucht, dem Prozess eine politische Dimension zu geben.

Es war eine Lektion in Sachen Meinungsfreiheit, bei dem er bis in die Aufklärung zurückging. Malka wollte allen vor Augen führen, was auf dem Spiel steht: die Freiheit, nicht nur in Frankreich. Denn der radikale Islamismus richte sich nicht mehr nur gegen Juden; nicht mehr nur gegen „Charlie Hebdo“ und seine Karikaturisten und Journalisten, sondern inzwischen gegen jeden, der frei leben wolle.

Die Franzosen hätten mit diesem Prozess gern die Trauerarbeit vorerst für beendet erklärt und das schwarze Kapitel „islamistischer Terrorismus“ vorübergehend zugeschlagen. Aber auch das kam anders. Die erneute Veröffentlichung alter Mohamed-Karikaturen in „Charlie Hebdo“ zum Prozessauftakt im September hat für neuen Terror gesorgt: erst die Messerattacke in derselben Straße, in der die Satirezeitschrift bis zum Attentat ihre Redaktion hatte. Dann, im Oktober, die Enthauptung des Geschichtslehrers Samuel Paty. Schließlich das Attentat in einer Kirche in Nizza.

„Diese Attentate waren ein Elektroschock“, sagt Malka. „Sie haben den Leuten die Augen geöffnet. Der Ton der Politiker hat sich verändert, sie wollen handeln“, analysiert der Anwalt. Immer mehr Muslime kämpften mit ihm „an der Front“, sagt er und zählt die Namen derer auf, die seinen juristischen Beistand brauchen.

Zu seinen Mandantinnen zählt auch Mila. Die französische Teenagerin hatte in einem Video den Islam nach Ansicht vieler Muslime beleidigt und erhält seither Morddrohungen. Sie musste ihre Schule verlassen, kam auf ein Militärinternat. Seit auch das nicht mehr ihre Sicherheit gewährleisten kann, erhält sie Fernunterricht. „Ihr Leben wird nie wieder sein wie vorher“, so Malka. „Sie ist ein weiblicher Salman Rushdie. Mit 16 Jahren.“

Malka will aber nicht nur das Schlechte sehen, sondern auch die Erfolge. Früher habe man „Charlie Hebdo“ der Islamophobie bezichtigt. „Das funktioniert nicht mehr, mit diesen Schuldzuweisungen ist jetzt Schluss.“ In Frankreich herrsche keine Angst mehr, die Dinge beim Namen zu nennen. Er selbst vergleicht den Islamismus mit dem Faschismus: „Wir müssen endlich aufhören, Erklärungen oder Entschuldigungen für den Islamismus zu finden.“

Doch immer öfter hört man Stimmen, die sagen, der Preis sei zu hoch. Hätte man nicht einfach darauf verzichten können, die Karikaturen erneut zu veröffentlichen, erneut gläubige Muslime zu provozieren? Empfindet er manchmal selbst Zweifel, ob das richtig war oder ist? „Nicht die geringsten“, sagt Malka. „Denn wir tun nichts anderes, als die Freiheit zu verteidigen.“

Auch die internationalen Reaktionen, der Hass auf Frankreich und seinen Präsidenten bringen ihn nicht zum Zweifeln. Sicher, Frankreich stehe wieder an der „Frontlinie“, isoliert. Doch Malka fragt zurück: „Hieße das nicht, wenn man auf die Veröffentlichung der Karikaturen verzichtet, Diktatoren recht zu geben? Diktatoren, die selbst Tausende von Muslimen töten, wie in Kurdistan, wo eine regelrechte ethnische Säuberung stattfindet?“ Um später zu ergänzen: „Oft erhebt sich die Stärke über das Recht. Aber es muss das Recht sein, dass die Stärke in die Knie zwingt.“

Malka macht klar, dass der Kampf um Freiheit keine Kompromisse kennen kann. Es sei wie ein „Fass ohne Boden“: erst die freie Meinungsäußerung, das Recht auf Karikaturen, dann die Gleichheit der Geschlechter, die sexuelle Selbstbestimmung, die Infragestellung der Evolutionstheorie, des Rechts auf Abtreibung.

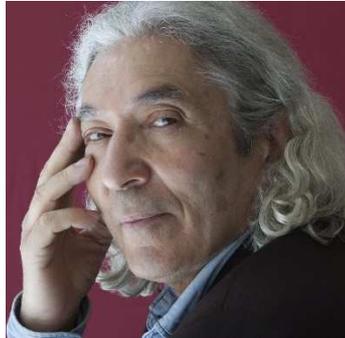
„Selbst gläubige Muslime sind den Islamisten nicht gläubig genug“, warnt der Pariser Anwalt. „In Mosambik wurden 50 Menschen hingerichtet. Nicht, weil sie Charlie waren oder in einem laizistischen Land lebten. Sie forderten nicht einmal das Recht, ihren Gott kritisieren zu dürfen. Und trotzdem sind sie geköpft worden.“

Malka hat neben seiner Arbeit als Anwalt 25 Comic-Bände veröffentlicht. Die freie Zeit während der Feiertage wollte er nutzen, um seinen zweiten Roman zu beenden. Es ist ein Horrormoman, verrät er. Eine Geschichte wie aus dem echten Leben.

BOUALEM SANSAL

„Der Islam ist nicht reformierbar“

Veröffentlicht am 23.11.2020 | Lesedauer: 8 Minuten Von Martina Meister



Boualem Sansal: „Der Westen will einfach nicht wahrhaben, dass der Islam grenzüberschreitend im Vormarsch ist“

Seit Langem warnt der algerische Schriftsteller Boualem Sansal vor einem islamistischen Eroberungsfeldzug. Er ist überzeugt: Die Terroranschläge der jüngsten Zeit waren erst der Anfang. Und er erklärt, warum Europa den politischen Islam nicht effizient bekämpfen kann.

WELT: Monsieur Sansal, überrascht Sie die Häufung und Brutalität der jüngsten Attentate?

Boualem Sansal: Ganz und gar nicht. Der politische Islamismus ist eine extrem effektive Kriegsmaschine, die sich Gelegenheiten schafft oder diese auszunutzen versteht, wenn sie sich ihr bieten. Sie profitiert davon, dass Europa durch die Pandemie und diverse politische, wirtschaftliche, soziale wie moralische Krisen geschwächt ist.

WELT: Was meinen Sie mit Kriegsmaschine?

Sansal: Der Terrorismus in Europa ist nur ein Randphänomen. Die wesentliche Verbreitung der islamistischen Ideologie erfolgt hierzulande über Predigten und Bekehrungen, über die Erziehung, die Politik, die Diplomatie, die Wirtschaft, die Unterwanderung der Gesellschaft durch Vereine, den Halal-Handel, die islamistische Finanz, die Medien, das Charity-Business.

Aber der politische Islam versteht es, sich je nach Land und Lage anzupassen. In Algerien, Syrien und Irak ist er zum totalen Krieg übergegangen mit einer sehr effizienten Kriegspropaganda, einer eigenen Armee und schwerem Kriegsarsenal. In Europa steht er noch am Anfang der Entwicklung und agiert auf politischer, kultureller und sozialer Ebene. Wenn es sich anbietet, greift er terroristische Attacken oder Guerilla-Techniken zurück.

WELT: Was ist das Ziel dieses Krieges?

Sansal: Die Eroberung und Islamisierung der Welt und die Bestrafung derer, die den Islam bekämpft oder Muslime gedemütigt haben.

WELT: Es melden sich zunehmend Stimmen, die dafür plädieren, keine Mohammed-Karikaturen mehr zu veröffentlichen. Würde das etwas ändern, den Terror beenden?

Sansal: Rein gar nichts würde das ändern. Es geht doch nicht darum, sich zu arrangieren oder einen Deal mit den Islamisten zu machen. Der Islam will bekehren und erobern. Das ist der Wille Allahs. Er will auch die Europäer dafür bestrafen, dass sie die muslimischen Territorien besetzt haben, dass sie die Muslime gedemütigt und gezwungen haben, sich zu verstecken, in Kellern zu beten und das Kopftuch verbaten.

WELT: Haben wir das Ausmaß der Bedrohung inzwischen begriffen?

Sansal: Leider nicht. Die westlichen Demokratien, die noch in voller Blüte stehen, haben die Tendenz, die Gefahr zu unterschätzen, die von den Ländern am Rand ausgeht. Sie fürchten sich vor den Riesen wie China und Russland. Ihr Hauptfehler ist, die islamistische Gefahr in Ländern zu vermuten, die abgesehen vom Iran und der Türkei, wirtschaftlich, politisch, wissenschaftlich und militärisch schwach sind.

Der Westen will einfach nicht wahrhaben, dass der Islam eine Zivilisation im grenzüberschreitenden Vormarsch ist, die 1,5 Milliarden Gläubige zählt, die auf allen fünf Kontinenten verteilt sind.

Selbstverständlich handelt es sich mehrheitlich nicht um Islamisten, manche sind nicht gläubig, gehen nicht in die Moschee, aber sie würden niemals gegen den Islam agieren, hinter dem sich der Islamismus versteckt.

WELT: Ist das nicht eine gefährliche Verwechslung von Islam und politischen Islamismus?

Sansal: Der Islamismus ist die politisch-militärische Spielart des Islam. Doch in Demokratien ist es immer mühselig, einen Konsens aufzubauen. In Frankreich ist ein Großteil der Linken davon überzeugt, dass der Islamismus ein wirtschaftlich-soziales Problem ist, das verschwindet, sobald der Reichtum gerechter verteilt und die Einwanderer besser integriert sind. Die Konservativen betrachten den Islamismus allein unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit. Sie bilden sich ein, dass es reicht, die Autorität des Staates wiederherzustellen und härter durchzugreifen, um das Problem zu lösen.

Rechts wie links bildet man sich ein, dass der Islam und der Islamismus nichts miteinander zu tun haben und es genügt, dem Islam mehr Platz zu schaffen, um dem Islamismus zu verdrängen. Als würde die Unterstützung des Katholizismus den Protestantismus oder die evangelischen Freikirchen verdrängen.

WELT: Sie klingen wie umstrittene rechtspopulistische Intellektuelle, die den „großen Bevölkerungsaustausch“ befürchten....

Sansal: Der Ausdruck ist unglücklich. Es geht ja nicht darum, die Bevölkerung zu ersetzen, sondern um eine Art kultureller Fusion: Frankreich ist dabei, sich zu islamisieren.

WELT: Wie erklären Sie sich die hartnäckige Verleugnung des Problems?

Sansal: Die Regierenden mögen keine Whistleblower. In ihren Augen säen sie nur Unsicherheit und Unordnung. Ich weiß davon ein Lied zu singen. Ich gehöre zu denjenigen, die seit mehr als 20 Jahren vor dem Islamismus warnen.

WELT: Die Enthauptung von Samuel Paty wirkt wie der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Wie können die westlichen Demokratien von diesem Moment der Bewusstwerdung profitieren?

Sansal: Glauben Sie das wirklich? In zwei Wochen ist Samuel Paty vergessen, die neuen Schreckensnachrichten verdrängen die alten und das Leben geht weiter. Und wo steht der Islamismus, dass wir ihn zurückdrängen könnten? Man kann Islamisten verhaften und ausweisen, aber wie will man den Islamismus „ausweisen“? Und wo ist die Grenze zwischen Islam und Islamismus, zwischen konservativem und einem engagierten Muslim, der für seine Religion wirbt und sie verteidigt, zwischen einem pietistischen Muslim und einem, der den Dschihad vorbereitet?

Die westlichen Gesellschaften haben keine Ahnung vom muslimischen Universum in seinen unterschiedlichen Schattierungen, und deshalb können sie den Islamismus nicht effizient bekämpfen, ohne einen Fauxpas zu begehen und die Situation noch schlimmer zu machen.

WELT: Wie Emmanuel Macron?

Sansal: Bei ihm sieht man das deutlich: Jedes Mal, wenn er über den Islam und den Islamismus redet, oft mit guter Absicht, löst er Stürme der Empörung und Hass aus. Er macht sich nicht klar, dass er Öl ins Feuer gießt.

WELT: Für deutlich über die Hälfte der jungen französischen Muslime steht die Scharia über den Gesetzen der Republik. Was macht man mit einem minderjährigen Schüler, der so denkt?

Sansal: Man hätte etwas unternehmen können, bevor es so weit kam. Wenn es einmal passiert ist, kann man ihn nur überwachen, damit sein neuer Glaube nicht in die Radikalisierung und den Terrorismus führt. Aber wer die Frösche verjagen will, muss den Teich austrocknen: Vor 20 Jahren gab es etwa zehn Moscheen in Frankreich, heute sind es tausende. Um jede Moschee kreisen zahllose Vereine. Rechnen Sie selbst nach, addieren Sie dazu die zahllosen Verbindungen im Internet, dann erhalten Sie ein Bild dessen, was wir jahrelang nicht sehen wollten und haben durchgehen lassen.

WELT: Welche Lehren können wir ziehen aus dem „schwarzen Jahrzehnt“ in Algerien?

Sansal: Wir hatten in Algerien in den 1990er-Jahren täglich Hunderte Tote und an manchen Tagen mehr als Tausend. Aber unsere Erfahrung lässt sich nicht auf Frankreich übertragen. Algerien ist ein Polizeistaat, eine Diktatur, unsere Geheimdienste agieren ungehindert: Lauschangriffe, Verhaftungen ohne Haftbefehl, Folterung, eigene Terroreinheiten, die in den Untergrund gehen. Frankreich ist eine Demokratie, die von ihren eigenen und den europäischen Institutionen überwacht wird. Der juristische Rahmen ist sehr eng, während die Terroristen freie Hand haben und niemanden Rechenschaft ablegen müssen.

WELT: Sind wir zu naiv oder müssen wir diesen Gesetzesrahmen erweitern, unsere Verfassungen ändern?

Sansal: Das ist eine ganz heikle Frage. Während des Algerienkrieges standen die Franzosen vor dieser qualvollen Wahl: den Terrorismus mit den Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen oder ihm mit noch brutalerem Terror entgegenzutreten? Am 16. März 1956 haben sie die rote Linie übertreten und der Armee „Sonderrechte“ eingeräumt. Neun Monate später war der Terrorismus ausgeradiert, der Untergrund und die Städte „gesäubert“, Algerien „befriedet“. Wenn nur der geringste Verdacht bestand, dass es eine Verbindung zum FLN gab, haben Franzosen gefoltert und ihm großen Maßstab exekutiert.

Diese Schande belastet das Gewissen der Franzosen bis heute. Das müssen wir uns verbieten. Frankreich muss eine andere Vorgehensweise finden, die auf nationaler und europäischer Ebene akzeptiert wird.

WELT: Sie benutzen häufig Begriffe wie „totaler Krieg“, „Endsieg“, die an das Dritte Reich erinnern. Wo sehen Sie Gemeinsamkeiten der nationalsozialistischen und der islamistischen Ideologie?

Sansal: Sie haben einen gemeinsamen Boden, weil sie die Existenz eines auserwählten Volks behaupten, das von einem erfundenen Feind, den Juden für die Nazis, den Juden und Christen für den Islam, bedroht wird. Sie benennen eine Art auserwählten Messias, den Führer für die Nazis, den Kalifen für die Islamisten, sie haben extrem radikalisierte Milizen wie die SA, die SS und die dschihadistischen Brigaden.

WELT: Emmanuel Macron beschwört einen „Islam der Aufklärung“ herauf – einen, der sich mit den Werten unserer Demokratien vereinbaren lässt. Ist das realistisch?

Sansal: Träumen ist nicht verboten. Aber der Islam ist nicht reformierbar, er hat seine innere Logik, die im Koran festgeschrieben ist. Macron steht die Definition des Islam der Aufklärung nicht zu, weil nicht einmal die weisen Muslime wissen, was das heißt. Auch sie können sich nicht erlauben, ihn zu definieren, denn das hieße, den traditionellen Islam als rückschrittlich zu bezeichnen.

Es ist schon witzig, wie westliche Vertreter, die keine Ahnung vom Islam haben, den Muslimen sagen: „Erfindet eine muslimische Aufklärung wie die unsere, eine hübsche Kopie, und ihr werdet einen zivilisierten Islam haben, der euch Zugang zur modernen, westlichen Welt gibt.“ Auf mich wirkt das, als wisse Macron nicht, dass die Aufklärung nicht von gläubigen Christen erfunden wurde, sondern von Gegnern der Kirche, von Atheisten, von Weltlichen, die den Fanatismus und den Aberglauben des Christentums denunzierten.

WELT: Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan behauptet, die Muslime würden hierzulande wie die Juden vor dem Zweiten Weltkrieg diskriminiert. Was löst dieser Vergleich bei Ihnen aus?

Sansal: Er hat mich zutiefst schockiert. Das zu behaupten, ist ein echter Skandal. In Frankreich liegt die überwiegende Mehrheit der Muslime nicht im Streit mit dem Staat. Sie leben wie alle Franzosen mit denselben Bequemlichkeiten, denselben Schwierigkeiten. Sie sind keine neu angekommenen Einwanderer wie diejenigen, die nach der Unabhängigkeit Algeriens nach Frankreich gekommen sind und arme Arbeiter waren, die alles mit sich machen ließen und am Rande der Gesellschaft in Slums lebten.

Die Muslime Frankreichs, die die Staatsbürgerschaft haben und in dort geboren wurden, sind Angestellte, Universitätsprofessoren, Unternehmer, Beamte, Künstler, Manager oder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Die Islamisten hingegen leben in einer geschlossenen Parallelgesellschaft. Sie kritisieren, fordern, beschuldigen, vor allem inszenieren sie sich als Opfer.

Getting girlhood right

Covid-19 threatens girls' gigantic global gains

Countries must work harder to safeguard progress

[Leaders](#) [Dec 19th 2020 edition](#)

For much of human history and in many places, girls were considered property. Or, at best, subordinate people, required to obey their fathers until the day they had to start obeying their husbands. Few people thought it worthwhile to educate them. Even fewer imagined that a girl could grow up to govern Germany, run the IMF or invent a vaccine.

In most of the world that vision of girlhood now seems not merely old-fashioned but unimaginably remote. In much of the rich world parents now treat their daughters as well as they do their sons, and invest as much in their future (see [Essay](#)). In field after field girls have caught up with boys. Globally, young women now outnumber young men at university. The speed of change has been blistering. Fifty years ago only 49% of primary-school-age girls in lower-middle-income countries were in school, compared with 71% of boys; today the share of both is about 90%. In 1998 only half the world's secondary-school-age girls were enrolled; today two-thirds are. Over the same period rates of illiteracy fell from one in five young women aged 15-24 to one in ten, bringing them roughly on a par with young men.

Girl babies are more wanted than ever before. Parents in some countries prefer them. Even in places, such as China, where the sex-selective abortion of girl fetuses has been rife, it is often becoming less so. Girls are also less likely to be married off in childhood. In 1995 almost six in ten girls in South Asia were hitched before reaching 18; that ratio has fallen by half. Around the world, it has fallen from one in four to one in five.

Girls are healthier, too. Compared with the mid-1990s, they become sexually active later and are more likely to use contraception. Rates of teenage pregnancy have fallen by a quarter globally and by two-thirds in South Asia and North America. Girls are less likely to suffer female genital mutilation—and object to this horrific tradition more vocally. Whereas in 2000 just 27% of women and girls in the most-affected regions said it should be banned, today 54% do.

When societies handle girlhood well, the knock-on effects are astounding. A girl who finishes secondary school is less likely to become a child bride or a teenage mother. Education boosts earning power and widens choices, so she is less likely to be poor or to suffer domestic abuse. She will earn almost twice as much as a girl without schooling.

And she will pass on a smorgasbord of advantages to her offspring. She will have fewer children, and invest more in them. They will be less likely to die in infancy, or to grow up stunted physically or mentally. She will read to them more, and help them with their homework. All this means they will learn more, and earn more as adults. A recent study by Citigroup and Plan International estimated that, if a group of emerging economies ensured that 100% of their girls completed secondary school, it could lead to a lasting boost to their gdp of 10% by 2030.

PUBLICITÉ

Because the benefits of nurturing girls are so large, it is a scandal that some countries have still failed to grasp them. Less than half the girls in South Asia, the Middle East or Africa have access to the contraception that they may want. Only one girl in three south of the Sahara finishes her secondary education. And although rates of child marriage have fallen by half in South Asia, they have fallen by less than that in Africa

(which now has the highest rate in the world) and have remained stagnant in Latin America and the Caribbean.

The covid-19 pandemic could hobble progress for girls in poor countries, or even reverse it. During previous disasters, they have often suffered most. When Ebola forced west African schools to close in 2014, many girls dropped out, never went back and ended up pregnant or as child labourers. unicef warns that something similar could happen with covid-19—but on a larger scale. Studies suggest that in the next decade 13m child marriages that would have been averted may go ahead, and an extra 2m girls may have their genitals cut.

The risk of regression is real. So it is crucial that, even if governments of poor countries have to tighten their belts, they prioritise spending on education and girls. Donors should help, too. And policies should be joined up. Persuading girls to stay in school longer is not only a way to teach them maths; it is also a chance to vaccinate them and teach them about birth control, consent and self-assertion. It can even be an opportunity to advise parents about the downsides of child marriage.

Adolescence is a crucial juncture for girls. It is when many health problems emerge or are averted; and many social ones, too, from truancy to self-harm. Only recently has this phase been recognised as the most important for brain development after infancy. Get it right and billions of girls will have a better shot at fulfilling their potential. Get it wrong and they will live poorer, shorter lives, less able to stand up for themselves, more vulnerable to coercion, and more likely to pass these disadvantages on to the next generation. So, get girlhood right.